Anatomie der Staatssicherheit

Geschichte, Struktur und Methoden

— MfS-Handbuch —

Vorbemerkung

Das Handbuchprojekt »Anatomie der Staatssicherheit« ist eines der ältesten Vorhaben des Forschungsbereiches der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU). Es wurde bereits im Jahr 1993 begonnen – wenige Monate nach der Gründung der Abteilung »Bildung und Forschung« und stellt dem wissenschaftlichen Fachpublikum wie auch anderen interessierten Nutzern von Stasi-Akten in kontinuierlich erscheinenden Teillieferungen umfassendes Grundwissen zum MfS zur Verfügung: die Entwicklung der Gesamtinstitution MfS in ihrem historischen Kontext, die Geschichte seiner wichtigsten Arbeitsbereiche, grundlegende Darlegungen zu den hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeitern sowie verschiedene Übersichten und Materialien zur Struktur des MfS und ihrer Entwicklung, Kurzbiographien des Leitungspersonals und eine Edition der wichtigsten Grundsatzdokumente. Das »MfS-Handbuch« folgt der Verpflichtung der BStU zur »Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes durch Unterrichtung der Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes« (§ 37 Abs. 1 Nr. 5 Stasi-Unterlagen-Gesetz) und ist ein wichtiger Baustein und zugleich ein unerlässliches Hilfsmittel für die MfS-Forschung.

Inzwischen sind 20 Teillieferungen publiziert, das Projekt tritt damit in seine Endphase, und es ist an der Zeit, die Struktur des Vorhabens im Hinblick auf die Fertigstellung einer Neujustierung zu unterziehen. Das Projekt hat den Forschungsbereich der BStU wesentlich länger beschäftigt als ursprünglich gedacht, was insbesondere einer unvermutet schwierigen Quellen- und Erschließungslage geschuldet ist. Das Konzept aus dem Jahr 1993 erwies sich im Laufe der Zeit an mehreren Stellen als überholungsbedürftig. Daher wurde Veränderungen an der Gliederung des Gesamtwerkes vorgenommen, die sich in der neu gefassten Gliederung widerspiegeln (siehe Übersicht): Einige Kapitel, die in ihrem wesentlichen Inhalt durch andere Handbuchteile oder andere Publikationen abgedeckt sind, wurden gestrichen. Das betraf vor allem den ursprünglichen Baustein II »Arbeits- und Strukturprinzipien«, der zum größeren Teil im Kapitel »Geschichte der Staatssicherheit« aufgeht. Es betraf auch einige nicht oder überwiegend nicht operative Diensteinheiten (AGM, Abt. XII, HA KuSch), die sich als insgesamt weniger bedeutsam erwiesen haben als zunächst angenommen und bei denen einige wesentliche Aspekte ihrer Tätigkeit von anderen, bereits erschienenen BStU-Publikationen beleuchtet werden. Die »auftragnehmenden« Diensteinheiten (HA III, HA VIII, Abt. M, Abt. 26) werden dagegen nicht in einem zusammenfassenden Kapitel, sondern – ausführlicher als in der ursprünglichen Planung – in einzelnen Handbuchteilen behandelt. Hierdurch haben sich die inhaltlichen Schwerpunkte geringfügig zugunsten von Darlegungen zur »operativen« Tätigkeit verschoben.

Die einzelnen Handbuchteile erscheinen jeweils unmittelbar nach ihrer Fertigstellung als Broschüre und als Pdf-Datei im Internet. Kostenlose Downloads werden bereitgestellt auf der Website: http://www.bstu.bund.de

Berlin, Januar 2008

Ü B E R S I C H T   Ü B E R   D A S   G E S A M T W E R K

ANATOMIE DER STAATSSICHERHEIT
– MfS-Handbuch –

Überblick
- Geschichte der Staatssicherheit von den Anfängen bis zur Auflösung

Wichtige Dienstbereiche
- Hauptabteilung I: NVA und Grenztruppen
- Hauptabteilung II: Spionageabwehr
  Hauptabteilung III: Funkaufklärung und -abwehr
- Hauptabteilung VI: Grenzkontrollen, Reise- und Touristenverkehr
- Hauptabteilung VII: Ministerium des Innern, Deutsche Volkspolizei
  Hauptabteilung VIII: Beobachtung, Ermittlung
  Hauptabteilung IX: Untersuchungsorgan
- Abteilung XIV: Haftvollzug
- Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft
- Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Kultur, Kirchen, Untergrund
- Hauptabteilung XXII: »Terrorabwehr«
  Hauptverwaltung A (HV A): Auslandsaufklärung
- Zentrale Koordinierungsgruppe (ZKG): Flucht, Übersiedlung
- Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung (AG BKK)
- Abteilung M: Postkontrolle
- Abteilung 26: Telefonkontrolle, Abhörmaßnahmen und Videoüberwachung
- **Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG)**
- Rechtsstelle
- Hochschule des MfS (JHS)
- Parteiorganisation der SED im MfS
- Objektdienststellen

Mitarbeiter
- Die hauptamtlichen Mitarbeiter
- Die inoffiziellen Mitarbeiter

Anhang
- Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989
  Organisationsstruktur der territorialen Diensteinheiten (BV, KD) 1989
  Übersicht zur Entwicklung der Diensteinheiten 1950–1989
- Kurzbiographien
- Grundsatzdokumente

Die mit • versehenen Bände sind bereits erschienen. Der vorliegende Band ist in der Gliederung fett hervorgehoben.

Roger Engelmann, Frank Joestel

Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe

Der Bundesbeauftragte
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung
10106 Berlin
E-Mail: publikation@bstu.bund.de

Schutzgebühr für diese Lieferung: 5,00 €

Berlin 2009

ISBN 978-3-942130-20-2

urn:nbn:de:0292-97839421302024

INHALT

1 Überblick

Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) war spätestens ab den siebziger Jahren die zentrale Schaltstelle im Apparat der Staatssicherheit, in der fast alle komplexen Stabsfunktionen zusammenliefen. An der Entwicklung dieser Diensteinheit ist die Funktionsausweitung und -differenzierung besonders gut nachzuvollziehen, die das MfS in den vierzig Jahren seiner Geschichte durchlaufen hat – von einer vergleichsweise kleinen und primitiven Geheimpolizei sowjetischen Typs zu einem funktional hoch differenzierten Überwachungsmoloch, dessen Kontrollanspruch sich auf alles erstreckte, was in irgendeiner Form »sicherheitspolitisch« bedeutsam erschien.

Am Anfang der Entwicklung stand der Juni-Aufstand 1953 mit seinen traumatischen Auswirkungen auf die SED-Führung. Die in diesem Zusammenhang stehende scharfe Kritik Walter Ulbrichts an den Versäumnissen des MfS führte im August 1953 zur Gründung von Informationsgruppen in der vorübergehend zum Staatssekretariat zurückgestuften Staatssicherheit und in ihren Bezirksverwaltungen, die eine umfassende und regelmäßige Lage- und Stimmungsberichterstattung für die Partei- und Staatsführung hervorbrachten. In der Berliner Staatssicherheitszentrale entwickelte sich der Bereich 1955/1956 zur Abteilung Information mit drei Fachreferaten, geriet aber schon 1957 in den Strudel eines schweren Konflikts, den Ulbricht mit seinem Minister für Staatssicherheit, Ernst Wollweber, austrug. Im Verlauf dieser Auseinandersetzung übte der SED-Chef wiederum heftige Kritik insbesondere an der Berichterstattung des MfS, die er als legale Verbreitung feindlicher Hetze bezeichnete. Mit dem Sturz Wollwebers im Herbst 1957 begann für die Diensteinheit eine kurze Niedergangsphase, in der die Berichterstattung und das mit ihr befasste Personal reduziert wurden; in den Bezirksverwaltungen lösten sich die Informationsgruppen teilweise vollständig auf.

Im November 1957 erhielt die Abteilung Information mit dem 28-jährigen Werner Irmler einen neuen Leiter, dem es bald gelang, die Bedeutung der Diensteinheit und ihren Aktionsradius wieder zu erhöhen, womit er längerfristig die Basis für ihre außerordentliche Expansion legte. Im Januar 1959 wechselte zudem der für Auswertung und Schulung zuständige stellvertretende Leiter der HV A, Robert Korb, eine lebende Kundschafterlegende, an die Spitze der Abteilung, die zeitgleich in Zentrale Informationsgruppe (ZIG) umbenannt wurde. Das bedeutete eine Aufwertung der Diensteinheit, über die jetzt auch die Berichterstattung der Aufklärung an die politische Führung abgewickelt wurde, welche bisher eigenständig gewesen war. Irmler musste als Stellvertreter in das zweite Glied zurücktreten, blieb aber die treibende Kraft bei der organisatorischen und konzeptionellen Profilierung des Bereichs. Mit Mielkes Befehl 584/60 vom Dezember 1960 erfolgte dann die endgültige Rehabilitierung der MfS-Informationstätigkeit. Die Berichterstattung an die politische Führung wurde nunmehr genau geregelt und die ZIG erhielt mit der Neueinrichtung von Informationsgruppen in den Bezirksverwaltungen und darüber hinaus auch in den operativen Hauptabteilungen der MfS-Zentrale einen soliden Unterbau.

Einen Quantensprung machte der Bereich im Juli 1965 mit dem Befehl 299/65, der im MfS ein einheitliches System der »politisch-operativen Auswertungs- und Informationstätigkeit« einführte, das auf der Speicherung von Informationen nach vorgegebenen Kategorien in verschiedenen Kerblochkarteien basierte und so die Recherche und Selektion von Daten sowie die Organisierung von Informationsflüssen ermöglichte. Die ZIG wurde in Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe umbenannt und erhielt auf der Ebene der operativen Hauptabteilungen und der Bezirksverwaltungen entsprechende »Filialen«, jetzt als Auswertungs- und Informationsgruppen (AIG) bezeichnet. Das System reichte bis auf die Ebene der unselbstständigen Abteilungen, Kreisdienststellen und Objektdienststellen,

in denen ebenfalls Auswerterstellen geschaffen wurden. Im gleichen Jahr wurde Robert Korb in den Ruhestand entlassen und Irmler stieg wieder zum Leiter der Diensteinheit auf.

Auch das interne Kontrollwesen der Staatssicherheit, das später Bestandteil der ZAIG werden sollte, hatte seinen Ursprung in der organisatorischen Umbauphase nach dem Juni-Aufstand 1953. Als Reaktion auf die Kritik der SED-Führung, die der Staatssicherheit eine mangelnde Anleitung und Kontrolle ihrer territorialen Diensteinheiten vorgeworfen hatte, gründete Wollweber im Dezember 1953 die sogenannte Kontrollinspektion als sein eigenes Leitungsorgan. Laut ihrem Gründungsbefehl hatte sie – neben der Durchführung von Kontrollaufträgen des Staatssicherheitschefs – Vorschläge zur Beseitigung von Mängeln zu unterbreiten sowie Befehle und Dienstanweisungen auszuarbeiten. Das dienstliche Kontrollwesen bestand parallel zu einem parteilichen, das von der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen ausging, sich aber in der Regel lediglich auf die Kontrolle der SED-Parteiorganisation in der Staatssicherheit, von Kaderproblemen und des politisch-moralischen Zustandes der Diensteinheiten bezog. Die mit der schrittweisen Entmachtung von Wollweber durch Ulbricht einhergehende Neuausrichtung der Staatssicherheit im Jahre 1957 führte zu einer erheblichen Qualifizierung des MfS-Kontrollwesens. Die SED-Führung setzte eine größere Eigenständigkeit der territorialen Gliederungen des MfS (Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen) gegenüber der Berliner Zentrale durch, welche mit einer stärkeren Unterordnung unter die entsprechenden territorialen Parteileitungen einherging. Gleichzeitig wurde die Anleitung und Kontrolle der Bezirksverwaltungen Wollweber entzogen und dem 2. Stellvertreter des Ministers Otto Walter übertragen, der hierfür als Instrument die Kontrollinspektion erhielt, die in Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle umbenannt und mit zahlreichen hochqualifizierten Mitarbeitern aus den operativen Bereichen des MfS verstärkt wurde. In der Folgezeit erhöhten sich die Quantität der Kontrolleinsätze und die analytische Qualität der entsprechenden Berichte erheblich. Zuletzt bestand die Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle aus drei Kontrollbrigaden und der für den Geheimschutz zuständigen Arbeitsgruppe SVS. Der Bereich wurde 1968 der ZAIG zugeschlagen.

Nach der Eingliederung der Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle erfolgte der systematische Ausbau der ZAIG zum »Funktionalorgan« des Ministers. Von strategischer Bedeutung war hierbei die Entscheidung Mielkes, der ZAIG im Juni 1969 die Verantwortung für die Einsatzvorbereitung und Nutzung der EDV im MfS zu übertragen, was mit der faktischen Unterstellung des im Aufbau begriffenen Rechenzentrums (Abt. XIII) einherging. Hinzu kam die sukzessive Übernahme immer weiterer Schlüsselfunktionen: Erarbeitung von Vorlagen für zentrale Führungsentscheidungen und dienstliche Bestimmungen, Prognose, zentrale Planung, operative Statistik sowie Erarbeitung von Jahresanalysen.

In der ersten Hälfte der siebziger Jahre bildeten sich vier Arbeitsbereiche der ZAIG heraus. Der Bereich 1 war für die konkrete Auswertungs- und Informationstätigkeit einschließlich der analytischen Arbeit zuständig. Seine wichtigste Aufgabe war die Berichterstattung an die politische Führung. Im Bereich 2 waren das Kontrollwesen, die Erarbeitung von dienstlichen Bestimmungen sowie die Prognose- und Planungsaufgaben verankert. Der Bereich 3 befasste sich mit allen Fragen der EDV. Der Bereich 4, zunächst lediglich mit dem Status einer Arbeitsgruppe, kümmerte sich um die Pflege und Weiterentwicklung der »manuellen« Bestandteile des Auswertungs- und Informationssystems, die trotz der Einführung der EDV noch ihre Bedeutung behielten. 1979 erhielt dieser Bereich auch die Verantwortung für das internationale Datenaustauschsystem der kommunistischen Staatssicherheitsdienste SOUD. Im gleichen Jahr wurden die auf der Ebene der Bezirksverwaltungen und operativen Diensteinheiten der Zentrale bestehenden Auswertungs- und Informationsgruppen (AIG) zu Auswertungs- und Kontrollgruppen (AKG) umgebildet und erhielten damit das gleiche Funktionsspektrum wie die ZAIG. Eine weitere Entwicklungs-

stufe erreichte das Auswertungs- und Informationssystem im MfS mit Mielkes Dienstanweisung 1/80, die die elektronische Zentrale Personendatenbank (ZPDB) einführte und die Auswertung mit dem Kerblochkartenverfahren beendete, gleichzeitig aber neuere manuelle Verfahren (Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskarteien, Sichtlochkarteien) bestätigte und weiterentwickelte.

Diese organisatorischen Entwicklungen gingen einher mit einer außerordentlichen Expansion des Personalbestandes: Die ZAIG zwischen 1968 und 1979 von 38 auf 125 Mitarbeiter, das heißt auf mehr als das Dreifache. Mit dem verstärkten Ausbau der EDV, insbesondere der ZPDB, in den achtziger Jahren beschleunigte sich der Mitarbeiterzuwachs nochmals, bis der Bestand im September 1989 423 Kader umfasste.

Im Mai 1985 kam es nochmals zu einer großen Erweiterung des Aufgabenbereichs. Die Abteilung Agitation des MfS wurde als selbstständige Diensteinheit aufgelöst und als Bereich 6 in die ZAIG eingegliedert. Die für Öffentlichkeitsarbeit und Traditionspflege zuständige Struktureinheit hatte eine lange wechselvolle Geschichte, die wie bei den anderen Vorläufern der ZAIG bis in die frühen fünfziger Jahre zurückreichte.

Die offensive Strategie der »Konzentrierten Schläge«, die die Staatssicherheit nach dem Juni-Aufstand 1953 verfolgte, war mit einer erheblichen Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit verbunden, was Ende des Jahres 1954 zunächst zur Schaffung eines Agitationsreferates in der Verwaltungsdiensteinheit »Abteilung Allgemeines« führte. Diese wurde im Juli 1955 als selbstständige Abteilung Agitation ausgegründet. Die Staatssicherheitsagitation war vielgestaltig. Sie vollzog sich offen und verdeckt, nutzte alle denkbaren Medien und sorgte sogar für die künstlerische Bearbeitung ihrer Inhalte, etwa in Spielfilmen oder Fernsehserien. In den fünfziger und sechziger Jahren war sie ein bestimmendes Element im deutsch-deutschen Schlagabtausch. Vor allem auf dem Feld der Kompromittierung bundesdeutscher Verantwortungsträger durch NS-Enthüllungen konnte sie substanzielle Erfolge verbuchen.

In der Phase der Entspannungspolitik veränderte sich ihr Charakter beträchtlich. Die »Agitation« sollte jetzt mehr der eigenen Imagepflege und der Verbesserung des Verhältnisses zur Bevölkerung dienen. Struktureller Ausdruck dieser Tendenz war die zeitweise Ausgliederung der Arbeitsgruppe Öffentliche Verbindungen. Vor diesem Hintergrund gewann die Traditions- und Patenschaftsarbeit an Bedeutung. Als 1979 die AKG in den Bezirksverwaltungen eingerichtet wurden, enthielten diese auch bereits den Aufgabenbereich »Öffentlichkeitsarbeit«. Es lag also nahe, diese strukturelle Zuordnung zum »Funktionalorgan der Leitung« 1985 auch zentral nachzuvollziehen.

Der politische Umbruch des Herbstes 1989 überraschte die ZAIG wie auch die anderen Diensteinheiten des MfS, obwohl sich die Eskalation der politischen und gesellschaftlichen Krise in ihren Berichten an die politische Führung durchaus niedergeschlagen hatte. Bei den Überlegungen zur Umorganisation des DDR-Geheimdienstes spielte sie keine nennenswerte Rolle mehr, die Strukturpläne für den MfS-Nachfolger »Amt für Nationale Sicherheit« sah ihre Zergliederung vor.

2 Die ZAIG 1989

Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe war das »Funktionalorgan« des Ministers für Staatssicherheit und somit die wichtigste Schaltstelle im MfS, in der nahezu alle komplexen Stabsfunktionen konzentriert waren. Zu den Aufgaben der ZAIG zählte die zentrale Auswertung und Information, einschließlich der Berichterstattung an die politische Führung, und die Optimierung der entsprechenden Verfahren und Strukturen im Gesamtapparat des MfS. Zudem führte sie die zentralen Kontrollen und Untersuchungen

durch und analysierte die geheimpolizeilich-geheimdienstliche Effektivität des MfS auf der Grundlage der bei diesen Kontrolleinsätzen gewonnenen Erkenntnisse und der hier ebenfalls zusammenlaufenden Daten der operativen Statistik. Eine wichtige konzeptionelle und koordinierende Rolle spielte die ZAIG auch bei der zentralen Planung und der Erarbeitung dienstlicher Bestimmungen. Darüber hinaus übte sie die übergeordneten Funktionen im Bereich EDV aus und war für das SOUD, das internationale Datenaustauschsystem der kommunistischen Staatssicherheitsdienste, zuständig. Zuletzt waren auch die Öffentlichkeitsarbeit und die Traditionspflege des MfS in der ZAIG funktional verankert. Die ZAIG war im direkten Anleitungsbereich des Ministers angesiedelt, ihr waren die formal selbstständigen Abteilungen XII (Registratur, Archiv), XIII (Rechenzentrum) und die Rechtsstelle fachlich unterstellt.[1]

Die Diensteinheit (bzw. ihr Vorläufer) stand seit 1957 unter der Leitung von Generalleutnant Dr. Werner Irmler (1959–1965 als Stellvertreter), der sie – mit dem besonderen Vertrauen Mielkes ausgestattet – zielstrebig zum »Nervenzentrum« des MfS ausgebaut hatte. Zuletzt verfügte die ZAIG über 465 Planstellen (davon 11 für sogenannte Offiziere im besonderen Einsatz – OibE), von denen im September 1989 423 tatsächlich besetzt waren.[2]

Die ZAIG besaß einen relativ großen Leitungsbereich. Allein das von Major Christine Zimmermann geleitete Sekretariat hatte zehn Mitarbeiter. Außerdem verfügte die ZAIG über ein eigenes Referat für »Rückwärtige Dienste« mit zehn Mitarbeitern (Leitung: Major Achim Eibenstein), das für Haushalt, Materialwirtschaft, Vervielfältigung und Kraftfahrerdienste zuständig war. Wie bei fast allen selbstständigen Diensteinheiten gab es im Leitungsbereich der Diensteinheit auch eine Arbeitsgruppe des Leiters (AGL), die sich mit drei Mitarbeitern um die spezifischen Vorkehrungen für einen militärischen Ernstfall kümmerte; sie wurde von Oberst Heinz Rümmler geleitet, einem »Urgestein« aus der ehemaligen Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle des MfS, die 1968 in der ZAIG aufgegangen war. Ein ebenfalls altgedienter Kader aus dem Auswertungs- und Informationswesen, Oberst Heinz Seidel, fungierte an der Seite von Irmler als Offizier für Sonderaufgaben. Schließlich verfügte die Leitung der SED-Grundorganisation in der ZAIG über zwei eigene Planstellen für den Parteisekretär und eine Bürokraft.

Die ZAIG war in fünf Bereiche gegliedert: Auswertung und Information (Bereich 1), Kontrolle, dienstliche Bestimmungen und Planung (Bereich 2), EDV (Bereich 3), Entwicklung des Informations- und Auswertungssystems (Bereich 4), Öffentlichkeitsarbeit und Traditionspflege (Bereich 6). Der Leiter des Bereichs 1 fungierte zugleich als 1. Stellvertreter des ZAIG-Leiters, die Leiter der Bereiche 2, 3 und 6 hatten für ihren jeweiligen Verantwortungsbereich ebenfalls die Kompetenzen von stellvertretenden ZAIG-Leitern. Der Leiter des Bereichs 4 hatte diese Befugnisse nicht. Die für das internationale Datenaustauschsystem der kommunistischen Staatssicherheitsdienste SOUD zuständige Arbeitsgruppe 4 der ZAIG/4 wurde intern ZAIG/5 genannt und sollte wohl ursprünglich zu einem vollwertigen Bereich 5 ausgebaut werden; dazu ist es jedoch nicht gekommen.

2.1 Bereich 1: Auswertung und Information

Der Bereich 1 kann als der traditionelle Kernbereich der ZAIG angesehen werden. Hier waren die Aufgaben angesiedelt, die grundsätzlich schon die Abteilung Information der

1 Befehl 20/86 Mielkes v. 14.11.1986; BStU, MfS, BdL/Dok. 8387.

2 Alle Angaben im Kapitel 2: Struktur- und Stellenplan der ZAIG v. 20.12.1988; BStU, MfS, ZAIG 8434, Bl. 3–13; Übersicht über die wesentlichen Aufgabenkomplexe und Verantwortlichkeiten der ZAIG v. 1.3.1989; BStU, MfS, ZAIG 7828, Bl. 14–32; Planstellenbesetzungsnachweis o. D. (Frühjahr/Sommer 1989); BStU, MfS, ZAIG 8787, Bl. 1–84.

fünfziger Jahre gekennzeichnet hatten, in erster Linie die »politisch-operative« Auswertungs- und Informationstätigkeit zu ausgewählten thematischen Komplexen und Problemen und die entsprechende analytische Arbeit als Grundlage der Lageeinschätzung. Zentral war dabei die Erarbeitung von Berichten und Materialien zur Information des Ministers und der Partei- und Staatsführung. Daneben befasste sich der Bereich mit der systematischen Auswertung westlicher Massenmedien und mit spezifischen Dokumentationsaufgaben. Leiter des Bereichs und gleichzeitig 1. Stellvertreter des Leiters der ZAIG war Oberst Rudi Taube, sein direkter Anleitungsbereich umfasste die Arbeitsgruppen 1, 4 und 5. Sein Stellvertreter Oberst Günter Hackenberg war für die unmittelbare Anleitung der Arbeitsgruppen 2, 3 und 6 verantwortlich. Der Bereich verfügte zuletzt über insgesamt 56 Mitarbeiter einschließlich eines Offiziers im besonderen Einsatz.[3]

Die von Oberstleutnant Karl Oettel geleitete *Arbeitsgruppe 1* war für die Auswertung und Information in den internationalen Themenbereichen zuständig. In der Diktion des MfS ging es hierbei um »Probleme der internationalen Klassenauseinandersetzung«, »gegen die sozialistischen Staaten gerichtete Pläne« und »Methoden des Imperialismus«. Ein Schwerpunkt waren dabei »gegen die DDR« gerichtete Absichten der Bundesregierung und der westdeutschen Parteien. Daneben gehörte auch die Information über Lage und Entwicklung in den europäischen sozialistischen Staaten zum Aufgabengebiet dieser Arbeitsgruppe, die einschließlich ihres Leiters lediglich drei Mitarbeiter umfasste. Sie unterhielt angesichts ihrer Aufgaben enge Arbeitskontakte zur HV A (Auslandsaufklärung), deren Berichte an die politische Führung in der ZAIG allerdings nicht mehr verändert wurden, sondern lediglich administrativ »durchliefen«.

Die unter der Leitung von Oberstleutnant Karl Großer stehende *Arbeitsgruppe 2* war für die Auswertung und Information in den Themenbereichen verantwortlich, die zur operativen Zuständigkeit der Hauptabteilungen II (Spionageabwehr), XVIII (Volkswirtschaft), XIX (Verkehr) und XXII (Terrorabwehr) gehörten. Im Einzelnen ging es dabei um links- und rechtsextremistische Organisationen, den internationalen Terrorismus, feindliche Geheimdienste, die diplomatischen Vertretungen und Journalisten westlicher Staaten sowie um Probleme der Volkswirtschaft einschließlich des Verkehrswesens, insbesondere um den Problemkreis Brände, Störungen und Havarien. Die Arbeitsgruppe hatte fünf Mitarbeiter.

Die Oberstleutnant Peter Poppitz unterstehende *Arbeitsgruppe 3* befasste sich mit der Auswertung und Information in den Themenbereichen, die der operativen Zuständigkeit der Zentralen Koordinierungsgruppe (Flucht, Ausreise) sowie der Hauptabteilungen I (Militärabwehr) und IV (grenzüberschreitender Verkehr) entsprachen. Dominant waren Probleme, die im Zusammenhang mit »Republikfluchten«, der organisierten Fluchthilfe (»staatsfeindlicher Menschenhandel«) und vor allem mit dem Strom der Antragsteller auf ständige Ausreise standen. Hinzu kamen Fragen der »personellen und funktionellen Sicherheit in den Organen der Landesverteidigung« sowie Probleme der Grenzsicherung und des Einreise-, Ausreise und Transitverkehrs, einschließlich des sogenannten Polittourismus. Die Arbeitsgruppe hatte fünf Mitarbeiter.

Die *Arbeitsgruppe 4*, geleitet von Oberstleutnant Wolfgang Röhlig, war für die systematische Auswertung westlicher Massenmedien zuständig, wobei es primär um die Herausarbeitung der von diesen Medien angeblich ausgehenden »politisch-ideologischen Diversionstätigkeit« gegen die DDR ging, also solcher Beiträge, die aus der Sicht des MfS

[3] Angaben in diesem Unterkapitel, wenn nicht anders angegeben: Struktur- und Stellenplan der ZAIG v. 20.12.1988; BStU, MfS, ZAIG 8434, Bl. 3–13, hier 8 f.; Übersicht über die wesentlichen Aufgabenkomplexe und Verantwortlichkeiten der ZAIG v. 1.3.1989; BStU, MfS, ZAIG 7828, Bl. 14–32, hier 16–19; Planstellenbesetzungsnachweis o. D. (Frühjahr/Sommer 1989); BStU, MfS, ZAIG 8787, Bl. 1–84, hier 9–17.

geeignet waren, die politischen und ideologischen Grundlagen der SED-Herrschaft infrage zu stellen. Unter diesem Gesichtspunkt wurden vor allem Rundfunk- und Fernsehsendungen ausgewertet. Zudem kümmerte sich die Arbeitsgruppe um die Information der Diensteinheiten des MfS über westliche Meldungen, die von aktueller Bedeutung für deren operative Tätigkeit waren. Zu ihren Aufgaben gehörten auch die Führung der zentralen Zeitungsstelle des MfS und die Dokumentation von Veröffentlichungen westlicher Medien. Die Arbeitsgruppe besaß eine Unterstruktur, das unter der Leitung von Hauptmann Roland Röschke stehende Referat Funkmedien, welches die Sendungen der elektronischen Medien zu verfolgen und auszuwerten hatte. Dieses unterstand der unmittelbaren Anleitung des stellvertretenden Leiters der Arbeitsgruppe Major Helmut Pfeiffer. Insgesamt hatte die Arbeitsgruppe 17 Mitarbeiter, von denen neun im Referat Funkmedien arbeiteten.

Die für Dokumentation zuständige *Arbeitsgruppe 5* wurde von Oberstleutnant Dr. Rudolf Turber geleitet; sein Stellvertreter war Oberstleutnant Günter Hugler. In diesem Arbeitsbereich ging es vor allem um die zentrale Sammlung von Hinweisen zu feindlichen Organisationen, Institutionen, Gremien, Periodika und Verlagen sowie zu Sachverhalten und Entwicklungstendenzen im »Operationsgebiet«, die in den Augen des MfS mit »Feindtätigkeit« im Zusammenhang standen. Damit verbunden war die systematische Sammlung von Informationen zu feindlichen Stellen und Kräften im »Operationsgebiet« und Koordinierung von Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung gemäß einer Grundsatzweisung Mielkes vom Februar 1985[4] sowie die Führung eines Personenspeichers über »operativ bedeutsame Kräfte im Operationsgebiet«. Ferner kümmerte sich die Arbeitsgruppe um die Führung von Übersichten über »operativ bedeutsame Termine« und die Fachbücherei der ZAIG; sie hatte 17 Mitarbeiter.

Die von Oberstleutnant Dieter Tannhäuser geleitete *Arbeitsgruppe 6* bestand erst seit 1981 und war damit mit Abstand die jüngste Struktureinheit im Bereich 1 der ZAIG; ihre Einrichtung stand im Zusammenhang mit dem Erstarken oppositioneller Kräfte Anfang der achtziger Jahre. Sie befasste sich im Wesentlichen mit der Auswertungs- und Informationstätigkeit im Bereich der operativen Zuständigkeiten und Federführungskomplexe der Hauptabteilung XX, die mit der Überwachung und Bekämpfung politisch abweichenden Verhaltens zu tun hatten: »politisch-ideologische Diversion«, »gegnerische Kontaktpolitik/Kontakttätigkeit« und »politische Untergrundtätigkeit«. In einem engen Zusammenhang damit stand auch die Berichterstattung über Probleme in den Kirchen und Religionsgemeinschaften, im Bereich Kunst und Kultur sowie in »jugendlichen Personenkreisen«. Auswertungen und Informationen zur Bevölkerungsstimmung (»Reaktion der Bevölkerung«) fielen ebenfalls in das Aufgabengebiet dieser Arbeitsgruppe, die sechs Mitarbeiter umfasste.

2.2 Bereich 2: Kontrolle, dienstliche Bestimmungen, Planung

Der Bereich 2 war der Schlüsselbereich der ZAIG als Leitungsorgan; hier arbeiteten insgesamt 30 Mitarbeiter. Er wurde von Oberst Dr. Karl Bausch befehligt, der auch als Stellvertreter Irmlers fungierte, und hatte folgende zentrale Aufgaben:

- Durchführung von Überprüfungen und Kontrollen in allen Diensteinheiten des MfS,
- die »Einschätzung des Standes und der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit« und der entsprechenden Leitungstätigkeit,

4 Rundschreiben des Ministers an die Leiter aller Diensteinheiten v. 15.2.1985: Bekämpfung feindlicher Stellen und Kräfte im Operationsgebiet, die subversiv gegen die DDR und andere sozialistische Staaten tätig sind (außer imperialistische Geheimdienste und kriminelle Menschenhändlerbanden); BStU, MfS, BdL/Dok. 5596.

– die Erarbeitung und Mitwirkung an der Erarbeitung von Führungsdokumenten sowie von dienstlichen Bestimmungen und Weisungen des Ministers,
– die Erarbeitung und Auswertung von Plandokumenten für die zentrale Planung sowie
– die Anleitung entsprechender Tätigkeiten in den Auswertungs- und Kontrollgruppen der Hauptabteilungen und selbstständigen Abteilungen der MfS-Zentrale und der Bezirksverwaltungen.[5]

Die *Arbeitsgruppe 1* des Bereiches, auch Kontrollgruppe genannt, stand unter der Leitung von Oberst Gerd Bäcker, der auch Stellvertreter Bauschs war. Sie hatte die Aufgabe, Überprüfungen und Kontrollen durchzuführen, die entweder langfristig geplant und von Mielke genehmigt worden waren oder von ihm kurzfristig aufgrund unmittelbarer Erfordernisse angeordnet wurden. Dazu zählte auch die Kontrolle der Durchführung von speziellen Weisungen, die vom Minister auf Dienstkonferenzen, Kollegiumssitzungen und anderen zentralen Veranstaltungen erteilt wurden. Hinzu kamen Untersuchungen von »politisch-operativ« wichtigen Vorkommnissen und die Mitwirkung an der Kontrolle der Planrealisierung im gesamten MfS. Eine wichtige Aufgabe der Kontrollgruppe bestand auch in der kontinuierlichen Einschätzung der Wirksamkeit der Aufgabenerledigung in allen wichtigen Arbeitsbereichen des MfS (»politisch-operative«, »operativ-technische« und »materiell-technische«) und die Erarbeitung von Vorschlägen zur Erhöhung ihrer Effizienz. Das galt vor allem für das Feld der geheimpolizeilich-geheimdienstlichen Tätigkeiten, der »politisch-operativen Arbeit« im Sprachgebrauch des MfS, deren Qualifizierung durch die Erarbeitung »entscheidungsgerechter Lösungsvorstellungen« von ihr vorangetrieben werden sollte. Zudem war die Arbeitsgruppe 1 mit der fachlichen Anleitung der für Kontrolle zuständigen stellvertretenden Leiter der Auswertungs- und Kontrollgruppen in den Hauptabteilungen und selbstständigen Abteilungen der MfS-Zentrale sowie der Bezirksverwaltungen betraut. Sie setzte sich aus drei Kontrollbrigaden mit jeweils fünf bis sechs Mitarbeitern zusammen, die respektive von den Oberstleutnants Karl-Heinz Kepler, Heinz Dahms und Bernd Hopfer befehligt wurden. Insgesamt hatte die Kontrollgruppe 18 Mitarbeiter.

Die zuletzt von Oberstleutnant Lothar Schirmer befehligte *Arbeitsgruppe 2* war für die Erarbeitung »entscheidungsgerechter Entwürfe« dienstlicher Bestimmungen und Weisungen sowie anderer zentraler Dokumente mit Weisungscharakter verantwortlich. Verbunden war das mit der Formulierung von Sicherheitserfordernissen und Aufgaben, die sich aus Beschlüssen der Partei- und Staatsführung, Abkommen und Vereinbarungen mit anderen Staaten, Rechtsvorschriften und innerdienstlichen Regelungen anderer Organe sowie aus der »politisch-operativen« Lage ergaben. Zudem war es ihre Aufgabe, die Aktualität zentraler dienstlicher Bestimmungen zu gewährleisten und andere Diensteinheiten bei der Erarbeitung von dienstlichen Bestimmungen zu beraten und zu unterstützen. Die Arbeitsgruppe war lange Zeit von Oberst Lothar Schröter geleitet worden, der im April 1989 als Offizier für Sonderaufgaben in die ZAIG/1 wechselte; sie bestand aus vier Mitarbeitern.

Die für Planungs- und Auswertungsaufgaben zuständige *Arbeitsgruppe 3* wurde von Oberstleutnant Gerhard Scharl geleitet. Sie war maßgeblich an Konzeption und Ausarbeitung der zentralen Planvorgaben im MfS beteiligt. Dementsprechend wurden hier auch die planungsspezifischen zentralen Weisungen und Orientierungen erarbeitet. Die Arbeitsgruppe war darüber hinaus für die systematische Erfassung der im Planungsprozess gewonnenen Erkenntnisse zuständig und wirkte auch an Überprüfungen und Kontrollen in

[5] Alle Angaben in diesem Unterkapitel: Struktur- und Stellenplan der ZAIG v. 20.12.1988; BStU, MfS, ZAIG 8434, Bl. 3–13, hier 9; Übersicht über die wesentlichen Aufgabenkomplexe und Verantwortlichkeiten der ZAIG v. 1.3.1989; BStU, MfS, ZAIG 7828, Bl. 14–32, hier 20–22; Planstellenbesetzungsnachweis o. D. (Frühjahr/Sommer 1989); BStU, MfS, ZAIG 8787, Bl. 1–84, hier 20–25.

den MfS-Diensteinheiten mit, insbesondere wenn es um Planungsfragen ging. Außerdem gehörte die Auswertung und Dokumentation von Erkenntnissen, die in der ZAIG/2 insgesamt – insbesondere im Rahmen von Kontrolleinsätzen – gewonnen wurden, zu ihren Aufgaben. Schließlich liefen in der Arbeitsgruppe die Daten der zentralen operativen Statistik des MfS zusammen und wurden zur Erarbeitung von statistischen Übersichten über die Entwicklungstendenzen bei Ermittlungsverfahren, IM-Vorgängen, Operativen Vorgängen und Operativen Personenkontrollen verwendet. In der Arbeitsgruppe waren zuletzt drei Mitarbeiter tätig.

2.3 Bereich 3: EDV

Der mit 245 normalen Planstellen sowie acht Stellen für Offiziere im besonderen Einsatz und mit zuletzt auch real über 200 Mitarbeitern größte Arbeitsbereich der ZAIG war der für die elektronische Datenverarbeitung zuständige Bereich 3. Er wurde von Oberst Dr. Harry Bochmann geleitet, der ebenfalls als einer der Stellvertreter Irmlers fungierte. Sein Stellvertreter als Bereichsleiter war Oberst Hans-Wilhelm Geiß, der gleichzeitig Leiter der Zentralen Personendatenbank, des EDV-Hauptprojekts im MfS, war. Der direkte Anleitungsbereich von Geiß umfasste die Arbeitsgruppen 2, 4 und 6 der ZPDB, der seines Stellvertreters Oberstleutnant Artelt die ebenfalls zur ZPDB gehörigen Arbeitsgruppen 3, 5 und 8. Der direkte Anleitungsbereich von Bochmann erstreckte sich über die restlichen Arbeitsgruppen 1, 7, 9 und 10.

Aufgabe der ZAIG/3 war die Einsatzvorbereitung und Nutzung der EDV im MfS. Das beinhaltete in erster Linie die Planung und Projektierung aller EDV-Anwendungen sowie die Gewährleistung des Betriebs der ZPDB und der anderen Datenbankanwendungen in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Anwenderdiensteinheiten. Zudem war die ZAIG/3 für die Anleitung und Ausbildung der Mitarbeiter der Bereiche EDV der Auswertungs- und Kontrollgruppen und anderer Auswertungs- und Informationsorgane, die mit der EDV-Anwendung zu tun hatten, verantwortlich.[6]

Die zuletzt von Oberstleutnant Dr. Kurt Beyer kommissarisch geleitete *Arbeitsgruppe 1* war mit den Grundsatzaufgaben Planung, Koordinierung und Projektierung der EDV-Anwendung im MfS betraut. Dies beinhaltete unter anderem die Leitung von sogenannten Projektierungskollektiven, in denen auch Mitarbeiter der Anwenderdiensteinheiten tätig wurden. Die Arbeitsgruppe besaß zehn Planstellen.

Die von Oberstleutnant Dierk Grahlmann befehligte *Arbeitsgruppe 2* gehörte zum Bereich ZPDB und war hier für die Datenbankverwaltung zuständig. Dabei ging es in erster Linie um die Betreuung und Überwachung der Datenbank sowie die zentrale Recherche, aber auch um Projektierungs- und Realisierungsaufgaben, bei denen insbesondere inhaltliche Erfordernisse umgesetzt wurden. Darüber hinaus war die Arbeitsgruppe für Anleitung, Kontrolle und Qualifizierung der Mitarbeiter der Bereiche EDV der Auswertungs- und Kontrollgruppen und anderer Auswertungs- und Informationsorgane zuständig. Sie verfügte über 25 Planstellen.

Die für die Systemverwaltung im Bereich ZPDB verantwortliche *Arbeitsgruppe 3* hatte 1989 keinen ordentlich berufenen Leiter. Wer die Arbeitsgruppe kommissarisch führte, ist nicht klar. Sie bestand aus dem für den Systembetrieb zuständigen Referat 1 mit 17 Planstellen und dem für System- und Datenschutz verantwortlichen Referat 2 mit 36 Planstellen. Von den insgesamt 60 Planstellen der Arbeitsgruppe war im Sommer 1989 nur etwa

---

6 Alle Angaben in diesem Unterkapitel: Struktur- und Stellenplan der ZAIG v. 20.12.1988; BStU, MfS, ZAIG 8434, Bl. 3–13, hier 10 f.; Übersicht über die wesentlichen Aufgabenkomplexe und Verantwortlichkeiten der ZAIG v. 1.3.1989; BStU, MfS, ZAIG 7828, Bl. 14–32, hier 23 f.; Planstellenbesetzungsnachweis o. D. (Frühjahr/Sommer 1989); BStU, MfS, ZAIG 8787, Bl. 1–84, hier 30–64.

die Hälfte besetzt. Sie hatte eine »hohe System- und Anlagenverfügbarkeit« zu gewährleisten und darüber hinaus Projektierungs- und Realisierungsaufgaben im technologischen Bereich durchzuführen.

Für die Systembetreuung im Bereich ZPDB war die *Arbeitsgruppe 4* unter der Leitung von Oberstleutnant Peter Erdmann zuständig. Hierbei ging es im Wesentlichen um die Überwachung der technologischen Abläufe und die Lokalisierung von Fehlfunktionen. Daneben übernahm die Arbeitsgruppe Projektierungs- und Realisierungsaufgaben bei der Umsetzung von Systemlösungen sowie Aufgaben im Bereich der anwendungsbezogenen Testung. Sie hatte elf Planstellen.

Die unter der Leitung von Oberstleutnant Manfred Adebahr stehende *Arbeitsgruppe 5* war für die Datenerfassung im Bereich ZPDB zuständig und mit 73 Planstellen auf dieser Ebene die größte Struktureinheit der ZAIG. Sie bestand aus drei Referaten, in denen ausschließlich Datenerfassungskräfte arbeiteten.

Die von Oberstleutnant Dieter Matthies befehligte *Arbeitsgruppe 6* befasste sich mit der materiell-technischen Sicherstellung der ZPDB und der Gewährleitung der Abstrahlungssicherheit. Ein 1989 im Aufbau befindliches nachgeordnetes Referat mit 13 Planstellen war darüber hinaus für die innere Sicherheit und die Außensicherung des Objekts zuständig. Insgesamt verfügte die Arbeitsgruppe über 20 Planstellen.

Die *Arbeitsgruppe 7*, von Major Thomas Hergesell geleitet, war für Datenbankprojekte, die über die ZPDB hinausgehen, verantwortlich und hatte hier Projektierungs- und Realisierungsaufgaben im Bereich Systemlösungen und den Kompetenzbereich anwendungsbezogene Testung. Zuletzt arbeiteten hier vier Mitarbeiter.

Die unter der Leitung von Oberstleutnant Joachim Schmidt stehende *Arbeitsgruppe 8* war für die Inbetriebnahme, Instandsetzung und Wartung der EDV-Technik im Bereich ZPDB verantwortlich. Sie umfasste zehn Mitarbeiter.

Die von Oberstleutnant Eberhard Wiedemann befehligte *Arbeitsgruppe 9* hatte mit ihren 15 Mitarbeitern die Nutzung der im Ministerium des Innern angesiedelten Personendatenbank der DDR (PDB) durch die Diensteinheiten des MfS zu gewährleisten und stand zu diesem Zweck mit den entsprechenden Struktureinheiten des MdI in Kontakt.

Die Oberstleutnant Peter Grünfeld unterstehende *Arbeitsgruppe 10* war für die »projektspezifische« Datensicherheit (im MfS-Sprachgebrauch »Datenschutz«) verantwortlich und arbeitete hierbei eng mit den Anwenderdiensteinheiten und dem Rechenzentrum des MfS (Abt. XIII) zusammen. Die Arbeitsgruppe hatte sieben Mitarbeiter

2.4 Bereich 4: Entwicklung und Pflege des Informations- und Auswertungssystems

Der Bereich 4 der ZAIG war für die Pflege und Weiterentwicklung des einheitlichen Auswertungs- und Informationssystem im MfS – sowohl nach inhaltlichen als auch nach organisatorisch-methodischen Gesichtspunkten – zuständig, sofern dies nicht die EDV-Anwendung betraf und somit die Zuständigkeit des Bereiches 3 gegeben war. Die Aufgabenerfüllung ging einher mit einer engen Kooperation mit den Leitern der Auswertungs- und Kontrollgruppen der Bezirksverwaltungen. Im Bereich 4 waren darüber hinaus auch die Tätigkeiten angesiedelt, die mit dem vereinigten System der kommunistischen Staatssicherheitsdienste zur Gegnererfassung (SOUD) im Zusammenhang standen. Er wurde von Oberst Dr. Lothar Schwock geführt, der als einziger Bereichsleiter nicht die Kompetenzen eines Stellvertreters des ZAIG-Leiters hatte. Der Bereich umfasste 40 Mitarbeiter.[7]

---

7 Alle Angaben in diesem Unterkapitel: Struktur- und Stellenplan der ZAIG v. 20.12.1988; BStU, MfS, ZAIG 8434, Bl. 3–13, hier 12; Übersicht über die wesentlichen Aufgabenkomplexe und Verantwort-

Die Arbeitsgruppe 1 wurde von Oberst Achim Richter geleitet, der auch Stellvertreter Schwocks war. Sie war in erster Linie für die Gestaltung und Weiterentwicklung der Auswertungs- und Informationstätigkeit in den Kreisdienststellen und Objektdienststellen zuständig, was die Weiterbildung der betreffenden Mitarbeiter einschloss. Die Arbeitsgruppe hatte darüber hinaus die Aufgabe, alle Erkenntnisse, Materialien und Regelungen zur Gestaltung der Auswertungs- und Informationstätigkeit im MfS zu dokumentieren. Da hier die Grundsatzarbeit im Hinblick auf das Auswertungs- und Informationssystem geleistet wurde, war eine faktische Anleitung der in den Auswertungs- und Kontrollgruppen der Bezirksverwaltungen für Auswertung zuständigen stellvertretenden Leiter gegeben. Die Arbeitsgruppe war vier Mitarbeiter stark.

Die von Oberstleutnant Kurt Weber geleitete *Arbeitsgruppe 2* war für die inhaltliche Gestaltung und Organisation der Aufbereitung, Speicherung und Nutzung operativ bedeutsamer Informationen durch die Diensteinheiten des MfS und den Prozess der Einschätzung von Informationen zuständig. Entsprechend hatte sie in den Auswertungs- und Kontrollgruppen (der HA, selbst. Abt., BV) mit den Leitern der für die Erfassung und Verarbeitung zuständigen Arbeitsbereiche Auswertung 2, den Leitern der Referate für Koordinierung des Informationsflusses und den Offizieren für Dokumentation zusammenzuarbeiten. Darüber hinaus war es ihre Aufgabe, die Neuerervorschläge im Bereich der Auswertungs- und Informationstätigkeit einzuschätzen. In der Arbeitsgruppe waren fünf Mitarbeiter beschäftigt.

Die *Arbeitsgruppe 3*, geleitet von Oberstleutnant Heinz Hoffmann, befasste sich mit der analytischen Arbeit im Hinblick auf die Lageeinschätzung und war dementsprechend für die Qualifizierung der Berichterstattung an leitende Partei- und Staatsfunktionäre in den Kreisdienststellen und Objektdienststellen verantwortlich. Zudem erarbeitete sie Orientierungen zur Arbeit mit operativen Statistiken. In ihrem Hauptaufgabengebiet kooperierte sie eng mit den Leitern der für die Information der politischen Führung verantwortlichen Bereiche Auswertung 1 der Auswertungs- und Kontrollgruppen der Bezirksverwaltungen. Die Arbeitsgruppe bestand aus drei Mitarbeitern.

Die von Oberstleutnant Fritz Heinicke geführte *Arbeitsgruppe 4* wird in den MfS-Unterlagen zumeist ZAIG/5 genannt, wohl weil zunächst ihre Ausgliederung in einen neu zu schaffenden Bereich 5 der ZAIG geplant war, die jedoch nie erfolgte. Sie war in Zusammenarbeit mit den operativen Diensteinheiten für die Umsetzung der Aufgaben verantwortlich, die mit dem System der vereinigten Erfassung über den Gegner (SOUD) zusammenhingen, der gemeinsamen elektronischen Datenbank, an der die Staatssicherheitsdienste der Ostblockstaaten (außer Rumänien) sowie die Mongolische Volksrepublik, die Volksrepublik Vietnam und Kuba und beteiligt waren. Dies beinhaltete unter anderem die Gewährleistung der Bereitstellung operativ bedeutsamer Informationen für das System, die Nachweisführung zu allen vom MfS in das System eingespeisten Informationen und die Zusammenarbeit mit dem in der KGB-Zentrale in Moskau angesiedelten Arbeitsapparat des SOUD. Die Arbeitsgruppe war die größte im Bereich 4; sie umfasste 25 Mitarbeiter, die sich auf drei Referate aufteilten.

2.5 Bereich 6: Öffentlichkeitsarbeit und Traditionspflege

Seit der Eingliederung der Abteilung Agitation in die ZAIG im Jahre 1985 lag die Verantwortung für die Öffentlichkeits- und Traditionsarbeit beim Bereich 6 der ZAIG, der intern als Pressestelle, gegenüber der Öffentlichkeit manchmal auch als Presseabteilung des MfS bezeichnet wurde. Aufgaben einer wirklichen Pressestelle erfüllte die ZAIG/6

lichkeiten der ZAIG v. 1.3.1989; BStU, MfS, ZAIG 7828, Bl. 14–32, hier 25–28; Planstellenbesetzungsnachweis o. D. (Frühjahr/Sommer 1989); BStU, MfS, ZAIG 8787, Bl. 1–84, hier 66–74.

jedoch nur begrenzt, weil die Medien vom MfS sehr restriktiv informiert, dafür aber umso intensiver instrumentalisiert wurden. Zudem war ein beträchtlicher Teil der Aktivitäten dieses Bereichs nicht nach außen, sondern nach innen oder auf MfS-affine Bereiche wie andere bewaffnete Organe ausgerichtet.[8]

Der Bereich wurde seit der Eingliederung von Oberst Dr. Karl Fischer geleitet, der gleichzeitig Stellvertreter des ZAIG-Leiters war. Ihm standen mit Oberst Dietrich Miermeister und Oberst Werner Leonhardt zwei stellvertretende Bereichsleiter zur Seite. Den Anleitungsbereich von Miermeister bildete die operative Öffentlichkeitsarbeit, die Arbeitsgruppen 3 und 4, den von Leonhardt der in den Arbeitsgruppen 5 und 6 angesiedelte film- und fototechnische Bereich. Die Arbeitsgruppen 1 und 2 mit ihren grundsätzlichen Arbeitsgebieten unterstanden Fischer direkt. Zuletzt hatte der Bereich insgesamt 56 Mitarbeiter einschließlich zweier Offiziere im besonderen Einsatz (Autor Julius Mader und seine Sekretärin).

Die ZAIG/6 leitete die Offiziere für Öffentlichkeitsarbeit in den Auswertungs- und Kontrollgruppen der Hauptabteilungen und selbstständigen Abteilungen der Zentrale sowie der Bezirksverwaltungen, zusammen etwa 35 Kader, fachlich an. Neben den hauptamtlichen Öffentlichkeits- und Traditionsarbeitern gab es in Kollektiven für Öffentlichkeitsarbeit organisierte nebenamtliche Referenten aus den verschiedenen Diensteinheiten des MfS sowie Veteranen, die vor allem in der Traditionspflege eingesetzt wurden.

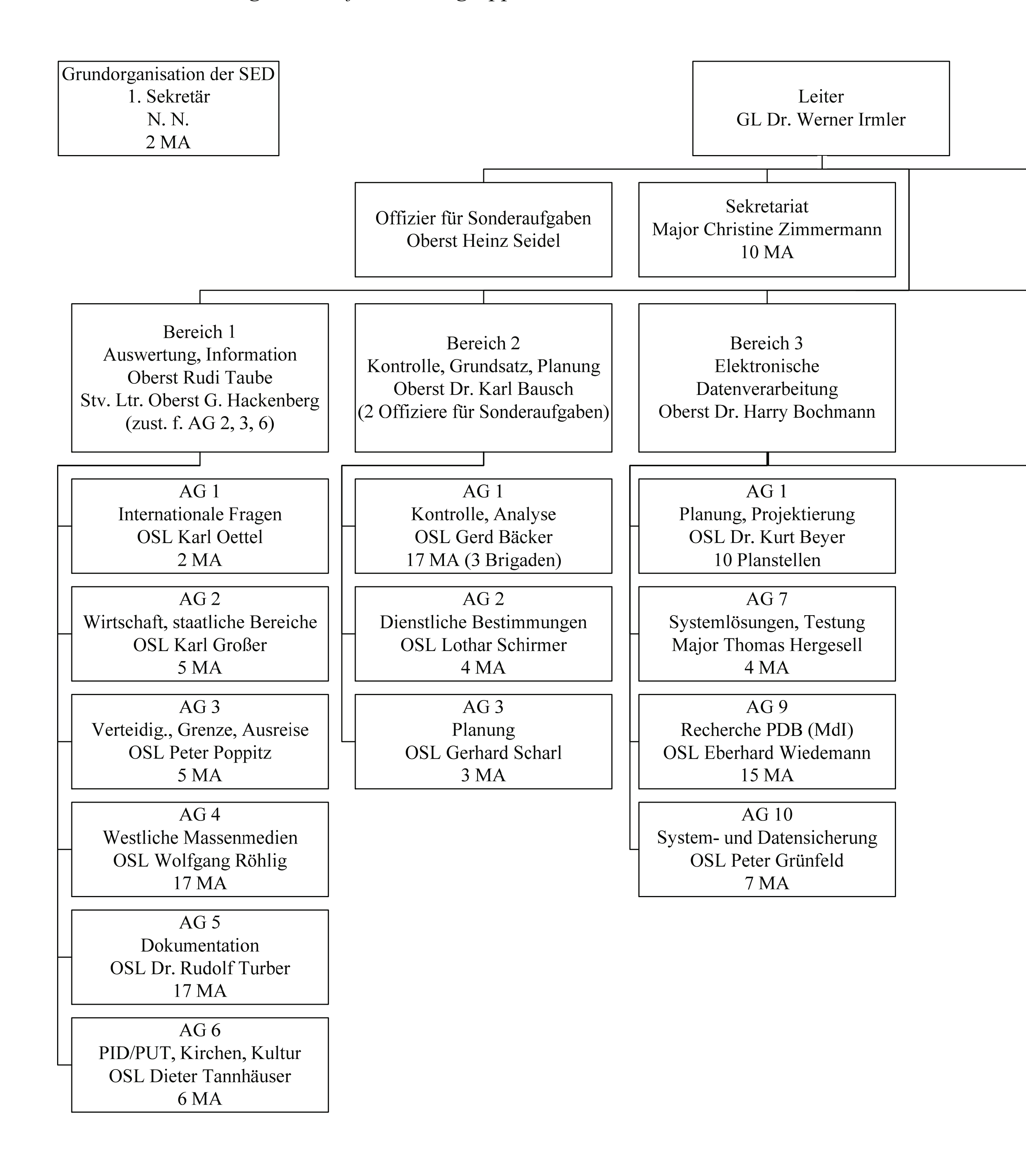
Die von Oberst Klaus Labs geleitete *Arbeitsgruppe 1* kann als der persönliche Ghostwriterstab von Mielke bezeichnet werden. Hier wurden in erster Linie Referate und andere Materialien für den Minister erarbeitet, die er für sein Auftreten im Rahmen seiner staatlichen und gesellschaftlichen Funktionen benötigte. Außerdem lagen die Bearbeitung von Eingaben aus Mielkes Volkskammerwahlkreis Weißenfels/Naumburg/Hohenmölsen/Zeitz sowie die redaktionelle Überarbeitung von Stellungnahmen des Ministers zu Vorlagen und Materialien anderer Organe in ihrer Zuständigkeit. Die Arbeitsgruppe verfügte über fünf Mitarbeiter.

Der unter der Leitung von Major Stefan Grumt stehenden *Arbeitsgruppe 2* oblagen Grundsatzarbeit und Dokumentationsaufgaben für die Öffentlichkeitsarbeit des MfS. Hier wurden Vortrags- und Informationsmaterialien (z. B. die »Informationsmaterialien der Presseabteilung für die Öffentlichkeitsarbeit«) sowie die Grundlagen für sogenannte Anschauungs- und Unterstützungsmittel erarbeitet. Sie war zudem für die Anleitung der Offiziere für Öffentlichkeits- und Traditionsarbeit in den anderen Diensteinheiten zuständig, insbesondere auch für die Vorbereitung von zentralen Beratungen aller »Öffentlichkeitsarbeiter« im MfS. Schließlich führte die Arbeitsgruppe die Dokumentation der ZAIG/6 und war für die Gewährleistung von Sicherheit und Geheimschutz bei der Zusammenarbeit mit Personen, die nicht dem MfS angehörten, verantwortlich. Sie war acht Mitarbeiter stark.

---

[8] Alle Angaben in diesem Unterkapitel: Struktur- und Stellenplan der ZAIG v. 20.12.1988; BStU, MfS, ZAIG 8434, Bl. 3–13, hier 12 f.; Übersicht über die wesentlichen Aufgabenkomplexe und Verantwortlichkeiten der ZAIG v. 1.3.1989; BStU, MfS, ZAIG 7828, Bl. 14–32, hier 29–32; Planstellenbesetzungsnachweis o. D. (Frühjahr/Sommer 1989); BStU, MfS, ZAIG 8787, Bl. 1–84, hier 76–84.

Abbildung 1
Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe 1989[9]



[9] Planstellenbesetzungsnachweis o. D. (1989); BStU, MfS, ZAIG 8787, Bl. 1–84; Struktur- u. Stellenplan v. 20.12.1988; BStU, MfS, ZAIG 8434, Bl. 3–13; Übersicht Aufgabenkomplexe v. 1.3.1989; BStU, MfS, ZAIG 7828, Bl. 14–32.

AG des Leiters
Oberst Heinz Rümmler
3 MA

Referat Rückwärtige Dienste
Sicherstellung, Finanzen
Major Achim Eibenstein
10 MA

Bereich 4
Grundlagen der AuI-Tätigkeit
Oberst Dr. Lothar Schwock

Bereich 6
Öffentlichkeitsarbeit
Oberst Dr. Karl Fischer
Stv. Ltr. (Bereiche A, B):
Oberst Miermeister (AG 3, 4)
Oberst Leonhardt (AG 5, 6)

Leiter ZPDB u. Stv. Ltr. Ber. 3
Oberst Hans-Wilhelm Geiß
Stv. Lt. OSL Artelt (AG 3, 5, 8)

AG 2
Datenbankverwaltung ZPDB
OSL Dierk Grahlmann
25 MA

AG 3
Systemverwaltung ZPDB
N. N.
60 Planstellen (2 Referate)

AG 4
Systembetreuung ZPDB
OSL Peter Erdmann
11 MA

AG 5
Datenerfassung ZPDB
OSL Manfred Adebahr
73 Planstellen (3 Referate)

AG 6
Sicherstellung ZPDB
OSL Dieter Matthies
20 Planstellen

AG 8
Wartung ZPDB
OSL Joachim Schmidt
10 MA

AG 1
Qualifizierung AuI-Prozesse
OSL Achim Richter
4 MA

AG 2
Grundlagen Datenverarbeitung
Major Kurt Weber
5 MA

AG 3
Grundlagen Analysetätigkeit
OSL Heinz Hoffmann
3 MA

AG 4 (»ZAIG/5« SOUD)
Internationaler Datenaustausch
OSL Fritz Heinecke
25 MA (3 Referate)

AG 1
Referate/Ausarb. für Minister
Oberst Klaus Labs
5 MA

AG 2
Grundlagen der ÖA
Major Stefan Grumt
8 MA

AG 3
Zusammenwirken mit Medien
Major Martin Hempel
6 MA

AG 4
Traditionsarbeit, Infozentrum
OSL Günther Schmook
13 MA

AG 5
Filmprojekte
Major Joachim Flecks
9 MA

AG 6
Fotoarbeiten, Bildarchiv
OSL Wolfgang Thomas
8 MA

Die *Arbeitsgruppe 3*, von Oberstleutnant Martin Hempel befehligt, hatte im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des MfS die Zusammenarbeit mit den Medien (Presse, Rundfunk, Fernsehen, Film und Verlagen) bei der Realisierung von Projekten »mit sicherheitspolitischer Thematik« zu gewährleisten. Sie bereitete Meldungen mit sicherheitspolitischem Inhalt zur Veröffentlichung in der Presse und den elektronischen Medien vor. Zudem pflegte sie Kontakte zu Medienvertretern, um Nachrichten und Themen im Sinne des MfS zu lancieren, sie mit Materialien zu versorgen und zu beraten. Zuletzt arbeiteten sechs Mitarbeiter in diesem Bereich

Die vom Oberstleutnant Günther Schmook geführte *Arbeitsgruppe 4* war mit dem sogenannten Informationszentrum des MfS identisch, das nicht wie der Großteil der ZAIG/6 im Hauptquartier des MfS in der Normannenstraße residierte, sondern sich mit dem Wachregiment das Dienstobjekt am Weidendamm in der Nähe des Bahnhofs Friedrichstraße teilte. Die Arbeitsgruppe war für die Traditionsarbeit zuständig und hatte in diesem Rahmen – in Zusammenarbeit mit anderen Diensteinheiten, insbesondere der Juristischen Hochschule in Potsdam – das Leben »verdienstvoller Persönlichkeiten des MfS« zu erforschen und Chroniken zur Geschichte der Staatssicherheit auszuarbeiten. Zudem hatte sie die Aufgabe, MfS-Mitarbeitern, Militärangehörigen und ausgewählten Zivilpersonen (insbesondere Angehörige von Kollektiven und Einrichtungen, die den Namen »verdienter Tschekisten« trugen) die Inhalte dieser Traditionsarbeit nahezubringen. Sie unterhielt eine (erst Anfang 1989 fertiggestellte) Dauerausstellung, veranstaltete Foren, Vortragsabende und Filmvorführungen. Auch Empfänge des Ministers und seiner Stellvertreter fanden in den Räumen des Informationszentrums statt. Einen weiteren Arbeitsschwerpunkt bildete die Koordination der Patenschaften mit Schulen und Betrieben, denen das MfS den Namen eines »verdienten Tschekisten« wie Richard Sorge oder Robert Korb verliehen hatte. Schließlich war die Arbeitsgruppe für die Anleitung der Traditionsarbeit in den Diensteinheiten zuständig, hierfür wurden eigene Materialien wie etwa die Broschürenreihe »Tatsachen + Personen + Hintergründe« erarbeitet. Der Bereich war mit zuletzt 13 Mitarbeitern die größte Arbeitsgruppe der ZAIG/6.

Die *Arbeitsgruppe 5*, geleitet von Major Joachim Flecks, war für die Herstellung von Filmen sowie Dia-Ton- und Tonserien für die Öffentlichkeits- und Traditionsarbeit zuständig. Dabei koordinierte sie vor allem die Produktion, während die Inhalte von anderen Arbeitsgruppen oder von Partnern außerhalb des Ministeriums konzipiert wurden. Außerdem hatte die Arbeitsgruppe die Aufgabe, für die Öffentlichkeitsarbeit nutzbare »Informationen über politisch-operativ bedeutsame Sachverhalte und Personen« sowie das Leben »verdienter Tschekisten« filmdokumentarisch und tontechnisch zu sichern. Schließlich besorgte sie Ankauf und Verleih von einschlägigen Dokumentar- und Spielfilmen. Die Arbeitsgruppe umfasste neun Mitarbeiter.

Die *Arbeitsgruppe 6* unter der Leitung von Oberstleutnant Wolfgang Thomas leistete Fotoarbeiten für die Öffentlichkeits- und Traditionsarbeit, insbesondere auch für Ausstellungen im Informationszentrum. Sie führte ein Bildarchiv und kümmerte sich um die Herstellung, den Ankauf, den Verleih und den Vertrieb von sogenannten »Anschauungs- und Unterstützungsmitteln« für die Öffentlichkeits- und Traditionsarbeit wie Kalender, Aufkleber, Medaillen, Geschenkmappen, Kleinplastiken, Traditionshefte und Poster. Die Arbeitsgruppe hatte acht Mitarbeiter. Die Arbeitsgruppen 5 und 6 hatten im Objekt Johannisthal ihren Dienstsitz.

3 Entwicklungsgeschichte

3.1 Vorläufer der ZAIG

3.1.1 Die Informations- und Auswertungsorgane bis 1968

3.1.1.1 Das Referat Information bei der Postkontrolle und das »Informationsbüro«

Das Informationssystem im MfS verdankte seine Existenz dem Juni-Aufstand von 1953. Allerdings gab es im Apparat der Staatssicherheit schon vorher Strukturen, die eine Berichterstattung zur Lage und vor allem zur Stimmung in der Bevölkerung gewährleistet hatten. Stimmungsberichte wurden regelmäßig von den seit Mai 1951 (sowohl in der Zentrale und als auch in den Länderverwaltungen) bestehenden Referaten Information der Abteilungen VI a erarbeitet, die für Postkontrolle zuständig waren und etwa zur Jahreswende 1951/1952 in Abteilungen M umbenannt wurden.[10] Die Bevölkerungsstimmung wurde dabei aus der geöffneten Post herausgefiltert. Die einschlägige Anweisung vom 25. Mai 1951 betonte, dass diese Berichte das MfS in die Lage versetzen müssten, »jederzeit ein einwandfreies Bild über die Stimmung der Bevölkerung der verschiedenen sozialen Schichten zu den einzelnen politischen und wirtschaftlichen Fragen zu geben«. Die Berichte sollten nach der Stimmung der ostdeutschen und westdeutschen Bevölkerung differenzieren.[11] Im Februar 1952 erfolgte der Versuch, die bisher äußerst simpel gestrickten Berichte, in denen zumeist nur unterschiedliche Äußerungen aneinandergereiht worden waren, analytischer zu gestalten. Insbesondere sollte auf die soziale Zuordnung der jeweiligen Äußerung geachtet werden.[12]

Daneben gab es ab Januar 1953 ein Informationsbüro unter der Leitung des kommunistischen Altkaders Joseph Gutsche (Jg. 1895), das dem Minister Wilhelm Zaisser direkt unterstellt war und »zwecks Information des Ministers in alle Dokumente und Akten« der MfS-Diensteinheiten »ohne Einschränkung« Einsicht nehmen konnte.[13] Gutsche war eine der wichtigsten Figuren im frühen MfS. Er hatte auf der Seite der Bolschewiki 1917/1918 an den revolutionären Kämpfen in Russland teilgenommen und war in der Weimarer Zeit einer der führenden Kader des M-Apparates der KPD gewesen, wurde wegen Hochverrats verurteilt und verbrachte die Jahre 1924 bis 1927 in Haft. Er emigrierte 1930 in die Sowjetunion und war später unter anderem Regimentskommissar der Roten Armee, Agent und Partisan. 1947 wurde er Präsident des Landeskriminalamtes Sachsen und 1949/1950 Leiter der Länderverwaltung Sachsen des MfS.[14]

Was Gutsches Informationsbüro im Einzelnen gemacht hat, ist wegen der schlechten Überlieferungslage kaum zu rekonstruieren; wahrscheinlich fungierte es unter anderem als eine Art Innenrevision, ähnlich wie später die sogenannte Kontrollinspektion. Unmittelbar nach dem Juni-Aufstand sorgte es jedoch auch für die erste regelmäßige Lageberichterstattung im MfS.[15] Die »Information Nr. 1« zur politischen Lage datiert vom 19. Juni 1953.[16]

---

[10] Zur Entwicklung dieser Diensteinheiten vgl. Labrenz-Weiß, Hanna: Abteilung M (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 2005, S. 12–22 (unter www.bstu.de auch als Download).

[11] Anweisung des Generalinspekteurs Otto Walter (von Staatssekretär Erich Mielke abgezeichnet) v. 25.5.1951: Verbesserung der Arbeit der Abteilung VI a; BStU, MfS, BdL/Dok. 3464.

[12] Rundschreiben des Stellvertretenden Ministers Hermann Gartmann an die Landesverwaltungen v. 18.2.1952: Erstellung von Stimmungsberichten durch die Abteilungen M; BStU, MfS, BdL/Dok. 3680.

[13] Befehl 14/53 des Ministers Zaisser v. 14.1.1953; BStU, MfS, BdL/Dok. 110.

[14] Vgl. Gieseke, Jens (Hg.): Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 1998, S. 26.

[15] Fernschreiben von Erich Mielke, 1. Ministerstellvertreter, an alle Bezirksverwaltungen v. 27.6.1953; BStU, MfS, AS 9/57, Bd. 12, Bl. 11.

Die faktische Federführung für dieses ad hoc organisierte Berichtswesen lag bei Erich Mielke, der zu diesem Zeitpunkt 1. Stellvertreter des Ministers Wilhelm Zaisser war. Die aus den Bezirksverwaltungen per Fernschreiben eintreffenden Berichte gingen teilweise über seinen Schreibtisch und wurden von ihm – manchmal schon vorredigiert – an Gutsche »zur Auswertung« weitergereicht.[17]

3.1.1.2 Informationsgruppen und Abteilung Information 1953–1957

Auf dem 15. ZK-Plenum Ende Juli 1953 musste sich die Leitung der Staatssicherheit den Vorwurf der Partei anhören, sie habe am 17. Juni auf ganzer Linie versagt.[18] Tatsächlich hatte das MfS das Konfliktpotenzial, das sich in der Juni-Erhebung entlud, nicht erkannt. Das lag nicht in erster Linie daran, dass im MfS bis dahin keine allgemeine Lage- und Stimmungsberichterstattung gefertigt wurde, sondern an der geringen Dichte ihres Spitzelnetzes und der Fixierung der Geheimpolizei auf westliche »Agenten«. Zudem war selbst nach dem Aufstand aus ideologischen Gründen weder die SED noch die Staatssicherheit in der Lage, eine realistische Ursachenanalyse vorzunehmen. Dennoch hatte Ernst Wollweber, der neu berufene Chef der Staatssicherheit, die kurz zuvor zu einem Staatssekretariat im Ministerium des Innern herabgestuft worden war, dafür zu sorgen, dass sein Apparat zukünftig in der Lage war, die Partei rechtzeitig über sicherheitsrelevante Probleme zu unterrichten. Er schuf daher als eine seiner ersten Amtshandlungen ein Informationssystem, das gewährleisten sollte, dass die in der Staatssicherheit ständig anfallenden Informationen zu einer regelmäßigen Berichterstattung über die innere Sicherheitslage und die Bevölkerungsstimmung verdichtet werden konnten.

Mit Wollwebers Befehl 279/53 vom 7. August 1953 wurden in der Zentrale der Staatssicherheit und den Bezirksverwaltungen Stabsorgane gebildet, die die Bezeichnung Informationsgruppen trugen. Diese hatten aus den anfallenden Informationen diejenigen herauszufiltern, die für die Lagebeurteilung wichtig waren. Besondere Aufmerksamkeit sollte dabei der Stimmung in den Betrieben gewidmet werden. Die täglichen Informationsberichte der Bezirksverwaltungen waren bis 6.00 Uhr morgens fertigzustellen und bildeten die Grundlage für den zentralen Bericht des Staatssekretariats, der bis 10.00 Uhr zu erarbeiten war und in den zusätzlich die Lageberichte der verschiedenen Polizeiorgane (Volks-, Grenz- und Transportpolizei) sowie der »Abhörbericht« des RIAS und andere wesentliche westliche Presseberichte einfließen sollten.[19] Besonderen Wert legte Wollweber auf die zeitnahe Berichterstattung. Auf einer Dienstbesprechung mit den Leitern der zentralen Abteilungen und der Bezirksverwaltungen sah sich Joseph Gutsche, ehemaliger Leiter des Informationsbüros und zum damaligen Zeitpunkt vorübergehend Stellvertreter Mielkes in dessen Anleitungsbereich,[20] veranlasst zu betonen, dass der »Informations-

---

16 BStU, MfS, AS 9/57, Bd. 13, Bl. 208–211.

17 Siehe etwa: Fernschreiben Nr. 168 der Bezirksverwaltung Halle v. 14.7.1953; BStU, MfS, AS 9/57, Bd. 18, Bl. 48 f.

18 Vgl. die Auszüge aus dem Referat und dem Schlusswort von Ulbricht sowie die Rechtfertigungsversuche von Wilhelm Zaisser und Erich Mielke, dokumentiert in: Fricke, Karl Wilhelm; Engelmann, Roger: Der »Tag X« und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im Machtapparat. Bremen 2003, S. 286–307.

19 Befehl 279/53 Wollwebers v. 7.8.1953 [zur Bildung von Informationsgruppen und zum Informationsdienst], dokumentiert in: Engelmann, Roger; Joestel, Frank (Bearb.): Grundsatzdokumente des MfS (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 2004, S. 58–60 (unter www.bstu.de auch als Download). Vgl. auch Mitter, Armin; Wolle, Stefan: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte. München 1993, S. 146 f.

20 Erich Mielke hatte wie auch alle anderen ehemaligen Stellvertreter Zaissers diesen formellen Rang vorübergehend verloren, gleichwohl besaß er einen eigenen Anleitungsbereich, der die Abteilungen II (Spionage), IV (Spionageabwehr), V (Untergrund), VI (Staatsapparat), VI b, IX (Untersuchung), XIV (Unter-

dienst« von Leitern der Bezirksverwaltungen ernst genommen werden müsse, sonst könne er seine Funktion nicht erfüllen. Wenn die Arbeit der Informationsgruppe funktioniere – so seine Hoffnung –, werde auch das Verhältnis zwischen Staatssicherheit und Partei wieder besser werden.[21]

Im Zuge der Stärkung der Stellung der SED-Bezirksleitungen gegenüber den Staatssicherheitsorganen in ihrem territorialen Verantwortungsbereich im September 1953 ergänzte Wollweber den Informationsdienst durch die Bestimmung, dass auch die jeweiligen 1. Bezirkssekretäre einen eigenen Tagesbericht erhalten sollten. Diese Berichte dürften allerdings »keine Einzelheiten enthalten [...], deren Bekanntwerden operative Maßnahmen dekonspirieren und damit gefährden würden. Besonders ist darauf zu achten, dass die G[eheimen] M[itarbeiter] und G[eheimen] I[nformatoren] nicht dekonspiriert werden.«[22] Die starke Betonung des Schutzes der Konspiration gegenüber den regionalen Parteileitungen geht auf den Ostberliner MWD-Bevollmächtigten Jewgenij Pitowranow zurück, der in dieser Phase erfolgreich gegen eine noch weitergehende Stärkung der Position der SED-Bezirksleitungen gegenüber der Staatssicherheit, wie sie von der SED-Führung eigentlich gewünscht worden war, intervenierte. [23]

Zum Leiter der zentralen Informationsgruppe im Berliner Staatssekretariat wurde am 17. August 1953 der bisherige Stellvertreter Operativ der Bezirksverwaltung Dresden, Oberstleutnant Heinz Tilch,[24] berufen.[25] Dabei handelte es sich keineswegs um eine Beförderung, sondern eher um eine Disziplinarmaßnahme. Tilch war in Misskredit geraten, weil er es nach dem Ausbruch des Juni-Aufstandes nicht für nötig gehalten hatte, freiwillig seinen Urlaub zu unterbrechen, sondern »geholt werden musste«, obwohl er sich ganz in der Nähe seines Dienstortes Dresden befand.[26] Auch nach der Bildung der Informationsgruppen behielt die Abteilung M (Postkontrolle) zunächst weiterhin die Aufgabe, Stimmungsberichte zu erarbeiten. Diese blieben als eigenständiger Berichtsstrang erhalten und flossen darüber hinaus auch in die übergeordnete Berichtstätigkeit der Informationsgruppen ein.[27]

Unmittelbar nach dem Juni-Aufstand hatte in der Staatssicherheit eine dichte Berichterstattung zur Lage und Bevölkerungsstimmung eingesetzt, bei der das »Informationsbüro« von Joseph Gutsche die bestimmende Rolle spielte. Wahrscheinlich waren dort für diesen Zweck ad hoc zusätzliche Kräfte zusammengezogen worden. Spätestens ab dem 24. Juni 1953 verstetigte sich diese Berichterstattung zu sogenannten »Tagesberichten«, die »aus den vorliegenden Unterlagen der Abteilungen und Bezirksverwaltungen« zusammengestellt wurden und schon eine rudimentäre thematische Struktur hatten. Berichtet wurde

---

suchungshaft), XI (Chiffrierdienst) und M (Postkontrolle) umfasste. DA 24/53 Wollwebers v. 3.8.1953; BStU, MfS, BdL/Dok. 3005.

21 Protokoll der Dienstbesprechung mit den Leitern der Bezirksverwaltungen und den Abteilungsleitern im Staatssekretariat am 21.8.1953; BStU, MfS, SdM 1921, Bl. 203–228, hier 217 f.

22 Anweisung Wollwebers zum Befehl 279/53 v. 10.9.1953; BStU, MfS, BdL/Dok. 184.

23 Vgl. Schumann, Silke: Parteierziehung in der Geheimpolizei. Zur Rolle der SED im MfS der fünfziger Jahre. Berlin 1997, S. 57–67; Engelmann, Roger: Diener zweier Herren. Das Verhältnis der Staatssicherheit zur SED und den sowjetischen Beratern 1950–1959. In: Suckut, Siegfried; Süß, Walter (Hg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS. Berlin 1997, S. 51–72, hier 56–58.

24 Heinz Tilch (Jg. 1914) wurde 1950 Leiter der KD Aue (Sachsen) und 1952 zunächst Chef der Abteilung III (Volkswirtschaft) und dann Stellvertreter Operativ der BV Dresden. Nach seinem Ausscheiden aus der Abt. Information 1957 war er noch in verschiedenen MfS-Diensteinheiten Abteilungsleiter (HA II, HA VIII, BV Potsdam) bis er 1973 in Rente ging. Vgl. Gieseke: Wer war wer (Anm. 14), S. 71 f.

25 Einsetzung Tilchs durch Wollwebers Befehl 290/53 v. 17.8.1953; BStU, MfS, KuSch 1359, Bl. 219.

26 Vgl. Fricke; Engelmann: Der »Tag X« (Anm. 18), S. 180 u. 268.

27 DA 41/53 des stellvertretenden Staatssekretärs Martin Weikert v. 30.11.1953 für die Arbeit in der Abteilung »M«, S. 6; BStU, MfS, BdL/Dok. 3017.

über die allgemeine Lage, die Versorgung, die Bevölkerungsstimmung sowie über »neu eingegangenes Material über die Entstehung der Bewegung« (gemeint war der Volksaufstand) und die »Absichten des Feindes«. Bald wurden auch umfassende Berichte zur Lage in bestimmten Bereichen, etwa in den Blockparteien CDU und LDPD oder den Kirchen, gefertigt.[28]

Im September begannen die Informationsgruppen ordnungsgemäß zu arbeiten. Es entstand ein täglicher Informationsdienst mit einer festen thematischen Gliederung, die anfangs noch leicht variierte. Ab 6. Oktober 1953 erschien der Informationsdienst dann mit einem gedruckten Vorblatt, das folgende Gliederungspunkte enthielt:

1. Die Lage in der Industrie, Verkehr, Handel und Landwirtschaft,
2. Stimmung der übrigen Bevölkerung,
3. Ereignisse von besonderer Bedeutung,
4. Feindtätigkeit,
5. Stimmen aus Westberlin und Westdeutschland,
6. Einschätzung der Situation.[29]

Die aus der Zeit überlieferten Berichte des »Informationsdienstes« und zusätzliche Einzelberichte zu besonderen Themen sind allerdings von sehr begrenzter Qualität: Es handelt sich in der Regel um Aneinanderreihungen mehr oder weniger bedeutsamer Einzelinformationen, die mit der jeweiligen vorgefertigten parteiamtlichen Deutung garniert wurden. Die Fähigkeit zur Synthese war bei den Mitarbeitern der Informationsgruppen damals – wie im MfS überhaupt – höchst unterentwickelt, eine eigene Analyse so gut wie nicht vorhanden. Der Wert dieserart Berichterstattung für die SED-Führung und die Leitung der Staatssicherheit dürfte sich in Grenzen gehalten haben. Von einem »Herzstück der Staatssicherheit«[30] wird man bei diesem Berichtswesen kaum sprechen können.

Auch die Leitung der Staatssicherheit war mit der Qualität der täglichen Lageberichterstattung keineswegs zufrieden. Wollweber kritisierte im Januar 1955 während einer Dienstbesprechung mit Mitarbeitern der Informationsgruppe, dass »Meldungen ungenau und nicht überprüft« seien. Es sei notwendig, »dass der Informationsbericht genau und gründlich« sei, weil auf der Grundlage dieser Informationen »vonseiten des Partei- und Staatsapparates Maßnahmen eingeleitet« würden. Tilch gab zu bedenken, dass eine Überprüfung der Informationen in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich sei.[31]

Der Staatssicherheitschef reagierte, indem er am 12. Januar 1955 die Frequenz des zentralen »Informationsdienstes« auf ein zweimaliges wöchentliches Erscheinen reduzierte.[32] Die zentrale Informationsgruppe wurde angewiesen, nur noch »gründlich überprüftes Material« zu verarbeiten. Lediglich »bei Eintreten einer besonderen Lage« sollte es vorüber-

---

28 Berichte vom 24.6. bis 31.7.1953; BStU, MfS, AS 9/57, Bde. 3a/b.

29 Vgl. das Deckblatt des Informationsdienstes v. 6.10.1953; BStU, MfS, AS 39/58, Bd. 2, Bl. 209. Zum Entscheidungsprozess siehe: Informationsgruppe, Oberstleutnant Tilch, an Staatssekretär Wollweber v. 1.9.1953 (einschl. Anlage): Vorschlag zum Druck eines Deckblattes für die täglichen Informationsberichte; BStU, MfS, AS 9/57, Bd. 12, Bl. 2 f. Der Vorschlag enthält noch folgende Gliederung: 1. Die Lage in der Wirtschaft, 2. Stimmung der übrigen Bevölkerung, 3. Ereignisse von besonderer Bedeutung, 4. Feindtätigkeit, 5. Kritik und Vorschläge, 6. Stimmen aus Westberlin und Westdeutschland, 7. Einschätzung der Situation.

30 Mitter, Armin: »… gegen das Volk regieren«. Der Ausbau des Disziplinierungsapparates nach dem 17. Juni 1953. In: Der 17. Juni 1953 – der Anfang vom Ende des sowjetischen Imperiums. Hg. v. d. Friedrich-Ebert-Stiftung. Leipzig 1993, S. 65.

31 Vermerk über die Dienstbesprechung Wollwebers mit der Informationsgruppe am 5.1.1955; BStU, MfS, SdM 1920, Bl. 19 f.

32 DA 2/55 des Staatssekretärs Wollweber v. 12.1.1955, dokumentiert in: Engelmann; Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente (Anm. 19), S. 104 f.

gehend tägliche Sonderinformationen geben. Auch die inhaltliche Struktur des »Informationsdienstes« wurde modifiziert. Die Berichterstattung über die Bevölkerungsstimmung wurde zugunsten einer auf Wirtschaftssektoren ausgerichteten Lageberichterstattung reduziert. Diese Schwerpunktverlagerung bildet sich in der veränderten Gliederung des Informationsdienstes ab, die nunmehr folgende Punkte enthielt:

1. Die Lage in Industrie und Verkehr,
2. Die Lage in Handel und Versorgung,
3. Die Lage in der Landwirtschaft,
4. Ereignisse von besonderer Bedeutung,
5. Einschätzung der Situation.

Die Rubrik »Feindtätigkeit« wurde aus dem »Informationsdienst« herausgenommen. Der Gegenstand wurde nur noch in Extraberichten behandelt, weil »eine Reihe Genossen« – so die Begründung Wollwebers –, die den normalen Bericht erhielten, »mit Fragen der Feindtätigkeit nichts zu tun« hätten.[33] Wahrscheinlich sollte lediglich der engere Kreis der SED-Sicherheitspolitiker, also im Wesentlichen die Mitglieder der Sicherheitskommission des ZK, Zugang zu diesen Informationen haben. Auch die Rubrik »Stimmen aus Westdeutschland« entfiel und wurde nur noch im Rahmen von Sonderinformationen berücksichtigt.

Die Informationsgruppen der Bezirksverwaltungen waren dagegen weiterhin angehalten, täglich zu berichten. Dabei sollten Meldungen vor der Weitergabe an die Informationsgruppe weitestgehend überprüft werden. »Gerüchte und unüberprüfte Meldungen« seien als solche zu kennzeichnen. Ein Exemplar des täglichen Berichtes der Informationsgruppe der Bezirksverwaltung erhielten »unter Wahrung der Geheimhaltung« der jeweilige 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung sowie der jeweilige Chef der Bezirksbehörde der Volkspolizei.[34]

In einer »Lektion über die Informationsarbeit« wurde das Aufgabenfeld im Frühjahr 1955 beschrieben: Vorrangiges Ziel war demnach die Information der Parteiführung »über alle Seiten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens«, damit sie »rechtzeitig auf Fehler und Mängel« reagieren könne.[35] Entscheidend sei es, darüber zu informieren, »wo die feindliche Wühlarbeit ihre Hauptangriffspunkte hat, wo feindliche Kräfte konzentriert« seien, »oder wo besondere Missstände Unzufriedenheit bei der Bevölkerung« erzeugten »und somit dem Feind besonders leichte Angriffspunkte« böten. »Um den Kampf gegen feindliche Auffassungen und Feindtätigkeit führen zu können«, müssten »Partei und Regierung die Stimmung und Bedürfnisse unserer Werktätigen genau kennen«.[36] Der »eigentliche Träger der Informationsarbeit« sei der einzelne operative Mitarbeiter[37] und die zentrale Quelle seien die inoffiziellen Mitarbeiter, »da es im Wesentlichen nur den G[eheimen] M[itarbeitern] und G[eheimen] I[nformatoren] möglich« sei, »objektiv die Stimmung und die Lage festzustellen«. »Aus fast allen anderen Informationsquellen« seien »nur mehr oder weniger einseitige Berichte zu erhalten«.[38]

Im November 1955 wurde der thematisch vorstrukturierte »Informationsdienst« auf ein 14-tägiges Erscheinen umgestellt; von jetzt an dominierten Einzelinformationen und »Ana-

---

33 Vermerk über die Dienstbesprechung Wollwebers mit der Informationsgruppe am 5.1.1955; BStU, MfS, SdM 1920, Bl. 19 f.

34 Ebenda.

35 Lektion über die Informationsarbeit für alle op[erativen] Mitarbeiter (Entwurf), o. D. (Frühjahr 1955); BStU, MfS, ZAIG 5639c, Bl. 92–123, hier 93 u. 98.

36 Ebenda, Bl. 95.

37 Ebenda, Bl. 97.

38 Ebenda, Bl. 101.

lysen« zu größeren thematischen Komplexen das Berichtswesen des MfS.[39] Lange Zeit war nicht eindeutig geregelt, wer welche Informationen bekommen sollte. Auf einer Sitzung des MfS-Kollegiums am 25. Januar 1957 wurde dieses Problem diskutiert und Mielke wurde beauftragt, eine entsprechende Vorlage für die Sicherheitskommission des Zentralkomitees zu erarbeiten. Der Adressatenkreis wurde folgendermaßen festgelegt: Ulbricht (der »alles« bekommen sollte), Grotewohl, die Mitglieder der Sicherheitskommission, die Mitglieder des Politbüros, die Ersten Sekretäre der SED-Bezirksleitungen, die ZK-Sekretäre und einzelne Minister (die nur »spezielle Informationen« erhalten sollten).[40] Die entsprechende Vorlage ist nicht überliefert, und es ist zweifelhaft, ob sie jemals erarbeitet wurde, denn kurz nach diesem Kollegiumsbeschluss brach ein schwerer Konflikt zwischen Wollweber und Ulbricht aus, bei dem es insbesondere auch um die Berichterstattung an die politische Führung ging. In der betreffenden Sitzung der Sicherheitskommission des ZK am 25. Februar 1957 erging lediglich ein Beschluss über die Verteilung der Informationsmaterialien der Hauptverwaltung A des MfS.[41]

Die Informationsgruppen waren zunächst sehr klein. Im Jahr 1953 hatte die zentrale Informationsgruppe vier Mitarbeiter und die der Bezirksverwaltungen hatten zwei bis drei. Im Ministerium wuchs die Informationsgruppe sehr schnell; bald wurde sie als Abteilung Information bezeichnet. Im Jahr 1956 verfügte sie bereits über insgesamt 16 Mitarbeiter und drei inhaltlich spezialisierte Referate. Das Referat I war mit der Auswertung des Materials der Linien III (Volkswirtschaft), VI (Verteidigungsindustrie) und XIII (Verkehr) betraut; das entsprach dem Anleitungsbereich, für den der Stellvertretende Minister Otto Last zuständig war. Das Referat 2 war für die Linien II (Spionageabwehr), V (Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Untergrund), VII (Volkspolizei) verantwortlich; das entsprach dem damaligen Stellvertreterbereich von Bruno Beater. Das Referat III wertete sogenannte Feindmaterialien aus, so etwa Druckschriften westlicher antikommunistischer Organisationen, die in die DDR eingeschleust worden waren. Mit der Expansion der Abteilung Information in der Ostberliner Zentrale der Staatssicherheit konnten die Informationsgruppen der Bezirksverwaltungen nicht Schritt halten. Hier blieb es bei etwa drei Mitarbeitern pro Informationsgruppe.

Der Frauenanteil in der Abteilung Information und den Informationsgruppen war relativ hoch. In der Abteilung Information arbeiteten im Mai 1957 neun Frauen und sechs Männer. Nur die männlichen Mitarbeiter wiesen Erfahrungen aus operativen Diensteinheiten bzw. dem Untersuchungsorgan auf. Die Mitarbeiterinnen stammten mehrheitlich aus nichtoperativen Bereichen wie der Abteilung M (Postkontrolle) und dem Parteiapparat, wo sie vermutlich auch mit Auswertungsaufgaben betraut gewesen waren. Alle Mitarbeiter galten als »zuverlässig, standhaft und parteiverbunden«.[42]

Im Jahre 1956 erreichte die Abteilung Information die vorläufig größte Ausdehnung, 1957 wurde sie wieder zurückgestutzt. Im Februar 1957 kam es zum schon erwähnten schweren Konflikt zwischen Ulbricht und Wollweber,[43] in dessen Verlauf unter anderem die Informationstätigkeit der Staatssicherheit ins Visier geriet. Ulbricht war erbost darüber, dass die Berichte zuviel feindliche Stimmungen wiedergaben, die sich auch häufig gegen ihn selbst richteten. Dies war in der Situation nach dem XX. Parteitag der KPdSU,

---

39 Umstellung erkennbar an den Berichten in: BStU, MfS, AS 43/58, Bd. 6.

40 Protokoll der Kollegiumssitzung am 25.1.1957; BStU, MfS, SdM 1552, Bl. 10–22, hier 14–16.

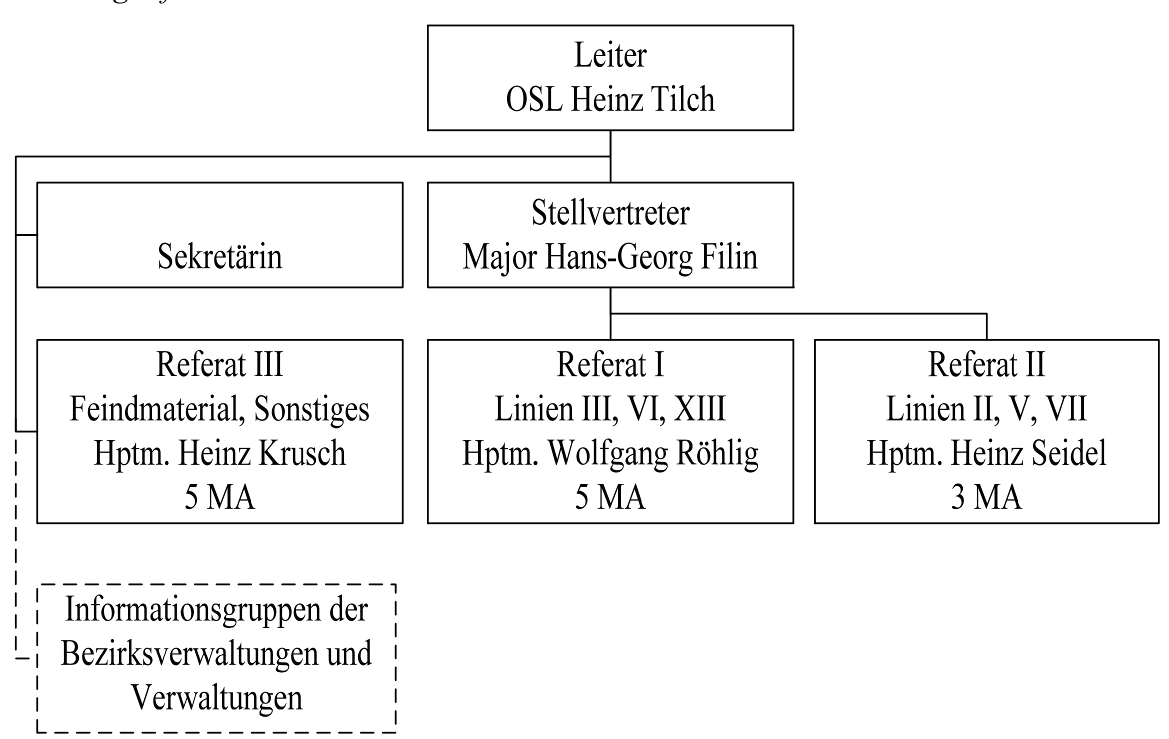
41 Protokoll der 14. Sitzung der Sicherheitskommission des ZK am 25.2.1957, einschließlich Anlage 1; BA-MA, VA 01/39556.

42 Bericht der HA KuSch, Abteilung Kader, Referat II, v. 3.5.1957; BStU, MfS, ZAIG 8203, Bl. 111 f.

43 Näheres hierzu: Engelmann, Roger; Schumann, Silke: Der Ausbau des Überwachungsstaates. Der Konflikt Ulbricht–Wollweber und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes der DDR 1957. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 43(1995)2, S. 341–378.

als Ulbricht nicht mehr hundertprozentig sicher im Sattel saß, Munition für seine Gegner in der Parteiführung um Karl Schirdewan. Die Kernaussage Ulbrichts lautete, »die Art der Zusammenstellung des Informationsdienstes und die dazu notwendige Arbeit« stellten »eine Schwäche dar und nicht nur eine Schwäche, sondern sogar eine Schädigung der Partei«. »Damit würde die Hetze des Feindes legal verbreitet, und die damit beschäftigten Mitarbeiter müssten, wenn sie das monatelang durchführ[t]en, schwankend werden. Von diesen Mitarbeitern würde […] Unsicherheit in die eigenen Reihen der Staatssicherheit getragen«.[44]

Abbildung 2
Abteilung Information 1956[45]



Diese und auch andere Vermutungen in Bezug auf die Arbeit des MfS ließ der SED-Chef im Rahmen eines sogenannten Brigadeeinsatzes in den Bezirksverwaltungen Potsdam und Magdeburg verifizieren. Unter der Leitung des stellvertretenden Ministers Otto Walter überprüfte eine aus hochrangigen Staatssicherheitskadern zusammengesetzte Kontrollbrigade die genannten Diensteinheiten vom 18. Februar bis zum 2. März 1957 und kam – wie zu erwarten – zu einem Ergebnis, das die Kritik Ulbrichts weitgehend bestätigte. Im Bericht wurde festgestellt, dass die Berichterstattung »oftmals nicht die wahre Stimmung der Bevölkerung« wiedergebe. Sie stelle teilweise »eine Aneinanderreihung negativer Erscheinungen dar, die leichtfertig verallgemeinert« würden. Die MfS-Mitarbeiter verbrächten »den größten Teil ihrer Arbeitszeit mit dem Sammeln von Informationen« und nicht mit der »Aufklärung und Zerschlagung von Feindtätigkeit«. Oftmals würden nicht überprüfte Informationen weitergegeben, die sich später als »Desinformationen« herausstellten und »Schaden für die Partei« entstehen ließen. Schließlich würden in den Bezirksverwaltungen »unerfahrene, politisch nicht gefestigte Genossinnen« mit der Erarbeitung der In-

---

44 Laut protokolliertem Bericht Wollwebers und seiner Stellvertreter in der Sitzung des MfS-Kollegiums v. 7.2.1957, dokumentiert in: ebenda, S. 357 f.

45 Stellen- und Strukturplan inkl. Organigramm o. D. (1956); BStU, MfS, ZAIG – Sekretariat 8787, Bl. 245–249.

formationsberichte beauftragt, die ihre Arbeit schematisch durchführten und fast keine Anleitung bekämen.[46] Lediglich für die Vermutung Ulbrichts, die mit der Informationstätigkeit befassten MfS-Mitarbeiter würden bei ihrer Tätigkeit politisch-ideologisch aufgeweicht, enthielt der Überprüfungsbericht keine substanzielle Bestätigung. Im Gegenteil, der vom Politbüro mit der Untersuchung betraute 2. Stellvertreter des Ministers, Otto Walter, betonte in der Sitzung des MfS-Kollegiums am 15. März 1957, eine »Aufweichung« derjenigen Mitarbeiter, die mit der Erstellung von Informationen betraut seien, habe nicht festgestellt werden können.[47]

3.1.1.3 Niedergang und Wiederaufstieg 1957–1968

Das MfS reagierte auf die Kritik Ulbrichts und diese »Befunde« mit weitreichenden organisatorischen Konsequenzen für den Arbeitsbereich. Entsprechende Beschlüsse fällte das Kollegium des MfS wohl auf seiner Sitzung am 1. Oktober 1957.[48] Die Berichtstätigkeit des MfS und die entsprechenden Strukturen wurden reduziert, der sogenannte Informationsdienst vollkommen eingestellt. Weitergeführt wurden nur die Einzelinformationen. In der Folge war das MfS mit seiner Stimmungsberichterstattung sehr vorsichtig.[49] Die Abteilung Information schrumpfte von den 16 Mitarbeitern des Jahres 1956 auf sieben im Jahr 1958 und erreichte damit ihren Tiefststand.[50] Heinz Tilch war bereits am 4. Mai 1957 abgelöst worden.[51] Ein halbes Jahr lang leitete sein Stellvertreter Hans-Georg Filin die Abteilung Information kommissarisch, bis am 27. November 1957 der 28-jährige Werner Irmler zum Abteilungsleiter berufen wurde.[52] Dieser war bis zu diesem Zeitpunkt als Referatsleiter der Abteilung 3 der Hauptabteilung IX zuständig für strafrechtliche Ermittlungsverfahren im ökonomischen Bereich (»Schädlings- und Sabotagevorgänge«) gewesen.[53] Darüber hinaus hatte er sich (außerhalb seines eigentlichen Aufgabenbereichs) als Vernehmer im Verfahren gegen Wolfgang Harich profiliert.[54] Irmler hatte sich durch Zielstrebigkeit und Disziplin hervorgetan, als besonders gefestigt galt er auf politisch-ideologischem Gebiet, was ihm in der Hauptabteilung IX die Funktion des Sekretärs für Propaganda der SED-Grundorganisation eingebracht hatte.[55] Nach den Auseinandersetzungen mit der Parteiführung um das Informationswesen wollte der neue Minister für Staatssicherheit Mielke an der Spitze der Abteilung Information wohl vor allem einen

---

[46] Bericht über den Brigadeeinsatz des Ministeriums für Staatssicherheit Berlin zur Überprüfung einiger Hauptfragen der operativen Arbeit in den Bezirksverwaltungen Potsdam und Magdeburg in der Zeit v. 18.2.–2.3.1957; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/115, Bl. 139–157.

[47] Protokoll der Kollegiumssitzung am 15.3.1957; BStU, MfS, SdM 1553, Bl. 84.

[48] Protokoll der Kollegiumssitzung am 1.10.1957; BStU, MfS, SdM 1552, Bl. 236–243, hier 238. Leider geht aus dem Protokoll der Inhalt der Beschlüsse nicht hervor. Eine im Protokoll genannte Vorlage ist nicht überliefert, ein dort ebenfalls genannter, sich in Vorbereitung befindlicher Befehl wurde nicht mehr erlassen.

[49] Vgl. Gieseke, Jens: Annäherungen und Fragen an die »Meldungen aus der Republik«. In: Ders. (Hg.): Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR. Göttingen 2007, S. 82 f.

[50] Vgl. Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter für Staatssicherheit (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 1996, Einlegeblatt.

[51] Befehl 162/57 des Ministers Wollweber v. 14.5.1957; BStU, MfS, KuSch 1072, Bl. 261.

[52] Befehl 368/57 des Ministers v. 27.11.1957; BStU, MfS, KuSch 1073, Bl. 352.

[53] Dienststellenattestierungsblatt Irmlers für 1955 v. 23.6.1955; BStU, MfS, HA KuSch, KS 24843/90, Bl. 57–60.

[54] Die Protokolle der ersten Vernehmungen Harichs tragen die Unterschrift Irmlers (BStU, MfS, AU 89/57, Bd. 1, Bl. 46–71). Für »besonders gute Leistungen und Einsatzbereitschaft« in diesem Verfahren erhielt er eine Prämie von 800,- Mark zuerkannt; Befehl 128/57 des Ministers für Staatssicherheit Wollweber v. 4.4.1957; BStU, MfS, HA KuSch 1072, Bl. 218 f.

[55] Dienststellenattestierungsblatt Irmlers für 1955 v. 23.6.1955; BStU, MfS, HA KuSch, KS 24843/90, Bl. 57–60.

»parteiergebenen Genossen« haben. Es sollte sich allerdings zeigen, dass Irmlers Rolle sich darin nicht erschöpfte, sondern dass er bald mit einer außerordentlichen Konsequenz und großem Erfolg an der Erweiterung seines Aktionsradius arbeitete.

Zunächst musste Irmler allerdings noch einen Bedeutungsverlust seines Aufgabenbereiches hinnehmen. Die Bezirksverwaltungen reduzierten die Stimmungs- und Lageberichterstattung und richteten die Meldungen stärker auf die »Feindtätigkeit« und deren Bekämpfung sowie das Abstellen von Mängeln in der Produktion aus. Außerdem sollte die Berichterstattung auf der jeweiligen operativen Linie erfolgen, das heißt von der zuständigen Fachabteilung erarbeitet und von dort an ihr übergeordnetes Pendant im Ministerium weitergeleitet werden. Die Arbeit der Informationsgruppen wurde auf der Ebene der Bezirksverwaltungen somit weitgehend obsolet.[56] In den meisten Bezirksverwaltungen lösten sie sich vorübergehend ganz auf, die Informationsarbeit wurde dort auf einem niedrigen fachlichen und quantitativen Niveau zumeist von den Operativstäben verrichtet.[57]

Eine Wende in der Entwicklung der Informationsorgane vollzog sich 1959. Im Januar dieses Jahres wurde die HV A grundlegend umstrukturiert und der bis dahin bestehende eigenständige Berichtsstrang der Aufklärung zur politischen Führung abgeschafft.[58] Die Abteilung Information des MfS wurde in Zentrale Informationsgruppe (ZIG) umbenannt und war von jetzt an »für die gesamte Informationsarbeit im MfS – also für Abwehr und Aufklärung zuständig«. Damit sei – so Werner Irmler im November 1960 vor den Vertretern der Informationsorgane der Bezirksverwaltungen – »die bis dahin bestehende Lage beseitigt« worden, »dass von zwei verschiedenen Stellen des MfS Informationen an Partei und Regierung gegeben« würden »und keine einheitliche Auswertung sämtlicher beim MfS einlaufender Informationen« erfolge.[59] Im Jahr 1959 machten die aus der HV A stammenden Berichte fast 85 Prozent der »Parteiinformationen« aus. Dieser Anteil sank bis 1989 auf knapp 60 Prozent.[60]

Im Zuge dieser organisatorischen Veränderungen wurde der bisherige, für Information und Schulung zuständige stellvertretende Leiter der HV A, der 59-jährige Robert Korb, Leiter der Zentralen Informationsgruppe des MfS. Werner Irmler wurde zum Stellvertreter Korbs herabgestuft. Dies ist jedoch nicht als ein Indiz für Unzufriedenheit der MfS-Leitung mit Irmlers Arbeit zu deuten, vielmehr war Korbs Berufung wohl eine personalpolitische Folge des Revirements in der HV A. Der verdiente Komintern-Kader musste offenbar adäquat untergebracht werden. Zudem war Korb, der auf langjährige Leitungserfahrungen im Bereich der Parteipresse und seit 1951 auch im Auswertungsbereich der Aufklärung zurückschauen konnte, sicherlich eine gute fachliche Ergänzung zum ehrgeizigen, aber noch recht jungen und im Bereich der Auswertung und Information nicht sehr erfahrenen Irmler. Ein Kadervermerk vom Januar 1959 hebt jedenfalls hervor, dass Korbs besondere Stärke die »analytische Arbeit« sei, er besitze »die Fähigkeit, jederzeit die wesentlichen Dinge zu erkennen und herauszuarbeiten«,[61] und genau das sollte die Informationstätigkeit des MfS jetzt leisten. Gleichwohl hinterlassen die Protokolle der Dienstbe-

56 Leiter der Bezirksverwaltung Rostock, OSL Kraus, an Wollweber v. 4.5.1957, betr. Auswertung der Dienstkonferenz; BStU, MfS, SdM 1930, Bl. 202–208, hier 204 f.

57 Vgl. Protokoll der Dienstkonferenz der Zentralen Informationsgruppe am 11.11.1960; BStU, MfS, ZAIG 5639a, Bl. 128–141.

58 Befehl 48/59 Mielkes v. 29.1.1959: Bildung von selbstständigen Abteilungen in der HV A; BStU, MfS, BdL/Dok. 634.

59 O. Kopf, o. Verf. (Referat Irmlers auf der Dienstkonferenz der ZIG), 11.11.1960; BStU, MfS, ZAIG 5639a, Bl. 144–184, hier 145.

60 Vgl. Gieseke: Annäherungen (Anm. 49), S. 86.

61 Aktenvermerk v. 17.1.1959 in der Kaderakte von Robert Korb; BStU, MfS, KS I 18/89, Bl. 4–6, hier 6.

sprechungen der Zentralen Informationsgruppe der folgenden Jahre den Eindruck, dass nicht Korb, sondern Irmler der konzeptionelle Kopf und die treibende Kraft beim Ausbau der Diensteinheit war.

Die seit Herbst 1957 nur noch aus Einzelinformationen zu Ereignissen oder thematischen Komplexen bestehende Berichterstattung der Diensteinheit wurde jetzt wieder dichter und vor allem in analytischer Hinsicht deutlich besser. Insbesondere im Zusammenhang mit dem Ansteigen der »Republikfluchten« erlangte der Aufgabenbereich der Zentralen Informationsgruppe wieder größere Bedeutung.[62] In der Phase von 1958 bis 1961 wurden zahlreiche nach Berufsgruppen differenzierte Berichte über die anschwellende Fluchtbewegung gefertigt.[63] Der Kaderbestand der ZIG wuchs wieder und erreichte 1961 mit 13 Mitarbeitern etwa den Stand von 1955. Die nächsten fünf Jahre bis 1966 blieb die Größe der Diensteinheit dann jedoch konstant.[64]

Ein erster grundsätzlicher Schritt zur Systematisierung der Informations- und Auswertungstätigkeit im MfS erfolgte im Februar 1960 zunächst – außerhalb der Informationsorgane – im Rahmen der Linie V mit dem Erlass der »Direktive zur Verbesserung der Abwehrarbeit gegen die politisch-ideologische Diversion und Untergrundtätigkeit«.[65] Hierdurch wurde ein System zur Meldung von Vorkommnissen mit oppositionellem oder widerständigem Charakter[66] und eine zusammenfassende Quartalsberichterstattung zur »Feindtätigkeit« eingeführt, das knapp zehn Monate später mit einem entsprechenden, auf Kerblochkarteien basierenden Auswertungssystem unterlegt wurde.[67] Damit wurde im Bereich der Linie V in rudimentärer Form ein Auswertungs- und Informationssystem geschaffen, das in der Folgezeit weiterentwickelt und 1965 auf das gesamte MfS ausgeweitet werden sollte.

Ende 1960 stellte Mielke die Informationstätigkeit des MfS mit einer zentralen Regelung auf eine neue Grundlage. Am 7. Dezember 1960 erließ Mielke den Befehl 584/60, der – nach der Durststrecke der Jahre 1957 bis 1959 – wieder zu einer normativen und strukturellen Aufwertung der allgemeinen Lageberichterstattung im MfS führte. Der Befehl beginnt mit der Feststellung, die »Informationsarbeit habe die Aufgabe, den Minister, die führenden Funktionäre der Partei, des Staates und der Regierung der DDR qualifiziert und objektiv über die Lage in der DDR und besonders über die Absichten und Pläne der Feinde des Friedens und des Sozialismus gegen die DDR zu unterrichten«. Die Informationsarbeit müsse »als wichtiger Bestandteil der politisch-operativen Tätigkeit des MfS gleichzeitig Ergebnis und wesentlicher Gradmesser der gesamten operativen Tätigkeit sein«.[68] Hier kündigt sich die zentrale Rolle, die dieser Aufgabenbereich im MfS später spielen sollte, schon im Ansatz an.

Der Zentralen Informationsgruppe wurde jetzt formell die übergreifende fachliche Verantwortung für die Informationsarbeit übertragen. Die Einrichtung von Informationsgrup-

---

62 Zum MfS-Kontext vgl. Eisenfeld, Bernd; Engelmann, Roger: 13. August 1961: Mauerbau. Fluchtbewegung und Machtsicherung. Bremen 2001, S. 36 f.

63 Berichte in: BStU, MfS, ZAIG 186, 247, 269, 299, 412.

64 Vgl. Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 50), Einlegeblatt.

65 Dokumentiert in: Engelmann; Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente (Anm. 19), S. 126–128.

66 Es handelte sich um 1. »Schmierereien von Hetzlosungen«, 2. »Versendung von anonymen Hetzschreiben«, 3. »Terror und Drohungen«, 4. »sonstige Vorkommnisse, die als gleiche oder ähnliche feindliche Handlungen qualifiziert werden müssen«. Ebenda, S. 126 f.

67 Rundschreiben des Stellvertreters des Ministers Bruno Beater an die Leiter der BV/V v. 21.11.1960: Verbesserung der Leitungstätigkeit zur Abwehr der politisch-ideologischen Diversion und Untergrundtätigkeit; BStU, MfS, BdL/Dok. 2626, einschließlich Anlagen (teilweise in BStU, MfS, BdL/Dok. 2633).

68 Befehl 584/60 Mielkes v. 7.12.1960: Verbesserung der Informationsarbeit des Ministeriums für Staatssicherheit, dokumentiert in: ebenda, S. 132–136, hier 132.

pen in den Bezirksverwaltungen wurde wieder verbindlich, außerdem erhielten auch die wichtigen zentralen operativen Diensteinheiten nunmehr solche Organe:

- Hauptabteilung I (Militärabwehr),
- Hauptabteilung II (Spionageabwehr),
- Hauptabteilung III (Volkswirtschaft),
- Hauptabteilung V (Staatsapparat, Blockparteien, Kirche, Untergrund),
- Abteilung VI (Verteidigungsindustrie),
- Hauptabteilung VII (Ministerium des Innern),
- Hauptabteilung VIII (Beobachtung, Ermittlung),
- Hauptabteilung IX (Untersuchungsorgan),
- Hauptabteilung XIII (Verkehr).

Die Abteilung M (Postkontrolle) blieb nach wie vor in die Informationstätigkeit des MfS einbezogen. Die ZIG war dafür verantwortlich, alle diese Informationsgruppen sowie die Abteilung VII (Auswertung) der HV A »bei der Beschaffung und Erarbeitung von Informationen systematisch anzuleiten und zu unterstützen«.[69] Der zuvor beschriebene eigene Auswertungs- und Informationsstrang der Linie V zur »politisch-ideologischen Diversion« und »Untergrundtätigkeit« blieb vom neuen System weitgehend unberührt. Lediglich besonders wichtige Vorkommnisse waren zusätzlich über die Zentrale Informationsgruppe zu melden, weil es bei der Auswertung über das Kerblochkarteisystem der Linie V um eine systematische allgemeine Lageeinschätzung ging, die längere Zeiträume im Blick hatte und nicht sosehr Einzelereignisse.[70]

Neu war die Regelung, dass auch die Leiter der operativen Hauptabteilungen und selbstständigen Abteilungen im Ministerium berechtigt waren, »in Ausnahmefällen unter Wahrung der Konspiration Informationen an Funktionäre der Partei und Regierung zu geben, soweit dies für die gemeinsame Festlegung von Maßnahmen oder aus anderen Gründen unbedingt erforderlich ist«.[71] Ähnliches galt für die Bezirke, wo die Bezirksverwaltungen neben dem 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung nunmehr »erforderlichenfalls« auch Informationen an den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes und den Vorsitzenden des Wirtschaftsrates geben konnten. An der Festlegung, dass die Informationsgruppen nur »mit erfahrenen, in politischer und operativer Hinsicht qualifizierten Mitarbeitern, deren Zuverlässigkeit absolut gegeben sein muss, zu besetzen« sei, zeigt sich, dass die Leitung des MfS die Kritik Ulbrichts aus dem Jahre 1957 noch nicht vergessen hatte. Auf Kreisebene war der Kreisdienststellenleiter nach wie vor lediglich befugt, den 1. Sekretär der SED-Kreisleitung zu informieren, wobei festgelegt wurde, dass »für die Einschätzung der politischen und wirtschaftlichen Lage besonders wichtige Informationen« schriftlich zu übermitteln waren.[72]

Mit dem Befehl 584/60 setzte eine systematische Anleitung der Informationsgruppen der Bezirksverwaltungen und operativen Linien durch die ZIG ein, die mit entsprechenden Zuständigkeiten einzelner Mitarbeiter einherging, wobei im Zweifelsfall die Linienzuständigkeit die entscheidende war.[73]

---

69 Ebenda, S.133.

70 O. Kopf, o. Verf. (Referat Irmlers auf der Dienstkonferenz der ZIG), 11.11.1960; BStU, MfS, ZAIG 5639a, Bl. 144–184, hier 172–175.

71 Befehl 584/60 v. 7.12.1960: Verbesserung der Informationsarbeit des Ministeriums für Staatssicherheit, dokumentiert in: Engelmann; Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente (Anm. 19), S. 132–136, hier 134.

72 Ebenda, S. 135.

73 O. Kopf, o. Verf. (Referat Irmlers auf der Dienstkonferenz der ZIG), 11.11.1960; BStU, MfS, ZAIG 5639a, Bl. 144–184, hier 152–154.

Übersicht 1
Zuständigkeiten der einzelnen Mitarbeiter der ZIG Ende 1960

Mitarbeiter	BV/V	Linien/Arbeitsfelder
Hptm. Werner Irmler	Berlin, Potsdam, Cottbus	–
Oltn. Manfred Laszczak	Leipzig, Halle, Magdeburg	–
Oltn. Alfred Hennig	–	Auswertung Westpresse und Westrundfunk
Hptm. Wolfgang Röhlig	Neubrandenburg, Schwerin, Rostock, Frankfurt/O.	Linie III, Republikflucht
Major Heinz Seidel	Dresden, Karl-Marx-Stadt, »W« (Wismut)	Linien V, VII, XIII, Grenze
Oltn. Rudi Taube	Suhl, Erfurt, Gera	–
Ultn. Ingrid Ziehm	–	Stimmung, »Hetzschriften«

Die neue Praxis brachte eine stärkere Verlagerung der Informationstätigkeit auf die operativen Linien mit sich, wovon man sich bei linienspezifischen Problemen eine qualifiziertere Analyse versprach, weil der entsprechende fachliche Sachverstand dort konzentriert war.[74] Außerdem wurde jetzt der Umgang mit den das MfS verlassenden Informationen streng geregelt. Irmler betonte, die Informationsorgane müssten einen ständigen Überblick darüber haben, wer im Besitz welcher Materialien des MfS ist, »um eine evtl. gegnerische Einsichtnahme auszuschalten, den Rücklauf der Informationen […] zu sichern und eine *Kontrolle über die auf der Grundlage unserer Informationen eingeleiteten Maßnahmen auszuüben*«.[75] Die Berichte sollten nur noch im verschlossenen Umschlag über besondere Kurierverbindungen an die Adressaten gehen. Sie trugen zwar – je nach territorialer Ebene und Wertigkeit – den Aufdruck »Streng geheim«, »Streng vertraulich« oder »Vertrauliche Dienstsache«, durften aber ausdrücklich nicht über die jeweiligen VS-Stellen laufen, sondern mussten dem Adressaten persönlich oder seinem Sekretariat ausgehändigt werden. Eine strenge Nachweisführung sollte den Rücklauf gewährleisten.[76] Die Berichte der Kreisdienststellen an die 1. Sekretäre der jeweiligen SED-Kreisleitung waren »zur Vermeidung von Dekonspirierungen« formlos und ohne Kopf anzufertigen; sie enthielten nur den Vermerk »Streng vertraulich«, eine fortlaufende Nummerierung und die Angabe der Blattzahl. Grundsätzlich sollten die herausgehenden Informationen keine »dekonspirierenden Angaben« enthalten und nicht auf wichtige, noch »in Bearbeitung« befindliche operative Komplexe verweisen.[77]

Im Zusammenhang mit dem Erlass des Befehls 584/60 wurde auch die Stimmungsberichterstattung rehabilitiert, bei der das MfS seit der Ulbricht-Tirade gegen den »Informationsdienst« im Februar 1957 Zurückhaltung geübt hatte. Irmler erklärte vor den Vertretern der BV-Informationsgruppen, die Vergangenheit habe gezeigt, dass »besonders auf diesem Gebiet viele Unklarheiten« herrschten. Auf keinen Fall sei die Stimmung »als etwas Zweitrangiges oder gar Nebensächliches zu werten«, denn es sei eine der Hauptaufgaben der Staatssicherheit, »die Partei und die Regierung über die verschiedenen Reaktionen der einzelnen Bevölkerungsschichten zu politischen, wirtschaftlichen oder sonstigen wichtigen Fragen zu informieren – und zwar objektiv und umfassend«. Durch das Beob-

74 Ebenda, Bl. 155–158.
75 Ebenda, Bl. 161. Hervorhebung im Original.
76 Ebenda, Bl. 162–164. Diese Aussage Irmlers war auf die Bezirks- und Kreisebene gemünzt – er sprach vor den Vertretern der Informationsgruppen der BV – galt aber analog auch für die zentrale Ebene.
77 Ebenda, Bl. 166 f.

achten und Analysieren der Bevölkerungsstimmung sei es unter anderem möglich, »bestimmte Konzentrationen feindlicher Argumente« oder durch »ideologische Diversion« bedingte »Erscheinungen der Aufweichung« zu erkennen; außerdem biete sie Hinweise zur »Aufdeckung von evtl. Missständen«.[78]

Zur Jahreswende 1960/1961 konzentrierte sich die Berichtstätigkeit des MfS auf das Problemfeld »Republikflucht«, zu dem zentral ein monatlicher Lagebericht erstellt wurde. Auch auf Informationen über ökonomische Missstände und betriebliche Konflikte wurde weiterhin großer Wert gelegt.[79] Dabei ging es der Leitung der ZIG vor allem darum, von der additiven Berichtspraxis der Vergangenheit wegzukommen und die Analyse zu verstärken. Auf einer Dienstbesprechung mit den Leitern der vom Befehl 584/60 betroffenen Hauptabteilungen und Abteilungen der MfS-Zentrale am 22. November 1960 betonte Korb, es gehe »nicht nur schlechthin um eine Verbesserung der Informationsarbeit […], sondern um eine Wende von der Berichterstattung zur analytischen Tätigkeit«.[80] Die Informationstätigkeit wurde jetzt stärker systematisiert und straff geplant. Hinsichtlich der »koordinierungspflichtigen« Meldungen und Berichte wurden fünf verschiedene Kategorien verbindlich festgelegt und inhaltlich definiert:[81]

1. »Sofortmeldung«
Informationen, die aufgrund »ihrer Wichtigkeit ein sofortiges Eingreifen der jeweiligen Einsatzleitung oder des anderen Sicherheitsorgans erfordern«;

2. »Ergänzungsmeldung«
Informationen, die »nach Absetzung der Sofortmeldung zu dem Vorkommnis usw. noch bekannt werden«;

3. »Einzelinformation«
Informationen, die aufgrund »ihrer Wichtigkeit mitzuteilen sind, ohne dass alle Zusammenhänge bekannt sein müssen« oder »ihrem Charakter und Inhalt nach Einzelerscheinungen sind und daher oder gegenwärtig keine analytische Darstellung ermöglichen«;

4. »Bericht«
Informationen, die »umfassende Materialien zu einem bestimmten Problem« bzw. »zu mehreren zusammenhängenden Problemen« oder »analytische Darstellungen enthalten«;

5. »Militärische Sonderinformation«
Informationen, »die umfassende Materialien« oder »analytische Darstellungen zu militärischen Fragen enthalten«.

Im unmittelbaren Zusammenhang mit der Neustrukturierung und Qualifizierung des Informationswesens im MfS, die mit dem Befehl 584/60 einherging, beantragte die Zentrale Informationsgruppe drei neue Planstellen für Mitarbeiter mit Hochschulausbildung (»oder mindestens Fachschulausbildung«) in Industrieökonomik.[82] Schwieriger gestaltete sich die Stellensituation bei den Informationsgruppen der Bezirksverwaltungen. In Neubranden-

---

78 Ebenda, Bl. 167–169.
79 Ebenda, Bl. 177–183.
80 Protokoll der Besprechung der ZIG mit den HA und Abteilung des MfS am 22.11.1960; BStU, MfS, ZAIG 5639a, Bl. 110–113, hier 110.
81 Vermerk der ZIG v. 26.11.1960: Betr. Befehl zur Verbesserung der Informationsarbeit im MfS; BStU, MfS, ZAIG 5639c, Bl. 66–68.
82 Korb an Mielke v. 30.11.1960: Erweiterung des Stellenplanes der Zentralen Informationsgruppe; BStU, MfS, ZAIG 8788, Bl. 89.

burg, Leipzig und Frankfurt/O. bestanden sie zur Jahreswende 1960/1961 lediglich aus ihrem Leiter, die Einrichtung weiterer Planstellen war von den jeweiligen BV-Leitungen nicht vorgesehen.[83]

Es gab zudem diverse Probleme bei der Implementierung des Befehls 584/60. Auf einer Dienstkonferenz der Informationsgruppen am 2. August 1961, bei der eine erste Diskussion der Erfahrungen mit der neuen Regelung stattfand, betonte Irmler, im Zentrum der Bemühungen stehe nach wie vor die Qualitätsverbesserung bei der Berichterstattung. Ziel seien verlässliche Lageeinschätzungen, die auf der Ausnutzung der gesamten »inoffiziellen Möglichkeiten« basierten. Wichtig sei auch die Erarbeitung von Vorschlägen »zur Veränderung des in der Information aufgezeigten Zustandes«. Irmler trat dabei der »in einigen Bezirksverwaltungen« herrschenden Auffassung entgegen, mit derartigen Vorschlägen würde man »die Partei kommandieren«. Er betonte, es sei die Pflicht der MfS-Informationsorgane, die Partei und andere Organe »bei der Festlegung der notwendigen Maßnahmen zu unterstützen«. Inwieweit die Vorschläge akzeptiert würden, bleibe in deren Ermessen. Zur Erarbeitung von Lageeinschätzungen und Veränderungsvorschlägen müssten die operativen Abteilungen die Möglichkeiten des gesamten IM-Netzes ausnützen. Auch sei eine Kontrolle der auf der Grundlage von MfS-Berichterstattung eingeleiteten Maßnahmen zu gewährleisten.[84]

Einen Schwachpunkt im Informationswesen der Staatssicherheit stellten die Kreisdienststellen dar, wo das »Niveau der operativen Arbeit« als »teilweise noch sehr mangelhaft« eingeschätzt wurde.[85] Der Vertreter der BV Karl-Marx-Stadt, Wolfgang Barthel, äußerte sogar, wenn man untersuche, welche GI-Berichte den Informationen der Kreisdienststellen zugrunde lägen, »dann gebe das ein erschreckendes Bild«.[86]

Auch an die präziseren Regeln für die Weitergabe von Informationen an Stellen außerhalb des MfS gewöhnten sich die Beteiligten erst allmählich. Im Bezirk Cottbus gab es zunächst überhaupt keinen Rücklauf und die betreffende Bezirksverwaltung war sich nicht sicher, ob die Informationen nicht unzulässigerweise weitergereicht worden waren. In Karl-Marx-Stadt lehnte es der BV-Chef ab, Berichte auch an den Vorsitzenden des Wirtschaftrates zu geben, obwohl der Befehl 584/60 das so vorsah. Der dortige 1. SED-Bezirkssekretär behielt sich vor, die Berichte an die jeweils fachlich zuständigen Sekretäre der Bezirksleitung weiterzugeben. Irmler betonte, dass die Vorsitzenden des Bezirksrates und des Bezirkswirtschaftsrates die Informationen auf keinen Fall weitergeben dürften, beim 1. Sekretär der Bezirksleitung könne man das jedoch nicht so streng handhaben, etwa wenn er einen Bericht zur Situation in der Landwirtschaft an das zuständige Sekretariatsmitglied weiterleite.[87] Im Hinblick auf die Berichterstattung auf Kreisebene wurde moniert, dass es dabei noch immer zur »Verletzung der Konspiration« durch die Angabe von

---

[83] Zentrale Informationsgruppe, Bericht von Hptm. Röhlig über die Dienstreise am 16.12.1960 zur Bezirksverwaltung Neubrandenburg; BStU, MfS, ZAIG 5639b, Bl. 14–16; Vermerk v. 30.12.1960 über die Informationsgruppen Magdeburg, Halle, Leipzig; ebenda, Bl. 17–26, hier 26; Zentrale Informationsgruppe, Bericht von Hptm. Röhlig über die Dienstreise am 13.1.1961 zur BV Frankfurt/O.; ebenda, Bl. 11–13.

[84] O. Kopf, o. Verf., o. D. (höchstwahrscheinlich Vortragsmanuskript Irmlers für die Dienstkonferenz der Informationsgruppen am 2.8.1961); BStU, MfS, ZAIG 5639a, Bl. 40–67, hier 57–64.

[85] Ebenda, Bl. 64.

[86] Protokoll der Dienstkonferenz der ZIG mit den Leitern der Informationsgruppen am 2.8.1961; BStU, MfS, ZAIG 5639a, Bl. 68–79, hier 68.

[87] Protokoll der Besprechung mit den Leitern der Informationsgruppen der Bezirksverwaltungen am 25.1.1961; BStU, MfS, ZAIG 5639a, Bl. 83–95, hier 84–89.

IM-Decknamen und die Offenlegung von operativen Maßnahmen komme, was dringend abgestellt werden müsse.[88]

Ab 1961 gab es eine zentrale Halbjahresplanung der Informationstätigkeit im MfS, aus der eine Schwerpunktverschiebung hin zu umfassenden sektoralen Lageanalysen erkennbar ist, die die Entwicklung des MfS zu einem allgemeinen Überwachungsorgan dokumentieren. Nach dem Plan für das 1. Halbjahr 1961 waren zum Beispiel umfassende Ausarbeitungen unter anderem zu folgenden Themen vorgesehen:

- Entwicklung der Landwirtschaft (nach der im Vorjahr erfolgten Vollkollektivierung),
- Situation in der Wasserwirtschaft,
- Lage in der Jugend (insbesondere im Hinblick auf »Erscheinungen des Rowdytums«),
- Versorgungslage,
- Lage in der medizinischen Intelligenz,
- Lage im Staatsapparat,
- Rolle der »kleinbürgerlich-demokratischen« Parteien,
- Mängel und Missstände im Export,
- Lage der Schriftsteller,
- Lage der Rückkehrer und Erstzuziehenden.[89]

Zusätzlich lief die periodische Berichterstattung zur Entwicklung der Republikflucht, die schon seit Jahren eine große Rolle spielte und 1960 nochmals deutlich intensiviert wurde.[90] Die zentral vorgegebenen Berichterstattungspflichten nahmen die nachgeordneten Diensteinheiten stark in Anspruch. Das veranlasste den Leiter der Informationsgruppe der Bezirksverwaltung Gera zur Klage, dass aufgrund dieser Belastung die laufende Berichterstattung der Kreisdienststellen zu spezifischen, den eigenen Kreis betreffenden Sachverhalten »nicht mehr im erforderlichen Umfang gewährleistet« sei.[91] Ein weiteres Problem war, dass die Informationstätigkeit der Bezirksverwaltungen sich so stark auf die Zentrale Informationsgruppe ausrichtete, dass sie – auch wenn sie fachlich einschlägig war – teilweise an den zuständigen operativen Hauptabteilungen der MfS-Zentrale vorbeilief.[92] Dies war jedoch wiederum unerwünscht, weil es – wie sich Irmler ausdrückte – »eine Vielzahl von Fragen« gebe, »die auf [der] op[erativen] Linie besser eingeschätzt werden« könnten.[93] Im Juli 1962 wurde die territoriale Zuständigkeit der Mitarbeiter der Zentralen Informationsgruppe neu geregelt.

---

88 O. Kopf, o. Verf., o. D. (höchstwahrscheinlich Vortragsmanuskript Irmlers für die Dienstkonferenz der Informationsgruppen am 2.8.1961); BStU, MfS, ZAIG 5639a, Bl. 40–67, hier 65.

89 Zentrale Informationsgruppe: Arbeitsplan v. 24.1.1961 für die Informationstätigkeit im 1. Halbjahr 1961; BStU, MfS, ZAIG 5639c, Bl. 48–63.

90 Die Intensivierung dieser Berichterstattung stand im engen Zusammenhang mit der Anweisung 1/60 Mielkes v. 4.5.1960 zur Einengung der Republikflucht, die hiermit zur Schwerpunktaufgabe für alle operativen Linien gemacht wurde; BStU, MfS, BdL/Dok. 3499.

91 Vermerk von Leutnant Lehninger (IG der BV Gera) v. 1.6.1961: Hinweis für die Ausarbeitung des Arbeitsplanes der ZIG für das 2. Halbjahr 1961; BStU, MfS, ZAIG 5639b, Bl. 43 f.

92 So die Kritik des Leiters der IG der BV Karl-Marx-Stadt Barthel. Protokoll der Dienstkonferenz der ZIG mit den Leitern der Informationsgruppen am 2.8.1961; BStU, MfS, ZAIG 5639a, Bl. 68–79, hier 68.

93 Ebenda, Bl. 70.

Übersicht 2
Bezirkszuständigkeiten in der Zentralen Informationsgruppe 1962

Mitarbeiter	Bezirksverwaltungen/Verwaltungen
Jean Giersch	Karl-Marx-Stadt, Wismut, Frankfurt/O.
Heinz Krusch	Suhl, Gera, Erfurt
Wolfgang Röhlig	Neubrandenburg, Schwerin, Rostock
Ursula Schorm	Magdeburg, Halle, Potsdam
Heinz Seidel	Cottbus, Dresden, Leipzig
Rudi Taube	Berlin

Dass die Probleme bei der Umsetzung des Befehls 584/60 auch zwei Jahre nach seinem Erlass noch beträchtlich waren, zeigt das Beispiel der Bezirksverwaltung Rostock, die im November 1962 von der Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle überprüft wurde und deren Informationstätigkeit dabei ein verheerendes Zeugnis bekam. Die monatliche Information der Rostocker SED-Bezirksleitung durch die Bezirksverwaltung – so der Kontrollbericht – sei »weder Gradmesser noch ein bestimmtes Ergebnis der operativen Arbeit« wie der Befehl fordere, sondern basiere »bis auf wenige Ausnahmen« ausschließlich auf den Rapportmeldungen des »Offiziers vom Dienst«. Die angewandte Methodik schließe eine Auswertung der in den operativen Abteilungen und Kreisdienststellen eingehenden Informationen geradezu aus und beraube die Leitung »einer qualifizierten und objektiven Darstellung und Analysierung der Lage« im Bezirk. Diese Art der Berichterstattung sei eine »Farce«.[94] Die Rostocker Zustände können zwar nicht als repräsentativ angesehen werden, verweisen aber darauf, dass Teile des MfS mit den in der Berliner MfS-Zentrale formulierten Ansprüchen nicht Schritt halten konnten.

Dies mag einer der Gründe dafür gewesen sein, dass in der Zentralen Informationsgruppe schon bald an einer Vereinheitlichung und Systematisierung der Auswertung als Grundlage für die Informationstätigkeit und an einer verbindlichen organisatorischen Verzahnung mit der Leitungstätigkeit gearbeitet wurde.[95] Zu diesem Zweck entwickelte man das auf der Linie V seit 1960 bestehende Kerblochkartensystem weiter und dehnte es auf das gesamte MfS aus. Die Überlegungen waren stark durch die von der SED seit 1961 zunehmend propagierte Kybernetik beeinflusst.[96] Bezeichnenderweise verfasste Werner Irmler 1965 an der Juristischen Hochschule des MfS zusammen mit seinem Mitarbeiter Karl Großer eine Diplomarbeit zur »Analyse des Informationsflusses«, die insbesondere kybernetisch orientierte wirtschaftswissenschaftliche Studien rezipierte.[97]

Im September 1965 wurde Robert Korb aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in den Ruhestand entlassen und Irmler stieg wieder zum Leiter der Diensteinheit auf.[98] Im gleichen Jahr bekam das Informationssystem mit dem Befehl 299/65 über die Organisierung eines einheitlichen Systems der politisch-operativen Auswertungs- und Informationstätig-

---

94 Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle, Auszug aus dem Bericht v. 19.11.1962 über den Einsatz einer Brigade der AG AuK in der BV Rostock; BStU, MfS, ZAIG 5639b, Bl. 38–40.

95 Das war spätestens seit 1964 der Fall, vgl. Zentrale Informationsgruppe v. 5.1.1964 (richtig: 1965), Einschätzung der Durchsetzung der DA 5/62 im 2. Halbjahr 1964; BStU, MfS, ZAIG 8203, Bl. 99–102.

96 Vgl. Segal, Jérôme: Die Einführung der Kybernetik in der DDR. Begegnung mit der marxistischen Ideologie <http://jerome-segal.de/Publis/Kyb-DDR.htm> (15.1.2009).

97 Juristische Hochschule des MfS, Potsdam-Eiche, I. Fernstudien-Lehrgang, Diplomarbeit von Werner Irmler und Karl Großer: Die Analyse des Informationsflusses im einheitlichen System der politisch-operativen Auswertungs- und Informationstätigkeit des MfS, September 1965; BStU, MfS, ZAIG 7695.

98 Aufstellung zu den Dienstverhältnissen Korbs; BStU, MfS, KS I 18/89, Bl. 11; Aufstellung zu den Dienstverhältnissen Irmlers; BStU, MfS, KuSch, KS 24843/90, Bl. 6.

keit im Ministerium für Staatssicherheit eine neue Qualität.[99] Die Zentrale Informationsgruppe (ZIG) wurde zur Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) mit den Bereichen »politisch-operative Auswertung« und »informative Auswertung für Partei und Regierung« umgebildet.[100] Auf der Ebene der Bezirksverwaltungen und zentralen operativen Diensteinheiten wurden aus Informationsgruppen (IG) entsprechend Auswertungs- und Informationsgruppen (AIG). Noch eine Ebene tiefer, also in den Kreis- und Objektdienststellen, in den operativen Abteilungen der Bezirksverwaltungen sowie in den Abteilungen der zentralen operativen Hauptabteilungen wurde mindestens eine Auswerterstelle verbindlich vorgeschrieben. Für die fachliche Anleitung und Kontrolle dieser Auswerter war ungeachtet ihrer dienstlichen Unterstellung unter den Leiter der jeweiligen Diensteinheit die übergeordnete Auswertungs- und Informationsgruppe zuständig, für deren Anleitung wiederum die ZAIG verantwortlich war. Damit entstand im MfS eine nach einheitlichen Prinzipien arbeitende dichte Struktur von Auswertungs- und Informationsorganen.

Zentrales neues Element in diesem System war die Auswertung, verstanden als Bewertung und Selektion von Informationen sowie als Organisation des Informationsflusses. Entsprechend ihrer jeweiligen Verantwortung war in den Auswertungs- und Informationsgruppen der Bezirksverwaltung eine primär auf das Territorium bezogene Auswertung zu leisten; in den AIG der operativen Hauptabteilungen bezog sich die Auswertung auf die »Linie«, das heißt auf die jeweiligen sektoralen »Sicherungsbereiche«. Ganz im Sinne kybernetischer Vorstellungen ging man dabei von einer Art selbstregulativen Steuerung der verschiedenen Arbeitsprozesse im MfS aus.

Als inhaltliche Schwerpunkte der Auswertungs- und Informationstätigkeit der Diensteinheiten wurden festgelegt:

- »Pläne, Absichten und Maßnahmen gegen die DDR seitens der verschiedenen Zentralen und Institutionen des Gegners in Westdeutschland, Westberlin und dem kapitalistischen Ausland«;
- »Tätigkeit und Wirksamkeit des gegnerischen Einflusses im Verantwortungsbereich«;
- »andere, die politisch-operative Situation im Verantwortungsbereich charakterisierende Erscheinungen«, das heißt »feindlicher« Einfluss, »der sich nicht in konkreten Feindhandlungen äußert« oder »andere negative Erscheinungen und Handlungen, die die Durchsetzung der Beschlüsse von Partei und Regierung hemmen«;
- »Aufdeckung und Auswertung begünstigender Bedingungen und Umstände für die Organisierung und Durchführung von Staatsverbrechen sowie der den feindlichen Handlungen zugrunde liegenden Motive und Beweggründe«;
- »Ergebnisse und Schwächen in der Bekämpfung der Feindtätigkeit und die sich daraus für die Verbesserung der politisch-operativen Arbeit ergebenden Schlussfolgerungen«.[101]

Kernelemente des neuen Systems waren die sogenannten Auswertungsvorgänge, die Kerblochkarteien und die zentralen Materialablagen, welche allesamt im Informations- und Auswertungsorgan der jeweiligen Diensteinheit zu führen waren. Mit den Auswertungsvorgängen sollte ein umfassender und aktueller Überblick über »die wichtigsten operativen Probleme und Schwerpunkte« gewährleistet werden. Zudem wurden vier verschiedene Typen von Kerblochkarteien eingeführt: die Deliktekartei, die Personenkartei-DDR, die Personenkartei-West und die Kfz-Kartei. Diese enthielten die jeweiligen Grundinforma-

---

[99] Mielkes Befehl 299/65 v. 24.7.1965 ist dokumentiert in: Engelmann; Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente (Anm. 19), S. 141–149.

[100] Anlage 1 zum Befehl 299/65: Arbeitsrichtlinie über die politisch-operative Auswertungs- und Informationstätigkeit im Ministerium für Staatssicherheit v. 24.7.1965; BStU, MfS, BdL/Dok. 3904.

[101] Laut Anlage 2 v. 24.7.1965 zum Befehl 299/65; BStU, MfS, BdL/Dok. 3905.

tionen und entsprechende Kerbungen, die nach inhaltlich differenzierten einheitlichen Schlüsselplänen erfolgten. Das Kerblochkartensystem ermöglichte sowohl die gezielte Recherche als auch statistische Auswertungen sowie die Steuerung von Informationsflüssen.

Der Erlass des Befehles 299/65 hatte bei der ZAIG einen Wachstumsschub zur Folge, nachdem die Mitarbeiterzahl zuvor jahrelang stagnierte.[102] Im Juni 1966 wurde die Anzahl ihrer Planstellen von 14 auf 20 erhöht. Ein gutes Jahr später kamen weitere zwei Planstellen hinzu.[103]

3.1.2 Kontrollinspektion und Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle 1953–1968

In den Anfangsjahren hatte die Staatssicherheit bei ihrem Personal mit ausgeprägten Defiziten im Bereich der Allgemeinbildung und fachlichen Qualifikation zu kämpfen. Die Geheimpolizisten lernten ihr Handwerk überwiegend »on the job«.[104] Entsprechend mangelhaft und uneinheitlich war die operative Praxis. Wie schon erwähnt, gerieten auf dem 15. ZK-Plenum im Juli 1953 – neben diversen instrumentellen Vorwürfen, die der politisch-moralischen Demontage des gestürzten Ministers Zaisser dienten – auch diese objektiven Mängel in das Fadenkreuz der SED-Kritik. Otto Grotewohl erklärte auf dem Plenum sogar, die »schlechte Arbeit« der Staatssicherheit habe »viel dazu beigetragen, die Deutsche Demokratische Republik bei den westdeutschen Werktätigen und wahrscheinlich auch bei einem großen Teil unserer eigenen Anhänger zu diskreditieren«.[105] Im September 1953 wiederholte und spezifizierte die SED-Führung ihre Kritik. In einem Beschluss des Politbüros vom 23. September 1953 war von »einer schlechten Organisation der operativen Agenturarbeit auf allen wesentlichen Gebieten« die Rede. Insbesondere wurde moniert, die »Anleitung und Kontrolle der Arbeit der Dienststellen in den Bezirken und Kreisen« werde »vollkommen ungenügend durchgeführt«; diese würden keine ausreichende Orientierung für ihre Arbeit erhalten.[106] Die Leitung der Staatssicherheit stand daher unter dem Druck, für eine rasche Qualifizierung der Arbeit ihres Apparates zu sorgen.

Im September 1953 sind entsprechende erste Überlegungen dokumentiert, die auf die Kreisdienststellen zielten, wo die Probleme besonders groß waren. »Zur Qualifizierung der Leiter und Mitarbeiter in den Kreisverwaltungen« wurde die Schaffung von »Instrukteurgruppen« in Erwägung gezogen. Sie müssten »entsprechend qualifiziert sein« und in den jeweiligen Kreisdienststellen »längere Zeit verbleiben«. Allerdings bestand offenbar das Problem, dass in den Bezirksverwaltungen für diese Tätigkeit ausreichend qualifizierte Mitarbeiter fehlten. Gleichwohl war man in der Leitung der Staatssicherheit grundsätzlich der Meinung, dass in allen Bezirksverwaltungen »kleine Instrukteurgruppen« gebildet werden sollen.[107]

Drei Monate später schuf Wollweber mit der Dienstanweisung 46/53 auf zentraler Ebene ein entsprechendes Anleitungs- und Kontrollorgan mit der Bezeichnung »Kontrollinspektion«.[108] Diese war dem Staatssekretär für Staatssicherheit direkt unterstellt und wurde auf der Grundlage seiner Vorgaben und Aufträge aktiv. Eine Weisungsbefugnis des

---

[102] Vgl. Übersicht zur Mitarbeiterentwicklung auf S. 94/95.

[103] Leiter der HA KuSch an Leiter der ZAIG v. 21.7.1966; BStU, MfS, ZAIG 8788, Bl. 25; Leiter der HA KuSch an Leiter der ZAIG v. 15.11.1967; ebenda, Bl. 26.

[104] Vgl. Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90. Berlin 2000, S. 105–126 u. 185–197.

[105] Zit. nach: Fricke; Engelmann: Der Tag »X« (Anm. 18), S. 284 f.

[106] Zit. nach: Fricke, Karl Wilhelm; Engelmann, Roger: »Konzentrierte Schläge«. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956. Berlin 1998, S. 249 f.

[107] Leiter der BV Neubrandburg, OSL Richard Horn, an SfS, Ernst Wollweber, v. 24.9.1953, mit handschriftlichem Vermerk von Martin Weikert, zu diesem Zeitpunkt Stellvertreter von Otto Last in dessen Anleitungsbereich (HA III, HA XIII, HA Transportpolizei, Abt. XII); BStU, MfS, SdM 1930, Bl. 333.

[108] DA 46/53 des Staatssekretärs Wollweber v. 30.12.1953; BStU, MfS, BdL/Dok. 3027.

Leiters der Kontrollinspektion gegenüber den Leitern der Diensteinheiten bestand nicht. Er konnte allerdings zu den Kollegiumssitzungen des Staatssekretariats »informatorisch« hinzugezogen werden. Die Kontrollinspektion hatte folgende Aufgaben:
1. Durchführung der vom Staatssekretär befohlenen Kontrollaufträge,
2. Unterbreitung von Vorschlägen zur Beseitigung von Mängeln,
3. Ausarbeitung von Befehlen und Dienstanweisungen.

Die Mitarbeiter der Kontrollinspektion hatten weitreichende Kompetenzen: Sie durften – ähnlich wie schon Joseph Gutsches »Informationsbüro« in der Ära Zaisser – alle für die Durchführung der Kontrollaufträge erforderlichen Unterlagen einsehen und von den jeweiligen Leitern entsprechende Auskünfte einfordern. Mit einer ausdrücklichen Ermächtigung durch den Staatssicherheitschef waren sie darüber hinaus befugt, von den Leitern der Diensteinheiten Berichte und Stellungnahmen über die Durchführung von Weisungen und Maßnahmen anzufordern. Über die Kontrolleinsätze wurden für den Staatssekretär Berichte mit entsprechenden Schlussfolgerungen gefertigt.

Am 16. Dezember 1953 wurde Willy Hüttner zum ersten Leiter der Kontrollinspektion berufen. Er war zuvor stellvertretender Leiter der für die »Sicherung der Volkswirtschaft« zuständigen Hauptabteilung III. Hüttner wurde 1915 geboren und gehörte nicht zur Generation der KPD-Kader der Vorkriegszeit. Er war in sowjetischer Kriegsgefangenschaft politisch geschult und nach 1945 im politischen Zweig (K 5) der Polizei der Sowjetischen Besatzungszone beruflich sozialisiert worden. Als Hüttner zur Kontrollinspektion kam, bekleidete er den Rang eines Oberstleutnants, wurde aber wenig später, am 1. März 1954, zum Oberst befördert.[109] Schon einen Monat später wurde er jedoch als Leiter Hauptabteilung IV (Wirtschaftsspionage) zur HV A versetzt. Sein Nachfolger Alfred Böhm wurde aus dem Kreis der Mitarbeiter der Kontrollinspektion ausgewählt, er leitete die Diensteinheit kommissarisch bis Juni 1955. Der 1913 geborene Altkommunist und ehemalige Sachsenhausen-Häftling Böhm war ebenfalls über die politische Polizei zum MfS gekommen; er war vor seiner Versetzung in die Kontrollinspektion kommissarischer Leiter der Abteilung VI (Staatsapparat) gewesen.[110]

Am 11. Juni 1955 übernahm Generalmajor Joseph Gutsche die Leitung der Diensteinheit und damit im Grunde wieder sein altes Aufgabengebiet aus den Zeiten des »Informationsbüros«.[111] Zwischendurch hatte er die sogenannte Abteilung z.b.V. geführt, die sich mit Untergrundaktionen in Westdeutschland befasste. Die Berufung Gutsches bedeutete eine symbolische Aufwertung der Kontrollinspektion, eine reale Aufwertung war damit aber wohl nicht verbunden, denn seine Gesundheit war angeschlagen. Schon zwei Jahre später wurde er vorzeitig in den Ruhestand entlassen.

Neben den Einsätzen der Kontrollinspektion gab es in den fünfziger Jahren auch Kontrolleinsätze von Brigaden, die ad hoc aus leitenden oder anderen besonders qualifizierten Kadern operativer Diensteinheiten zusammengestellt wurden. Wollweber befahl zum Beispiel im Dezember 1955 die Bildung sieben solcher Brigaden zur Überprüfung von 14 Kreisdienststellen im Hinblick auf ihre Arbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern.[112] Zudem führte auch der Sektor MfS der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen Brigadeeinsätze in MfS-Diensteinheiten durch. Diese betrafen aber lediglich die Parteiarbeit und Fragen, die

---

[109] Kaderkarteikarte Willy Hüttner; Kaderstammkartei; BStU, MfS, KuSch. Vgl. auch Gieseke: Wer war wer (Anm. 14), S. 32.

[110] Vgl. ebenda, S. 9.

[111] Befehl 172/55 des Staatssekretärs Wollweber v. 11.6.1955; BStU, MfS, KS 163/64, Bl. 18.

[112] Befehl 363/55 des Ministers Wollweber v. 13.12.1955; BStU, MfS, BdL/Dok. 400.

damit in einem unmittelbaren Zusammenhang standen, wie etwa allgemeine Kaderprobleme oder den »politisch-moralischen« Zustand der Diensteinheiten.[113]

Am 14. Juli 1956 wurde über die Arbeit der Kontrollinspektion im Kollegium des MfS gesprochen und förmlich beschlossen, in den Bezirksverwaltungen keine (ständigen) Inspektionsgruppen zu schaffen.[114] Gutsche erhielt den Auftrag, eine neue Grundsatzregelung für die Tätigkeit des Bereiches zu erarbeiten. Diese wurde im August 1956 von Mielke in Vertretung des erkrankten Wollwebers als Dienstanweisung erlassen; die Regelung unterschied sich jedoch kaum von der Vorgängerbestimmung vom Dezember 1953.[115] Neu war lediglich die Berufung des Leiters der Diensteinheit als ordentliches Mitglied in das Kollegium des MfS. Zudem wurde die Kontrollinspektion für die Anleitung der Kontrollbrigaden der Bezirksverwaltungen verantwortlich gemacht, die offenbar ad hoc nur für den jeweiligen Einsatz gebildet wurden. Die Ausarbeitung von Befehlen und Dienstanweisungen entfiel als Aufgabe der Kontrollinspektion.

Die Kontrollinspektion war zunächst eine sehr kleine Diensteinheit. Sie startete 1954 mit vier Mitarbeitern, im Folgejahr waren es sieben und 1956 sechs.[116] Die Rekonstruktion der konkreten Tätigkeit der Diensteinheit ist für die ersten Jahre nur rudimentär möglich. Die wenigen aussagekräftigen Quellen lassen jedoch erkennen, dass die Überprüfungstätigkeit der Kontrollinspektion sich anfangs stark auf die Kreisdienststellen und die Arbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern konzentrierte. Die Überprüfungsbefunde liefern ein ziemlich desolates Bild der operativen Tätigkeit in der DDR-Provinz; sie dienten Ernst Wollweber als Grundlage für die kritische Auseinandersetzung mit der Arbeit seines Apparates.[117]

Im Jahre 1957 stand die Entwicklung des Kontrollwesens im MfS ebenso wie die des Informationsdienstes im Zentrum der schon weiter oben erwähnten schweren Auseinandersetzungen zwischen Wollweber und Ulbricht. Der SED-Chef entmachtete den Minister für Staatssicherheit, der zunächst noch eine gewisse Rückendeckung durch das KGB hatte, im Verlaufe des ersten Halbjahres in Etappen. Zu diesem Zweck installierte das Politbüro am 9. Februar 1957 neben dem 1. Stellvertreter Erich Mielke mit Otto Walter einen 2. Stellvertreter, der ebenfalls für das gesamte MfS Verantwortung trug und nicht nur für einen speziellen Anleitungsbereich, wie die übrigen Stellvertreter.[118] Mit einem Beschluss der Sicherheitskommission vom 3. April 1957 wurde die Rolle von Otto Walter insoweit spezifiziert, als er nunmehr ausdrücklich die Verantwortung »für die Anleitung und Kontrolle der Bezirksverwaltungen im Rahmen der Befehle, Anweisungen, Direktiven und Richtlinien des Ministers« bekam.[119] Hintergrund dieser Maßnahme war – neben der angesprochenen Entmachtung Wollwebers – die Absicht der SED-Führung, Weisungs- und Kontrollrechte der 1. Sekretäre der SED-Bezirks- und Kreisleitungen gegenüber den jeweiligen territorialen Dienststellen der Staatssicherheit zu verankern, was zwangsläufig auf eine größere Eigenständigkeit gegenüber der Zentrale des MfS hinauslief.

---

[113] Für die 50-er Jahre sind Berichte solcher Brigadeeinsätze sowohl im MfS-Bestand als auch im SED-Archiv überliefert. Siehe BStU, MfS, SdM 1896 sowie SAPMO-BA, DY 30 VI 2/12/115–116.

[114] Protokoll der Kollegiumssitzung am 13.7.1956; BStU, MfS, SdM 1551, Bl. 51–58, hier 53 f.

[115] DA 17/56 des Ministers, gez. i. V. von Mielke, v. 4.8.1956; BStU, MfS, BdL/Dok. 2224.

[116] Vgl. Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 50), Einlegeblatt.

[117] Zusammenfassende Berichte über die Ergebnisse von Überprüfungen der Kontrollinspektion, die Wollweber auf den Dienstbesprechungen mit den leitenden Kadern des MfS (Stellvertreter, Leiter der HA/selbst. Abt. und BV/V) am 22.11.1954 u.14.6.1955: BStU, MfS, SdM 1921, Bl. 91–103 u. 144–149.

[118] Beschluss des Politbüros v. 9.2.1957, dokumentiert in: Engelmann; Schumann: Überwachungsstaat (Anm. 43), S. 367 f.

[119] Protokoll der 15. Sitzung der Sicherheitskommission des Zentralkomitees am 3.4.1957, S. 2; BA-MA, VA 01/39557.

Dies wiederum erforderte eine fachliche Qualifizierung der territorialen Diensteinheiten, die unter anderem durch eine intensivere Anleitung und Kontrolle gewährleistet werden sollte. Nach dem Erlass der betreffenden Dienstanweisung »zur Erhöhung der Verantwortung« der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen am 18. Juni 1957[120] drang Otto Walter darauf, dass er endlich in die Lage versetzt werde, die intensive Anleitung der Bezirksverwaltungen auch wirklich zu realisieren. Auf der Kollegiumssitzung am 25. Juni 1957 erreichte er – nach »sehr lebhaften Diskussionen«, an denen sich auch der sowjetische Chefberater Patrakejew beteiligte –, dass die bis dahin dem Minister unmittelbar nachgeordnete Kontrollinspektion ihm unterstellt und stark erweitert wurde.[121] Walter wurde vorübergehend von anderen Aufgaben weitgehend entlastet; die Diensteinheiten seines Anleitungsbereichs wurden auf die Anleitungsbereiche der anderen Stellvertreter verteilt.[122] Wie lange diese Anomalie anhielt, ist nicht ganz klar. Es ist allerdings anzunehmen, dass die Diensteinheit nach der Übernahme des Ministeramtes durch Mielke im November 1957 dem Minister bald wieder unmittelbar unterstellt wurde.

Anfang Juli 1957 wurde die Kontrollinspektion in Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle umbenannt[123] und mit 14 ausgesprochen qualifizierten Mitarbeitern aus operativen Diensteinheiten der Zentrale aufgefüllt, unter ihnen drei Abteilungsleiter, zwei stellvertretende Abteilungsleiter und sieben Referatsleiter.[124] Die Diensteinheit umfasste Ende 1957 19 Mitarbeiter, ihre Stärke hatte sich also gegenüber 1956 fast verdreifacht. Allerdings schrumpfte sie danach wieder deutlich: 1958 hatte sie nur noch 15 Mitarbeiter und 1960 nur noch zwölf.[125]

Auch auf dem Leitungsposten der Diensteinheit gab es 1957 eine starke Fluktuation: Nachdem Joseph Gutsche aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand versetzt worden war, folgte ihm am 21. Mai der ehemalige 1. Sekretär der SED-Kreisleitung im MfS, Alfred Schönherr, als Leiter der Diensteinheit nach. Schönherr war als Parteisekretär abgelöst worden, weil er sich im Konflikt zwischen Ulbricht und Wollweber als einziges Kollegiumsmitglied anfangs auf die Seite des Ministers geschlagen hatte.[126] Das dürfte zumindest einer der Gründe dafür gewesen sein, dass er auch die neue Position nicht lange halten konnte. Am 2. Dezember 1957 wurde Walter Otto, ein ehemaliger stellvertretender Abteilungsleiter der HA II (Spionageabwehr), zu diesem Zeitpunkt nur Hauptmann und erst seit Juli Instrukteur der AG Anleitung und Kontrolle, zum Leiter der Diensteinheit berufen.[127]

---

[120] Dieses Anliegen wurde realisiert mit der DA 17/57 des Ministers Wollweber v. 18.6.1957 über die Erhöhung der Verantwortung und die Erweiterung der Vollmachten der Chefs der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellenleiter, dokumentiert in: Engelmann; Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente (Anm. 19), S. 119–125.

[121] Protokoll der Kollegiumssitzung am 24.6.1957; BStU, MfS, SdM 1552, Bl. 185–200, hier 194–197.

[122] Ebenda, Bl. 196.

[123] Befehl 225/57 des Ministers, gez. i. V. Mielke, v. 3.7.1957; BStU, MfS, BdL/Dok. 467.

[124] Befehl 223/57 des Ministers, gez. i. V. Mielke, v. 3.7.1957; BStU, MfS, KuSch 1072, Bl. 341–343. Die Mitarbeiter stammten aus den Hauptabteilungen II (Spionageabwehr), III (Verkehr), V (Staatsapparat, Blockparteien, Kirche, Untergrund), VI (Verteidigungsindustrie), VII (Ministerium des Innern) und IX (Untersuchung).

[125] Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 50), Einlegeblatt. Die Zahl für 1960 ist zu entnehmen aus: Tätigkeitsbericht der Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle für das Jahr 1960, gez. Major Otto, v. 17.1.1961; BStU, MfS, SdM 599, Bl. 61–78, hier 76. Es handelt sich um 10 aktive Mitarbeiter und um zwei, die an eine Bezirksparteischule delegiert waren.

[126] Vgl. Protokoll der Kollegiumssitzung am 7.2.1957, dokumentiert in Engelmann; Schumann: Überwachungsstaat (Anm. 43), S. 356–365.

[127] Befehl 372/57 des Ministers Mielke v. 2.12.1957; BStU, MfS, KuSch 1073. Schönherr wurde Stellvertreter Operativ des Leiters der BV Frankfurt/O.

Schon die ersten Berichte der AG Anleitung und Kontrolle zeigen, dass durch die neue Zusammensetzung der Diensteinheit ein analytischer Qualitätssprung erfolgte. Vom 5. bis zum 24. August 1957 überprüfte die Diensteinheit zum Beispiel die Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt und deren Kreisdienststellen Zwickau, Werdau und Zschopau vor dem Hintergrund neuer politischer und operativer Vorgaben, die im Zusammenhang mit der jüngsten Kritik der Parteiführung standen,[128] und hinterließ einen aussagekräftigen Bericht mit einem Katalog von Schlussfolgerungen und Veränderungsvorschlägen.[129] Ein ähnlicher Einsatz ist für den Bereich der Verwaltung Groß-Berlin des MfS dokumentiert.[130] Auch nicht-operative Diensteinheiten wurden unter die Lupe genommen, wie der Einsatz im Wachregiment des MfS im Juli 1958 belegt.[131]

Nachdem sich die Hyperaktivität, die durch die Neuausrichtung der Staatssicherheit 1957/1958 im Bereich der Anleitung und Kontrolle entstanden war, gelegt hatte, konsolidierte sich das Aufgabenprofil der Arbeitsgruppe. Im Jahr 1960 umfasste es im Wesentlichen folgende Tätigkeitsfelder:

- Gewährleistung der Umsetzung normativer Vorgaben der MfS-Leitung,
- ständige Information der Leitung des Ministeriums über »den Stand der operativen Arbeit in den unteren Einheiten des MfS«,
- Unterbreitung von Vorschlägen und Schlussfolgerungen für die Verbesserung der »politisch-operativen Arbeit«,
- Hilfestellungen für die »unteren Diensteinheiten« bei der Organisierung und Durchführung ihrer Aufgaben,
- Überprüfung von Informationen der nachgeordneten Diensteinheiten auf »Richtigkeit und Zuverlässigkeit«,
- Verbreitung neuer Arbeitsmethoden und Förderung des Erfahrungsaustausches, auch im Hinblick auf die Lehrtätigkeit an den MfS-Schulen,
- Unterstützung der Parteiarbeit, insbesondere im Bereich der Grundorganisationen.[132]

Konkret stand die Überprüfungstätigkeit der Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle im Jahre 1960 im Zeichen der zunehmenden »Republikfluchten«. Die Diensteinheit war überwiegend mit der Überprüfung der Umsetzung von Mielkes Anweisung 1/60 beschäftigt, mit der am 4. Mai 1960 alle operativen Linien des MfS auf die prioritäre Bekämpfung der Fluchtbewegung eingeschworen wurden.[133] Daneben spielten Untersuchungen zur »operative[n] Bearbeitung der politisch-ideologischen Diversion und Untergrundtätigkeit« und »generelle Überprüfungen des Standes der politisch-operativen Arbeit in einigen Schwerpunkt-Kreisdienststellen« eine Rolle. Insgesamt wurden in diesem Jahr alle Bezirksverwaltungen und Verwaltungen außer Schwerin und der Verwaltung »W« (Wismut) sowie 61 Kreisdienststellen überprüft.[134]

---

128 Zum Kontext siehe: Engelmann; Schumann: Überwachungsstaat (Anm. 43), S. 348–353.

129 Bericht der AG für Anleitung und Kontrolle, gez. Oberst Schönherr, v. 28.8.1957 über den Einsatz in den Abteilungen II, II, V, VII der BV Karl-Marx-Stadt sowie in den KD Zwickau, Meerane, Werdau und Zschopau; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/115, Bl. 249–268.

130 Bericht der AG für Anleitung und Kontrolle, gez. Oberst Schönherr, v. 26.11.1957 über die Tätigkeit der AG AuK in den Abteilungen II, II, V, VII und XIII der Verwaltung Groß-Berlin sowie in den KD Pankow, Köpenick, Prenzlauer Berg und Treptow; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/115, Bl. 269–302.

131 Bericht der AG für Anleitung und Kontrolle, gez. Hauptmann Otto, v. 3.8.1958 über das Ergebnis des Einsatzes der AG AuK im Wachregiment des MfS in der Zeit v. 23.–30.7.1958; SAPMO-BA, DY 30, IV 2/12/115, Bl. 346–396.

132 Tätigkeitsbericht der AG für Anleitung und Kontrolle für das Jahr 1960, gez. Major Otto, v. 17.1.1961; BStU, MfS, SdM 599, Bl. 61–78, hier 61 f.

133 Zu dieser Anweisung und zu ihrem Kontext Eisenfeld; Engelmann: Mauerbau (Anm. 62), S. 28–39.

134 Tätigkeitsbericht der Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle für das Jahr 1960, gez. Major Otto, v. 17.1.1961; BStU, MfS, SdM 599, Bl. 61–78, hier 62 f. u. passim.

Im Mai 1962 vollzog sich erneut ein Wechsel an der Spitze der Diensteinheit. Walter Otto wurde als Abteilungsleiter in die Hauptabteilung Kader und Schulung versetzt und der seit Januar 1961 als Stellvertreter Ottos fungierende Major Heinz Kairies mit Beschluss des Nationalen Verteidigungsrates zum Leiter der Diensteinheit berufen.[135] Der 1928 geborene Kairies kam über die politische Polizei (K 5) zum MfS. Vor seiner Versetzung in die Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle im Juli 1957 war er Referatsleiter in der HA V/4 (Kirchen) und in der Abteilung VI (Kernforschung, Flugzeug- und Verteidigungsindustrie).[136] Am 17. Juni 1953 war er in der Stalinallee von Demonstranten angegriffen und schwer verletzt worden.[137] In seiner Zeit als Leiter der Diensteinheit absolvierte er von 1961 bis 1966 ein Fernstudium an der Juristischen Hochschule (JHS) Potsdam-Eiche, das er als »Diplom-Jurist« abschloss.[138] Im Mai 1967 stellte man ihn für den Rest des Jahres für die Anfertigung einer Dissertation an der JHS frei. Die Leitung der Arbeitsgruppe übernahm in dieser Zeit sein Stellvertreter Artur Hoffmann.[139]

Mit Befehl 468/62 wurden im August 1962 die selbstständige Abteilung SVS (Schutz von Staatsgeheimnissen) im Ministerium und die entsprechenden selbstständigen Referate der Bezirksverwaltungen aufgelöst und der Aufgabenbereich Geheimschutz in die jeweiligen Fachabteilungen integriert, die für die verschiedenen Institutionen und Betriebe, in denen es ein Verschlusssachenwesen gab, operativ verantwortlich waren.[140] Eine kleine, drei Mitarbeiter umfassende Arbeitsgruppe SVS blieb in der Berliner MfS-Zentrale erhalten und wurde in die AG Anleitung und Kontrolle integriert. Entsprechend ihrer Zuordnung hatte sie Anleitungs- und Kontrollfunktionen gegenüber den operativen Fachabteilungen in Geheimschutzfragen. Im Einzelnen ging es um:

– Auswertung von Informationen und Kontrollergebnissen zum VS-Wesen in staatlichen Organen und Betrieben sowie Unterbreitung von Schlussfolgerungen, die zu einer verbesserten Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen im VS-Wesen führen,
– Unterstützung der operativen Fachabteilungen und Anleitung ihrer Mitarbeiter im Bereich des VS-Wesens,
– Auswertung der VS-Jahresinventuren, Nachweisführung und Verwaltung der VS-Anordnungen, Petschaften und VS-Empfangsbescheinigungen u. a.[141]

Im Jahr 1966 wurde ein Entwurf für einen Ministerbefehl zu den Aufgaben der Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle erarbeitet, der nie in Kraft trat, weil möglicherweise die Auflösung der Diensteinheit absehbar war. Der Entwurf dürfte aber die damaligen Aufgaben, Kompetenzen und Arbeitsgrundsätze widerspiegeln, die sich gegenüber den Dienstanweisungen 46/53 und 17/56 kaum verändert zeigten. Als Aufgaben der Arbeitsgruppe für Anleitung und Kontrolle wurden genannt:

– Mitwirkung an der Gewährleistung einer »einheitlichen und prinzipiellen Durchsetzung« von dienstlichen Bestimmungen und Leitungsorientierungen durch Überprüfung der »politisch-operativen« Arbeit und der Leitungstätigkeit;

---

135 Vermerk des Leiters des Sekretariats des Ministers, Major Carlsohn, v. 12.6.1962; BStU, MfS, KS II 34/81, Bl. 76.

136 Kaderaktenvermerk v. 3.1.1961 anlässlich seiner Beförderung zum stellvertretenden Leiter der AG AuK; ebenda, Bl. 73–75.

137 Vgl. Fricke; Engelmann: Der Tag »X« (Anm. 18), S. 66 f.

138 Rektor der JHS, Oberst Pösel, an Mielke v. 20.6.1966; BStU, MfS, KS II 34/81, Bl. 93 f.

139 Rundschreiben des Büros der Leitung an die MfS-Diensteinheiten v. 3.5.1967; BStU, MfS, BdL/Dok. 4152.

140 Befehl 468/62 des Ministers Mielke v. 9.8.1962; BStU, MfS, BdL/Dok. 772. Für Institutionen und Betriebe, in denen Geheimschutz eine Rolle spielte, waren die Linien III (Volkswirtschaft), V (Staatsapparat u. a.), VII (MdI) und XIII (Verkehr) zuständig.

141 Ebenda.

– Mitwirkung an der Aufdeckung von »Erscheinungen und Ursachen«, die die »Hauptaufgabenstellung der Organe für Staatssicherheit« beeinträchtigen, und an der Festlegung von Maßnahmen zur Beseitigung dieser Mängel.[142]

Während Aufgaben und Kompetenzen weitgehend gleich blieben, zeugte die Diktion des Befehlsentwurfs vom aktuellen Anspruch auf »Wissenschaftlichkeit«: Anleitung und Kontrolle wurden nunmehr als »wichtiger Bestandteil« der »wissenschaftlichen Führungs- und Leitungstätigkeit« gesehen. Der Befehlsentwurf nennt zudem die von den Mitarbeitern der Diensteinheit geforderten Qualifikationsmerkmale: »langjährige Erfahrungen in der politisch-operativen Praxis«, »Kenntnisse und Fertigkeiten« im Bereich der Leitungstätigkeit sowie »Erfolge in der politisch-operativen Arbeit«.[143] Diesen Anforderungen entsprach die Besoldung, die auch bei den einfachen Mitarbeitern Referatsleiterniveau hatte.[144] Neu war, dass der Entwurf die Bildung von Arbeitsgruppen für Anleitung und Kontrolle in den Bezirksverwaltungen und Verwaltungen (Groß-Berlin und Wismut) sowie in den Hauptabteilungen I (Militärabwehr), VII (Ministerium des Innern) und PF (Passkontrolle und Fahndung) verbindlich vorschrieb. Bereits bestehende Instrukteurgruppen seien entsprechend umzubilden. Die untergeordneten Arbeitsgruppen Anleitung und Kontrolle sollten den Leitern der jeweiligen Bezirksverwaltungen unterstellt sein. Eine fachliche Oberaufsicht der zentralen Arbeitsgruppe sollte allerdings durch die Abstimmungspflicht in »prinzipiellen Fragen« und durch ein Bestätigungsrecht für die jährlichen Rahmenarbeitspläne der bezirklichen Arbeitsgruppen gewährleistet werden.[145] Ob diese vom Befehlsentwurf beschriebenen Strukturen und Kompetenzen auch unabhängig vom förmlichen Erlass des Befehls Wirklichkeit waren oder faktisch wurden, ist unklar.

Interessant ist, dass in dieser Zeit Untersuchungen der Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle auch durch Eingaben an das ZK ausgelöst wurden: 1966 führte dies beispielsweise zu Brigadeeinsätzen in den Bezirksverwaltungen Dresden, Erfurt und Suhl sowie 1967 nochmals in der Bezirksverwaltung Suhl und in der Hauptabteilung I (Militärabwehr).[146]

Im Jahre 1968, also kurz vor ihrer Auflösung, hatte die Diensteinheit 20 Mitarbeiter, die sich auf drei Kontrollbrigaden und die Arbeitsgruppe Sicherung von Staatsgeheimnissen verteilten.

Die Kontrollbrigaden und ihre Mitarbeiter waren jeweils auf unterschiedliche operative Linien des MfS spezialisiert. Wahrscheinlich nahmen diese »linienverantwortlichen« Mitarbeiter regelmäßig an Dienstbesprechungen der betreffenden Hauptabteilungen teil, um sich auf dem Laufenden zu halten.[147]

Im Juli 1968 löste Mielke die Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle als selbstständige Diensteinheit auf und gliederte sie in die ZAIG ein. Gleichzeitig wurde die Arbeitsgruppe SVS ausgegliedert und als selbstständige Diensteinheit dem Minister direkt unterstellt.[148]

---

[142] Entwurf eines Ministerbefehls von 1966: Aufgaben und Arbeitsweise der Arbeitsgruppe für Anleitung und Kontrolle; BStU, MfS, ZAIG 13924, Bl. 5–9.

[143] Ebenda, Bl. 6.

[144] Kaderliste der AG AuK mit Angaben zu Dienstgraden und Besoldungsgruppen o. D. (1968); BStU, MfS, ZAIG 8787, Bl. 242 f.

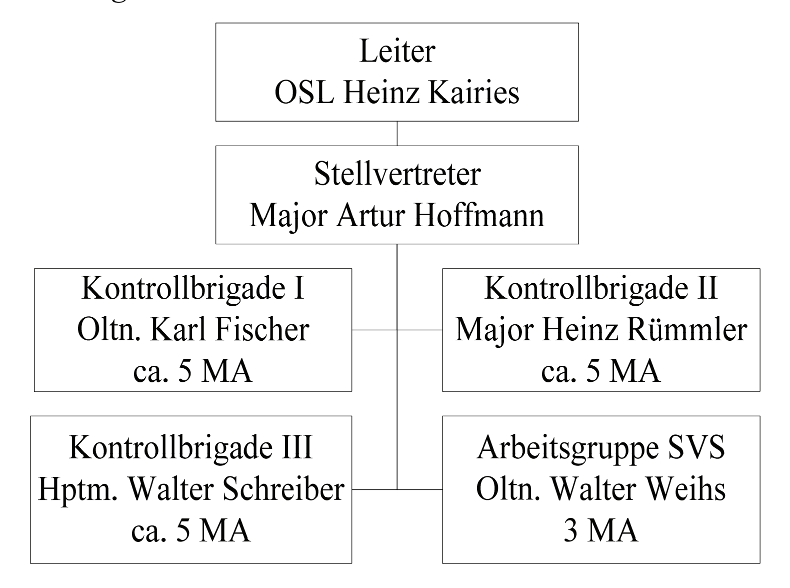
[145] Entwurf eines Ministerbefehls von 1966: Aufgaben und Arbeitsweise der Arbeitsgruppe für Anleitung und Kontrolle; BStU, MfS, ZAIG 13924, Bl. 9.

[146] Amtierender Leiter der AG AuK, Major Hoffman, an Minister Mielke v. 27.6.1967: Von der AG AuK 1966 und 1967 durchgeführte Einsätze in den Diensteinheiten des MfS und noch geplante Einsätze; BStU, MfS, ZAIG 13924, Bl. 10–13, hier 13.

[147] Entwurf eines Ministerbefehls von 1966: Aufgaben und Arbeitsweise der Arbeitsgruppe für Anleitung und Kontrolle; BStU, MfS, ZAIG 13924, Bl. 8.

[148] Befehl 30/68 Mielkes v. 31.7.1968; BStU, MfS, BdL/Dok. 1293.

Abbildung 3
Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle 1968[149]



3.1.3 Die Abteilung Agitation und ihre Vorläufer

3.1.3.1 Die Phase der innerdeutschen Konfrontation 1950–1967

Am 28. Januar 1950 druckte das SED-Zentralorgan »Neues Deutschland« unter der Schlagzeile »Gangster und Mörder im Kampf gegen unsere Republik«[150] einen Bericht des Generalinspekteurs der Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft, Erich Mielke. Dieser Bericht, der – laut Einleitungstext – der DDR-Regierung zwei Tage zuvor vorgelegen hatte, beschrieb verschiedene Fälle von »Diversion« und »Spionagetätigkeit«, für die der britische und der US-amerikanische Geheimdienst verantwortlich gemacht wurden. Die Bewertung des Beschriebenen wurde mit Emphase vorweggenommen: »Jeder, der den Bericht liest, wird feststellen, mit welcher Skrupellosigkeit die in- und ausländischen Gegner unseres Aufbaus vorgehen, dass es sich bei ihnen um Gangster und Mörder handelt, die unser Leben bedrohen und deshalb mit größter Entschlossenheit unschädlich gemacht werden müssen.«[151] Die Publikation sollte die DDR-Bevölkerung auf die wenige Tage später erfolgende Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit vorbereiten und trug schon die typischen Merkmale der späteren MfS-Agitation.

In den ersten Jahren war Gustav Borrmann, Leiter der Allgemeinen Verwaltung,[152] für die »Agitationsarbeit« der Staatssicherheit verantwortlich. Bereits die erste Pressekonferenz der Staatssicherheit am 18. September 1950 im Amt für Information (der Pressestelle des Ministerrates), bei der Amtsleiter Gerhart Eisler die Aktivitäten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen als Sabotage gegen den Aufbau der DDR geißelte, wurde von ihm vorbereitet.[153] Im Jahr 1952 bildete die Kampagne gegen die »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU) den Höhepunkt der MfS-Agitation. Sie knüpfte an zwei vom MfS vorbereitete Schauprozesse gegen die KgU vor dem Obersten Gericht der DDR

---

[149] Aufstellung zu den Mitarbeiter der AG AuK o. D. (1968); BStU, MfS ZAIG 8787, Bl. 242.

[150] Neues Deutschland v. 28.1.1950, S. 4.

[151] Ebenda.

[152] HA Intendantur (1950–1951), HA Allgemeines bzw. Allgemeine Verwaltung (1952–1953), Abteilung Allgemeines (1953–1955).

[153] Neues Deutschland v. 19.9.1950, S. 1; Konzeption des Dokumentarfilmes »40 Jahre MfS«, September 1986; BStU, MfS, ZAIG 27337, Bl. 2–11, hier 5.

(Johann Burianek u. a., 25.5., und Wolfgang Kaiser u. a., 9.8.) an, die beide mit dem Todesurteil für den jeweiligen Hauptangeklagten endeten.[154]

Eine neue Qualität bekam die Öffentlichkeitsarbeit der Staatssicherheit nach dem Juni-Aufstand 1953 mit der Strategie der »konzentrierten Schläge«, die durch große Verhaftungsaktionen gegen politische Gegner und Kontaktleute westlicher Organisationen und Nachrichtendienste gekennzeichnet war.[155] Der berüchtigte Vorsitzende der Zentralen Parteikontrollkommission der SED, Hermann Matern, beschrieb die Zielsetzungen der künftigen Staatssicherheitsagitation auf einer Dienstbesprechung der leitenden Stasi-Kader am 11. November 1953 folgendermaßen: Die »Popularisierung« der Arbeit der Staatssicherheit habe »zwei Seiten«: Einerseits müssten »die breiten Massen zur Mitarbeit« aufgefordert werden, »zur Unterstützung im Kampf gegen die feindlichen Agenturen«, und auf der anderen Seite müsse sie bei »den Agenten Angst und Schrecken« verbreiten. Ihnen müsse deutlich gemacht werden, »dass sie unbedingt und in jedem Fall erwischt und liquidiert werden«.[156]

Die Staatssicherheitspropaganda wurde nach 1953 deutlich intensiver und offensiver, ihre Mittel vielfältiger. Sie vermittelte sich über Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren und Rundfunksendungen. Daneben wurden Ausstellungen ausgerichtet, etwa im Nachgang zu den großen Verhaftungsaktionen mit den Codenamen »Feuerwerk« und »Pfeil« 1953 und 1954. Auch das Medium Film wurde eingesetzt: Zahlreiche Wochenschauen, die in den DDR-Kinos gezeigt wurden, hatten die einschlägigen Pressekonferenzen, Ausstellungen und Schauprozesse zum Inhalt. Daneben wurden 1954 Kurzdokumentarfilme mit den bezeichnenden Titeln »Gefahr aus der Luft« (über Flugblattballonaktionen), »Feindeswerkzeuge« und »Feinde des Friedens« sowie 1955 eigens ein 22-Minuten-Film über die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit produziert.[157]

Als besonders effektiv wurde die Vorführung ehemaliger Mitarbeiter oder Kontaktleute westlicher Geheimdienste oder Widerstandsorganisationen als »reuige Sünder« angesehen. Es handelte sich hierbei zumeist um abgezogene »Geheime Mitarbeiter« der Staatssicherheit, die als »dekonspiriert« galten, nachdem sie Informationen geliefert hatten, die in der DDR zu Festnahmen führten. Seltener waren es Geheimdienstler, die in der Haft »umgedreht« worden waren. Die Präsentation dieser »Überläufer« erfüllte eine doppelte propagandistische Funktion: Erstens sollten sie glaubhaft wirkende Feststellungen über die Aktivitäten ihrer Stellen und Organisationen machen, die als Beleg für deren verwerflichen Charakter geeignet waren. Zweitens sollte die »Nachsicht« der Sicherheitsorgane gegenüber ehemaligen »Agenten« demonstriert werden, die sich – dem Anschein nach – freiwillig gestellt hatten. Eine nicht unbedeutende Rolle in der Praxis der Staatssicherheitsagitation spielten auch Vorträge von hauptamtlichen Stasi-Mitarbeitern in Betriebsversammlungen.[158]

Einen Höhepunkt der Staatssicherheitsagitation bildete die internationale Pressekonferenz am 4. Mai 1955 nach Abschluss der sogenannten Aktion »Blitz«. Gustav Borrmann trat als Vertreter der Staatssicherheit auf und präsentierte »ungeheuerliche Einzelheiten über die verbrecherische Tätigkeit der kürzlich verhafteten 521 Spione und Diversanten«. In bewährter Manier wurden reuige »Überläufer« präsentiert, deren Erklärungen samt an-

---

[154] Vgl. Merz, Uwe: Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948–1959. München 1987, S. 159–169; Finn, Gerhard: Nichtstun ist Mord. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit – KgU. Berlin, Bonn 2000, S. 119–136.

[155] Vgl. Engelmann; Fricke: »Konzentrierte Schläge« (Anm. 106).

[156] Referat Materns auf der Dienstbesprechung v. 11.11.1953, S. 14; BStU, MfS, BdL/Dok. 6110.

[157] Aufstellung des Archivs des DEFA-Studios für Dokumentarfilme o. D.

[158] Geradezu »klassisch« ist in dieser Hinsicht das Referat von Mielke vor Mitarbeitern der Leuna-Werke (Mai 1955); BStU, MfS, ZAIG 4266, Bl. 78–124.

schließenden Fragen und Antworten von der Staatssicherheit zuvor wortwörtlich festgelegt wurden.[159] Als Botschaft formulierte der Sprecher der Staatssicherheit, Borrmann, an die »Anhänger der Politik der Stärke« gerichtet: »Wer im Dienste der Kriegsprovokateure steht, wird vernichtet.«[160] Die Thematik wurde auch in einer Ausstellung mit dem Titel »Agenten, Spione, Saboteure entlarvt«, die durch die Bezirks- und Kreisstädte der DDR wanderte, und im Dokumentarfilm »521« verarbeitet.

Die Intensivierung der Agitationsarbeit hatte im Apparat der Staatssicherheit strukturelle Konsequenzen: Ende des Jahres 1954 wurde in der Abteilung »Allgemeines« ein Referat Agitation gebildet, das im Sommer 1955 als selbstständige Abteilung »Agitation und Presse« ausgegliedert wurde. Gleichzeitig wechselte Gustav Borrmann auf den Leitungsposten der neu gegründeten Diensteinheit.[161] Die Gründungsvorlage betonte die Zielsetzung einer »maximale[n] Erhöhung der Wachsamkeit der Werktätigen« und der Verstärkung der »Bereitschaft zur Unterstützung der Organe der Staatssicherheit« durch die Bevölkerung.[162]

Übersicht 3
Struktur der Abteilung Agitation 1956[163]

Leitungsbereich	Abteilungsleiter (Oberst Gustav Borrmann), sein Stellvertreter (Major Gerhard Kehl) und eine Abteilungssekretärin
Referat I	Verbindungen zu Presse und Rundfunk zur Verbreitung von Meldungen und Realisierung von Medienprojekten mit Sicherheitsthemen (Leiter: Hptm. Georg Redmann)
Referat II	Organisation von Veranstaltungen wie Ausstellungen, Versammlungen, Vorträgen u. a. zur Auswertung von Vorgängen, Prozessen und anderen operativen Materialien (Leiter: Hptm. Kurt Winkler)
Referat III	Ausstellungsgestaltung (Leiter: Hptm. Hans Schulze)
Referat IV	Presseauswertung, Archiv und Literaturbereitstellung für die Diensteinheiten der Staatssicherheit und die eigene Tätigkeit (Leiter: Oltn. Gerhard Jahnke)

Mit der Zusammenführung der Referate II und IV unter dem Namen »Organisation« Ende 1956 reduzierte sich die Zahl der Referate auf drei.[164] Die Zahl der Mitarbeiter belief sich zu diesem Zeitpunkt auf 17.[165]

Die Leitung der Abteilung lag bis 1957 in den Händen von Gustav Borrmann. Was ihn für diese Rolle prädestinierte ist nicht ganz klar, denn der gelernte Steindrucker verfügte über keine wirklich einschlägige Berufserfahrung, außer dass er in der Weimarer Zeit in Halle den Bezirksbuchhandel und Zeitungsvertrieb der KPD geführt hatte. Es scheint eher eine politische Qualifikation gewesen zu sein, die ihn für seinen Einsatz als Sprecher der Staatssicherheit empfahl. Zum Zeitpunkt seiner Berufung als Agitationschef bereits

---

[159] Erklärungen von Siegfried Meisel, Walter Hoffmann und Wolfgang Schurrath einschließlich vorbereiteter Fragen und Antworten für die Pressekonferenz; BStU, MfS, AS 183/56, Bl. 136–157.

[160] Erklärung von Gustav Borrmann auf der Pressekonferenz am 4.5.1955; BStU, MfS, AS 183/56, Bl. 135.

[161] Vorlage zur Schaffung einer Abteilung Agitation des SfS v. 10.7.1954; BStU, MfS, SdM 1924, Bl. 107 f.; Vorlage zur Bildung einer Abteilung »Agitation und Presse« v. 8.3.1955; BStU, MfS, ZAIG 26998, Bd. 2, Bl. 349–352; Berufung des Abteilungsleiters Borrmann am 9.7.1955; BStU, MfS, SdM 1901, Bl. 180; Kaderakte Gustav Borrmann; BStU, MfS, KS I 7/84.

[162] Vorlage zur Bildung einer Abteilung »Agitation und Presse« v. 8.3.1955 BStU, MfS, ZAIG 26998, Bd. 2, Bl. 349–352.

[163] Stellenüberwachungsplan o. D. (Mitte 1956); BStU, MfS, ZAIG 26998, Bd. 2, Bl. 325 f.

[164] Vorschlag zum Stellenplan der Abteilung Agitation v. 1.10.1956; ebenda, Bl. 237–240.

[165] Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 50), Einlegeblatt.

60-jährig, gehörte er zu den wenigen politisch erfahrenen Offizieren in der Staatssicherheit. Er war Gründungsmitglied der KPD, in der Weimarer Zeit sowie den ersten Jahren des Nationalsozialismus mit illegaler Arbeit befasst und emigrierte 1935 über die Zwischenstation Tschechoslowakei in die Sowjetunion. Nach seiner Heimkehr in die Sowjetische Besatzungszone 1946 war er stellvertretender Leiter der Landespolizeibehörde Sachsen-Anhalts; in dieser Funktion war er 1947/1948 unmittelbarer Untergebener des ersten Ministers für Staatssicherheit Wilhelm Zaisser. Ab Dezember 1950 leitete er im MfS die Hauptabteilung Allgemeine Verwaltung, die spätere Abteilung Allgemeines. 1957 wurde »General Wichtig«, so sein Spottname in der sowjetischen Emigration, wegen häufiger gesundheitsbedingter Arbeitsausfälle abgelöst und im April 1958 verrentet.[166]

Seine Nachfolge trat Günter Halle an. Er zählte zur zweiten MfS-Generation, die das Kriegsende als Jugendliche erlebt hatten, und wurde aufgrund seiner beruflichen Fähigkeiten rekrutiert. Halle wurde 1927 in einer kleinen Gemeinde bei Hettstedt geboren und kam über die Arbeiter-und-Bauern-Fakultät 1947 zum Studium der Gesellschaftswissenschaft und Kulturpolitik an die Universität Leipzig. Nach dem Staatsexamen hatte er 1950 eine Arbeit im Amt für Information aufgenommen. Gleichfalls 1950 war er als inoffizieller Mitarbeiter geworben worden. Von 1953 bis 1956 hatte er als freischaffender Journalist gearbeitet und dabei bereits Aufträge und Geld von der Staatssicherheit erhalten. Mitte 1956 stellte ihn das MfS als Major in die Abteilung Agitation ein, deren Leitung er im Folgejahr übernahm und bis 1975 ausübte.[167] Günter Halle verfügte über intellektuelle Fähigkeiten, die im frühen MfS sonst eher dünn gesät waren; er prägte die Agitation des MfS in den späten fünfziger und sechziger Jahren nachhaltig.

Als Stellvertreter von Borrmann und Halle fungierte Gerhard Kehl. Der 1921 in Zeitz geborene Metallfacharbeiter war 1954 von seiner Funktion als Politlehrer an der MfS-Schule Potsdam-Eiche entbunden worden und als Major in der Abteilung Agitation eingesetzt. Schon bald trat er auch als offizieller Sprecher der Staatssicherheit auf. Er dürfte neben dem Minister und seinen Stellvertretern wohl das bekannteste Gesicht des MfS gewesen sein.[168]

Bereits wenige Wochen nach seinem Amtsantritt 1957 brachte Halle Ideen für eine Reorganisation der Agitation ein.[169] Die traditionelle Öffentlichkeitsarbeit sollte durch konspirative Elemente ergänzt werden. Die Präsenz von MfS-Themen in der Öffentlichkeit sollte durch intensivere offizielle und inoffizielle Beziehungen zu Journalisten und Schriftstellern und die Gründung eines eigenen MfS-Verlages gesteigert werden. Mithilfe einer selbstständigen Organisationseinheit – im Entwurf als Westreferat bezeichnet – wollte er durch Lancieren zutreffender und erfundener Informationen in westlichen Medien sowie Verbreiten von Flugblättern und fingierten Zeitungen in der Bundesrepublik Zersetzungsarbeit leisten. Die bisher eher schlecht funktionierende Zusammenarbeit mit den anderen Diensteinheiten des MfS sollte durch den Einsatz von Agitationsverantwortlichen in diesen Strukturteilen verbessert werden.

Diese Anregungen flossen ein halbes Jahr später in eine neue Abteilungsstruktur ein, die eine Vergrößerung auf 32 Planstellen mit sich brachte, von denen am Jahresende 1958 27 besetzt waren.

---

166 Kaderakte Gustav Borrmann; BStU, MfS, KS I 7/84.
167 Kaderakte Günter Halle; BStU, MfS, KS 28622/90.
168 Kaderakte Gerhard Kehl; BStU, MfS, 28418/90.
169 Bemerkungen zur Gestaltung der Arbeit in der Abteilung v. August 1957; BStU, MfS, ZAIG 26998, Bd. 2, Bl. 319–321.

Übersicht 4
Struktur der Abteilung Agitation 1958[170]

Abteilungsleitung	
Leiter: Major Günter Halle	Verantwortung für alle Abteilungsaufgaben
Stellvertretender Leiter: Major Gerhard Kehl	Sprecher des MfS, speziell zuständig für »Massenaufklärung« sowie die Anleitung des ehrenamtlichen Referentenkollektivs
Sekretärin	
Referat Presse und Literatur Leiter: Hptm. Georg Redmann	
HSG Presse	Verbindung zu den Medien im Hinblick auf die journalistische Produktion, Presseauswertung, Lenkung und Redaktion von »Fremdbeiträgen«
HSG Literatur	Verbindung zu den Medien im Hinblick auf die künstlerische Gestaltung von Projekten, Literatur- und Kunstauswertung
HSG Film	Herstellung von Dokumentar- und Lehrfilmen für öffentliche und interne Veranstaltungen
HSG Sonderfragen	»Westreferat«: Herstellung publizistischer Erzeugnisse zur Störung und Zersetzung gegnerischer Organisationen und Institutionen
Referat Massenaufklärung Leiter: Ltn. Kurt Schimpf	
HSG Politische Auswertung	Auswertung von operativen Materialien und Untersuchungsvorgängen für Veranstaltungen und Ausstellungen, Organisation der Massenaufklärung
HSG Gestaltung und Bau	Grafische Gestaltung der Ausstellungen und anderer Sichtagitation, Auf- und Abbau sowie Transport der Ausstellungen
HSG Ausstellungen	Betreuung der Ausstellungen, Erklärergruppe
Hauptsachgebiet Organisation Leiter: Leutnant Rolf Rauch	
Hauptsachbearbeiter Sachgebiet Zeitungen Sachgebiet Bibliothek	Materielle Sicherstellung, Finanzen, Bibliothek, Zeitungsbeschaffung und Zeitungsausschnittsarchiv

Als ungeeignet erachtete Kader erhielten im Rahmen der Umorganisation Arbeitsplätze in anderen Diensteinheiten, gleichzeitig wurden neue Mitarbeiter in die Abteilung versetzt. Außerdem verlegte sie ihren Dienstsitz 1958 von Lichtenberg nach Johannisthal, um näher an Funk und Fernsehen zu sein.

Nach dem Mauerbau 1961 lag das Augenmerk der Abteilung Agitation (wie auch des gesamten MfS) auf der sogenannten »ideologischen Diversion« des Westens, die vor allem in den »Massenbeeinflussungsmitteln« und den »sie steuernden Diensten und Zentralen« geortet wurde.[171] Hierauf und nicht auf die Defizite der DDR führte man die politischen Probleme bei der eigenen Bevölkerung in erster Linie zurück. Die SED versuchte

[170] Stellenplanentwurf v. 21.4.1958 und Stellenplan nach erfolgter Bestätigung v. 19.5.1958; ebenda, Bl. 283–304.
[171] Projekt Verwaltung »Z« der Abteilung Agitation v. 18.1.1961; ebenda, Bl. 224–229.

aus der defensiven Lage, in der sie sich zweifellos Anfang der sechziger Jahre befand, durch eine Verstärkung der Kampagnenpolitik herauszukommen, insbesondere im Bereich der Enthüllung von NS-Belastungen bei westdeutschen Funktionsträgern.[172] Das bedeutete in der Phase 1961 bis 1967 eine starke Ausweitung der agitatorischen Ausrichtung auf den Westen. Dabei verstand sich die Abteilung zunehmend als operative Diensteinheit und arbeitete entsprechend intensiver mit konspirativen Methoden,[173] was 1962 auch Auswirkungen auf ihre Struktur hatte.[174] Das für Westarbeit verantwortliche Hauptsachgebiet Sonderfragen wurde zum Referat erhoben. Es leitete eine externe Arbeitsgruppe »Sonderfragen« an und führte inoffizielle Mitarbeiter. Das Referat Sonderfragen erfüllte vorrangig Aufgaben der Koordination von Westaktivitäten und befasste sich mit der Herstellung von Schriften. Die eigentlichen Aktionen der Lancierung von Informationen und der Versendung bzw. Schleusung von Schriften vollzogen die operativen Diensteinheiten der Abwehr und Aufklärung sowie die Arbeitsgruppe Sonderfragen. Die als »Spezialpropaganda« oder »spezielle aktive Maßnahmen« bezeichneten Westaktivitäten waren auch quantitativ beträchtlich. So wurden zum Beispiel 1964 rund 54 000 Exemplare der fiktiven periodisch erscheinenden Zeitschrift »Demokratische Polizei« nach Westberlin versandt.[175] Wirkungsvoller war allerdings die Lancierung von (echten oder fingierten) Belastungsmaterialien aus der NS-Zeit zu bundesdeutschen Spitzenpolitikern, zumeist in Zusammenarbeit mit der Abteilung X der HV A.[176]

Die auf die Bundesrepublik ausgerichtete Propaganda, die in den sechziger Jahren kampagnenartige Züge trug, wurde inhaltlich vom Referat Presse und Literatur getragen. Die wenigen Mitarbeiter dieses Bereichs konnten sich dabei auf drei inoffizielle Mitarbeiter in den Medien stützen, um die umfangreicheren publizistischen Aufgaben zu erfüllen. Unterstützt wurden sie vom 1963 aus dem Bereich »Politische Auswertung« des Referates Massenaufklärung neu gebildeten Referat Forschung und Auswertung, welches die Hintergrundarbeit zu den Kampagnen leistete. Man hatte erkannt, dass Fernsehen, Rundfunk, Presse und Verlage ein größeres Publikum erreichen konnten als Ausstellungen und Vortragsveranstaltungen und reduzierte diese beträchtlich.

In den Jahren 1961 bis 1963 entwickelte der Abteilungsleiter Günter Halle weitreichende Vorstellungen darüber, wie man der »psychologischen Kriegsführung des Feindes« mit koordinierten agitatorischen, politisch-operativen und spezifischen »aktiven Maßnahmen« begegnen müsse und welche übergreifenden Strukturen dafür zu schaffen seien. Anfang 1961 machte er den Vorschlag, die Dienstbereiche Agitation, Information, psychologische Abwehr und Aktion in einer Verwaltung »Z« (Zersetzung) zusammenzufassen. In den Jahren 1962/1963 plädierte er dann für eine Zusammenlegung der Abteilung Agitation mit dem Referat VII/F »Desinformation und aktive Maßnahmen« der HV A in einer »Arbeitsgruppe Agitation«.[177] Halle scheiterte mit diesen Plänen aber an

[172] Zur Einordnung der SED-Kampagnenpolitik der frühen 60er Jahre vgl. Lemke Michael: Kampagnen gegen Bonn. Die Systemkrise der DDR und die Westpropaganda der SED 1960–1963. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 41(1993)2, 153–174.

[173] Schreiben zur Einstufung der Abteilung Agitation v. 4.12.1961; BStU, MfS, ZAIG 26998, Bd. 2, Bl. 233.

[174] Stellenplan v. 5.3.1962; BStU, MfS, ZAIG 26998, Bd. 1, Bl. 209 f.

[175] Tätigkeitsbericht 1964 des Referats Sonderfragen; BStU, MfS, ZAIG 26611, Bl. 89–93.

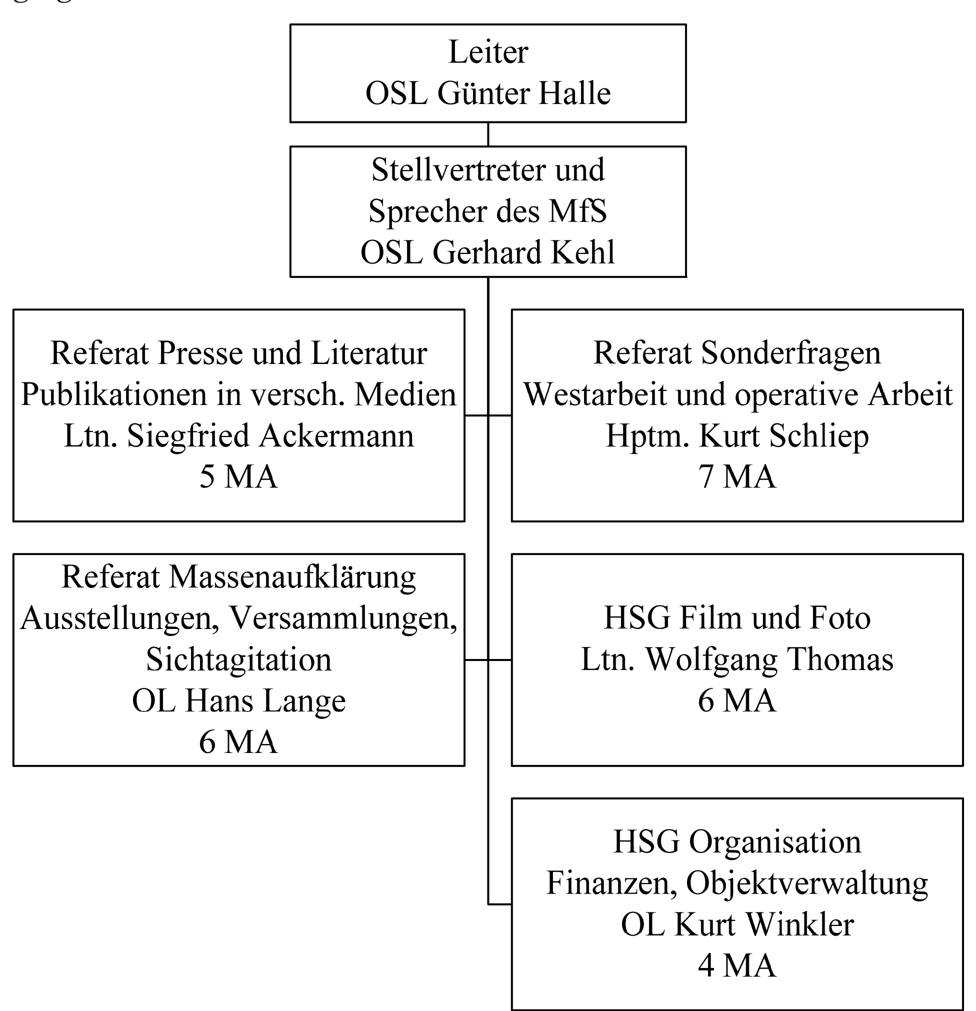
[176] Zu diesem Themenkomplex vgl. die quellenfundierte, aber den manipulativen Charakter dieser Tätigkeiten überbetonende Darstellung von Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen. Berlin 1999, S. 121–152.

[177] Projekt der Verwaltung »Z« der Abteilung Agitation v. 18.1.1961; BStU, MfS, ZAIG 26998, Bd. 2, Bl. 224–229; Befehlsentwürfe zur Bildung eines Planungs- und Koordinierungsstabes (PKS) v. 1.11.1962 (BStU, MfS, ZAIG 26998, Bd. 1, Bl. 204 f.) und 2.1.1963 (ebenda, Bl. 165); Vorschlag zur Bildung einer Arbeitsgruppe Agitation v. 14.12.1962; ebenda, Bl. 168–170.

der HV A. Markus Wolf war nicht bereit, die eigenständigen Aktivitäten der »Aufklärung« im Bereich der konspirativen »Öffentlichkeitsarbeit« im Westen aufzugeben, bestand aber hier nicht auf einem Monopol.[178]



Abbildung 4
Abteilung Agitation 1962[179]



Das Nebeneinander gleichgerichteter Aktivitäten wurde 1966 durch eine Neuausrichtung der DDR-Westarbeit eingedämmt. Die HV A erhielt die koordinierende Kompetenz für alle gezielten »aktiven Maßnahmen« im Westen, was zum Ausbau des Referats VII/F zur Abteilung X der HV A führte. Das Sonderreferat der Abteilung Agitation befasste sich dagegen ab jetzt mit der Breitenpropaganda, das heißt mit der Herstellung und Verbreitung von Druckschriften. Daneben kümmerte es sich um die Betreuung (und gegebenenfalls propagandistische Verwertung) von Überläufern, um die Zuarbeit zu Enthüllungskampagnen der SED und um die Analyse westdeutscher Flugblätter und Briefe.

Im Dezember 1966 fand eine grundlegende Reorganisation der Strukturen statt, die sich mit Westpropaganda befassten. Unter der Leitung des bisherigen Chefs des Referates »Sonderfragen«, Major Kurt Schliep, wurde eine an den zentralen Operativstab beim 1. Stellvertreter des Ministers, Bruno Beater, angebundene, aber außerhalb des MfS legendiert arbeitende Zentrale Vertriebsorganisation (ZVO) geschaffen, in die auch das acht-

---

178 Aktennotiz zum Gespräch von Günter Halle mit Markus Wolf v. 7.3.1963; ebenda, Bl. 156 f.

179 Bestätigter Stellenplan der Abteilung Agitation v. 16.11.1962 und Stellenplanüberwachungsliste v. 22.11.1962; BStU, MfS, ZAIG 26998, Bl. 20–218.

köpfige Referat Spezialpropaganda des Ministeriums des Innern integriert wurde. Über diese Struktur wickelte die DDR bis 1971 die Verteilung der Westpropagandamaterialien zentral ab.[180] Für das verkleinerte Referat »Sonderfragen« blieben nur noch darüber hinausgehende operative Aufgaben übrig. Insgesamt verfügte die Abteilung Agitation jetzt über 41 Planstellen, von denen allerdings nur 35 besetzt waren.

Die Agitationsabteilung gehörte seit ihrer Gründung zum direkten Anleitungsbereich des Ministers. Aber auch der stellvertretende Minister Bruno Beater engagierte sich ab 1964 in Fragen der Agitation und kümmerte sich vor allem um die operativen Aspekte. Innerhalb des MfS bestanden Arbeitsbeziehungen zu den operativen Diensteinheiten der Abwehr, vor allem den Hauptabteilungen II (Spionageabwehr), IX (Untersuchung) und XX (Staatsapparat, Blockparteien, Kirche, Untergrund), aber auch zur HV A, die regelmäßig im Westen beschaffte Informationen zur Veröffentlichung durch die Abteilung Agitation freigab.

Auf dem Feld der Enthüllung von NS-Belastungen westdeutscher Funktionsträger arbeitete die Abteilung Agitation eng mit dem MfS-eigenen »NS-Sonderarchiv« zusammen, das zunächst in der zentralen Registratur- und Archivabteilung XII und ab 1967 in der eigens dafür eingerichteten Abteilung 11 der Hauptabteilung IX angesiedelt war. Auf der Grundlage einer entsprechenden zentralen Planung im MfS mit klar definierten Zuständigkeiten agierte die Abteilung Agitation hier gemeinsam mit der Abteilung X (Aktive Maßnahmen) der HV A – unterstützt von inoffiziellen Mitarbeitern anderer operativer Diensteinheiten im Westen.

Die Arbeit der Abteilung Agitation war wie bei kaum einem anderen Arbeitsbereich der DDR-Staatssicherheit von konkreten politischen Festlegungen der SED-Führung bestimmt. Die »Agitationsarbeit« des MfS wurde von den politischen Wendungen in der Parteizentrale unmittelbar beeinflusst. Die Strategen im Politbüro und seiner Agitationskommission sowie die für Agitation und Westarbeit zuständigen ZK-Abteilungen verteilten die Aufgaben an unterschiedliche staatliche Stellen und Organisationen. So entstand eine komplexe Arbeitsteilung, die einen starken Abstimmungsbedarf mit anderen Akteuren produzierte. Die Abteilung Agitation pflegte daher offizielle Arbeitsbeziehungen zu den unterschiedlichsten Stellen. In den frühen sechziger Jahren zählten dazu:

- die mit Öffentlichkeitsarbeit betrauten Stellen zentraler staatlicher Einrichtungen wie das Presseamt des Ministerrates und die Pressestellen des Außen-, Innen- und Justizministeriums sowie der Obersten Staatsanwaltschaft,
- Institutionen, die auf dem Feld der Westpropaganda tätig waren, wie das Deutsche Institut für Zeitgeschichte, der Nationalrat der Nationalen Front und der Ausschuss für Deutsche Einheit,
- geschichtspolitisch tätige Institutionen wie die Urania und das Museum für Deutsche Geschichte in Berlin,
- Medien und Verlage, insbesondere »Neues Deutschland«, »Berliner Zeitung«, ADN, das Staatliche Rundfunkkomitee, der Deutsche Fernsehfunk, die Spielfilm- und Dokumentarstudios der DEFA, der Kongress-Verlag, der Militärverlag und Verlag des Ministeriums des Innern; in diesen Kontext gehören auch die Kontakte zum Journalistenverband der DDR,
- Institutionen, die im Ausland tätig waren, wie die Abteilung Auslandspropaganda des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, die Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland und in der DDR akkreditierte Auslandskorrespondenten der

[180] Vgl. Weber, Gudrun: Stille Post. Neue Wege der Westarbeit in der Vertriebsorganisation des Ministeriums für Staatssicherheit in den sechziger Jahren. Hg. BStU. Berlin 2005.

»Iswestia«, der schwedischen und schweizerischen KP-Zeitung und der bulgarischen Nachrichtenagentur,
- Einrichtungen, die sich mit »militärpolitischer Agitation« befassten, wie die Militärpolitische Kommission des ZK, die Verwaltung Agitation und Propaganda in der Politischen Hauptverwaltung der NVA und die Redaktion von OPS (»Outpost Station«), einem auf US-amerikanische Truppenangehörige ausgerichteten Programm des DDR-Auslandssenders »Radio Berlin International«.

Die Abteilung Agitation arbeitete unter anderem mit sogenannten hauptamtlichen inoffiziellen Mitarbeitern, die in ihren Redaktionen und Verlagen vom MfS zur Verfügung gestellte Informationen und Materialien einbrachten und journalistisch oder künstlerisch umsetzten.[181] Unter dem von Ulbricht formulierten und oft zitierten Leitmotiv »Rechtzeitig enthüllt ist halb verhindert« erlebte die Staatssicherheitsagitation in den sechziger Jahren eine Hochphase.

Die Staatssicherheit war wesentlich an den großen Enthüllungskampagnen der DDR gegen die Bundesrepublik beteiligt, deren Hauptthemen »Kriegsvorbereitung«, »Militarisierung« und die NS-Belastung von Funktionsträgern in den unterschiedlichsten staatlichen und gesellschaftlichen Bereichen waren. Kernstücke der Kampagnen waren die zumeist unter der Leitung des SED-Politbüromitglieds Albert Norden stattfindenden internationalen Pressekonferenzen. Zu nennen ist etwa die »Aktion Straußenei« über »Kriegsvorbereitung, Aufrüstung und Militarisierung« der Bundesrepublik mit dem Auftritt Ulbrichts auf der Pressekonferenz am 28. Januar 1960 als Höhepunkt. Vor allem NS-Enthüllungen hatten für die DDR-Westpropaganda ab Ende der fünfziger Jahre eine wachsende Bedeutung: 1957 startete die »Blutrichter«-Kampagne, die sich bis 1959 steigerte und sich angesichts der westdeutschen Hypotheken auf diesem Gebiet längerfristig als äußerst wirkungsvoll erwies.[182] Es folgte die Aktion »Nazikamarilla«, in deren Rahmen die Rolle verschiedener führender Repräsentanten der Bundesrepublik (Oberländer, Globke, Lübke usw.) in der NS-Zeit thematisiert wurde. Die Kampagnen bedienten sich aller publizistischen Möglichkeiten: Presseveröffentlichungen, Rundfunk- und Fernsehsendungen, umfängliche Dokumentationen in Form von sogenannten Weiß-, Braun- und Graubüchern,[183] Literaturprojekte sowie Dokumentar- und Spielfilme.

Propagandakampagnen zu spezifischen Staatssicherheitsthemen realisierte die Abteilung Agitation zumeist in Zusammenarbeit mit dem DDR-Presseamt.[184] Themen waren

---

[181] Abteilung Agitation: Aktenvermerk v. 27.1.1962 zu den Arbeitsverbindungen; BStU, MfS, ZAIG 26999, Bd. 2, Bl. 495 f.

[182] Zur Rolle des MfS in den Kampagnen vgl. Leide, Henry: NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR. Göttingen 2005, S. 73–88. Zur Belastung der westdeutschen Justiz vgl. umfassend Miquel, Marc von: Ahnden oder amnestieren? Westdeutsche Justiz und Vergangenheitspolitik in den sechziger Jahren. Göttingen 2004.

[183] Weißbuch über die aggressive Politik der Regierung der Deutschen Bundesrepublik. Hg. v. Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR. Berlin (Ost) 1958; Weißbuch über die Politik der beiden deutschen Staaten. Frieden oder Atomkrieg? Hg. v. Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR. Berlin (Ost) 1960; Die Wahrheit über Oberländer. Braunbuch über die verbrecherische faschistische Vergangenheit des Bonner Ministers. Hg. v. Ausschuss für Deutsche Einheit. Berlin (Ost) 1960; Braunbuch Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik. Staat, Wirtschaft, Armee, Verwaltung, Justiz, Wissenschaft. Hg. v. Nationalrat der Nationalen Front und v. Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung der DDR. Berlin (Ost) 1965, 2. Aufl. 1968; Graubuch Expansionspolitik und Neonazismus in Westdeutschland. Hintergründe Ziele Methoden. Eine Dokumentation. Hg. v. Nationalrat der nationalen Front. Berlin (Ost) 1967.

[184] Bis Ende 1952 war das das Amt für Information, ab 1953 das Presseamt beim Ministerpräsidenten der DDR, ab 1963 das Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR. Leiter dieser Einrichtungen waren 1949–1952 Gerhart Eisler, 1953–1958 Fritz Beyling und 1958–1989 Kurt Blecha.

1956 der Spionagetunnel Rudow-Altglienicke und immer wieder »Enthüllungen« über CIA und BND. Nach dem Mauerbau geriet dann die organisierte Fluchthilfe ins Visier (Aktion »Wühlratten« u. a.). Übergelaufene Bundeswehroffiziere wurden als Kronzeugen für die aggressiven Pläne des Westens vorgeführt. Als Vertreter des MfS bei den Pressekonferenzen trat in dieser Zeit der langjährige Stellvertreter Halles und »Pressesprecher« der Staatssicherheit, Gerhard Kehl, auf.

Besondere Aktivitäten entwickelte die Abteilung Agitation zu den Jahrestagen der Gründung des MfS. Jährlich erhielten die »Tschekisten« um den 8. Februar Publikationsraum im SED-Zentralorgan »Neues Deutschland« und in der Theorie-Zeitschrift der SED »Einheit«. Funk, Fernsehen und der DEFA-Augenzeuge berichteten ausführlich über Festveranstaltungen und Auszeichnungen. Daneben bildeten Jubiläen und Parteitage den Anlass für öffentliche Auftritte Mielkes als Minister für Staatssicherheit. Weitergehende publizistische Aktivitäten wie etwa das Interview von Mielke im Radio DDR am 23. April 1963, in dem der Minister das MfS als Organ der Rechtspflege beschrieb, waren die Ausnahme.[185] Lieber trat Mielke als jovialer Volkskammerabgeordneter in seinem Wahlkreis und in Betrieben auf.

Daneben realisierte die Abteilung Agitation viele Einzelvorhaben oder regte solche bei Journalisten und Künstlern an und versorgte sie dann mit den entsprechenden Informationen. Im Jahr 1960 verzeichnete Halle 2 354 Presse- und 179 Rundfunk- sowie Fernsehbeiträge zu Staatssicherheitsthemen im weitesten Sinn.[186] Der DEFA-Film von 1963 »For eyes only«,[187] der eine spektakuläre Aktion des MfS-Maulwurfs Horst Hesse in der Würzburger Dienststelle des US-amerikanischen Militärnachrichtendienstes Military Intelligence Division (MID) im Jahre 1956 verarbeitete (Verbringung der Agentenkartei des MID in die DDR), erreichte in den Kinos ein großes Publikum und kreierte – als DDR-Pendant zum westlichen James-Bond-Genre – die Gattung des »Kundschafterfilms«. Breitenwirkung erzielte auch der Publizist Julius Mader mit seinen geheimdienstspezifischen Büchern,[188] die er als Offizier im besonderen Einsatz des MfS-Agitationsbereichs (1962–1989) verfasste.[189]

Die auf den Westen ausgerichteten Aktivitäten der »Öffentlichkeitsarbeiter« des MfS in den sechziger Jahren – vor allem die NS-Enthüllungskampagnen – sind zweifellos nicht ohne Wirkung geblieben, wobei es von entscheidender Bedeutung war, dass die lancierten Informationen häufig einen substanziellen Wahrheitsgehalt hatten. Günter Halle betonte MfS-intern den Grundsatz, »die gesamte Agitationsarbeit des MfS« basiere »auf echten fundierten Materialien, die es dem Feind nicht ermöglichen, uns der Lüge zu bezichtigen«.[190] Das schloss freilich die tendenziöse Selektion der Informationen und auch regel-

---

185 Interview von Radio DDR mit Mielke v. 23.4.1963; BStU, MfS, BdL/Dok. 5719.

186 Abteilung Agitation: Jahresbericht 1960; BStU, MfS, SdM 599, Bl. 80–96.

187 Buch: Harry Thürk, Regie: Janos Veiczi, Darsteller: Alfred Müller u. a.

188 Nachfolgend eine Auswahl der Titel von Julius Mader (mit Gerhard Stuchlik und Horst Pehnert): Dr. Sorge funkt aus Tokyo. Ein Dokumentarbericht über Kundschafter des Friedens mit ausgewählten Artikeln von Richard Sorge. Berlin (Ost) 1965; Nicht länger geheim. Die Geheimdienste der Deutschen Bundesrepublik und ihre subversive Tätigkeit gegen die DDR. Berlin (Ost) 1966; Who's who in CIA. Ein biographisches Nachschlagewerk über 3 000 Mitarbeiter der zivilen und militärischen Geheimdienstzweige der USA in 120 Staaten. Berlin (Ost) 1968; (mit Albrecht Charisius): Nicht länger geheim. Entwicklung, System und Arbeitsweise des imperialistischen deutschen Geheimdienstes. Berlin (Ost) 1969; Hitlers Spionagegenerale sagen aus. Ein Dokumentarbericht über Aufbau, Struktur und Operationen des OKW-Geheimdienstamtes Ausland/Abwehr mit einer Chronologie seiner Einsätze von 1933 bis 1944. Berlin (Ost) 1970.

189 MfS-Kaderakte Julius Mader; BStU, MfS, KS 25335/90.

190 Probleme der Agitationstätigkeit v. 19.7.1969; BStU, MfS, SdM 1416, Bl. 70–76.

rechte Manipulationen, insbesondere bei den bedeutenderen Fällen (Oberländer, Globke, Lübke) nicht aus.[191]

Auch die auf das DDR-Inland ausgerichtete MfS-Agitation, die die Bevölkerung nicht zuletzt zur »Wachsamkeit«, das heißt zur Denunziationsbereitschaft, erziehen sollte, war möglicherweise nicht gänzlich erfolglos. So verwies Mielke nicht ohne Stolz darauf, dass 1964 rund 4 Prozent der Stasi-Ermittlungsverfahren auf der Grundlage von Hinweisen aus der Bevölkerung eingeleitet worden waren.[192]

3.1.3.2 Der Blick richtet sich nach innen 1967–1985

Im Jahre 1967 verstärkte die SED mit dem VII. Parteitag ihren Abgrenzungskurs gegenüber der Bundesrepublik, die gesamtdeutsche Perspektive verschwand weitgehend aus der offiziellen DDR-Politik. Nachdem vom MfS die »Arbeit nach Westdeutschland« bereits 1966 konzeptionell neu geregelt wurde,[193] bedeutete dies einen Verzicht auf allzu explizite, nach dem Westen gerichtete innenpolitische Beeinflussungsversuche. Stattdessen konzentrierte sich die SED-Propaganda jetzt auf die Zelebrierung der eigenständigen sozialistischen Entwicklung der DDR und der Verbundenheit mit dem sozialistischen Lager.

Basierte die Tätigkeit der Abteilung Agitation bisher in erster Linie auf Ad-hoc-Vorgaben des SED-Zentralkomitees, des MfS-Kollegiums und des Ministers, so wurde 1967 für diesen Aufgabenbereich erstmals ein umfassendes dienstliches Regelwerk erlassen. Auf der Grundlage eines Ministerratsbeschlusses zur Öffentlichkeitsarbeit der Staats- und Wirtschaftsorgane[194] erließ Mielke am 15. Dezember 1967 eine entsprechende Richtlinie.[195] Nunmehr wurden einzelne Zuständigkeiten und eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit festgeschrieben sowie der verstärkte Einsatz der Massenmedien Fernsehen, Film, Funk und Presse vorgegeben, um eine entsprechende Breitenwirkung zu erzielen.

Als zentrale Ziele der Staatssicherheitsagitation wurden definiert:

- »die Tätigkeit der feindlichen Agenturen und Zentralen im Rahmen der imperialistischen Globalstrategie zu entlarven, um die Bevölkerung zu aktiver Mithilfe bei der Bekämpfung des Feindes zu mobilisieren«;
- »die erfolgreiche Arbeit des MfS und seiner Angehörigen zur Aufklärung und Abwehr der Anschläge des Feindes zu popularisieren und damit ihr gesellschaftliches Ansehen zu erhöhen«.[196]

Ausgenommen von einer Verwendung in der Öffentlichkeitsarbeit waren ausdrücklich Informationen über interne Sachverhalte wie Namen von Mitarbeitern, die Struktur und Arbeitsweise, Kaderzahlen, Daten zur materiellen und finanziellen Versorgung und zu den

---

[191] Zu Oberländer vgl. Wachs, Philipp-Christian: Eine Kampagne als sinnstiftendes Gemeinschaftswerk des Ostblocks. Der Fall Theodor Oberländer. In: Herbstritt, Georg; Müller-Enbergs, Helmut. DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland. Bremen 2003, S. 181–203; Ders.: Der Fall Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte. Frankfurt/M. 2000, S. 198–481; zu Globke vgl. Lemke: Kampagnen (Anm. 172); zu Lübke vgl. Morsey; Rudolf; Heinrich Lübke. Eine politische Biographie. Paderborn, München 1996, S. 508–535; Knabe: Unterwanderte Republik (Anm. 176), S. 135–152.

[192] Referat Mielkes v. 21.5.1965, S. 32; BStU, MfS, BdL/Dok. 5186.

[193] Konzeption zur Verstärkung und Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit des MfS von Dezember 1966; BStU, MfS, ZAIG 27339, Bl. 1–13.

[194] Beschluss des Ministerrates v. 6.12.1967 zu Aufgaben und Verantwortung der Leiter der Staats- und Wirtschaftsorgane und ihrer Presseinstitutionen für die Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenwirken mit der staatlichen Nachrichtenagentur ADN, Presse, Rundfunk und Fernsehen; BStU, MfS, JHS 21805, Bl. 396 f.

[195] Richtlinie Mielkes v. 15.12.1967 über die Durchführung der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR; BStU, MfS, BdL/Dok. 1171, dokumentiert in: Engelmann; Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente (Anm. 19), S. 176–182.

[196] Ebenda, S. 176.

Dienstobjekten. Verwertbar waren allein die »Ergebnisse« tschekistischer Tätigkeit, insbesondere die »Erfolge«.

Mit der neuen Struktur von 1967/1968 trennte das MfS die offizielle Öffentlichkeitsarbeit auch organisatorisch von der verdeckt vorgehenden »operativen Agitation«.[197] Als Öffentlichkeitsarbeit (ÖA) wurde die Medienarbeit sowie die Ausstellungs- und Versammlungstätigkeit bezeichnet, die offen auf die Staatssicherheit Bezug nahm. Hierfür wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1968 die neu gebildete Unterabteilung Öffentlichkeitsarbeit zuständig, die aus dem bisherigen Referat Presse und Literatur hervorging und aus der Pressestelle, dem Informationszentrum (IZ) und der Wachgruppe bestand.[198] Sie gehörte zum unmittelbaren Verantwortungsbereich eines Stellvertreters des Abteilungsleiters. Die für den Besucherverkehr offene »Pressestelle des MfS« erhielt ihren Sitz im Dienstobjekt Planckstraße im Zentrum Berlins. Sie sollte die Öffentlichkeitsarbeit koordinieren, unter anderem auch die Anfragen nach öffentlichen Auftritten von MfS-Mitarbeitern. Dieser Tätigkeitsbereich war bereits Ende 1966 durch Mielkes Anweisung 4/66 im Einzelnen geregelt worden.[199]

Die sogenannte »operative Agitation« (OA) umfasste konspirative bzw. legendierte Aktionen und die verdeckte Mitwirkung der Staatssicherheit an SED-Kampagnen durch Bereitstellen von Materialien und Informationen. Bestandteil der »operativen Agitation« waren die Maßnahmen der »Spezialpropaganda« in den westlichen Ländern. Anfang 1967 wurde für die »operative Agitation« mit dem späteren Abteilungsleiter Helmut Bechert ein ständiger Diensthabender Offizier (DHO) eingesetzt, der unter anderem auch für Pressemitteilungen zuständig war. In seiner Eigenschaft als Referatsleiter des Sekretariats der Abteilung unterstand ihm auch der neu eingeführte Beauftragte des Leiters für Mobilmachung.[200]

In den anderen Bereichen der Abteilung erfolgte keine Veränderung. Die Referate Forschung/Auswertung, Sonderfragen, Spezialpropaganda, Film/Foto und das Hauptsachgebiet Organisation/Verwaltung blieben bestehen.

Die Bemühungen zur Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit führten 1970 zu einer weiteren Umstrukturierung. Das Informationszentrum, das für den direkten Kontakt zur Bevölkerung und die Betreuung der Gäste des Ministeriums zuständig war, wurde aus der Pressestelle ausgegliedert und dem Abteilungsleiter als Unterabteilung IZ direkt unterstellt. Die Pressestelle, die nach 10 Jahren Ausstellungsabstinenz[201] die zentrale Ausstellung zum 20. Jahrestag des MfS gestaltet hatte und unterhielt, bekam ein mit neuen Planstellen ausgestattetes eigenes Referat mit der Bezeichnung »Öffentlichkeitsarbeit«, das mit der Veranstaltungsorganisation die gleichen Aufgaben besaß wie das Referat »Massenaufklärung« von 1955 bis 1962/1963. In der Arbeitsgruppe Spezialpropaganda wurden beide mit der Westarbeit betrauten Referate zusammengeschlossen. Aus dem Referat Forschung und Auswertung entstand das Referat Information und Dokumentation mit ähnlicher Aufgabenstellung.

---

[197] Konzeption zur Verstärkung und Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit des MfS von Dezember 1966; BStU, MfS, ZAIG 27339, Bl. 1–13.

[198] Befehl 38/67 Mielkes v. 15.12.1967; BStU, MfS, BdL/Dok. 1170.

[199] Anweisung 4/66 Mielkes v. 10.12.1966 zur propagandistischen Tätigkeit des MfS in staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen; BStU, MfS, BdL/Dok. 3576, dokumentiert in: Engelmann; Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente (Anm. 19), S. 174 f.

[200] Stellenplan v. 2.9.1968 und Stellenplanüberwachungsliste v. 14.10.1968 sowie Schreiben der HA KuSch an den Leiter der Abteilung Agitation v. 25.10.1968 zur Bestätigung des neuen Stellenplanes (64 Planstellen); BStU, MfS, ZAIG 26998, Bd. 1, Bl. 108–226.

[201] Letzte große Ausstellung: »NATO-Agenten ohne Chance«. 1959–1961, in der DDR und der ČSSR gezeigt.

Im August 1970 wurde auch die Leitungsstruktur verändert.[202] Der langjährige Stellvertreter des Abteilungsleiters Gerhard Kehl wurde zum Leiter des Informationszentrums ernannt. Der zweite – seit 1967 amtierende – Stellvertreter Joachim Hauck wurde Leiter der Pressestelle. Der ständige Diensthabende Offizier Helmut Bechert erhielt nun die Funktion eines kommissarischen Stellvertreters für operative Agitation und Sonderaufgaben.

Die wachsenden Aufgaben führten in der Abteilung Agitation zu einer steigenden Mitarbeiterzahl, die sich von Anfang 1967 bis Dezember 1971 auf 70, darunter 13 Frauen, verdoppelte. Unter der fachlichen Anleitung der Abteilung wirkten zudem nebenamtliche Referenten in den zentralen Diensteinheiten (vor allem in den Hauptabteilungen I, II, IX, XVIII und XX sowie der Juristischen Hochschule und dem Wachregiment), in Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen. Die dem Leiter der jeweiligen Diensteinheit direkt zugeordneten Referentenkollektive bzw. Arbeitsgruppen für Agitation wurden 1968 in ihrer Zusammensetzung überprüft und zu Kollektiven für Öffentlichkeitsarbeit (KÖA) umgestaltet. Ihre Öffentlichkeitsarbeit konzentrierte sich auf Themen, die für den jeweiligen Zuständigkeitsbereich spezifisch waren und vermittelte sich über persönliche Auftritte und durch Beiträge in der Bezirks-, Kreis- und Betriebspresse.

Offizielle Arbeitsbeziehungen der Abteilung Agitation bestanden wie bisher zum Presseamt des Ministerrates und den Pressestellen anderer Staats- und Wirtschaftsorgane sowie zu den Medien und Kultureinrichtungen wie der Urania und den Klubhäusern. Ab 1968 sollte auch die gemeinsame Arbeit an Projekten mit Journalisten, Filmleuten, Autoren, Künstlern und anderen Helfern offiziellen Charakter tragen. Es dauerte aber noch Jahre, bis dies wirklich realisiert wurde. Von der Abteilung Agitation bisher geführte inoffizielle Mitarbeiter aus dem Medien- und Kulturbereich wurden an andere Diensteinheiten – zumeist an die für diese Bereiche zuständige Hauptabteilung XX/7 – übergeben und für Überwachungsaufgaben eingesetzt. Alle Partner der Abteilung Agitation außerhalb des Parteiapparats wurden einer Überprüfung durch den in der Pressestelle tätigen Sicherheitsoffizier unterzogen. In der Westarbeit der Abteilung waren dagegen weiterhin inoffizielle Mitarbeiter tätig. In diesem Bereich führte sie auch einige wenige Objektvorgänge.[203]

In den Jahren 1967 und 1968 wurden noch einige Pressekonferenzen abgehalten, in denen der Westen angeprangert wurde. Es ging dabei zum Beispiel um angebliche aggressive Pläne der Großen Koalition, die organisierte Fluchthilfe (»staatsfeindlicher Menschenhandel«), die Atombewaffnung der Bundesrepublik oder Enthüllungen über BND und CIA. Diese Aktivitäten reduzierten sich in der Folgezeit jedoch deutlich. Ab Mitte 1967 traten Presseveröffentlichungen in den Vordergrund, die der Imagepflege des MfS dienten und die »Massenwachsamkeit«, das heißt die Unterstützung des MfS durch die Bevölkerung, fördern sollten. Zum 20. Jahrestag der MfS-Gründung war die Staatssicherheit in der Öffentlichkeit außerordentlich präsent. Auf der offiziellen Festveranstaltung am 6. Februar 1970 im Friedrichstadtpalast referierten Honecker und Mielke, die Tschekisten sprachen ein Gelöbnis für Frieden und Sozialismus und auch Künstler traten zu Ehren der Geheimpolizei auf.[204]

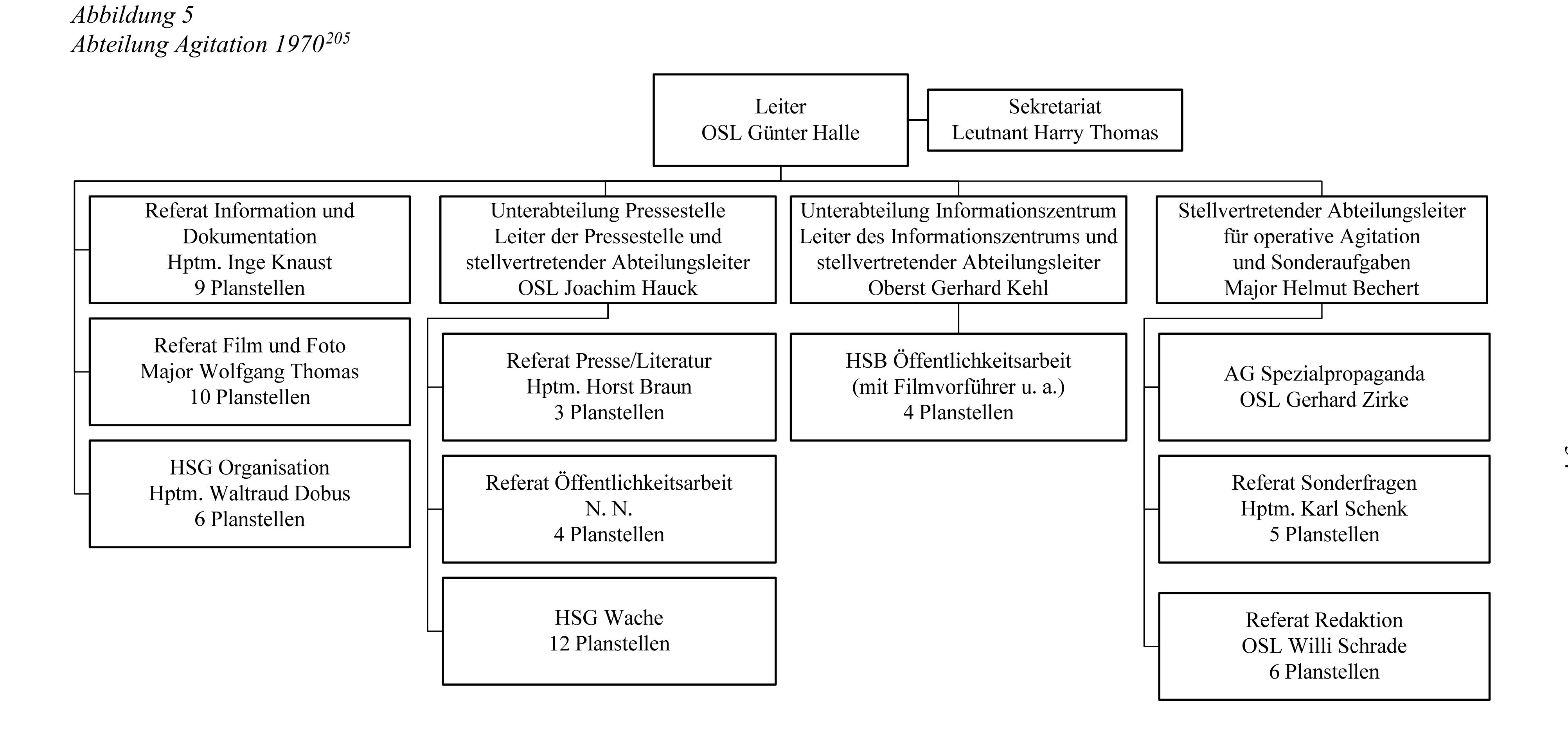
---

202 Leiter Abteilung Agitation: Befehl K 5/70 v. 3. 8.1970; BStU, MfS, KS 23393/90, Bl. 80.

203 Z. B. Objektvorgang »Brückenbund« 1965–1969/1972 zum Westberliner Verein gleichen Namens, dessen Mitglieder die Verständigung beider Systeme auf humanistischer Grundlage anstrebten.

204 Neues Deutschland v. 7. u. 8.2.1970.

Abbildung 5
Abteilung Agitation 1970[205]



[205] Bestätigter Stellenplan der Abteilung Agitation v. 30.7.1970; BStU, MfS, ZAIG 26998, Bd. 1, Bl. 82–89.

Außerdem wandten sich die »Tschekisten« nun zunehmend ihrer eigenen Geschichte zu. Sie regten unter anderem die elfteilige Fernsehserie »Rendezvous mit Unbekannt« an, in der das Regisseur-Drehbuchautor-Gespann Janos Veiczi und Harry Thürk, das sich schon beim MfS-Erfolgsfilm »For eyes only« bewährt hatte, Stoffe aus den ersten Jahren der Staatssicherheit filmisch verarbeitete. Der öffentlichen MfS-Traditionspflege diente auch der von den MfS-Agitatoren inspirierte Film »KLK an PTX – Die Rote Kapelle«, der im März 1971 seine Premiere erlebte. Die Widerstands- und Spionageorganisation um Harro Schulze-Boysen und Arvid Harnack erschien als Identifikationsobjekt besonders geeignet.

Neben den Tagesaufgaben trieb Günter Halle auch die theoretische Arbeit voran. Zusammen mit dem langjährigen Leiter des DDR-Presseamtes Kurt Blecha (1959–1989) und dessen Stellvertreter Günter Köhler verteidigte er 1971 an der Juristischen Hochschule des MfS eine Dissertation mit dem Titel »Die Lösung von Aufgaben der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit zum Schutz und zur Sicherung der DDR«. Die Autoren systematisierten hier in erster Linie bisher Praktiziertes. Die geheimdienstliche Agitation wurde als wichtiges Teilgebiet der »politisch-operativen Arbeit« definiert, die das Vertrauen in der Bevölkerung und Massenwachsamkeit verbessern und so auf die Tätigkeit der operativen Diensteinheiten zurückwirke.[206] Diese Gemeinschaftsdissertation dokumentiert das langjährige enge Verhältnis zwischen MfS und DDR-Presseamt.

Mit der einsetzenden Entspannungspolitik Anfang der siebziger Jahre verlagerte sich der Schwerpunkt der Tätigkeit der Abteilung Agitation von der Aufdeckung gegnerischer Aktivitäten hin zur Flankierung der eigenen »politisch-operativen Arbeit« durch Imagepflege, wie sie bereits ein Ministerbefehl von 1970[207] und die genannte Dissertation von Halle, Blecha und Köhler forderte. Mielke fasste 1971 diese Zielsetzung in die Worte: »Unsere Öffentlichkeitsarbeit muss dazu beitragen, unter der Bevölkerung weiter die Überzeugung herauszubilden und zu vertiefen: Staatssicherheit – das ist etwas, was jedem am Herzen liegt, der es ehrlich mit sich, mit seinem Staat, der Deutschen Demokratischen Republik meint.«[208] In das Blickfeld der MfS-Öffentlichkeitsarbeit gerieten nunmehr verstärkt auch relativ banale »sicherheitspolitische« Aufgaben wie die Vermeidung von Bränden und Havarien sowie die Einhaltung von Geheimhaltungsvorschriften. Zentrales Anliegen blieb aber die Erziehung der Bevölkerung zur »Massenwachsamkeit«, die in neuem Gewand vermittelt werden sollte. Mielke betonte, es gehe »nicht nur darum, das Richtige zu sagen«, sondern »das Richtige richtig zu sagen«.[209] Die Botschaften der Staatssicherheit sollten deshalb stärker über persönliche Begegnungen und die künstlerische Gestaltung von Sicherheitsthemen in den elektronischen Medien vermittelt werden; dabei sollten nicht zuletzt Emotionen angesprochen werden. Letztlich fügte sich diese Konzeption in die neue propagandistische Linie der SED wie sie in den Festlegungen der Agitprop-Konferenz des ZK vom November 1972 und des Ministerratsbeschlusses zur Öffentlichkeitsarbeit der Staats- und Wirtschaftsorgane einen Monat später zum Ausdruck kam.

Die inhaltlich-konzeptionellen Vorgaben führten 1972 zu einer weiteren Neustrukturierung des Arbeitsbereiches. Mit Wirkung vom 1. Mai 1972 wurde das Informationszentrum unter der Bezeichnung »Arbeitsgruppe Öffentliche Verbindungen« (AÖV) aus der Abteilung Agitation ausgegliedert und dem 1. Stellvertreter des Ministers Bruno Beater unter-

---

[206] Günter Halle; Kurt Blecha; Günter Köhler: Die Lösung der Aufgaben der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit zum Schutz und zur Sicherung der DDR durch Kooperation des Presseamtes beim Vorsitzenden des Ministerrates unter besonderer Berücksichtigung der Durchführung gemeinsamer Aktionen im Kampf gegen die subversive Tätigkeit des Feindes; BStU, MfS, JHS 21805.

[207] Befehl 8/70 v. 6.3.1970 zur Auswertung des MfS-Jahrestages; BStU, MfS, BdL/Dok. 1393.

[208] Referat Mielkes auf dem zentralen Führungsseminar zu Grundfragen der politisch-operativen Arbeit und ihrer Führung und Leitung, 1.–3.3.1971, S. 696; BStU, MfS, BdL/Dok. 5670.

[209] Ebenda.

stellt.[210] Ihre Aufgabe war es, offizielle Kontakte zu Arbeitskollektiven in volkswirtschaftlich wichtigen Betrieben, Grenzgemeinden, Schulen und zu einzelnen »Kulturschaffenden« zu pflegen. Mit Veranstaltungen und Treffen, Patenschafts- und Freundschaftsverträgen sowie Namensverleihungen suchten die MfS-Öffentlichkeitsarbeiter die Nähe zur Bevölkerung. Darüber hinaus fiel die Betreuung von »Veteranen« und von ausländischen Gästen des Ministers in ihre Zuständigkeit.

Die AÖV wurde während ihres gesamten Bestehens 1972 bis 1983 von Oberst Gerhard Kehl geleitet. Seine Ausbildung hatte der bisherige »ewige« Stellvertreter an diversen Parteischulen erhalten und 1965 mit dem Titel eines Diplom-Gesellschaftswissenschaftlers abgeschlossen. Die Aufgaben als Leiter der AÖV kamen seiner kommunikativen Natur entgegen. Kurz nach der Wiedereingliederung des Bereichs in die Abteilung Agitation im Jahre 1983 wurde Kehl aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand entlassen.[211]

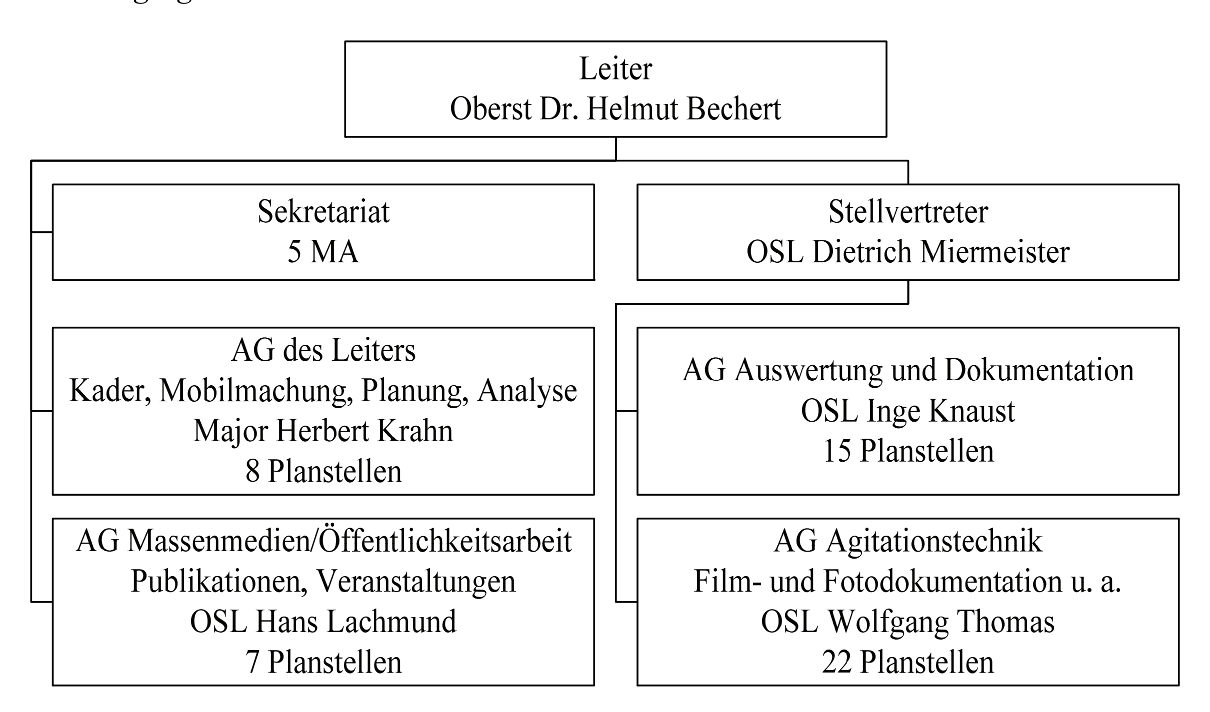
Bei der Gründung der AÖV gehörten ihr 24 Mitarbeiter an, 11 davon im Wachdienst, der später aus der Diensteinheit ausgegliedert wurde. Unmittelbar vor der Auflösung der Arbeitsgruppe im März 1983 verteilten sich die 29 Mitarbeiter auf einen Stellvertreterbereich für Tradition und einen für Patenschaften mit entsprechenden Referaten und Arbeitsgruppen.[212] Die AÖV trieb die Patenschaftsarbeit systematisch voran, die mit der Verleihung von »tschekistischen« Traditionsnamen wie Dr. Richard Sorge, Felix Dzierzynski, Robert Mühlpforte oder Robert Korb insbesondere an Schulen einherging. Darüber hinaus initiierte sie Ausstellungen, unterstützte die Errichtung von Denkmälern und sogar die Inszenierung einer Richard-Sorge-Oper in Dessau im Jahre 1977. Schließlich ließ sie vielfältige »Anschauungs- und Unterstützungsmittel« (AUM) einschlägigen Inhalts herstellen, etwa Biographien, Dia-Serien, Urkunden, Briefmarken und Aufsteller. Mitarbeiter der Arbeitsgruppe unterhielten Kontakte zu Kollektiven in Schulen, Betrieben und anderen Einrichtungen sowie zu »Kulturschaffenden«, denen sie auch schon mal halfen, materielle Engpässe auszugleichen.[213]

Mit der Ausgliederung der AÖV wurde die Abteilung Agitation neu strukturiert.[214] Von den ehemals drei Stellvertreterbereichen blieb lediglich einer übrig. Die ursprünglich der Pressestelle unterstellten Referate Massenmedien und Öffentlichkeitsarbeit wurden 1980 zur AG Massenmedien/Öffentlichkeitsarbeit vereinigt. In eine neu geschaffene Unterabteilung bzw. AG Grundsatzfragen gingen die Referate Redaktion, Dokumentation/Information und Sonderfragen ein. Diese Organisationseinheit wurde jedoch bereits 1975 wieder aufgelöst. Die redaktionellen Aufgaben und das Dokumentationsreferat kamen nun zur neuen AG Auswertung/Dokumentation. Der Bereich »Sonderfragen«, das heißt die Reste der Westarbeit und operativen Sonderaufgaben, sowie Querschnittsaufgaben wie Kader und Mobilmachung wurden zur neu installierten Arbeitsgruppe des Leiters (AGL) geschlagen. Alle technischen Strukturteile (Film, Foto, materielle Sicherstellung mit Finanzen) nahm die Unterabteilung bzw. AG Agitationstechnik auf. Nach der Ausgliederung der AG Öffentliche Verbindungen bewegte sich die Mitarbeiterzahl der Abteilung Agitation zwischen 50 und 59.

---

210 Befehl 13/72 v. 27.4.1972; BStU, MfS, BdL/Dok. 1638.
211 Kaderakte Gerhard Kehl; BStU, MfS, KS 28418/90.
212 Stellenplan v. 28.2.1983; BStU, MfS, ZAIG 26036, Bl. 37–41.
213 Koch, Peter-Ferdinand: DDR contra BRD. Die feindlichen Brüder. Bern u. a. 1994, S. 277.
214 Struktur- und Stellenplan sowie Stellenplanüberwachungsliste v. August 1972; BStU, MfS, ZAIG 26998, Bd.1, Bl. 7–12.

Abbildung 6
Abteilung Agitation 1980[215]



In den siebziger Jahren ging die Präsenz von Staatssicherheitsthemen in den Medien zurück. Viele journalistische und künstlerische Projekte des MfS erhielten von der SED kein grünes Licht mehr, weil sie nicht in die Entspannungspolitik passten oder an tabuisierten innenpolitischen Problemen rührten. Eine große Ausnahme blieb die aufwendig produzierte, 1973 bis 1979 ausgestrahlte 16-teilige Fernsehserie »Das Unsichtbare Visier« mit Armin Mueller-Stahl in der Rolle des Kundschafters Werner Bredebusch alias Achim Detjen. Die MfS-Medienarbeit reduzierte sich immer stärker auf Beiträge zu Jahres- und Gedenktagen und ADN-Meldungen über Kleinereignisse wie etwa der »Missbrauch« von Transitstrecken durch Fluchthelfer.[216] Auch Ausstellungen zu geheimdienstlichen Themen waren fast nur noch in den Diensteinheiten der Staatssicherheit zu bewundern. Die Abteilung Agitation beklagte fehlende verwertbare Ermittlungsergebnisse der operativen Diensteinheiten und die abnehmende Bereitschaft von Autoren, für das MfS zu arbeiten.[217]

Lange sahen die MfS-Verantwortlichen die »Agitation« als eine zentrale Aufgabe an. Die seit Ende der fünfziger Jahre immer wieder formulierte Vorstellung, dass auch die Hauptabteilungen des Ministeriums und die Bezirksverwaltungen einbezogen werden sollten, wurde erst Anfang der siebziger Jahre durchgehend realisiert. Die strukturelle Verortung entsprechender Arbeitsbereiche stand zunächst im Ermessen des jeweiligen Leiters, erst der Befehl 6/78 gliederte diesen Aufgabenbereich 1978 in die neu gegründeten Auswertungs- und Kontrollgruppen (AKG) verbindlich ein.[218] Die in den AKG der Bezirksverwaltungen tätigen Offiziere für Öffentlichkeitsarbeit koordinierten auch entsprechende Aktivitäten der Kreisdienststellen. Als Argumentationshilfe für die Referenten aller Strukturteile gab die Abteilung Agitation ab 1968/1972 Arbeits- bzw. Informationsmaterialien

215 Bestätigter Stellenplan der Abteilung Agitation v. Mai 1980; BStU, MfS, HA KuSch 28353, Bl. 11–20.
216 Knauer, Gerd: Die letzte Nacht (Manuskript), S. 20; BStU, Dokumentation der Abteilung BF.
217 Jahresanalyse 1982 der AG Massenmedien/Öffentlichkeitsarbeit, S. 4; BStU, MfS, ZAIG 27314, Bl. 71–75.
218 Befehl 6/78 v. 3.4.1978 zu Bildung und Aufgaben der Auswertungs- und Kontrollgruppen in den Bezirksverwaltungen, dokumentiert in: Engelmann; Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente (Anm. 19), S. 304–318, insbes. 316 f.

heraus. Obwohl sie bis 1985 überwiegend Nachdrucke von Publikationen aus der sowjetischen und DDR-Presse beinhalteten, waren sie »nicht zur Verteilung an die Öffentlichkeit bestimmt«.[219]

Im Februar 1975 wurde der langjährige Leiter der Abteilung Agitation, Günter Halle, aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand versetzt, ihm wurde jedoch zugesichert, weiterhin bei der künstlerischen Umsetzung von Staatssicherheitsthemen in Film und Fernsehen mitwirken zu können.[220] Leiter der Abteilung wurde der 1933 in Allenstein/Ostpreußen geborene Oberstleutnant Helmut Bechert, der 1956, unmittelbar nach seinem Journalistikstudium in Leipzig, bei der Abteilung Agitation eingestellt worden war. Lange Zeit arbeitete er im Referat Presse und Literatur, bevor er 1967 als ständiger Diensthabender Offizier (DHO) die Verantwortung für die »operative Agitation« erhielt. Seine Spezialgebiete waren die Militärpolitik und die Organisation von Pressekampagnen. Im Jahr 1972 wurde seine kommissarische Funktion als stellvertretender Abteilungsleiter, die er seit Mai 1970 innehatte, in eine reguläre umgewandelt. Als solcher wurde er für den Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Massenmedien zuständig. 1976, ein Jahr nach seiner Ernennung zum Abteilungsleiter, bekam er an der Juristischen Hochschule des MfS für eine mit drei weiteren MfS-Kadern verfasste Kollektivdissertation zum bundesdeutschen Linksextremismus den Doktortitel verliehen.[221] Die Ära Bechert kann als Niedergangsphase der Abteilung Agitation angesehen werden; Arbeitsorganisation und Disziplin ließen zunehmend zu wünschen übrig. Die »Agitatoren« wurden im MfS bald als »lockerer Haufen« betrachtet.[222]

Anfang 1984 erließ Mielke eine neue Grundsatzregelung zur Öffentlichkeitsarbeit des MfS, die Dienstanweisung 2/84, die die zunehmenden politisch-ideologischen Schwierigkeiten erkennen ließ, mit der die SED-Herrschaft durch das Aufkeimen oppositioneller Strömungen zu kämpfen hatte.[223] Fünf Hauptrichtungen der Öffentlichkeitsarbeit wurden von der Dienstanweisung definiert:

– »Vertiefung und Festigung der Verbundenheit der Bevölkerung mit ihrem Staatssicherheitsorgan«,
– »Entlarvung […] der subversiven Tätigkeit des Imperialismus«,
– »Stärkung und Festigung des Bruderbundes zwischen der SED und der KPdSU, der DDR und der UdSSR, der Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Staatengemeinschaft sowie Erziehung der Bürger der DDR zum sozialistischen Patriotismus und proletarischen Internationalismus«,
– »Mobilisierung aller Werktätigen zur Durchsetzung der Sicherheitspolitik der Partei, für hohe revolutionäre Wachsamkeit, zur Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit und zur allseitigen Gewährleistung von Ordnung, Sicherheit und Disziplin«,
– »Unterstützung der klassenmäßigen […] Erziehung, vor allem unter Jugendlichen […] unter Berücksichtigung der Aspekte bei der Kaderwerbung für das MfS«.[224]

Im Unterschied zur außer Kraft gesetzten Anweisung von 1967 und der Definition der Öffentlichkeitsarbeit im »politisch-operativen« Wörterbuch des MfS von 1981[225] nahm

---

219 Informationsmaterialien für die Öffentlichkeitsarbeit; BStU, MfS, BdL 300.

220 Kaderakte Günter Halle; BStU, MfS, KS 28622/90, Bl. 100.

221 Helmut Bechert; Gerhard Zirke; Fritz Meyer; Reckhart Härtel: Wesen und Rolle in der BRD und in Westberlin existierender pseudorevolutionärer linksextremistischer Kräfte und Gruppen, Diss. JHS Potsdam 1976; BStU, MfS, JHS 21860.

222 Knauer, Gerd: Die letzte Nacht (Manuskript), S. 17; BStU, Dokumentation der Abteilung BF.

223 DA 2/84 des Ministers v. 12.1.1984 zur Führung und Organisierung der Öffentlichkeitsarbeit des MfS, dokumentiert in: Engelmann; Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente (Anm. 19), S. 422–431.

224 Ebenda, S. 424–427.

die »Entlarvung der Feinde« hier nicht mehr den ersten Platz ein. Mielke selbst fasste die Quintessenz dieser bis zum Ende des MfS gültigen Regelung folgendermaßen zusammen: Öffentlichkeitsarbeit des MfS bedeute gegenwärtig, »alles zu tun, um bei den Bürgern unseres Landes die Erkenntnis zu vertiefen, dass staatliche Sicherheit jeden Bürger angeht«.[226]

3.2 Entwicklung der ZAIG 1968–1989

3.2.1 Der Ausbau der ZAIG als »Funktionalorgan des Ministers« 1968–1974

Im Juli 1968 wurde die Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle mit dem Ministerbefehl 30/68 aufgelöst und das zentrale Kontrollwesen in die ZAIG integriert. Der Befehl spricht ausdrücklich von einer Umgestaltung der ZAIG zu »einem mir persönlich unterstellten Funktionalorgan« und begründet diesen Schritt mit der Notwendigkeit, »die Prognose und Planung sowie die Koordinierung, Organisation und Kontrolle der politisch-operativen Arbeit zu einem zusammenhängenden, weitgehend einheitlichen System zu gestalten«.[227] Tatsächlich waren in der ZAIG jetzt fast alle komplexen Stabsfunktionen konzentriert. Der Aufbau der ZAIG zum »Funktionalorgan des Ministers« sollte allerdings erst Mitte der siebziger Jahre abgeschlossen sein.

Einen entscheidenden Schritt beim Ausbau des Auswertungs- und Informationswesens im MfS und damit der ZAIG bildete Mielkes Befehl 21/69 zum Einsatz der EDV vom Juni 1969. Darin wurde die ZAIG für die »wissenschaftliche Ermittlung und Bestimmung der Anwendungsgebiete und -ziele der elektronischen Datenverarbeitung«, die »dementsprechende Einsatzvorbereitung« und »die effektive Nutzung der EDV zur Unterstützung der wissenschaftlichen Führungs- und Leitungstätigkeit und der politisch-operativen Arbeit« verantwortlich gemacht. Mit diesem Befehl wurde in der Diensteinheit – neben den schon existierenden Stellvertreterbereichen 1 (Auswertung/Information) und 2 (Kontrolle) – ein eigener Stellvertreterbereich EDV (Bereich 3) eingerichtet. Gleichzeitig gründete Mielke die Arbeitsgruppe XIII, welche die technische Umsetzung der EDV-Aufgaben im Hard- ware- und Softwarebereich zu leisten hatte und aus der sich später das Rechenzentrum des MfS (Abteilung XIII) entwickeln sollte. Bei der AG/Abteilung XIII handelte es sich formal um eine selbstständige, dem Minister direkt unterstellte Diensteinheit. Im Befehl 21/69 legte Mielke aber bereits fest, dass sie »in meinem Auftrage auf der Grundlage der Weisungen des Leiters der ZAIG bzw. seines Stellvertreters für EDV« arbeiten sollte. Dies bedeutete, dass sie faktisch von Werner Irmler bzw. von Harry Bochmann, dem Leiter des ZAIG-Bereichs 3 (EDV), angeleitet wurde. Eine 1969 in der Arbeitsgruppe zur Sicherung des Reiseverkehrs bereits bestehende EDV-Abteilung wurde mit dem gesamten Personal in die AG XIII eingegliedert.[228]

In den Jahren 1969 bis 1972 war die ZAIG stark mit ihrem eigenen Ausbau zu einem vollwertigen »Funktionalorgan« des Ministers beschäftigt. Entscheidende Voraussetzung hierfür war die Gewinnung von entsprechend qualifiziertem Personal. Das galt auch und gerade für die Leitungsposten, denn hier konnte Irmler nur in begrenztem Umfang auf »alte Hasen« zurückgreifen. Am ehesten ging das noch im Stellvertreterbereich 1 (Auswertung und Information), der bis September 1975 unter der Leitung von Heinz Seidel stand; Seidel war schon 1956 Referatsleiter in der Abteilung Information gewesen. Auch

225 Suckut, Siegfried (Hg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur »politisch-operativen Arbeit«. Berlin 1996, S. 274 f.

226 Abteilung Agitation: Vortrag auf dem Erfahrungsaustausch zur Öffentlichkeitsarbeit 13./14. 3.1985; BStU, MfS, ZAIG 27345, Bl. 6–41.

227 Befehl 30/68 Mielkes v. 31.7.1968; BStU, MfS, BdL/Dok. 1293.

228 Befehl 21/69 Mielkes v. 25.6.1969; BStU, MfS, BdL/Dok. 1348.

sein Nachfolger Rudi Taube stammte noch aus dem alten Kaderstamm der Zentralen Informationsgruppe. Ähnliches gilt für Wolfgang Röhlig, der wie Seidel schon Mitte der fünfziger Jahre Referatsleiter in der Abteilung Information war, und im Bereich 1 als Arbeitsgruppenleiter eingesetzt wurde. Neuzugänge waren dagegen die Bereichsleiter 2 (Kontrolle), Karl Bausch, und 3 (EDV), Harry Bochmann. Beide kamen von der Juristischen Hochschule (Bausch war dort seit den fünfziger Jahren als Dozent tätig und zuletzt sogar als Prorektor vorgesehen) und promovierten im Mai 1969 gemeinsam mit dem einschlägigen Dissertationsthema »Die Information als immanenter Bestandteil der politisch-operativen Arbeit und deren Leitung«.[229]

Im Juli 1969 forderte Irmler für die ZAIG 23 hochqualifizierte Mitarbeiter aus anderen Diensteinheiten an,[230] darunter den langjährigen Leiter der Auswertungs- und Informationsgruppe der Bezirksverwaltung Frankfurt/O., Lothar Schwock, der 1971 zunächst Leiter der Irmler direkt unterstellten Arbeitsgruppe »Informationssystem« und ab 1974 Leiter des Bereichs 4 »Grundlagen der Auswertungs- und Informationstätigkeit« wurde. Gleichzeitig versuchte Irmler sich (mit unterschiedlichem Erfolg) sieben Direktstudenten der JHS zu sichern, deren Studienabschluss für Juli 1970 bzw. 1971 vorgesehen war.[231] Auch Kader mit einer außerhalb des MfS absolvierten Hochschulausbildung wurden angefordert, insbesondere für den EDV-Bereich.[232] Ein beträchtlicher Teil der Kadergewinnung der ZAIG ging zu Lasten der Bezirksverwaltungen.[233]

Bereits das Stammpersonal der ZAIG war für MfS-Verhältnisse gut qualifiziert. Von den 55 Mitarbeitern, die im November 1969 in der ZAIG arbeiteten, hatten 23 einen Hochschulabschluss (zwei davon mit Promotion) und drei weitere einen Fachschulabschluss. 20 Mitarbeiter absolvierten gerade ein Fernstudium, für einige war dies bereits ein Zweitstudium.[234]

Einen besonderen Schwerpunkt stellte Anfang der siebziger Jahre die »Einsatzvorbereitung« der EDV dar. Die Diensteinheit formulierte das Ziel, »zur Erhöhung der Effektivität der politisch-operativen Arbeit und der Führungs- und Leitungstätigkeit im MfS die elektronische Datenverarbeitung *umfassend* anzuwenden«. Dabei sei es »nicht ohne Weiteres möglich, Erfahrungen und Methoden aus den Bereichen der Volkswirtschaft sowie anderen Sicherheits- und Schutzorganen zu übernehmen«. Eine Voraussetzung sei die Erhöhung der Qualität der Informationen und ihre »Eingliederung […] nach festen Aspekten«.[235] Zudem erfordere die EDV ein weitgehend integriertes Leitungs- und Informationssystems und somit entsprechende »Strukturveränderungen und Organisationsformen«. Ein besonderes Problem sei die Gewährleistung der Konspiration und Geheimhaltung, denn durch die EDV würden Informationen an einer Stelle konzentriert, »der Kreis der Personen, die aus technischen Gründen an alle Informationen gelangen können«, sei »größer als bisher«.[236]

---

229 Vgl. Förster, Günter: Die Dissertationen an der »Juristischen Hochschule« des MfS. Eine annotierte Bibliographie. Hg. BStU. Berlin 1994, S. 57.

230 ZAIG, Aufstellung v. 24.7.1969 über die zur ZAIG zu versetzenden Mitarbeiter (zur Abzeichnung für den Minister); BStU, MfS, ZAIG 7347, Bl. 103–108.

231 Irmler an HA Kader und Schulung v. 6.9.1969; ebenda, Bl. 101 f.

232 Aufstellung der ZAIG, gez. Irmler, v. 15.10.1969: Bedarf an Absolventen von Hoch- und Fachhochschulen; ebenda, Bl. 112.

233 Kaderanforderungen für die ZAIG o. D. (etwa Jahreswende 1969/70); ebenda, Bl. 93–96.

234 ZAIG, Irmler, an HA Kader und Schulung v. 15.11.1969; BStU, MfS, ZAIG 8203, Bl. 85–92, hier 86.

235 ZAIG, Argumente zur Einführung der EDV im MfS, 1. Entwurf v. 23.1.1970; BStU, MfS, ZAIG 5627b, Bl. 104–118, hier 104 f.

236 Ebenda, Bl. 106–108.

Bei der weiteren Zentralisierung und Vereinheitlichung des Auswertungs- und Informationssystems im MfS war die Einführung der EDV das treibende Element. Entsprechend erhielt der für die EDV-Einsatzvorbereitung zuständige ZAIG-Bereich 3 in allen wichtigen operativen Diensteinheiten Filialen in Form von Arbeitsgruppen oder Verbindungsoffizieren für EDV, die die spezifische Situation in ihrem Bereich zu analysieren und für die Umsetzung der zentralen Vorgaben zu sorgen hatten.[237]

Die Aufwertung der ZAIG zum »Funktionalorgan« des Ministers hatte ihre Einbeziehung in alle komplexen zentralen Leitungsprozesse zur Folge, die im MfS Anfang der siebziger Jahre systematisiert und normiert wurden. Im Februar erließ Mielke einen Befehl, der die Erarbeitung der Vorlagen für zentrale Führungsentscheidungen regelte und die Beteiligung der ZAIG bei allen »Vorlagen mit politisch-operativem Charakter« festlegte. Dokumente für Dienstkonferenzen und Führungsseminare sowie Dokumente, Analysen und Stellungnahmen, die »Grundlagen für zentrale Führungsentscheidungen bilden, welche die funktionellen, strukturellen und informationellen Beziehungen der Diensteinheiten des MfS zum Inhalt haben«, waren an die ZAIG zu geben und diese hatte die Aufgabe, die eingereichten Vorlagen »entscheidungsgerecht aufzubereiten« und zu prüfen, ob sie inhaltlich den geltenden gesetzlichen Bestimmungen sowie den bereits vom Minister erlassenen dienstlichen Bestimmungen und Weisungen entsprachen.[238]

Von Bedeutung für die ZAIG war auch die Einführung der einheitlichen operativen Statistik (EOS) im Juni 1970 durch eine Ergänzung der Arbeitsrichtlinie zum Befehl 299/65.[239] Die operative Statistik lief zentral im Stellvertreterbereich 2 der ZAIG zusammen. Wie es in der Präambel zu dieser Regelung hieß, ging es um die Erarbeitung von »statistischen Kennziffern und Werten« mit dem Ziel, »Prozesse und Erscheinungen in ihrer Entwicklung rechtzeitig zu erkennen«, »Wechselbeziehungen aufzudecken«, Analysen »beweiskräftiger zu gestalten« und die Einschätzung der »Effektivität der politisch-operativen Arbeit zu qualifizieren«. Der ZAIG wurde die Verantwortung für die Umsetzung und einheitliche Handhabung der operativen Statistik in allen Diensteinheiten des MfS übertragen. Die EOS basierte in erster Linie auf den in den Delikte- und Personenkerblochkarteien eingespeicherten Daten. Vorgeschrieben waren zwei statistische Komplexe mit einem entsprechenden Erhebungsbogen:

- Teil A: »Statistik über den Delikte- und Personenanfall«,
- Teil B: »Statistik über den Stand der Bearbeitung der angefallenen Delikte, operativen Vorgänge (Vorlaufakten Operativ und Operativvorgänge) und Personen«.

Erstaunlicherweise ist in der ebenfalls im Juni 1970 erlassenen Planungsrichtlinie des MfS noch keine zentrale Funktion der ZAIG beschrieben.[240] Doch schon mit der Prognoserichtlinie vom Dezember 1970 wurde in der ZAIG ein Sachgebiet »Prognose und Planung« mit der Aufgabe gebildet, die zentralen Prognosen zur Entwicklung der »politisch-operativen Schwerpunkte« zu erarbeiten.[241] Die Prognose scheint ein Lieblingsgegenstand von Irmler gewesen zu sein, denn er promovierte am 22. Dezember 1970, praktisch zeitgleich mit dem Erlass der Richtlinie 2/70, an der Juristischen Hochschule des MfS mit dem Thema »Die Weiterentwicklung und Qualifizierung der prognostischen Tätigkeit als Bestandteil der Führungs- und Leitungstätigkeit im Ministerium für Staatssicherheit«.[242] Allerdings war der Prognose als eigenständigem Aufgabengebiet im MfS keine große Zu-

---

[237] Ebenda, Bl. 113.

[238] Befehl 10/70 des Ministers v. 25.2.1970; BStU, MfS, BdL/Dok. 1523.

[239] Ergänzung der Arbeitsrichtlinie zum Befehl 299/56 über die Einführung der einheitlichen operativen Statistik (EOS) im Ministerium für Staatssicherheit, 1.6.1970, gez. Mielke; BStU MfS, BdL/Dok. 3915.

[240] Richtlinie 1/70 des Ministers v. Juni 1970; BStU, MfS, BdL/Dok. 2550.

[241] Richtlinie 2/70 des Ministers v. Dezember 1970; BStU, MfS, BdL/Dok. 2559.

[242] BStU, MfS, ZAIG 7694.

kunft beschieden; der ursprüngliche Anspruch erwies sich bald als nicht umsetzbar. Dennoch verlagerten sich Koordinierung und Konzeption der zentralen Planung immer stärker zur ZAIG, wo sie strukturell im Bereich 2 verankert waren, der in erster Linie für Anleitung und Kontrolle der sogenannten »politisch-operativen Prozesse«, also der spezifisch geheimdienstlichen Tätigkeit (IM-Führung, Überwachung, Informationsbeschaffung), zuständig war. Schon im Jahr 1971 erfüllte die ZAIG im Zusammenhang mit der zentralen Planung im MfS die wesentlichen konzeptionellen und koordinierenden Funktionen.[243]

Im Juli 1972 wurde auch die Erarbeitung von Jahresanalysen in den operativen Diensteinheiten des MfS detailliert geregelt. Die ZAIG war federführend am Entstehen dieser dienstlichen Bestimmung beteiligt[244] und erhielt für diesen Aufgabenbereich ebenfalls die fachliche Anleitungskompetenz.[245]

Übersicht 5
Bereiche der ZAIG 1971/1972[246]

Bereich 1	Informations- und analytische Tätigkeit, Dokumentation	OSL Heinz Seidel
Bereich 2	Kontrolle, Planung, Prognose, Erarbeitung von dienstlichen Bestimmungen	OSL Dr. Karl Bausch
Bereich 3	Einsatzvorbereitung und effektive Nutzung der EDV und der Mikrofilmtechnik	OSL Dr. Harry Bochmann
AG Informationssystem (später Bereich 4)	Einheitliche Gestaltung und Durchsetzung des Informationssystems des MfS	Major Lothar Schwock

Die vermehrten Aufgaben führten zu einem erheblichen Mitarbeiterzuwachs. Nach der Einverleibung der Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle und der damit einhergehenden Umbildung zum zentralen Funktionalorgan im Jahr 1968 wuchs die ZAIG im Jahr danach sprunghaft von 38 auf 58 Mitarbeiter an. In den darauf folgenden Jahren stagnierte der Mitarbeiterzuwachs jedoch zunächst und konnte daher mit der Aufgabenvermehrung nicht Schritt halten. Die Ist-Stärke lag 1971 mit 59 Mitarbeitern weit unter dem Stellenplan, der bereits 73 Stellen enthielt,[247] was Irmler gegenüber der Hauptabteilung Kader und Schulung zu der Klage veranlasste, dass »der Stand der geplanten Zuführung geeigneter Kader noch unbefriedigend« sei.[248] Auch die Absegnung des endgültigen Profils der ZAIG durch den Minister und seine Stellvertreter ließ auf sich warten,[249] offensichtlich gab es in den Führungsetagen des MfS noch Widerstände gegen die sich abzeichnende Konzentration von Kompetenzen. Trotzdem bildeten sich in den Jahren 1971/1972 die Grundstruktur und das Aufgabenspektrum der ZAIG heraus, so wie sie bis 1989 Bestand haben sollten.

---

[243] Vgl. den Jahresplan des Leiters der ZAIG v. 1.4.1971; BStU, MfS, ZAIG 7402a, Bl. 134–230, hier 174–177.

[244] Jahrespläne 1971 und 1972 des Leiters der ZAIG v. 1.4.1971 u. 9.6.1972; ebenda, Bl. 68–230, hier 77 u. 154 f.

[245] 1. DB v. 4.7.1972 zum Befehl 299/65; BStU, MfS, BdL/Dok. 3901.

[246] Vgl. Vorlage über die Aufgaben der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe o. D. (wohl November 1972); BStU, MfS, ZAIG 7437, Bl. 88–129, hier 92.

[247] Bestätigung des Stellenplanes der ZAIG durch den Leiter der HA KuSch, Robert Mühlpforte, v. 1.10.1971, Anlage: Vorläufiger Stellenplan v. 22.7.1971; BStU, MfS, ZAIG 7355, Bl. 1–7.

[248] Irmler an HA Kusch, Abteilung Kader, v. 12.11.1971: Einschätzung einiger Seiten der Entwicklung des politisch-ideologischen und politisch-moralischen Zustandes und der Kaderarbeit im Jahre 1971; BStU, MfS, ZAIG 8203, Bl. 64–75, hier 70.

[249] Ebenda, Bl. 12.

Eine 1972 von Irmler erarbeitete Vorlage für den Minister enthielt schon differenzierte Vorstellungen über das künftige Aufgabenprofil der ZAIG. Als Hauptaufgaben wurden definiert:

– Vorbereitung von »politisch-operativen« Führungsentscheidungen des Ministers,
– Auswertung und Nutzbarmachung der fortgeschrittensten Erkenntnisse und Erfahrungen der »politisch-operativen Arbeit« und der wissenschaftlichen Führungstätigkeit,
– ständige Analyse der »politisch-operativen« Lage,
– Gewährleistung der Informationstätigkeit des MfS für die Partei- und Staatsführung,
– Unterstützung des Ministers bei der Wahrnehmung seiner gesellschaftlichen und staatlichen Funktionen,
– einheitliche Durchsetzung und Weiterentwicklung des »politisch-operativen« Informationssystems des MfS,
– Einsatzvorbereitung, effektive Nutzung und Weiterentwicklung von EDV und Mikrofilmtechnik,
– Gestaltung und Vervollkommnung der prognostischen Tätigkeit,
– Wahrnehmung zentraler Planungsaufgaben sowie einheitliche Durchsetzung und Weiterentwicklung des Systems der Planung der »politisch-operativen Arbeit«,
– Wahrnehmung der zentralen Kontrollaufgaben des Ministers.[250]

Aus der geltenden Befehlslage ergab sich ein »enges Zusammenwirken« mit der Auswertungsabteilung VII der HV A und der Arbeitsgruppe XIII (EDV-Technik) sowie »Aufgaben der Anleitung, Kontrolle und Koordinierung« gegenüber den Auswertungs- und Informationsgruppen, den Arbeitsgruppen für Prognose und Planung sowie den Kontrollgruppen der Hauptabteilungen, selbstständigen Abteilungen und Bezirksverwaltungen. Besondere und weitgehend nicht vorgesehene Belastungen ergaben sich für die ZAIG durch die neue Lage, die das deutsch-deutsche Vertragswerk (Transitabkommen, Verkehrsvertrag, Grundlagenvertrag) schuf.[251]

Die Aufgabenkonzentration bei der ZAIG war zunächst nicht von einer weiteren Personalausweitung begleitet, im Gegenteil, der Kaderbestand der Diensteinheit ging von 59 (1971) auf 57 (1972) sogar leicht zurück, was bedeutete, dass 16 Planstellen der ZAIG unbesetzt waren. Die Schere zwischen vorhandenen Stellen und tatsächlichem Personalbestand öffnete sich weiter, als die ZAIG zum Jahr 1973 noch weitere 12 Stellen, aber nur zwei zusätzliche Mitarbeiter bekam. Nach wie vor gab es erhebliche Probleme bei der Kadergewinnung. Außerdem zeigte sich, dass einige der vorhandenen Mitarbeiter den zunehmenden Anforderungen »nicht mehr in vollem Maße gewachsen« waren.[252]

1974 war der Prozess der organisatorischen Differenzierung in der ZAIG vorläufig abgeschlossen und wurde in entsprechenden Organisations- und Stellenplänen fixiert. Als erstes konsolidierte sich das Profil des Bereiches 1, der bis Oktober 1975 noch unter der Leitung des altgedienten »Informationsarbeiters« Heinz Seidel stand. Sein Stellvertreter Günter Hackenberg war 1967 zur ZAIG gestoßen. Zuvor war er stellvertretender Kreisdienstellenleiter in Magdeburg gewesen und in einem dreijährigen Lehrgang an der JHS Potsdam zum »Diplom-Juristen« ausgebildet worden. Er arbeitete bis 1989 in dieser Dienststellung.

In der ZAIG/1 waren die klassischen Informationsaufgaben der Diensteinheit konzentriert, insbesondere die regelmäßige Einschätzung der »politisch-operativen« Lage und

250 Ebenda, Bl. 90–92.

251 Irmler an HA KuSch, Abteilung Kader: Einschätzung einiger Seiten der Entwicklung des politisch-ideologischen und politisch-moralischen Zustandes und der Kaderarbeit im Jahre 1972; BStU, MfS, ZAIG 8202, Bl. 50–63, hier 52.

252 Zusammenstellung zur Personalsituation der ZAIG o. D. (1972/73); BStU, MfS, ZAIG 7347, Bl. 33–36.

aktueller Einzelprobleme sowie die Berichterstattung gegenüber der Partei- und Staatsführung. Der im Zuge der Entspannungspolitik stark gewachsenen Bedeutung der Auswertung westlicher Publikationsorgane wurde durch die Einrichtung eines eigenen Arbeitsbereiches Rechnung getragen; die entsprechende Arbeitsgruppe 4 stand ebenfalls unter der Leitung eines »alten Hasen« der Informationsarbeit im MfS: Wolfgang Röhlig.[253] Zudem übernahm der Bereich 1 der ZAIG alle Zuarbeiten und Ghostwritertätigkeiten für den Minister, auch diejenigen, die der »Wahrnehmung seiner anderen gesellschaftlichen und staatlichen Funktionen«, etwa seiner Aufgaben als Volkskammerabgeordneter, dienten.[254] Die hierfür zuständige Arbeitsgruppe 5 war angesichts ihrer Bedeutung anfangs Irmler direkt unterstellt, was in der Praxis dazu führte, dass ihr Leiter Rudi Taube (ebenfalls seit 1959 in der Diensteinheit und zuvor im Auswertungsbereich der HV A tätig) auch andere übergeordnete Aufgaben (etwa im Bereich der Kaderplanung der ZAIG) übernahm.[255]

Im Kerngeschäft der ZAIG, der Lageeinschätzung und -berichterstattung, reproduzierte die Binnenstruktur des Bereiches 1 grob die Aufgabenteilung nach MfS-Stellvertreterbereichen: Die Arbeitsgruppe 1 befasste sich mit den Themenkomplexen, die grob der HV A zuzuordnen sind – im MfS-Jargon: »Grundprobleme« und »wichtige neue Erscheinungen der internationalen Klassenauseinandersetzung«. Sie war für die Verbindung mit der Auswertungsabteilung VII der HV A und die Auswertung der internen Informationen der Aufklärung für die anderen Arbeitsgruppen der ZAIG/1 zuständig,[256] nicht aber für den Inhalt der entsprechenden Berichterstattung an die Partei- und Staatsführung. Dieser wurde von der HV A selbst verantwortet, die Berichte wurden lediglich administrativ durch die ZAIG geschleust. Die Arbeitsgruppe 1 der ZAIG/1 wurde mit diesem Aufgabenprofil bis 1989 von Karl Oettel geleitet.

Die Arbeitsgruppe 2 war für die Lageeinschätzung auf den Arbeitsgebieten der operativen Diensteinheiten im Anleitungsbereich des Ministerstellvertreters Fritz Schröder (ab 1975 Rudi Mittig) verantwortlich, also der Hauptabteilungen XVIII (Volkswirtschaft), XIX (Verkehr) und XX (Staatsapparat, Kultur, Kirchen, Untergrund). Darüber hinaus befasste sie sich mit Analysen und Berichten zur gegnerischen Geheimdiensttätigkeit, obwohl sich die Hauptabteilung II (Spionageabwehr) im Anleitungsbereich des Ministerstellvertreters Bruno Beater befand. Im Einzelnen ging es um die Arbeitsgebiete:

- »Zentren der politisch-ideologischen Diversion« und gegnerische Geheimdienste,
- »Wirksamkeit der politisch-ideologischen Diversion und der gegnerischen Kontaktpolitik/Kontakttätigkeit auf dem Gebiet der DDR«,
- Probleme im Zusammenhang mit ausländischen Vertretungen in der DDR bzw. DDR-Vertretungen im »nichtsozialistischen Ausland«,
- Probleme auf dem Gebiet der Volkswirtschaft (»Störtätigkeit des Gegners«, Brände, Havarien, Arbeitskonflikte).[257]

Die Arbeitsgruppe 2 der ZAIG/1 wurde bis zum Schluss von Karl Großer geleitet. Sie verlor 1981 die mit den Sicherungsbereichen der Hauptabteilung XX zusammenhängenden Themen an die neu gebildete Arbeitsgruppe 6.

---

[253] ZAIG, Bereich 1, Vorlage über die Aufgaben und Struktur des Bereiches 1 v. 21.11.1973, bestätigt Irmler; BStU, MfS, ZAIG 7593, Bl. 1–33, hier 26–31.

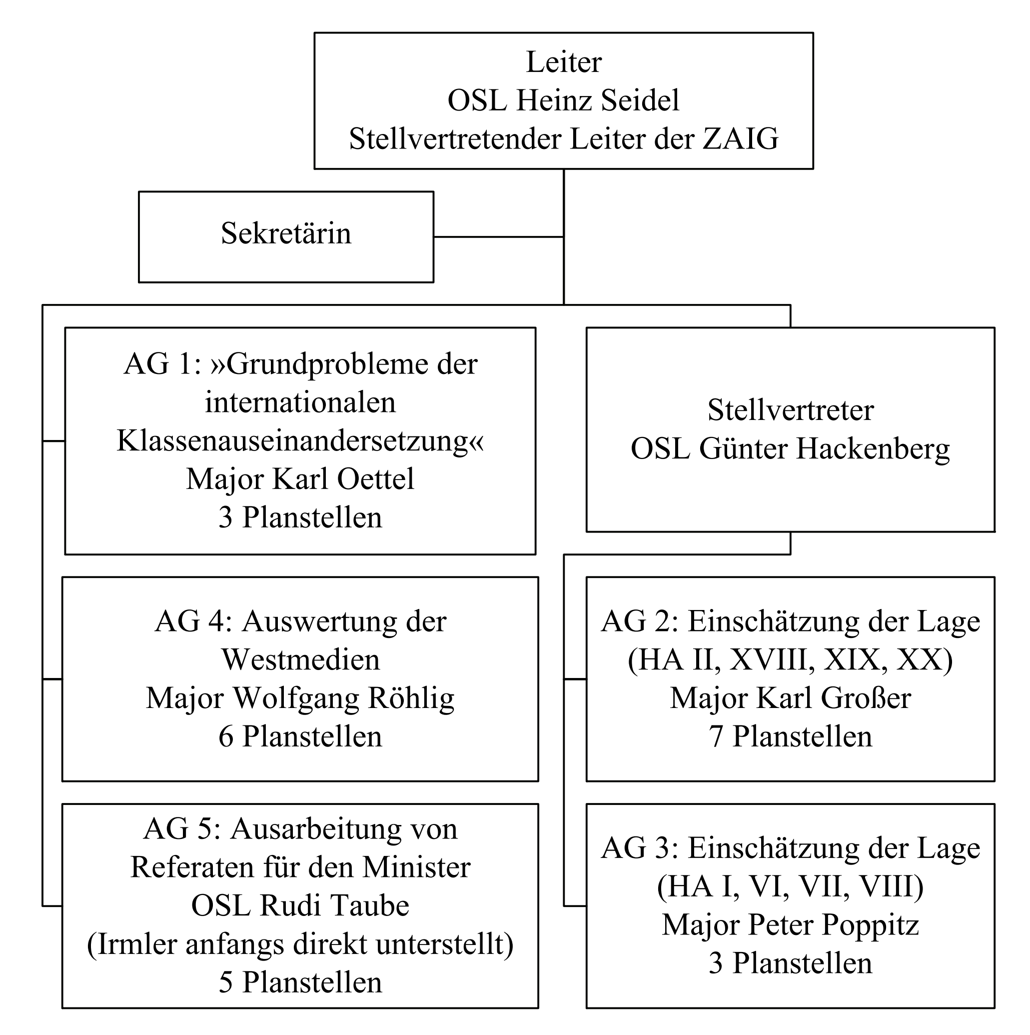
[254] Ebenda, Bl. 32 f.

[255] Jahresplan 1974 des Leiters der ZAIG v. 21.2. 1974; BStU, MfS, ZAIG 7402b, Bl. 217–294, hier 262 f.

[256] ZAIG, Bereich 1, Vorlage über die Aufgaben und Struktur des Bereiches 1 v. 21.11.1973, bestätigt Irmler; BStU, MfS, ZAIG 7593, Bl. 1–33, hier 3 u. 8–13.

[257] Ebenda, Bl. 14–18.

Abbildung 7
Bereich 1 der ZAIG 1974
Informations- und analytische Tätigkeit, Dokumentation (27 Planstellen)[258]



Die Arbeitsgruppe 3 befasste sich mit der Lageeinschätzung im übrigen Anleitungsbereich Beaters. Dies bezog sich in erster Linie auf die Aufgaben der Hauptabteilungen I (NVA, Grenztruppen), VI (grenzüberschreitender Verkehr) und VII (MdI, Volkspolizei). Dabei wurden folgende Arbeitsgebiete definiert:

– Probleme des grenzüberschreitenden Verkehrs (insbesondere solche, die sich aus den deutsch-deutschen Verträgen ergaben),
– Probleme des »ungesetzlichen Verlassens der DDR« und der Fluchthilfe (»staatsfeindlicher Menschenhandel«),
– Probleme der Landesverteidigung.[259]

Die Arbeitsgruppe 3 der ZAIG/1 wurde von Peter Poppitz mit im Wesentlichen unverändertem Aufgabenprofil bis zum Ende des MfS geleitet.

Auch die von den Arbeitsgruppen 2 und 3 erarbeiteten »Parteiinformationen« entsprachen zumeist weitgehend entsprechenden Vorlagen aus den Fachabteilungen. Mitte der siebziger Jahre waren Berichte zu den Themenfeldern »grenzüberschreitender Reisever-

---

[258] Ebenda, Bl. 1–33; außerdem Stellenplan der ZAIG v. 31.5.1974, bestätigt durch HA KuSch, Otto, 2.7.1974; BStU, MfS, ZAIG 7356, Bl. 1–12.
[259] Ebenda, Bl. 19–25.

kehr« und »Wirtschaft« quantitativ dominant, später verschob sich der Schwerpunkt in Richtung kirchliche und oppositionelle Aktivitäten.[260]

Der Bereich 2 der ZAIG stand bis 1989 unter der Leitung von Karl Bausch. Kernstück des Bereiches war das Aufgabengebiet der 1968 in der ZAIG aufgegangenen Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle (AG AuK), das in der Arbeitsgruppe 1 verankert war. Diese stand bis 1985 unter der Leitung von Willi Opitz, einem ehemaligen Lehrstuhlleiter und späteren Rektor der Juristischen Hochschule, der 1966/1967 kurzzeitig Mitarbeiter bzw. Brigadeleiter der AG AuK gewesen war und von Irmler noch vor ihrer Auflösung in die ZAIG geholt wurde. In der Arbeitsgruppe 1 der ZAIG/2 ging es in erster Linie um die Durchführung und Auswertung von zentralen Kontrolleinsätzen und Untersuchungen »auf der Grundlage des vom Minister bestätigten Jahresplanes bzw. entsprechend den aktuellen politisch-operativen Erfordernissen und direkten Weisungen des Ministers und seines 1. Stellvertreters«.[261] Sie bestand anfangs aus zwei Kontrollbrigaden und zwei zusätzlichen Mitarbeitern mit analytisch-dokumentarischen und statistischen Sonderaufgaben. Der Aufgabenbereich der beiden Kontrollbrigaden bezog sich, ähnlich wie bei den Arbeitsgruppen 2 und 3 der ZAIG/1, weitgehend auf die jeweiligen Anleitungsbereiche der Ministerstellvertreter Mittig und Beater. Die Kontrollbrigade I, anfangs noch unter der Leitung des aus der AG Anleitung und Kontrolle stammenden Artur Hoffmann, war vor allem für die Hauptabteilungen II (Spionageabwehr), XVIII (Volkswirtschaft), XIX (Verkehr) und XX (Staatsapparat, Kultur, Kirchen, Untergrund) sowie für die Zentrale Arbeitsgruppe Geheimnisschutz (ZAGG) zuständig. Inhaltlich handelte es sich um die Aufgabenfelder:

– Sicherung zentraler gesellschaftlicher, staatlicher und wirtschaftsleitender Organe,
– Sicherung ausländischer Vertretungen, Militärverbindungsmissionen, Korrespondenten,
– Sicherung von besonders gefährdeten Personenkreisen (Geheimnisträger, Reisekader, Spitzensportler u. a.),
– Spionage, Geheimschutz,
– »Diversion« und »ökonomische Störtätigkeit«,
– »Staatsfeindliche Hetze, politisch-ideologische Diversion, Kontaktpolitik«.[262]

Darüber hinaus gab es eine grundsätzliche Verantwortlichkeit der Kontrollbrigade I für die HV A und die Arbeitsgruppe des Ministers sowie für die nichtoperativen Diensteinheiten Hauptabteilung Kader und Schulung und Verwaltung Rückwärtige Dienste (VRD). Unter territorialen Gesichtspunkten war sie außerdem für die Verwaltungen Groß-Berlin und »Wismut« sowie für die Bezirksverwaltungen Rostock, Neubrandenburg, Potsdam und Frankfurt/O., Dresden und Karl-Marx-Stadt zuständig.[263]

Die unter der Leitung von Heinz Dahms stehende Kontrollbrigade II war im Grundsatz für die Hauptabteilungen I (NVA, Grenztruppen) VI (grenzüberschreitender Verkehr), VII (MdI, Volkspolizei), VIII (Beobachtung/Ermittlung) und IX (strafrechtliche Untersuchungen) zuständig, was inhaltlich folgenden Aufgabenkomplexen entsprach:

– Sicherung der Staatsgrenzen,
– Sicherung der bewaffneten Organe (NVA, DVP, Kampfgruppen u. a.),
– Sicherung des Einreise-, Ausreise- und Transitverkehrs,

---

260 Suckut, Siegfried: Seismographische Aufzeichnungen. Der Blick des MfS auf Staat und Gesellschaft in der DDR am Beispiel der Berichte an die SED-Führung 1976. In: Gieseke (Hg.): Staatssicherheit und Gesellschaft (Anm. 49), S. 98–128, hier 104; Joestel, Frank: Die zentralen »Parteiinformationen der Staatssicherheit im Jahre 1988. In: ebenda, S. 129–156.

261 ZAIG, Bereich 2, Aufgaben und Struktur des Bereiches 2 v. 8.5.1974, bestätigt Irmler; BStU, MfS, ZAIG 7593, Bl. 34–77, hier 37.

262 Ebenda, Bl. 53.

263 Ebenda, Bl. 54 f.

- strafrechtliche Untersuchungstätigkeit, Ermittlung/Beobachtung,
- »Ungesetzliches Verlassen der DDR«, organisierte Fluchthilfe (»Staatsfeindlicher Menschenhandel«),
- Waffendelikte.[264]

Die territoriale Zuständigkeit der Brigade II erstreckte sich auf die Bezirksverwaltungen Schwerin, Magdeburg, Halle, Leipzig, Gera, Erfurt und Suhl. Die Verantwortung für die Bezirksverwaltung Cottbus nahm ein außerhalb der Kontrollbrigaden angesiedelter Offizier für Sonderaufgaben wahr.[265]

Bei der Kontrolltätigkeit ging es weniger um die Aufdeckung einzelner Missstände, sondern häufiger um eine grundsätzliche Bewertung der sogenannten »operativen Grundprozesse«, also vor allem der Arbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern und der operativen Vorgangsbearbeitung (OV, OPK) sowie deren »Führung und Leitung«. Daher waren dem Kontrollbereich zwei Offiziere für Sonderaufgaben zugeordnet, die keiner Kontrollbrigade angehörten und mit Auswertungen, Analysen und der sogenannten Einheitlichen Operativen Statistik (EOS) befasst waren, die der »Einschätzung des Standes und der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit« dienen sollten.[266]

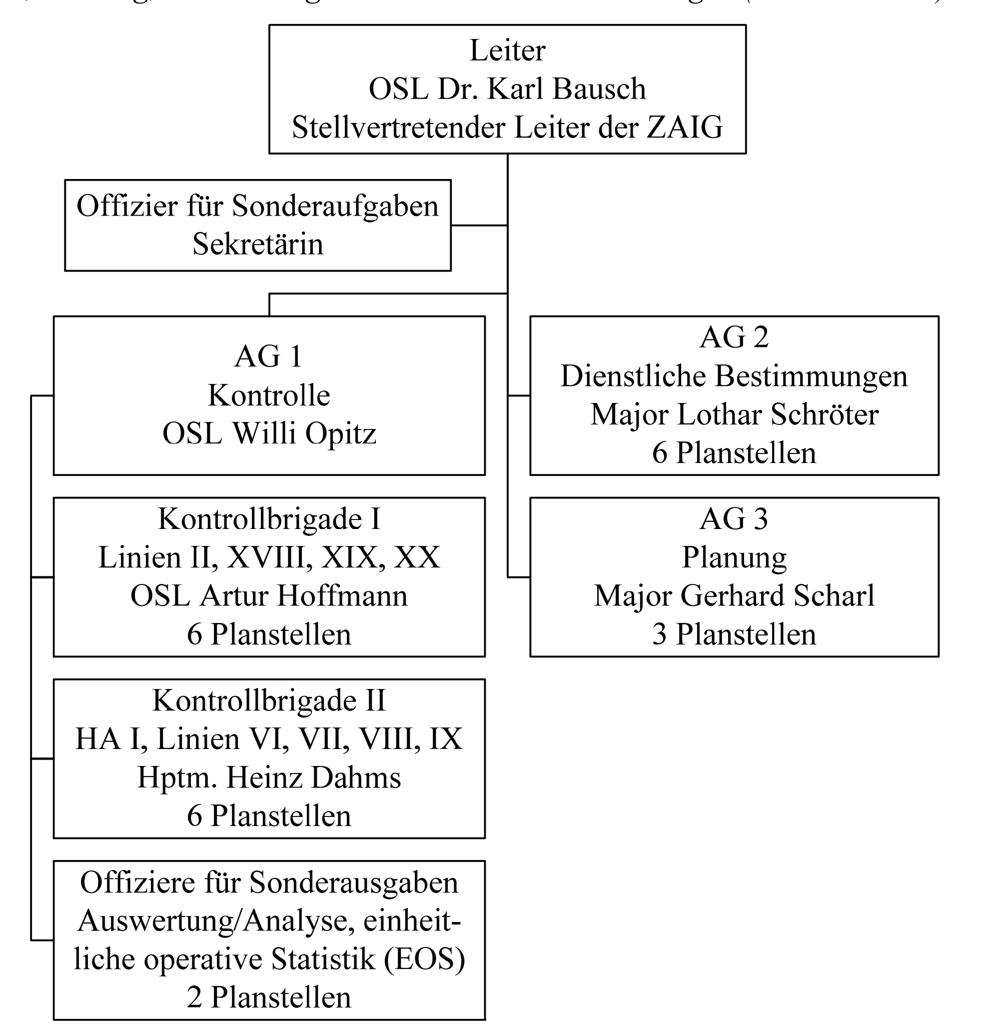
Die Arbeitsgruppe 2 der ZAIG/2 stand bis April 1989 unter Leitung von Lothar Schröter und war für das Aufgabenfeld »Dienstliche Bestimmungen« zuständig. Dabei ging es um die »Erarbeitung von entscheidungsgerechten Entwürfen dienstlicher Bestimmungen und Weisungen zur politisch-operativen Arbeit und deren Führung und Leitung« im Auftrag des Ministers und seiner Stellvertreter, um Stellungnahmen zu Entwürfen, die von den Ministerstellvertretern, dem Leiter der Arbeitsgruppe des Ministers oder den Leitern von Diensteinheiten bei Mielke eingereicht wurden, sowie um die Beratung und Unterstützung der Diensteinheiten bei der Ausarbeitung solcher Entwürfe.[267]

Die für Planungsprozesse zuständige Arbeitsgruppe 3 der ZAIG/2 wurde bis 1989 von Gerhard Scharl geleitet, der zuvor in der Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle stellvertretender Brigadeleiter war. Sie hatte den Erfahrungsaustausch unter den Planungsoffizieren der verschiedenen Diensteinheiten zu organisieren und gegebenenfalls für die entsprechende Anleitung der anderen Diensteinheiten zu sorgen. Kernaufgabe war die maßgebliche Mitwirkung an der zentralen Planvorgabe des Ministers für die Perspektiv- und Jahresplanung der »politisch-operativen Arbeit«. Darüber hinaus hatte die Arbeitsgruppe 3 im Auftrag des Ministers oder seiner Stellvertreter »Kontrollen über die Erfüllung bedeutsamer Plankennziffern« durchzuführen. Bemerkenswert ist, dass in diesem Arbeitsbereich, der aus dem Sachgebiet »Prognose und Planung« entstanden war, 1974 Prognoseaufgaben schon keine Rolle mehr spielten. Von dem ursprünglichen Vorhaben blieb lediglich die Aufgabenbeschreibung »Schaffung von Voraussetzungen zur perspektivischen Lösung von Prognoseaufgaben in Abhängigkeit von entsprechenden zentralen Voraussetzungen«. Offenbar hatte sich das ehrgeizige Prognoseprojekt, mit dem Irmler 1970 an der JHS promoviert hatte, als unpraktikabel erwiesen.[268]

---

[264] Ebenda, Bl. 54.
[265] Ebenda, Bl. 55 f.
[266] Ebenda. Bl. 56 f.
[267] Ebenda, Bl. 58–67.
[268] Ebenda, Bl. 68.

Abbildung 8
Bereich 2 der ZAIG 1974
Kontrolle, Planung, Erarbeitung von dienstlichen Bestimmungen (27 Planstellen)[269]



Der von Harry Bochmann geleitete und für die EDV zuständige Bereich 3 war nach Planstellen bereits 1974 zur deutlich größten Struktureinheit der ZAIG angewachsen. Seit den Anfängen arbeitete der Bereich am zentralen EDV-Projekt des MfS mit der Bezeichnung »Zentrales Erfassungs-, Informationsverarbeitungs- und Auskunftssystem über operativ interessierende Personen und operativ relevante Sachverhalte« (ZEVAS), das als Dach für mehrere Datenbankteilprojekte fungierte. Das wichtigste Teilprojekt der ZAIG/3 war die Zentrale Personendatenbank, die fast ein Jahrzehnt bis zum Erreichen der Praxistauglichkeit benötigte. Schneller wurden einige kleinere und weniger komplexe Projekte für einzelne Diensteinheiten realisiert, etwa 1972 die mit den Informationen aus der zentralen Personenkartei (F 16) gefütterte Datenbank SAVO (»System der automatischen Vorauswahl«) der Registratur- und Archivabteilung XII.[270] Im selben Jahr wurde auch die erste Aufbaustufe der Datenbank AGV (»Antrags- und Genehmigungsverfahren zur Einreise von Bürgern westlicher Staaten«) für die Hauptabteilung VI fertiggestellt. Das Projekt konnte auf einer schon vorhandenen Datenbank aufbauen, die die Arbeitsgruppe zur Sicherung des Reiseverkehrs, eine Vorläuferin der Hauptabteilung VI und Vorreiterin der EDV-Anwendung im MfS, im Zuge der Passierscheinaktionen bereits in den sechziger

---

[269] Ebenda, Bl. 34–77.
[270] Jahresplan 1972 des Leiters der ZAIG v. 9.6.1972; BStU, MfS, ZAIG 7402a, Bl. 68–230, hier 86.

Jahren eingerichtet hatte.[271] Im Jahr 1974 folgten das Datenverarbeitungsprojekt »Dienstliche Bestimmungen« für das Büro der Leitung und auch schon die erste Teildatenbank des »Systems der Information und Recherche der Aufklärung« für den Sektor Wissenschaft und Technik der HV A.[272]

Im Hardwarebereich stützten sich diese Projekte unter anderem auf Siemens-Großrechner, die das MfS im September 1970 in seinem Rechenzentrum in der Wuhlheide (Abteilung XIII) installiert hatte,[273] was die DDR-Staatssicherheit sogar gegenüber dem KGB verheimlichte. Aus einer Konzeption Irmlers für ein Gespräch mit Alexander A. Schamilow, dem stellvertretenden Leiter der Auswertungs- und Informationsabteilung der II. Verwaltung des KGB, im Oktober 1971 ist zu ersehen, dass das MfS in dieser Sache äußerst zugeknöpft agierte. Es sollten dem Gesprächspartner lediglich »erste Vorstellungen zur EDV-Einsatzvorbereitung […] ohne Aufschluss über den erreichten Stand« gegeben werden. »Über die Existenz des Rechenzentrums, insbesondere die installierten EDV-A[nlagen] sollen keine Angaben erfolgen«.[274] Auch bei einem Treffen mit sowjetischen Kollegen im Mai 1973 in Moskau ließen sich die deutschen Tschekisten nicht in die Karten schauen, weil ihnen hierfür offenbar eine Autorisierung durch Mielke fehlte. Die Kollegen von der Hauptverwaltung I (Aufklärung) des KGB wussten zwar offensichtlich (aus eigenen Quellen) Bescheid und stellten die Frage, wie das MfS denn die Beschaffung der Siemens-Anlagen nachrichtendienstlich abgedeckt habe. Sie ließen durchblicken, dass sie über die Verwendung der von Siemens entwickelten Software GOLEM durch das MfS im Bilde waren. Bochmann dementierte jedoch wahrheitswidrig die schon seit fast drei Jahren erfolgende Verwendung der Siemens-Technik.

Doch trotz dieses im Verkehr mit dem »Bruderorgan« äußerst ungewöhnlichen Verhaltens, das auf einen grundlegenden Interessenkonflikt im Bereich des EDV-Einsatzes schließen lässt, stellte sich das MfS langfristig auf eine Nutzung der 1968 im RGW-Rahmen vereinbarten standardisierten elektronischen Datenverarbeitung ESER (»Einheitliches System Elektronischer Rechentechnik«) ein. Dies geschah jedoch, wie Bochmann 1973 kritisch festhielt, »unter Beachtung der Tatsache, dass die vorhandene Technik den Anforderungen [noch] nicht entspricht«. Im Bereich der peripheren Geräte sei die Situation unbefriedigend und bei der Software sei nicht erkennbar, dass in absehbarer Zeit adäquate Produkte vorlägen, sodass das MfS eigene Entwicklungen unter Einbeziehung des Forschungszentrums Robotron weiterverfolgen müsse.[275] So ging das MfS in den siebziger Jahren EDV-technisch zunächst weitgehend eigene Wege, und einiges spricht dafür, dass der Mielke-Apparat hier konzeptionell und organisatorisch elaborierter vorging als das große »Bruderorgan«.[276] Dabei war von erheblicher Bedeutung, dass im MfS – im Unterschied zum KGB – seit 1969 eine zentrale Verantwortung für den EDV-Einsatz bei der ZAIG bestand.

---

[271] Vgl. Tantzscher, Monika: Hauptabteilung VI: Grenzkontrollen, Reise- und Touristenverkehr (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 2005, S. 75–78 (unter www.bstu.de auch als Download).

[272] Allgemein zur Geschichte der EDV im MfS: Konopatzky, Stephan: Dokumentation BStU, MfS, HVA/MD 1–6 SIRA, S. 8–12 (unveröffentlichtes Manuskript Februar 2007). Zu den 1974 fertiggestellten Projekten: Jahresplan 1974 des Leiters der ZAIG v. 21.2.1974; BStU, MfS, ZAIG 7402b, Bl. 217–294, hier 247 f.

[273] Konopatzky: Dokumentation; BStU, MfS, HVA/MD 1–6 SIRA, S. 10.

[274] Konzeption Irmlers für die Beratung mit Oberst Schamilow, Alexander Alexandrowitsch, Stellvertretender Leiter der Auswertung und Information der II. Verwaltung des KGB v. 23.10.1971; BStU MfS, ZAIG 5627a, Bl. 101–103.

[275] Reisebericht v. Bochmann v. 1.7.1973 zum Besuch der ESER-Ausstellung 1973 in Moskau; BStU, MfS, ZAIG 5627a, Bl. 56–83.

[276] Vgl. die Ausführungen im Bericht über die Gespräche mit Alexander Schamilow (II. HV des KGB) o. D. (Oktober 1971); BStU, MfS, ZAIG 5627a, Bl. 104–114.

Mit der im Oktober 1973 von Mielke erlassenen Ordnung zur Erarbeitung von Datenverarbeitungsprojekten in den Diensteinheiten des MfS (»Projektierungsordnung«) wurde die Federführung der ZAIG im Bereich des EDV-Einsatzes nochmals detailliert festgeschrieben. Auch die Diensteinheiten, die über eigene EDV-Arbeitsgruppen verfügten und die daher konzeptionelle Arbeiten selbst übernehmen konnten, wie die HV A, die HV B (ab 1974 VRD), die Hauptabteilung VI und die selbstständige Abteilung XII (Registratur), standen hierbei unter der Anleitung und Kontrolle der ZAIG. Zum Abschluss der ersten beiden Projektphasen (Teil I: Studie, Teil II: Projekt) hatte Irmler dem Minister das Projekt jeweils zur Bestätigung zu unterbreiten, bevor es der Abteilung XIII zur Programmierung (Teil III) übergeben wurde.[277]

Trotz ihrer Größe blieb die ZAIG/3 zunächst organisatorisch wenig ausdifferenziert. Sie bestand in den siebziger Jahren nur aus zwei Arbeitsgruppen. Die Arbeitsgruppe 1 wurde von der »rechten Hand« Bochmanns, Hans-Wilhelm Geiß, geleitet, einem gelernten Ingenieurökonom, der erst seit 1969 in der ZAIG tätig war. Diese Arbeitsgruppe war im Wesentlichen für die übergeordneten Aufgaben zuständig. Ihr Arbeitsgebiet 1, das zunächst nur mit einer einzigen Planstelle unterlegt war, umfasste die Grundsatzaufgaben im Bereich EDV. In den Arbeitsgebieten 2 bis 4 waren Projektierungsarbeiten (vor allem für die ZPDB) bzw. die Anleitung von Projektierungsarbeiten anderer Diensteinheiten angesiedelt.

Das nach der Planung mit zehn Stellen für OibE unterlegte Arbeitsgebiet 5 sollte sich mit der Entwicklung von Software (»Systemunterlagen«) befassen.[278] Dieser Bereich bestand 1974 allerdings lediglich auf dem Papier. Erst im Juni 1975 erarbeitete Bochmann einen ersten Operationsplan zur Nutzung von Forschungskapazitäten des Kombinates Robotron für die Entwicklung der Software für die geplante große Personendatenbank des MfS. Dieser sah die Einrichtung eines »Entwicklerkollektivs« im Bereich Softwareentwicklung des Zentrums für Forschung und Technik von Robotron vor, das legendiert die Programmierarbeit für das MfS verrichten sollte.[279] Der Kern dieses Teams musste in den realen Hintergrund seiner Tätigkeit eingeweiht werden, auch weil geplant war, die Programmierer bei der Testung und Systembetreuung im Rechenzentrum des MfS einzusetzen. So wurde nach den Sicherheitsmaßstäben des MfS eine Verpflichtung der betreffenden Mitarbeiter als Offiziere im besonderen Einsatz notwendig. Die hierfür benötigten zwölf OibE-Planstellen wurden im Februar 1977 geschaffen. Die OibE-Gruppe sollte unter der Leitung eines ehemaligen Programmierers der Abteilung XIII des MfS arbeiten, der als OibE in das Forschungszentrum Robotron entsandt wurde.[280]

---

[277] Ordnung zur Erarbeitung von Datenverarbeitungsprojekten in den Diensteinheiten des MfS (Projektierungsordnung) v. 16.10.1973; BStU, MfS, BdL/Dok. 1349.

[278] ZAIG, Bereich 3, Aufgabenstellung und Struktur des Bereiches 3 der ZAIG v. 13.5.1974, bestätigt Irmler; BStU, MfS, ZAIG 7593, Bl. 78–137, hier 97–121.

[279] Operationsplan Nr. 1 v. 29.6.1975 (erarbeitet vom Leiter der ZAIG/3 Harry Bochmann, bestätigt von Irmler) zur Durchführung der Aufgabenstellung, die sich aus der vom Minister bestätigten Vorlage v. 16.11.1973 »Zu Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der Nutzung von Forschungskapazitäten des Kombinates Robotron für die Entwicklung und Bereitstellung speziell benötigter Soft- und Hardware zur Realisierung der Personendatenbank des MfS« stehen, ergibt; BStU, MfS, ZAIG 7379, Bl. 1–11.

[280] Irmler an HA KuSch, Walter Otto persönlich, v. 29.12.1976: Bereitstellung von Planstellen für Offiziere im Besonderen Einsatz (OibE) der ZAIG ab 1977; BStU, MfS, ZAIG 8788, Bl. 78 f.; Otto an Irmler v. 28.2.1977: Bestätigung der OibE-Planstellen; ebenda, Bl. 20.

Abbildung 9
Bereich 3 der ZAIG 1974
Einsatzvorbereitung und Nutzung der EDV und Mikrofilmtechnik (38 Planstellen)[281]

Leiter
OSL Dr. Harry Bochmann
Stellvertretender Leiter
der ZAIG

Sekretärin

Arbeitsgruppe 1 Major Hans-Wilhelm Geiß	Arbeitsgruppe 2 Hptm. Dieter Kluth
Arbeitsgebiet 1 Grundsatzaufgaben 1 Planstelle	Arbeitsgebiet 1 Weiterentwicklung der ZPDB und verwandter Projekte, Thesauruspflege 3 Planstellen
Arbeitsgebiet 2 Projektierung der Zentralen Personendatenbank (ZPDB) 4 Planstellen	Arbeitsgebiet 2 Erarbeitung von Rechercheprogrammen und Recherchedurchführung 2 Planstellen
Arbeitsgebiet 3 Projektierung und Realisierung von Datenverarbeitungsprogrammen ausgewählter Diensteinheiten 1 Planstelle	Arbeitsgebiet 3 Anleitung und Kontrolle der Datenerfassungsorganisation 3 Planstellen
Arbeitsgebiet 4 Projektierung und Realisierung von Projekten der Information und Dokumentation 1 Planstelle	Arbeitsgebiet 4 Datenschutz, Datensicherung 7 Planstellen
Arbeitsgebiet 5 Entwicklung von »Systemunterlagen« (Software) 10 Planstellen (OibE)	Mitarbeiter für Datenerfassung 1 Planstelle
Mitarbeiter für Auswertung und Dokumentation 1 Planstelle	

281 Ebenda, Bl. 78–137.

In der Arbeitsgruppe 2 waren die stärker anwendungsorientierten Arbeitsbereiche verankert. Sie stand unter der Leitung des ehemaligen NVA-Artillerietechnikers und Diplom-Ökonomen Dieter Kluth, der ebenfalls erst mit dem Aufbau des EDV-Bereichs 1969 von der Kreisdienststelle Berlin-Köpenick zur ZAIG kam. Ihr Arbeitsgebiet 1 war für die zu erwartenden Systemanpassungen und die Thesauruspflege beim Projekt ZPDB zuständig (während sich das Arbeitsgebiet 2 der Arbeitsgruppe 1 mit den grundsätzlicheren Problemen der ZPDB zu befassen hatte). Die Aufgaben umfassten auch die Anleitung und Kontrolle anderer Diensteinheiten, die auf der Basis der vorhandenen Software Projekte entwickelten, die in einer engen Beziehung zur ZPDB standen. Das Arbeitsgebiet 2 befasste sich mit dem Informationsbedarf der MfS-Leitungsebene und den sich daraus ergebenden Rechercheanforderungen. Es hatte für die inhaltliche Gestaltung der Rechercheprogramme und deren Realisierung zu sorgen. Das Arbeitsgebiet 3 war für die Organisation der Datenerfassung zuständig, das heißt »für die Durchsetzung einer nach einheitlichen Prinzipien aufgebauten Organisation der Datenerfassung einschließlich des zu realisierenden Änderungsdienstes sowie des Datentransportes zwischen den Diensteinheiten und dem Zentralen Rechenzentrum des MfS«. Das Arbeitsgebiet 4 »Datenschutz/Datensicherung« war für die Datensicherheit im zentralen Rechenzentrum des MfS und für die entsprechende Anleitung der Anwender-Diensteinheiten verantwortlich. Die »Konspiration und Geheimhaltung« beim Umgang mit elektronischen Datenträgern war Mielke so wichtig, dass er die Einrichtung und Tätigkeit dieser Arbeitsgruppe in einem eigenen Befehl und einer dazugehörigen Durchführungsbestimmung detailliert selbst regelte. Die Mitarbeiter dieses Arbeitsbereiches erhielten die Bezeichnung »Datenschutzbeauftragte«.[282] Der außerhalb der einzelnen Arbeitsgebiete angesiedelte Mitarbeiter für Datenerfassung befasste sich mit der Umsetzung von Informationen aller Art (inklusive der Thesauri) in eine maschinenlesbare Form.[283]

Der Bereich 4 wurde unter der Aufgabenbezeichnung »Informationssystem« bis 1973 lediglich als eine dem Leiter der ZAIG direkt unterstellte Arbeitsgruppe geführt. 1974 erfolgte die Aufwertung zum Bereich mit der Aufgabenzuweisung »einheitliche Gestaltung und Weiterentwicklung des politisch-operativen Informationssystems«. Allerdings hatte der Bereich 4 nicht den gleichen Rang wie die Bereiche 1 bis 3, denn sein Leiter Lothar Schwock übte nicht wie die Leiter dieser Bereiche gleichzeitig die Funktion eines Stellvertreters von Irmler aus. Schwock, der seit 1963 als Leiter der Informationsgruppe (ab 1965 AIG) der Bezirksverwaltung Frankfurt/O. fungierte und 1963 bis 1968 ein Fernstudium als Diplom-Kriminalist an der Humboldt-Universität absolvierte, war ein wichtiger Helfer Irmlers bei der Weiterentwicklung des Informations- und Auswertungssystems gewesen, bevor er von ihm 1971 zur ZAIG geholt wurde.

Grundsätzlich war die ZAIG/4 mit der Federführung bei der Umsetzung und Fortentwicklung der aus dem Befehl 299/65 sowie seinen Ergänzungs- und Zusatzbestimmungen resultierenden Aufgaben der Auswertung und Information betraut. Hierzu gehörte auch die Entwicklung entsprechender Hilfsmittel, sofern sie manueller Natur waren. Im Mai 1974 vollzog sich mit der einheitlichen Einführung der sogenannten Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskarteien (VSH-Karteien) in dieser Hinsicht ein weiterer Entwicklungsschritt.[284] Es handelte sich um eine personenbezogene Karteiform, die vor allem in den unselbstständigen operativen Abteilungen sowie den Kreis- und Objektdienststellen zu

---

[282] Befehl 18/74 Mielkes v. 12.7.1974; BStU, MfS, BdL/Dok. 1958; 1. DB Mielkes v. 12.7.1974 zum Befehl 18/74; BStU, MfS, BdL/Dok. 1959.

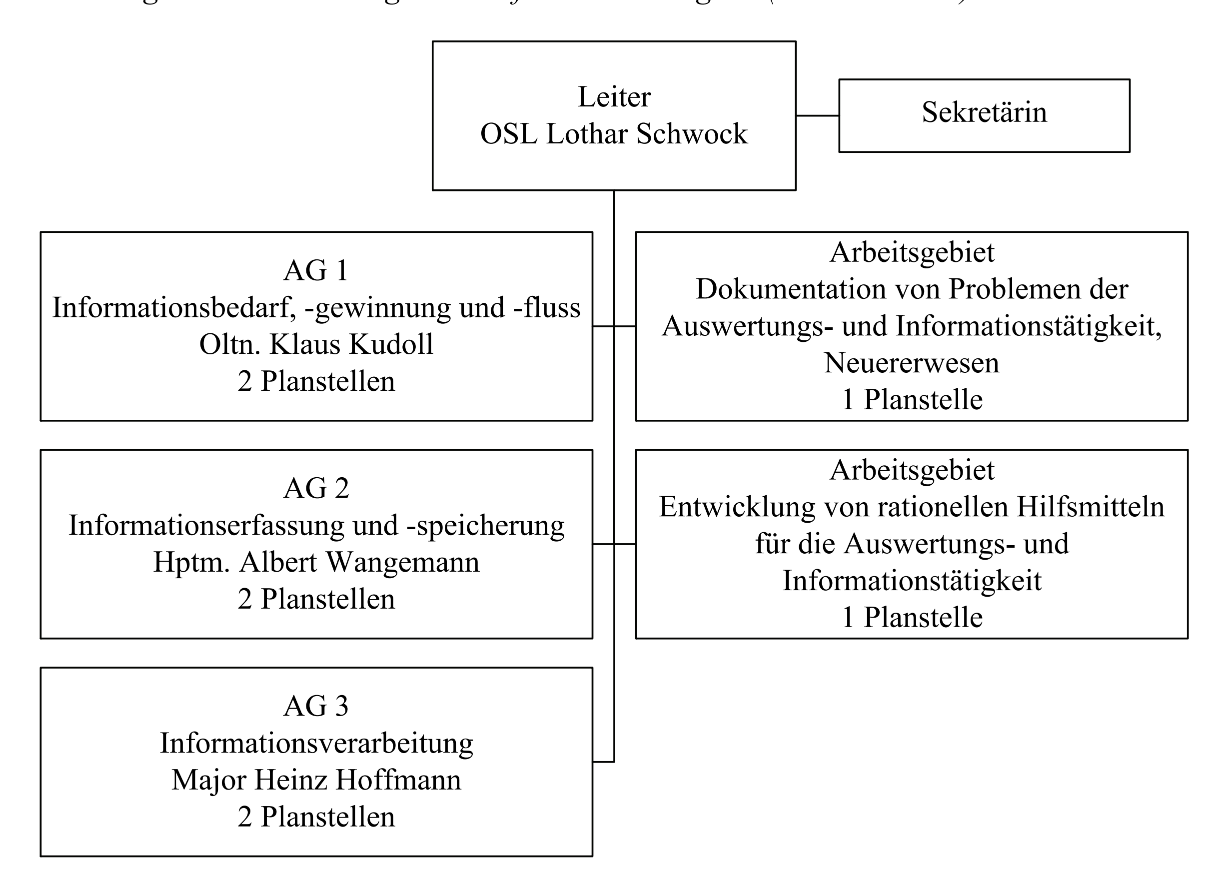
[283] ZAIG, Bereich 3, Aufgabenstellung und Struktur des Bereiches 3 der ZAIG v. 13.5.1974, bestätigt Irmler; BStU, MfS, ZAIG 7593, Bl. 78–137, hier 122–136.

[284] 3. DB v. 20.5.1974 zum Befehl 299/65: Der Aufbau und die Arbeit mit Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskarteien in den operativen Diensteinheiten des MfS; BStU, MfS, BdL/Dok. 3903.

führen war, also eine Ebene unterhalb der Diensteinheiten, in denen es eine Auswertungs- und Informationsgruppe (AIG) gab. Sie durften aber zusätzlich auch in den AIG selbst geführt werden. In diesen VSH-Karteien sollten diejenigen Informationen erfasst werden, »die aufgrund ihrer geringeren operativen Bedeutsamkeit noch nicht in die nach Befehl 299/65 zu führenden Kerblochkarteien aufzunehmen« waren und zu denen somit »vorerst keine aktive Erfassung« in der zentralen Personenkartei des MfS (F 16) erfolgte.

Die Arbeitsgruppe 1 befasste sich mit den inhaltlichen Anforderungen an die Auswertungs- und Informationstätigkeit sowie mit der Festlegung von Informationsflussregelungen. Die Arbeitsgruppe 2 war für Mittel und Verfahren zur Speicherung von »politisch-operativen« Informationen, also in erster Linie für die Ausgestaltung des Auswertungsprozesses mittels der Kerblochkarteien, zuständig. Im Hinblick auf die Umsetzung dieser Aufgabe mithilfe der EDV hatte sie eine »ständige Abstimmung und Koordinierung« mit dem Bereich 3 der ZAIG zu gewährleisten. Die Arbeitsgruppe 3 des Bereichs 4 bekam die »Weiterentwicklung der Grundsätze und Methodik der Informationsverarbeitung« zugewiesen, insbesondere die Umsetzung in Analysen und Statistiken. Darüber hinaus wurde jeweils eine Stelle für Dokumentation/Neuererwesen und für die Entwicklung von Hilfsmitteln für das Informationssystem geschaffen.[285]

Abbildung 10
Bereich 4 der ZAIG 1974
Grundlagen der Auswertungs- und Informationstätigkeit (10 Planstellen)[286]



285 Struktur des Bereiches 4 der ZAIG v. 15.3.1974, bestätigt Irmler; BStU, MfS, ZAIG 7593, Bl. 138–149.
286 Ebenda.

3.2.2 Weiterentwicklung des Auswertungs- und Informationssystems 1975–1979

Die vom Bereich 4 gepflegten »manuellen« Verfahren der Informationsspeicherung und Auswertung erfuhren in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre entscheidende Neuerungen. So wurde im März 1975 in den Auswertungs- und Informationsgruppen der Bezirksverwaltungen die sogenannte Dokumentation, eine Ablage für Dokumente mit bedeutsamem Inhalt, mit »verdichteten politisch-operativen Informationen«, verbindlich eingeführt. Diese Dokumentenablage wurde von einer Sichtlochkartei und einer Dokumentenkartei erschlossen. Die inhaltliche Erschließung lief über Deskriptoren und Modifikatoren, die von entsprechenden Sichtlochkarten repräsentiert wurden, auf der die Zuordnung zu den Dokumenten durch eine entsprechende Lochung der Dokumentationsnummer festgehalten wurde. In der nach Dokumentationsnummern fortlaufend aufgebauten Dokumentenkartei waren die einzelnen Dokumente und die ihnen zugeordneten Deskriptoren verzeichnet.[287]

An der Spitze des Bereichs 1 vollzog sich 1975 eine bedeutsame personelle Veränderung. Heinz Seidel wurde aus gesundheitlichen Gründen als Leiter abgelöst und als Offizier für Sonderaufgaben zum persönlichen Referenten Irmlers gemacht. Neuer Leiter des Bereiches 1 wurde der bisherige Leiter der Arbeitsgruppe 5 der ZAIG/1, Rudi Taube, bis dahin für die Ausarbeitung der Referate des Ministers verantwortlich. Als Leiter der Arbeitsgruppe 5 rückte Karl Fischer aus demselben Arbeitsbereich nach; Fischer kam ursprünglich aus der Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle, wo er Brigadeleiter gewesen war. Diese Personalentscheidungen, die mit Mielke abgesprochen waren, scheinen nicht ganz einfach zu vermitteln gewesen zu sein, denn Irmler notierte sich dazu für die Dienstbesprechung am 10. März 1975: »Diskussionen konsequent entgegentreten«.[288] Die Veränderungen wurden zum 1. Oktober 1975 wirksam.[289]

Im selben Jahr wurde in der ZAIG/1 eine neue Arbeitsgruppe mit dem Aufgabenfeld »Dokumentation« unter der Leitung von Rudolf Turber eingerichtet. Turber, seit 1955 in unterschiedlichen Funktionen in der Hauptabteilung V bzw. XX tätig, war zuletzt Leiter der Arbeitsgruppe Auswertung und Information gewesen. Er hatte 1957 bis 1962 an der Karl-Marx-Universität Leipzig ein Fernstudium als Diplom-Journalist absolviert und war an derselben Hochschule 1970 promoviert worden. Bis 1989 blieb er Leiter dieser Diensteinheit.

Erwähnenswert sind 1975 auch die Aktivitäten der ZAIG in einigen Bereichen, die eine erhebliche Auswirkung auf die künftige Arbeit des MfS haben sollten:

- ein zentraler Kontrolleinsatz zur Überprüfung von Qualität und Wirksamkeit »bei der Suche, Auswahl und Gewinnung von IM und die Zusammenarbeit mit neu geworbenen IM«, dessen Ergebnisse in die Neufassung der IM-Richtlinie münden sollten,
- die Ausarbeitung eines »entscheidungsreifen« Entwurfs einer »Richtlinie zur Entwicklung und Bearbeitung operativer Vorgänge«, die im Folgejahr als Richtlinie 1/76 erlassen wurde und diese zentrale Vorgangsart des MfS überhaupt erstmals umfassend regelte,
- die Erarbeitung mehrerer »komplexer« Dienstanweisungen, die sich aus der Intensivierung des innerdeutschen Reiseverkehrs ergaben,[290]

---

[287] Anlage 7 v. 20.3.1975 zum Befehl 299/65: Grundsätze und Verfahrensweise zur Dokumentation von verdichteten politisch-operativen Informationen auf Sichtlochkartenbasis; BStU, MfS, BdL/Dok. 3910.

[288] Dienstbesprechung – handschriftliche Notizen o. D. (Februar/März 1975); BStU, MfS, ZAIG 7861, Bl. 108–110.

[289] Rundschreiben des Büros der Leitung, gez. Ludwig, an Diensteinheiten v. 15.10.1975; BStU, MfS, BdL/Dok. 4882.

[290] Es handelt sich um die DA 3/75: Politisch-operative Sicherung der Einreisen von Personen aus den nichtsozialistischen Staaten und Westberlin und ihres Aufenthaltes in der DDR (BdL/Dok. 3756), die DA 4/75: Politisch-operative Sicherung des Reiseverkehrs von Bürgern der DDR nach nichtsozialisti-

– die Überführung des EDV-Projektes »Datenbank Ungesetzliche Grenzübertritte« (DUG) in den Echtlauf.[291]

Im Januar 1977 wurden die Anforderungen an die operative Statistik durch eine weitere Anlage zum Befehl 299/65 verändert. Nach wie vor waren die statistischen Angaben vor allem aus der Delikte-/Sachverhaltskerblochkartei und Personenkerblochkartei zu gewinnen.« [292] Als statistisch zu erfassende thematische Komplexe, für die es jeweils einen eigenen komplexen Erfassungsbogen gab, wurden festgelegt:
– ungesetzliches Verlassen der DDR,
– operativ bedeutsame Handlungen gegen das sozialistische Eigentum und die Volkswirtschaft,
– Brände, Explosionen, Störungen, Havarien, Schädigungen des Tierbestandes sowie schwere Unfälle,
– Handlungen, die den Verdacht des Landesverrats/Geheimnisverrats zulassen,
– Handlungen »hetzerischen« Inhalts,
– terroristische Handlungen und andere operativ bedeutsame Gewalttätigkeiten,
– operativ bedeutsame Handlungen und Vorkommnisse mit Waffen, Munition, Sprengmitteln, Giften, Erregern übertragbarer Krankheiten und radioaktiven Materialien.[293]

Hinzu kamen Statistiken zur eigenen operativen Tätigkeit, die die Beurteilung ihrer Effektivität ermöglichen sollten:
– Struktur und Dislozierung der IM und GMS,
– Trefftätigkeit,
– Informationsgewinnung,
– operative Vorgangsbearbeitung,
– operative Personenkontrolle.[294]

Selbstverständlich behielt die ZAIG die Aufgabe, die Auswertungs- und Informationsgruppen der Hauptabteilungen und selbstständigen Abteilungen der MfS-Zentrale sowie der Bezirksverwaltungen bei der statistischen Arbeit anzuleiten.

Ein gutes Jahr später, im April 1978, wurde die Struktur der Auswertungs- und Informationsgruppen in den Bezirksverwaltungen der der ZAIG angepasst. Mielke erließ den Befehl 6/78, mit dem die AIG in Auswertungs- und Kontrollgruppen umgewandelt wurden, die – nach der Integration des Kontrollwesens der BV – auf Bezirksebene die gleichen Aufgaben hatten wie die ZAIG:[295] Auswertungs- und Informationstätigkeit, Planung, Überprüfungs- und Kontrolltätigkeit, Erarbeitung dienstlicher Bestimmungen und Weisungen, EDV. Die Kompetenzkonzentration ging auf der Ebene der Bezirksverwaltungen mit der Einbeziehung der Öffentlichkeitsarbeit sogar noch einen Schritt weiter als in der

---

schen Staaten und Westberlin (BdL/Dok. 3709), die DA 5/75: Politisch-operative Sicherung des Transitverkehrs durch das Staatsgebiet der DDR (BdL/Dok. 3779) und die DA 6/75: Einleitung und Realisierung von Fahndungen im Reiseverkehr über die Staatsgrenze der DDR (BdL/Dok. 4622); alle BStU, MfS.

291 Zu den Schwerpunkten der Tätigkeit der ZAIG siehe Irmler an HA KuSch v. 28.11.1975: Einschätzung einiger Seiten der Entwicklung des politisch-ideologischen und politisch-moralischen Zustandes der Diensteinheit und der Kaderarbeit im Jahr 1975; BStU, MfS, ZAIG 8203, Bl. 17–31, hier 20 f.

292 Anlage 8 v. 5.1.1977 zum Befehl 299/65: Grundsätze zur Arbeit mit operativen Statistiken zur Unterstützung der Einschätzung der politisch-operativen Lage und der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit in den operativen Diensteinheiten des MfS, S. 4; BStU, MfS, BdL/Dok. 3911.

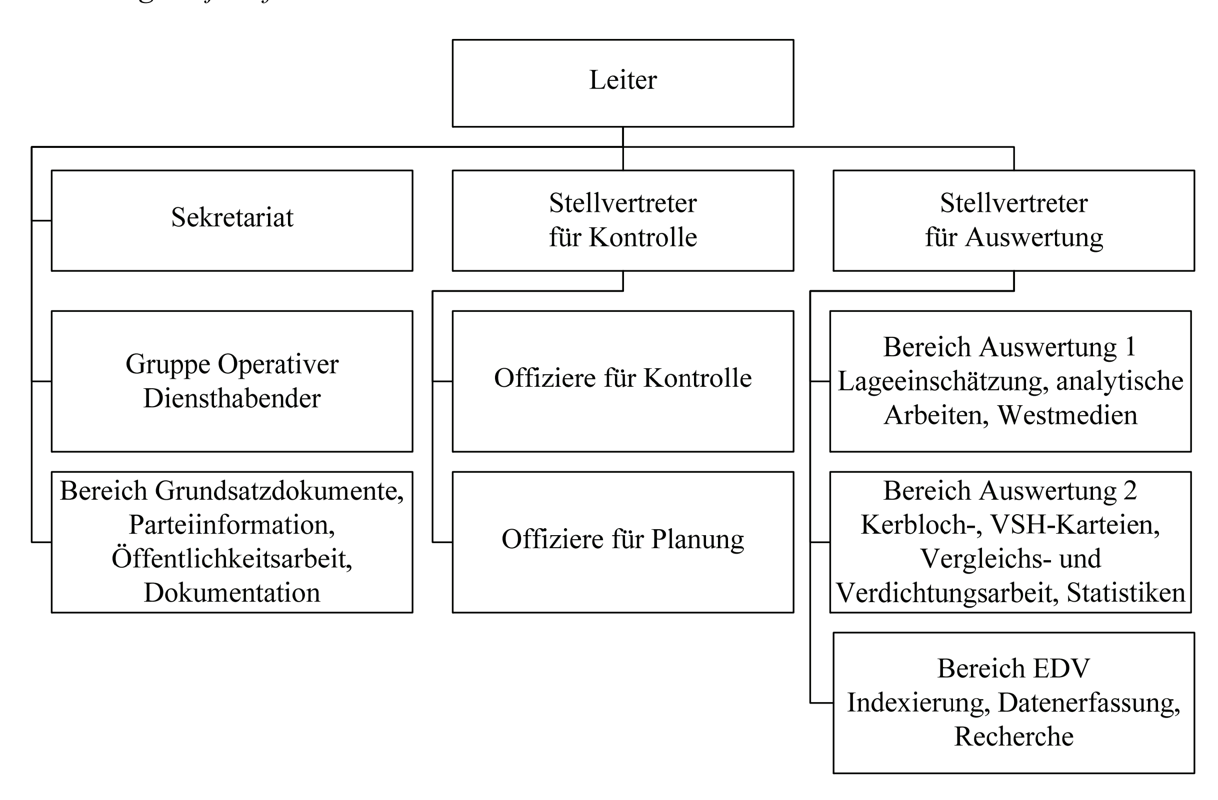
293 Ebenda, S. 5 f.

294 Ebenda, S. 6.

295 Befehl 6/78 v. 3.4.1978 zu Bildung und Aufgaben der Auswertungs- und Kontrollgruppen in den Bezirksverwaltungen, dokumentiert in: Engelmann; Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente (Anm. 19), S. 304–318.

MfS-Zentrale, wo die Abteilung Agitation mit dieser Aufgabenzuordnung eigenständig weiterbestand. Analog zur ZAIG wurden die AKG als »Funktionalorgan« des Leiters der Bezirksverwaltung ausgestaltet. Ihre Aufgaben umfassten auch die Unterstützung des BV-Leiters bei der »Ausübung seiner gesellschaftlichen und staatlichen Funktionen« (insbesondere als Mitglied der SED-Bezirksleitung und der Bezirkseinsatzleitung) und die Erarbeitung seiner Berichte an die leitenden Partei- und Staatsfunktionäre des Bezirkes.[296] Die AKG unterstand dem Leiter der BV, wurde aber auf den verschiedenen Aufgabenfeldern fachlich von der ZAIG angeleitet und arbeitete mit ihr eng zusammen. Diese Zusammenarbeit wurde im November 1979 von Irmler inhaltlich und strukturell detailliert geregelt.[297] Eine Ausnahme bildete die Öffentlichkeitsarbeit, die unter Federführung der Abteilung Agitation bzw. der Arbeitsgruppe Öffentliche Verbindungen stand.[298]

Abbildung 11
Auswertungs- und Kontrollgruppe der Bezirksverwaltungen
Struktur gemäß Befehl 6/78[299]

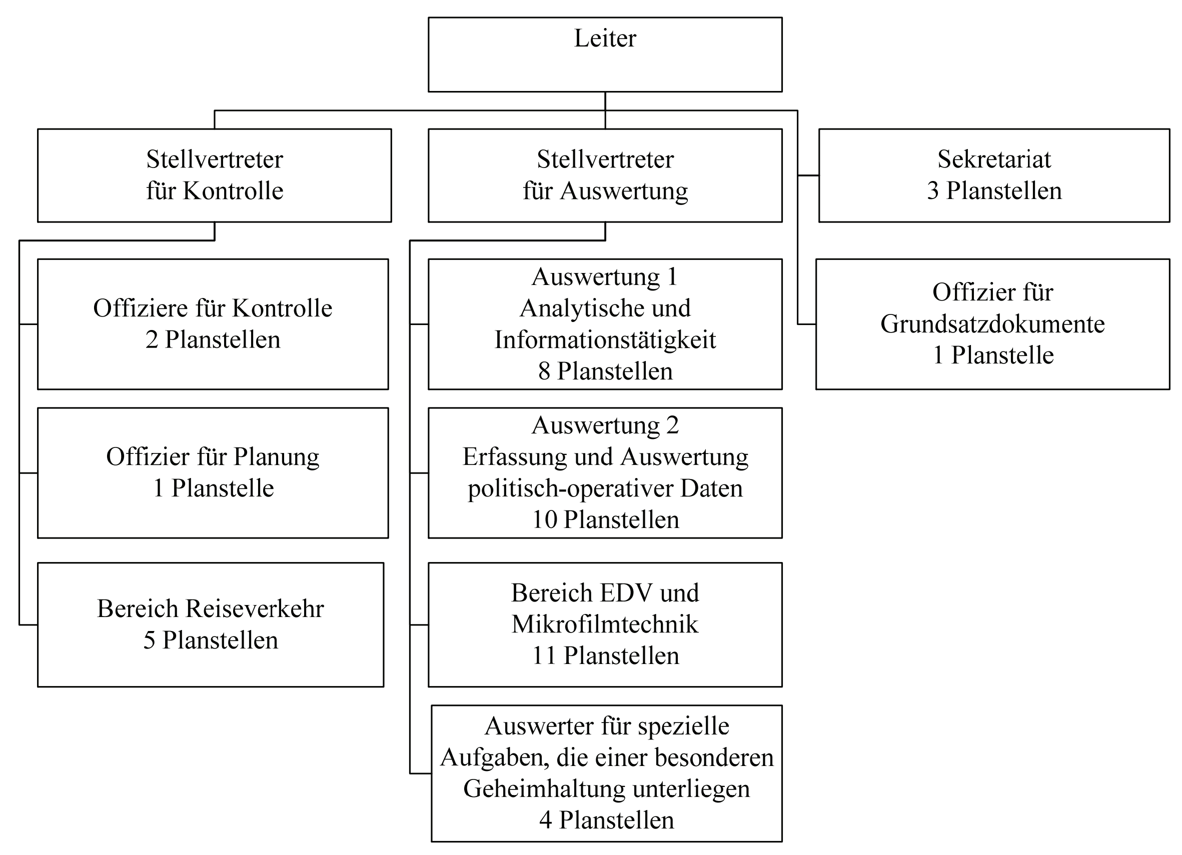


In der Folgezeit wurden auch die AIG in den Hauptabteilungen und selbstständigen Abteilungen der MfS-Zentrale zu AKG umgewandelt. Es erging hierzu zwar kein zentraler Befehl, und die AKG bildeten, je nach den Besonderheiten der Linie, für die sie zuständig waren, unterschiedliche Strukturen aus. Im Grundsatz orientierten sie sich aber an den Vorgaben, die für die AKG der Bezirksverwaltungen galten. 1980 wurde der mit den AKG verbundene Umorganisierungsprozess abgeschlossen. Die im Mai 1980 erlassene

[296] Ebenda, S. 306.
[297] Ordnung v. 10.11.1979 über die Aufgaben und die Organisation der Zusammenarbeit zwischen ZAIG und AKG der Bezirksverwaltungen/Verwaltung; BStU, MfS, ZAIG 7423, Bl. 2–24.
[298] Befehl 6/78 v. 3.4.1978 zu Bildung und Aufgaben der Auswertungs- und Kontrollgruppen in den Bezirksverwaltungen, dokumentiert in: Engelmann; Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente (Anm. 19), S. 304–318, hier 307.
[299] Anlage Strukturschema zum Befehl 6/78; BStU, MfS, BdL/Dok. 5554

grundsätzliche Regelung zur Arbeit im Auswertungs- und Informationsbereich (DA 1/80) basierte schon auf einer generellen Existenz der AKG in den Bezirksverwaltungen und der Verwaltung »Wismut« sowie in den Hauptabteilungen und selbstständigen Abteilungen der Berliner MfS-Zentrale.

Abbildung 12
Auswertungs- und Kontrollgruppe der Hauptabteilung XX 1980[300]



Im Jahr 1979 wurde mit der Arbeitsgruppe SOUD eine weitere wichtige Struktureinheit in der ZAIG eingerichtet. Sie hatte den Datenaustausch mit den anderen kommunistischen Staatssicherheitsdiensten wahrzunehmen. Das »System der vereinigten Erfassung von Informationen über den Gegner«[301] war im November/Dezember 1977 mit der Unterzeichnung des entsprechenden Abkommens durch die Vertreter der Staatssicherheitsdienste der Warschauer-Pakt-Staaten (außer Rumänien) sowie der Mongolischen Volksrepublik und Kubas geschaffen worden. 1984 schloss sich auch die Volksrepublik Vietnam an.[302] Ziel dieser Vereinbarung war die Schaffung eines zentralen automatisierten Systems zur Speicherung und zum Austausch von »Informationen über Personen, Institutionen und Organisationen, die subversive Tätigkeit gegen die Länder der sozialistischen Gemeinschaft ausüben«.[303] Der Arbeitsapparat des SOUD, einschließlich der entsprechenden elektronischen Datenbank, wurde in der Moskauer KGB-Zentrale aufgebaut; Arbeitssprache war Russisch. Die am Datenverbund teilnehmenden Staatssicherheitsdienste verpflich-

---

[300] HA XX: Aufgaben und Struktur der AKG der HA XX v. 9.11.1979, gez. Kienberg, bestätigt Mielke, 25.1.1980; BStU, MfS, ZAIG 8607, Bl. 25–51.
[301] Russisch: Sistema Objedinjonnowo Utschota Dannych o protiwnike (SOUD).
[302] Hierzu umfassend: Wegmann, Bodo; Tantzscher, Monika: SOUD. Das geheimdienstliche Datennetz des östlichen Bündnissystems. Hg. BStU. Berlin 1996.
[303] Abkommen über das System der vereinigten Erfassung über den Gegner, November/Dezember 1977; BStU, MfS, SdM 425, Bl. 136–142, dokumentiert in: ebenda, S. 75–79.

teten sich eine »Diensteinheit des Zusammenwirkens mit dem SOUD« zu schaffen, die im MfS gemäß der dort etablierten Funktionslogik in der ZAIG verankert wurde. Irmler unterzeichnete als Vertreter der DDR-Staatssicherheit im November 1977 die gemeinsame »Ordnung über das System der vereinigten Erfassung über den Gegner«, die Zusatzbestimmung zum SOUD-Abkommen, in der die Details der Zusammenarbeit geregelt waren.[304]

Bereits im Jahr 1978 wurde die AG SOUD unter der Leitung von Achim Richter im Bereich 4 der ZAIG aufgebaut. Der JHS-»Diplomjurist« Richter war vor seiner Versetzung zur ZAIG in der Bezirksverwaltung Frankfurt/O. sowohl Leiter der Arbeitsgruppe Auswertung und Information als auch der Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle gewesen. Bevor er seine Funktion bei der Arbeitsgruppe SOUD antrat, erwarb er am Institut für Fremdsprachen der HV A in Dammsmühle im Mai 1978 noch ein Sprachkundigendiplom in Englisch, der zweiten Kommunikationssprache des SOUD neben Russisch. Richter blieb bis 1987 Leiter dieses Arbeitsbereiches, dann wechselte er als Leiter zur Arbeitsgruppe 1 und wurde gleichzeitig Stellvertreter von Lothar Schwock als Leiter des Bereiches 4.

Den formellen Startschuss für den Aufbau des SOUD im MfS gab Mielke im Juni 1979 mit dem Befehl 11/79, in dem die Arbeitsgruppe SOUD erstmals die Bezeichnung ZAIG/5 trägt.[305] Wahrscheinlich rechnete man im MfS mit einer starken Expansion dieses Arbeitsbereichs und plante, ihn langfristig zu einem 5. Bereich in der ZAIG aufzubauen. Faktisch jedoch blieb die »ZAIG/5« bis zum Ende des MfS die Arbeitsgruppe 4 des Bereichs 4. Zusammen mit dem Befehl 11/79 erließ Irmler eine vom Minister bestätigte Ordnung über die Zusammenarbeit der ZAIG mit den selbstständigen operativen Diensteinheiten zur Erfassung und Nutzung von Informationen im SOUD, die die Einzelheiten der Informationsübermittlung und -verarbeitung regelte.[306] Wenig später wurden für die Arbeitsgruppe »ZAIG/5« 13 Planstellen geschaffen. Zuletzt hatte der Bereich 25 Mitarbeiter.

Die ZAIG wuchs in den siebziger Jahren erheblich. Von 1972 bis 1980 verdreifachte sich ihre Mitarbeiterzahl nahezu von 57 auf 155. Auch die »Ableger« der ZAIG in den Bezirksverwaltungen und der Verwaltung »W« (Wismut), die Auswertungs- und Informationsgruppen (ab 1979 Auswertungs- und Kontrollgruppen) verdoppelten in diesem Zeitraum ihren Personalbestand. Dies waren weit überdurchschnittliche Raten in einem ohnehin stark wachsenden MfS-Gesamtapparat,[307] die die zunehmende Bedeutung der in den »Funktionalorganen« angesiedelten Tätigkeitsfelder dokumentieren.

3.2.3 Ausbau und Perfektionierung im Zeichen der EDV 1980–1985

Im Jahre 1980 vollzogen sich noch einmal grundlegende Veränderungen im System der Auswertung und Information des MfS, die vor allem mit der Einführung der EDV zu tun hatten. Mit der Dienstanweisung 1/80 »über Grundsätze der Aufarbeitung, Erfassung und Speicherung operativ bedeutsamer Informationen durch die operativen Diensteinheiten«

[304] Ordnung über das System der vereinigten Erfassung von Informationen über den Gegner, November/Dezember 1977; BStU, MfS, SdM 425, Bl. 145–157.

[305] Befehl 11/79 Mielkes v. 7.6.1979; BStU, MfS, BdL/Dok. 4941.

[306] Ordnung über die Zusammenarbeit der ZAIG mit der HV A, den operativen Hauptabteilungen/selbstständigen Abteilungen und den Bezirksverwaltungen/der Verwaltung zur Gewährleitung der Aufbereitung und Erfassung von Informationen im »System der vereinigten Erfassung von Informationen über den Gegner (SOUD)« sowie zur Nutzung von im System gespeicherten Informationen (SOUD-Ordnung) v. 7.6.1979; BStU, MfS, BdL/Dok. 4942.

[307] Vergleichszahlen bei Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 104), S. 319.

erließ Mielke hierfür im Mai die grundlegende dienstliche Bestimmung.[308] Das neue System enthielt vier Grundelemente, von denen drei schon seit längerer Zeit im Rahmen der alten Weisungslage (Befehl 299/65) eingeführt worden waren:

1. die 1974 eingeführte Vorverdichtungs-, Such- und Hinweis-Kartei (VSH-Kartei), mit der die manuelle Such- und Vergleichsarbeit zu Personen sowie die Informationsflüsse und die Zusammenführung von Informationen zur gleichen Person gewährleistet wurden; sie waren nunmehr in den operativen Abteilungen und/oder in den Auswertungs- und Kontrollgruppen (AKG) der Hauptabteilungen und selbstständigen Abteilungen der Berliner MfS-Zentrale und in den operativen Abteilungen und selbstständigen Referaten der Bezirksverwaltungen sowie den Kreis- und Objektdienstellen zu führen;

Übersicht 6
Mitarbeiterentwicklung der ZAIG und der AIG/AKG der Bezirksverwaltungen 1972–1980[309]

Jahr	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
ZAIG	57	60	68	80	82	90	107	125	155
Rostock	21	20	20	25	27	29	35	36	41
Schwerin	21	22	17	16	16	18	25	28	30
Neubrandenburg	16	14	15	16	18	23	27	31	32
Potsdam	33	29	32	35	38	37	40	45	44
Frankfurt/O.	19	22	22	27	28	31	28	42	45
Cottbus	18	21	20	20	19	18	21	34	38
Magdeburg	40	43	65	67	67	66	65	58	63
Halle	20	28	30	35	39	39	39	41	46
Erfurt	26	26	27	29	28	31	31	32	35
Gera	15	21	23	24	29	33	34	37	37
Suhl	13	14	19	20	20	22	24	28	29
Dresden	17	16	16	16	18	18	36	37	47
Leipzig	20	21	21	19	20	21	46	54	54
Karl-Marx-Stadt	23	23	27	30	38	38	53	54	57
Berlin (BV)	19	20	22	25	25	28	40	42	54
»W«	12	12	12	12	14	11	22	21	24
Summe AIG/AKG d. BV	333	352	388	416	444	463	566	620	676
Gesamtsumme	390	412	456	496	526	553	673	745	831

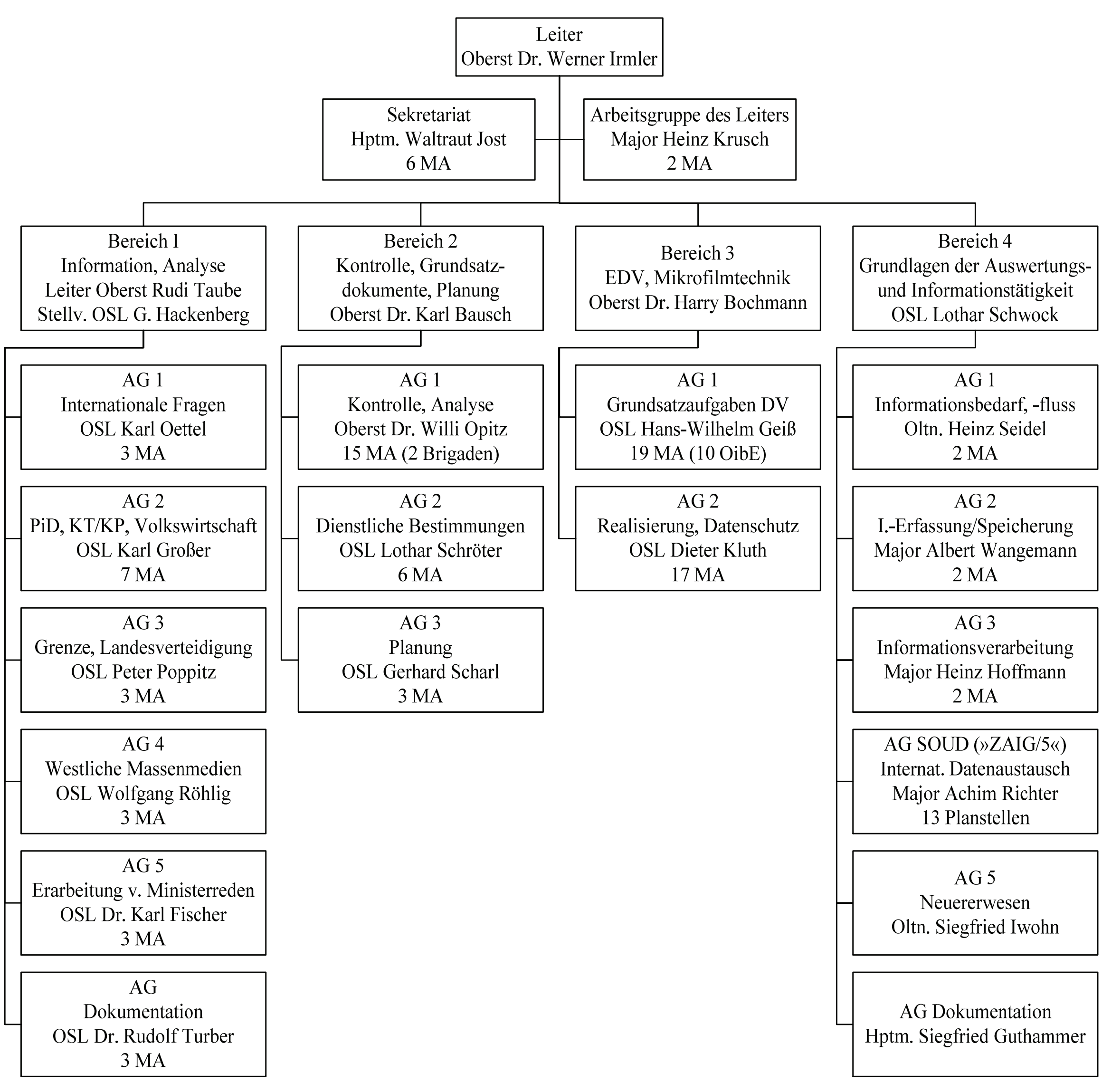
2. die 1975 eingeführte Sichtlochkartei zur Speicherung von »Informationen zu Personen und Sachverhalten, […] die entsprechend den politisch-operativen Aufgaben und Erfordernissen, insbesondere zur Gewährleistung der Einschätzung der politisch-operativen Lage durch die speicherführende Diensteinheit ständig recherchierbar zur Verfügung stehen« mussten;[310] die Pflicht zur Führung dieser Kartei bestand in den

---

[308] DA 1/80 des Ministers für Staatssicherheit v. 20.5.1980 über Grundsätze der Aufbereitung, Erfassung und Speicherung operativ bedeutsamer Informationen durch die operativen Diensteinheiten des MfS, dokumentiert in: Engelmann; Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente (Anm. 19), S. 328–343.
[309] Kaderbestandsmeldungen; BStU, MfS, HA KuSch, Bdl. Abt. Plg. 8–15 (3).
[310] Ebenda, S. 333.

AKG der Bezirksverwaltungen und den nachgeordneten operativen Diensteinheiten (Abteilungen und selbstständige Referate der BV, Kreis- und Objektdienststellen);
3. die schon seit 1965 in den operativen Diensteinheiten verbindlich vorgeschriebene Zentrale Materialablage, in der die in der VSH-Kartei, der Sichtlochkartei und nunmehr auch der neu geschaffenen Zentralen Personendatenbank gespeicherten Informationen zugriffsbereit abzulegen waren;
4. die elektronische Zentrale Personendatenbank als das entscheidende neue Element, das »die Zusammenführung aller Informationen zu einer Person, zu einem Sachverhalt, Hinweis und Merkmal und deren gegenseitige Verknüpfung« (sowohl einzeln »als auch unter Darstellung aller bestehenden wechselseitigen Beziehungen«) zu gewährleisten hatte.[311]

Abbildung 13
Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe Anfang 1979[312]



311 Ebenda, S. 334.

312 Übersicht über die wesentlichen Aufgabenkomplexe und Verantwortlichkeiten der ZAIG v. 1.2.1979; BStU, MfS, ZAIG 7828, Bl. 1–11; Stellenplan o. D. (Ende 1978/Anfang 1979); BStU, MfS, ZAIG 8787, Bl. 233–241.

Mit der Einführung der ZPDB wurde die alte manuelle Auswertung mittels Kerblochverfahren endgültig obsolet; die Dienstanweisung 1/80 verfügte die Einstellung aller Kerblochkarteien (KK). Allerdings blieb die sogenannte »KK-Erfassung« gleichsam als historisches Relikt und als ausschließlich inhaltlich definierte Erfassungsart mit der entsprechenden zentralen Nachweisführung in den Registraturabteilungen XII des MfS und der damit verbundenen operativen Verantwortung der erfassenden Diensteinheit bestehen; sie bezog sich auf Personen, die aufgrund ihrer »feindlich-negativen Einstellung« oder »besonderen gesellschaftlichen Stellung« die erhöhte Aufmerksamkeit der Geheimpolizei erregten, ohne dass bereits eine Bearbeitung in einem Operativen Vorgang oder einer Operativen Personenkontrolle gerechtfertigt gewesen wäre.[313]

Mit dem Aufbau der ZPDB schuf das MfS einen komplexen personenbezogenen zentralen Datenspeicher, in den große Informationsmengen auch »außerhalb der Relevanz eines aktiven oder passiven Erfassungsverhältnisses« eingebracht wurden.[314] Damit wurden eine differenzierte Verarbeitung und schnelle zentrale Abrufbarkeit von unzähligen Daten ermöglicht, die mit den bisherigen manuellen Verfahren nicht oder nur dezentral erfasst worden waren. Es erfolgte eine entscheidende Maßnahme zur Bewältigung der im MfS anfallenden Informationsflut und ein nicht unbedeutender Schritt bei der Perfektionierung des Überwachungsstaates DDR. Außerdem stärkte die damit einhergehende noch intensivere Normierung der Datenerfassung und -verarbeitung die Stellung der ZAIG im MfS weiter. Ein von der ZAIG erarbeiteter »Rahmenkatalog« legte präzise fest, welche Personenkategorien, Sachverhaltsarten und Hinweis- und Merkmalskategorien in die ZPDB aufzunehmen waren. Die entsprechenden »Originalinformationen« waren dem Bereich EDV der jeweils zuständigen AKG zuzuleiten, die ihre Aufbereitung und Indexierung vornahmen und zur Einspeicherung in die ZPDB an die ZAIG weiterleiteten.[315]

Bis zum Jahr 1980 waren unter der Ägide der ZAIG bereits zahlreiche EDV-Projekte in den Echtlauf überführt worden:

- das System der automatischen Vorauswahl (SAVO) der Registraturabteilung XII des MfS, das die schnelle Überprüfung, ob eine bestimmte Person in der zentralen Personenkartei F 16 erfasst war, ermöglichte;
- die Datenbank Ungesetzliche Grenzübertritte (DUG) in der alle Informationen zu Personen und Sachverhalten gespeichert wurden, die mit dem Problem der »Republikflucht« zusammenhingen (das Projekt wurde ab 1984 schrittweise in die ZPDB überführt);
- das System der Informationsrecherche der HV A (SIRA) mit ihren drei Teildatenbanken zum Informationsaufkommen des Sektors Wissenschaft und Technik (HVA/SWT), der HVA/VI (»Regimeverhältnisse im Operationsgebiet«) und der HVA/VII (Auswertung politischer, militärischer und wirtschaftspolitischer Informationen);
- die Datenverarbeitungsprojekte »Antrags- und Genehmigungsverfahren« (AGV) und »Visum für einen Tagesaufenthalt« (VTA) der HA VI zur Überwachung der Einreisen aus dem »nichtsozialistischen Ausland«;
- das Kaderprojekt der Hauptabteilung Kader und Schulung;

313 Ebenda, S. 339 f.

314 1. DB v. 20.5.1980 zur DA 1/80, erlassen vom Leiter der ZAIG, Werner Irmler: Organisation, Bereitstellung, Aufbereitung, Indexierung, Erfassung, Speicherung und Änderung operativ bedeutsamer Informationen zu Personen, Sachverhalten, Hinweisen und Merkmalen für die Zentrale Personendatenbank des MfS (ZPDB) (Primärorganisation ZPDB), S. 11; BStU, MfS, BdL/Dok. 5222.

315 Ebenda, S. 25–30.

– das Informations- und Dokumentationsprojekt der Juristischen Hochschule des MfS sowie
– verschiedene Datenprojekte verwaltender Diensteinheiten.[316]

Mit der Einrichtung der ZPDB erfolgte auch die Umstellung der Datenbankprojekte des MfS auf die (auf IBM-Technik basierende) RGW-Norm ESER und damit die Ablösung der Siemenstechnik. Die in diesem Zusammenhang auftretenden Probleme, insbesondere mit der Robotron-Basissoftware AIDOS für die ESER-Rechner, begünstigten die Unabhängigkeitsbestrebungen der HV A im Bereich der EDV-Anwendung. 1982 wurde ihr von Mielke ein »eigenständiges Entwickeln und Betreiben von EDV-Systemen« zugestanden. Damit wurde sie unabhängig von der konzeptionellen Federführung der ZAIG und erhielt auch ein eigenes, von der Abteilung XIII unabhängiges Rechenzentrum in Berlin-Hohenschönhausen.[317] Im Zuge dieser Veränderungen musste die ZAIG in der Folgezeit Mitarbeiter und Planstellen an die HV A abgeben.[318]

Der Aufbau der ZPDB führte in den achtziger Jahren gleichwohl zu einer enormen personellen Expansion der ZAIG und AKG. Im April 1980 beantragte die ZAIG-Leitung bei der Hauptabteilung Kader und Schulung für die Bereiche EDV der AKG 114 zusätzliche Stellen.[319] Für den Bereich ZPDB der ZAIG allein waren im Stellenplan vom August 1981 138 Planstellen vorgesehen.[320] Die ZPDB wurde in diesem Jahr in den Echtlauf überführt.[321] 1982 war die Einspeicherung aller indexierten Informationen der 1. Aufbaustufe realisiert und die ZPDB arbeitete schon im Drei-Schicht-Betrieb.[322] Die vor allem durch den Ausbau der EDV bedingte, stetige personelle Ausweitung der ZAIG wurde 1983 zum Problem, als Mielke dem ungezügelten Kaderwachstum im MfS wegen der akuten ökonomischen Probleme der DDR ein Ende bereitete. Im Januar dieses Jahres setze der Minister für Staatssicherheit die »Richtwerte zur Erweiterung des Planstellenvolumens für 1983–1985« außer Kraft und dekretierte in einem Schreiben an die Diensteinheiten: »Der Bestand an Mitarbeitern per 28.2.1983 ist grundsätzlich nicht zu überschreiten.«[323] In der ZAIG, die dem Minister direkt unterstellt war, hatte diese Maßnahme jedoch nur beschränkte Auswirkungen. Irmler drang darauf, einen Teil der ursprünglich zugesagten Mitarbeiter, insbesondere für den Bereich EDV, trotzdem zu bekommen. Bereits Anfang April 1983 beantragte er die Zuweisung weiterer vier Mitarbeiter »zur Absicherung des durchgängigen Betriebes der Zentralen Personendatenbank […] durch eine dafür notwendige Minimalbesetzung […] sowie zur Gewährleitung der umfassenden rechercheseitigen Nutzung der ZPDB durch die operativen Mitarbeiter«.[324] Von einem Stel-

---

316 Bericht von Irmler an Mielke o. D. (vermutlich 1978/79) zur Entwicklung des Zentralen Rechenzentrums des MfS (Abt. XIII); BStU, MfS, ZAIG 7615, Bl. 1–6; o. V.: Rededisposition v. 26.4.1983 über die Entwicklung der EDV im MfS; BStU, MfS, ZAIG 7838, Bl. 1–13.

317 Vgl. Konopatzky: Dokumentation SIRA (Anm. 272) , S. 14–18.

318 HA KuSch, GM Möller, an Irmler v. 25.8.1986: Umsetzung von Planstellen; BStU, MfS, ZAIG 8788, Bl. 5.

319 Leiter der ZAIG, i. V. Rudi Taube, an HA KuSch v. 7.4.1980: Stellenplanerweiterungen in den Hauptabteilungen/selbstständigen Abteilungen, Bezirksverwaltung/Verwaltung; BStU, MfS, ZAIG 8787, Bl. 52.

320 Bestätigter Struktur- und Stellenplan der ZAIG v. 1.8.1981; BStU, MfS, ZAIG 7353, Bl. 1–24.

321 Leiter der ZAIG, Werner Irmler, an die HA KuSch, Abteilung Kader 1 v. 28.12.1981: Bericht zur politisch-ideologischen und moralischen Entwicklung der Diensteinheit und zur Wirksamkeit der Kaderarbeit; BStU, MfS, ZAIG 8202, Bl. 48– 59, hier 54.

322 Leiter der ZAIG, i. V. Rudi Taube, an die HA KuSch, Abteilung Kader 1 v. 7.1.1983: Bericht zur politisch-ideologischen und moralischen Entwicklung der Diensteinheit und zur Wirksamkeit der Kaderarbeit; ebenda, Bl. 37–47, hier 39.

323 Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 104), S. 387.

324 Leiter der ZAIG, Werner Irmler, an Leiter der HA KuSch v. 4.4.1983; BStU, MfS, ZAIG 8788, Bl. 40 f.

lenstopp konnte in der ZAIG demnach keine Rede sein; sie wuchs von 1982 auf 1984 um gut 11 Prozent von 219 auf 244 Mitarbeiter.[325]

Über die eigenen Datensammlungen hinaus verschaffte sich das MfS auch einen direkten Zugriff auf die personenbezogenen Daten des Ministeriums des Innern (MdI) der DDR. Aufgrund einer Vereinbarung zwischen den beiden Ministern aus dem Jahr 1977 wurde beim Büro für Personendaten des MdI eine Zentrale Auskunftsstelle mit einer elektronischen Personendatenbank (PDB) aufgebaut, die je zur Hälfte von Kadern des MdI und des MfS betrieben werden sollte. Die beteiligten MfS-Mitarbeiter waren an den Bereich 3 der ZAIG angebunden und sollten nach den Planungen von 1981 im MdI als Offiziere im besonderen Einsatz arbeiten.[326] Tatsächlich wurden zunächst auch vier OibE des MfS in der MdI-Auskunftsstelle eingesetzt, aber nach einer weiteren Vereinbarung zwischen Innenministerium und MfS im Oktober 1984 wurde zum 1. Januar 1985 in der ZAIG/3 eine mit 16 »normalen« Planstellen unterlegte Arbeitsgruppe PDB gebildet, die »im Zusammenwirken mit den zuständigen Stellen des MdI alle Aufgaben zur Nutzung dieser Datenbank durch die Diensteinheiten des MfS zu realisieren« hatte.[327]

Aber auch außerhalb des EDV-Bereiches expandierte die ZAIG weiter: 1981 wurde in der Arbeitsgruppe 1 des Bereichs 2 eine dritte Kontrollbrigade mit vier Mitarbeitern gebildet, zuständig für die Untersuchung »spezifischer Sonderaufgaben des Genossen Ministers«. Im selben Jahr schuf die ZAIG in ihrem Bereich 1 eine neue Arbeitsgruppe 6 mit neun Mitarbeitern, die für die analytische Arbeit in »politisch-operativen Schwerpunktproblemen mit Querschnittscharakter« zuständig wurde: »politisch-ideologische Diversion«, »politische Untergrundtätigkeit«, Jugend, »gegnerische Kontaktpolitik/Kontakttätigkeit« sowie Reaktion der Bevölkerung.[328] Hierbei handelte es sich überwiegend um operative Federführungskomplexe der Hauptabteilung XX. Diese Strukturerweiterung reflektiert den Bedeutungszuwachs der politischen Opposition in der DDR.[329]

Ein Schwerpunkt der Tätigkeit der ZAIG in den achtziger Jahren bestand in der Durchsetzung der zentralen Vorgaben zur Auswertungs- und Informationstätigkeit in den anderen Diensteinheiten des MfS. Vor allem auf der Ebene der Kreis- und Objektdienststellen, in denen mehr als die Hälfte aller OV, OPK und IM-Vorgänge geführt wurden,[330] also das Gros der operativen Tätigkeit stattfand, funktionierte das »einheitliche System« lange Zeit nicht so wie es sollte. Im April 1981 schätzte die ZAIG ein, dass die Auswertungs- und Informationsorgane mancher Kreisdienststelle »nicht voll einsatzfähig« seien. Es herrsche hier oftmals die Meinung, Auswertungsarbeit sei keine »politisch-operative Arbeit«, ja sie halte sogar von den eigentlichen Aufgaben ab. Das finde seinen Ausdruck darin, dass der Bereich in einigen Kreisdienststellen – entgegen der Weisung des Ministers – nicht dem Leiter, sondern einem seiner Stellvertreter unterstellt sei oder dass mit der betreffenden Tätigkeit keine erfahrenen Mitarbeiter, sondern neu eingestellte oder solche betraut würden, die zuvor »wegen mangelnder Gewissenhaftigkeit/Gründlichkeit in der politisch-operativen Arbeit oder wegen ideologischer Unklarheiten« aus anderen Aufgabenstellun-

325 Vgl. Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 50), Einlegeblatt.

326 Leiter der ZAIG, Werner Irmler, an Leiter der HA Kusch, Walter Otto, v. 23.7.1981; BStU, MfS, ZAIG 8788, Bl. 46–48.

327 Leiter des Bereichs 3 der ZAIG, Harry Bochmann, an Leiter der Abteilung 14 der HA KuSch, OSL Rüdiger, v. 29.11.1984; BStU, MfS, ZAIG 8788, Bl. 38 f.

328 Leiter der ZAIG, Werner Irmler, an Leiter der HA Kusch v. 1.8.1981: Struktur- und Stellenplan der ZAIG; BStU, MfS, ZAIG 7353, Bl. 1–24.

329 Vgl. Joestel: »Parteiinformationen« (Anm. 260).

330 Übersicht der ZAIG, Bereich 2, v. 24.2.1989 über Entwicklungstendenzen bei EV, IM, OV und OPK im Jahre 1988 und damit verbundene politische Probleme; BStU, MfS, ZAIG 13910, Bl. 90–106.

gen »herausgelöst« worden waren.[331] Unsicherheiten hinsichtlich der Bewertung von »politisch-operativ bedeutsamen Informationen« seien verbreitet. Wichtige Informationen aus der IM/GMS-Arbeit, der Bearbeitung Operativer Vorgänge und der Durchführung von OPK sowie aus anderen operativen Diensteinheiten würden in manchen Kreisdienststellen nicht an das Auswertungs- und Informationsorgan übergeben. In anderen sei das andere Extrem zu verzeichnen: Hier würde »das gesamte Informationsaufkommen – einschließlich des vollständigen Posteinganges« – undifferenziert zur Auswertung weitergeleitet.[332] Im Rahmen von zentralen Lehrgängen, regelmäßigen Tagungen der Auswertungs- und Kontrollgruppen und Kontrolleinsätzen bemühte sich die ZAIG in den achtziger Jahren beständig, die Auswertungs- und Informationstätigkeit in den operativen Diensteinheiten auf das gewünschte Niveau zu heben.

Eine zentrale Rolle in der Arbeit der ZAIG und der fachlichen Anleitung der anderen Auswertungs- und Informationsorgane spielte die »analytische Arbeit« auf den Themenfeldern, die in der Einschätzung des MfS im Hinblick auf die Beurteilung der sicherheitspolitischen Lage eine besondere Bedeutung hatten:

- die als »politische Untergrundtätigkeit« bezeichneten oppositionellen Aktivitäten,
- der als »politisch-ideologische Diversion« wahrgenommene westliche Einfluss,
- die als »gegnerische Kontaktpolitik« und »Kontakttätigkeit« betrachtete Intensivierung innerdeutscher Beziehungen,
- andere Probleme, die mit dem grenzüberschreitenden Verkehr einhergingen,
- die Entwicklung der »ungesetzlichen Grenzübertritte«, der Anträge auf ständige Ausreise und der organisierten Fluchthilfe (»staatsfeindlicher Menschenhandel«),
- die Situation unter den Jugendlichen sowie
- die allgemeine Bevölkerungsstimmung (»Reaktion der Bevölkerung«).[333]

Im Februar 1985 erließ Mielke eine zentrale Weisung zur systematischen Bekämpfung sogenannter »feindlicher Stellen und Kräfte« im Westen und übertrug dabei der ZAIG die Verantwortung für all jene Organisationen, die zwar als feindlich eingeschätzt wurden, bei denen aber (noch) keine konkrete Zuständigkeit einer operativen Diensteinheit bestand, weil das MfS sie nicht für bedeutend oder gefährlich genug hielt. Die ZAIG hatte die Auskunftsfähigkeit zu diesen Organisationen zu gewährleisten und den betreffenden Kenntnisstand aktuell zu halten. Diese Aufgaben wurden von der für Dokumentation zuständigen Arbeitsgruppe 5 des Bereichs 1 übernommen. Bei veränderter Sachlage hatte die ZAIG dem Minister Vorschläge für eine aktive operative Bearbeitung durch die zuständige Diensteinheit zu unterbreiten.[334]

3.2.4 Die Öffentlichkeits- und Traditionsarbeit nach der Eingliederung 1985–1989

Mit dem Befehl 6/85 löste der Minister zum 1. Mai 1985 die Abteilung Agitation als selbstständige Diensteinheit auf und gliederte sie als Bereich 6 in die ZAIG ein.[335] Damit

[331] Papier der ZAIG v. April 1981: Wesentliche Erkenntnisse und Schlussfolgerungen in Auswertung des durchgeführten zentralen Lehrganges mit den Leitern der Arbeitsgruppen bzw. Referaten Auswertung und Information der KD/OD; BStU, MfS, ZAIG 7385, Bl. 1–29, hier 14 f.

[332] Ebenda, Bl. 7 f.

[333] Vermerk der ZAIG v. 18.11.1985, bestätigt von Werner Irmler: Vorschlag zur weiteren Qualifizierung der Einflussnahme der ZAIG auf die analytische Arbeit der AKG; BStU, MfS, ZAIG 7423, Bl. 25–39; siehe auch: Jahrespläne des Leiters der ZAIG 1982–1986; BStU, MfS, ZAIG 7403 a/b.

[334] Rundschreiben des Ministers an die Leiter aller Diensteinheiten v. 15.2.1985: Bekämpfung feindlicher Stellen und Kräfte im Operationsgebiet, die subversiv gegen die DDR und andere sozialistische Staaten tätig sind (außer imperialistische Geheimdienste und kriminelle Menschenhändlerbanden); BStU, MfS, BdL/Dok. 5596.

[335] Befehl 6/85 des Ministers v. 30.4.1985; BStU, MfS, BdL/Dok. 8057.

erweiterte er sein »Funktionalorgan« um den letzten großen Baustein. Im Rahmen der Personaleinsparungsanstrengungen wurden in dieser Zeit im gesamten MfS Verwaltungsstrukturen effektiviert, um Kräfte für die Kernaufgaben freizusetzen. In diesem Zusammenhang war schon im August 1983 die Rückführung der Arbeitsgruppe Öffentliche Verbindungen zur Abteilung Agitation erfolgt.[336] Die Abteilung erhielt eine neue, in vier Fachbereiche gegliederte Struktur:

– Massenmedien einschließlich Filmproduktion,
– Öffentlichkeitsarbeit inklusive Traditionspflege,
– Dokumentation und Information,
– Fotoherstellung und materielle Sicherstellung.[337]

Doch strukturelle Maßnahmen reichten nicht, um die Abteilung Agitation wieder zu einem effektiven Arbeitsbereich zu machen, da der »politisch-moralische Zustand« der Diensteinheit zu wünschen übrig ließ, wie ein von der ZAIG und der Hauptabteilung Kader und Schulung durchgeführter Kontrolleinsatz Anfang 1985 ergab.[338] Den Anlass für die Überprüfung hatte ein schwunghafter Handel von Mitarbeitern der Abteilung Agitation mit Westschallplatten gegeben, die teils aus dem eigenen Archiv und teils aus Beschlagnahmen stammten. Außerdem wurden ein großzügiger Umgang mit Haushaltsmitteln, private Fahrten mit den Dienst-Pkw und übermäßiger Alkoholkonsum festgestellt. Auch der Leitungsstil und die Arbeitsergebnisse erhielten von den Kontrolleuren schlechte Noten, und so folgte Mielke ihrem Vorschlag zur Abwicklung der Diensteinheit. Die Agitationsmitarbeiter, die bisher weitab von der Lichtenberger MfS-Zentrale in Johannisthal residierten, mussten in das Dienstobjekt Normannenstraße umziehen. Dabei erhielt etwa die Hälfte der Mitarbeiter neue Arbeitsplätze bei der ZAIG/6, die anderen wurden auf andere Diensteinheiten verteilt oder in die Altersrente entlassen.

Der führungsschwache Abteilungsleiter Bechert, dem die Hauptverantwortung für die unhaltbaren Zustände in der Abteilung zugeschrieben wurde, bekam in der Pressestelle des Außenministeriums als Offizier im besonderen Einsatz sein Gnadenbrot.[339] Seinen Platz – nunmehr als Leiter des Bereiches 6 der ZAIG – nahm der ehemalige Leiter der Arbeitsgruppe 5 der ZAIG/1 und langjährige Redenschreiber Mielkes, Karl Fischer, ein.[340] Der 47-jährige, bei Leipzig geborene Offizier hatte bis zu dieser Berufung schon eine beachtliche Laufbahn absolviert: Nach einem Wirtschaftsstudium an der Universität Leipzig arbeitete er von 1960 bis 1967 in der Abteilung XVIII (»Sicherung der Volkswirtschaft«) der Bezirksverwaltung Halle, zuletzt als stellvertretender Abteilungsleiter und wechselte dann zur Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle, wo er 1968 Brigadeleiter wurde. Nach seiner Übernahme in die ZAIG promovierte er 1973 an der JHS zu Problemen der Kreisdienststellen. Ihm wurden ein ausgeprägtes Organisationstalent und eine gute Auffassungsgabe bescheinigt.[341]

Einer der Stellvertreter des Bereichsleiters war Oberst Dietrich Miermeister, der mit den AG 3 und 4 die öffentlichen Beziehungen zur Bevölkerung und zu den Massenmedien anleitete. Miermeister zählte in der Öffentlichkeitsarbeit zu den altgedienten Kadern. Bereits 1965 wurde er zur Abteilung Agitation versetzt und nahm dort seit 1974 die Funktion

336 Befehl 13/83 des Ministers v. 19.8.1983; BStU, MfS, BdL/Dok. 7056.

337 Stellenplan von Januar 1984; BStU, MfS, ZAIG 27315, Bl. 23–32. Hinzu kam die Arbeitsgruppe des Leiters (AGL).

338 Schreiben des Leiters der ZAIG, Irmler, und des Leiter der HA KuSch, Möller, an den Minister v. 2.1.1985; BStU, MfS, ZAIG 27308, Bl. 1–13.

339 Er war OibE der Abteilung 14 der HA II (Spionageabwehr), die für das MfAA zuständig war.

340 Bedeutende Teile von Mielkes Buch »Sozialismus und Frieden – Sinn unseres Kampfes« (Berlin 1987) stammen aus der Feder Fischers.

341 Kaderakte Karl Fischer; BStU, MfS, KS 27497/90.

eines Stellvertretenden Abteilungsleiters wahr. Diese Erfahrungen waren wohl ausschlaggebend, den Absolventen der Juristischen Hochschule des MfS nach der Umstrukturierung 1985 im Amt zu belassen.[342] Zweiter Stellvertretender Bereichsleiter wurde Oberst Werner Leonhardt, der erst 1984 als (zweiter) stellvertretender Leiter zur Abteilung Agitation gestoßen war. Zuvor war Leonhardt lange Jahre als Politoffizier des MfS-Wachregiments tätig, zuletzt als stellvertretender Kommandeur für politische Arbeit und Leiter der Politabteilung.[343]

Mit der Eingliederung der Abteilung Agitation in die ZAIG gab die Diensteinheit die Querschnittsaufgaben Medienauswertung/Dokumentation, materielle Sicherstellung und Mobilmachung an andere ZAIG-Struktureinheiten (ZAIG/1, Referat Rückwärtige Dienste und Arbeitsgruppe des Leiters) ab. Teile der Traditionspflege und die Pflege der Patenschaften mit den entsprechenden Objekten gingen an Bezirksverwaltungen und operative Hauptabteilungen. Die Foto- und Filmherstellung von internen MfS-Veranstaltungen übernahm die Bildstelle des Operativ-technischen Sektors. Ein Zuwachs an Verantwortung ergab sich durch Übernahme des ehemaligen Arbeitsbereiches von Karl Fischer, in dem Texte für den Minister (Referate, Stellungnahmen und Antworten auf Eingaben) erarbeitet wurden. Später kam noch die Eingliederung der Zentralen Traditionsstätte der Juristischen Hochschule des MfS in das Informationszentrum am Weidendamm hinzu. Durch diese organisatorischen Veränderungen sank die Zahl der auf diesem Arbeitsfeld tätigen Mitarbeiter auf 49 (September 1985). Der Bereich konzentrierte sich nunmehr stark auf die Öffentlichkeitsarbeit im engen Sinn.

Unmittelbar nach der Konstituierung war die ZAIG/6 im September 1985 folgendermaßen strukturiert:

– ein unmittelbarer Anleitungsbereich des Leiters der ZAIG/6 mit der Arbeitsgruppe 1 (Erarbeitung von Referaten und Artikeln für den Minister, Eingaben) und der Arbeitsgruppe 2 (Grundsatzarbeit: Planung, Analyse, Konzeptionen, Koordination), dem Sekretariat sowie dem Abwehroffizier,
– ein Stellvertreterbereich Öffentlichkeitsarbeit mit der Arbeitsgruppe 3 (Massenmedien), der Arbeitsgruppe 4 (Patenschafts- und Traditionsarbeit) und der Arbeitsgruppe 5 (Dokumentation) sowie
– ein Stellvertreterbereich Technik mit den Arbeitsgruppen 6, 7 und 8 für Herstellung und Vertrieb von Filmen, Fotos und Anschauungs-/Unterstützungsmitteln.[344]

Im folgenden Jahr verlor die Dokumentation des Bereichs 6 ihren Status als Arbeitsgruppe, sodass nur noch sieben Arbeitsgruppen übrig blieben. Die anleitungsmäßige Zuordnung der einzelnen Arbeitsbereiche blieb erhalten (siehe Organigramm der ZAIG 1986, S. 88). Diese Struktur veränderte sich im Jahre 1988 nochmals geringfügig. Jetzt wurden der Arbeitsbereich Dokumentation in die Arbeitsgruppe 1 (Grundlagen der Öffentlichkeitsarbeit) und die Arbeitsgruppe 7 (Anschauungs- und Unterstützungsmittel) in die Arbeitsgruppe 6 (Fotoarbeiten) eingegliedert.

Unter der Ägide der ZAIG veränderte sich auch die Arbeitsweise des Bereiches. An die Stelle der manchmal von Spontaneität geprägten Arbeitsweise der alten Abteilung Agitation trat eine systematisch konzipierte und verwaltete Tätigkeit wie sie in der ZAIG seit langem üblich war. Für 1985 wurde erstmals eine Planorientierung herausgegeben, die die Öffentlichkeitsarbeit im MfS nach dem Linienprinzip organisierte. In den einzelnen Diensteinheiten entstanden unter der fachlichen Anleitung der ZAIG/6 langfristige Kon-

[342] Kaderakte Dietrich Miermeister; BStU, MfS, KS 24719/90.
[343] MfS-Kaderkarteikarte Werner Leonhardt; BStU, MfS.
[344] Aufgabenstellung und Struktur der ZAIG/6 von September 1985; BStU, MfS, ZAIG 7424, Bl. 1–46.

zeptionen und Maßnahmepläne für die Öffentlichkeitsarbeit.[345] Zudem fanden einmal im Jahr Tagungen der Offiziere für Öffentlichkeitsarbeit des gesamten MfS statt.

Eine gewisse Sonderstellung nahm die »Öffentlichkeitsarbeit« der HV A ein, denn der hierfür zuständige Offizier der Abteilung X (Aktive Maßnahmen) befasste sich neben der Selbstdarstellung und Traditionsarbeit weiterhin auch mit der »Entlarvung« westlicher Geheimdienste und gegnerischer »Einmischungsversuche«.[346] Die anderen Mitarbeiter dieser Abteilung arbeiteten ohnehin an der Lancierung von Informationen und Themen in den bundesdeutschen Medien, so zum Beispiel bei der Wiederbelebung des Falles Lübke durch die Illustrierte »Stern«.[347]

In den achtziger Jahren nahm die Auseinandersetzung mit der »tschekistischen« Geschichte und Tradition einen großen Raum ein, was sich vor allem auch in der Arbeit mit Patenschaften und Namensverleihungen äußerte. Zudem gestalteten die Diensteinheiten unter der Anleitung der ZAIG/6 eigene Traditionskabinette, beschäftigten sich mit dem Leben verdienter »Kundschafter« und erarbeiteten Chroniken ihres Arbeitsbereiches. Dienstliche Bestimmungen zur Erfassung des antifaschistischen Widerstandes, zur Traditionspflege und zur Anfertigung von Erinnerungsberichten von MfS-Veteranen bildeten hierfür die Grundlagen.[348] Der erzieherischen Funktion dieser Aktivitäten maßen die Verantwortlichen große Bedeutung zu. Zu einem wesentlichen Teil basierte die Geschichtsvermittlung der ZAIG/6 auf Ausarbeitungen der Juristischen Hochschule Potsdam-Eiche, deren historischer Lehrstuhl unter anderem eine Geschichte des MfS und eine Arbeit zu den Aufklärungs- und Abwehrorganen der KPD 1919 bis 1939 erstellt hatte.[349] Die spezifische Tätigkeit des Bereiches 6 der ZAIG erhielt die Bezeichnung »Öffentlichkeits- und Traditionsarbeit« (ÖTA).

Mit der Integration der Öffentlichkeitsarbeit in die ZAIG wurde bald deutlich, dass der Tätigkeitsbereich, so wie er in der Dienstanweisung 2/84 festgeschrieben worden war, einer grundlegenden Reform bedurfte. Zu diesem Zweck wurde an der Juristischen Hochschule Potsdam (JHS) eine Forschungsgruppe gebildet, die Mitte 1989 ihre Ergebnisse vorstellte.[350] Auf der Grundlage einer Analyse der bisherigen Öffentlichkeitsarbeit des MfS und westlicher Geheimdienste forderte sie »mehr Operativität, mehr Offensive und mehr Massenwirksamkeit« und plädierte für ein stärkeres Eingehen auf gesellschaftliche Probleme.[351] Die bisher die Öffentlichkeitsarbeit des MfS dominierenden Geheimhaltungsprinzipien sollten gelockert werden.

---

[345] Konzeption der HA XX zur langfristigen Entwicklung der Öffentlichkeitsarbeit v. 17.10.1986; BStU, MfS, HA XX/AKG 490, Bl. 90–99.

[346] Planorientierung der HVA/X für die Öffentlichkeitsarbeit 1986–1990 v. 16.6.1986; BStU, MfS, ZAIG 27322, Bl. 80–88.

[347] Vermerk über ein Gespräch Miermeisters (ZAIG/6) mit Rolf Wagenbreth (Leiter der HVA/X) v. 19.8.1985; ebenda, Bl. 92.

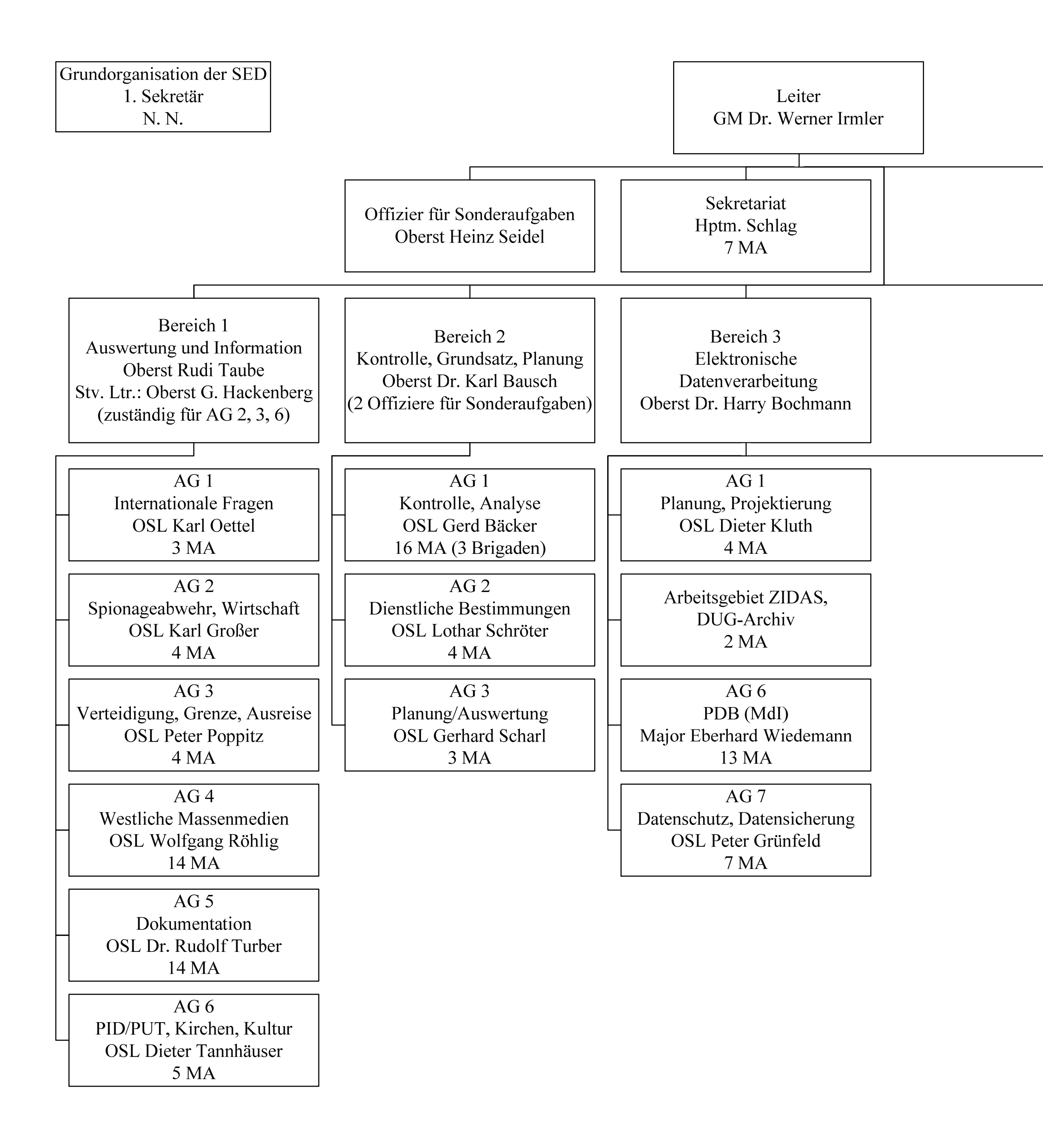
[348] Befehl 22/84 v. 28.12.1984 zur zentralen Erfassung von schriftlichen Materialien zu Personen und Sachverhalten sowie von gegenständlichen Zeugnissen des antifaschistischen Widerstandskampfes im MfS (1933–1945); BStU, MfS, BdL/Dok. 5088; Ordnung 1/85 v. 3.1.1985 über die Verleihung von Traditions- und Ehrennamen sowie die Herstellung und Vergabe von Repräsentationsgegenständen (Traditionspflegeordnung); BStU, MfS, BdL/Dok. 7810; Rundschreiben Mielkes an die Leiter der Diensteinheiten v. 4.11.1985: Erfassung, Erarbeitung, Dokumentierung und Nutzung von Erlebnis- und Erfahrungsberichten über Leben und Kampf von Veteranen des MfS; BStU, MfS, BdL/Dok. 7316.

[349] Geschichte des MfS. Potsdam 1977 (zweibändige interne Ausgabe des MfS: VVS JHS 001 – 30/80); Lothar Stolze, Dieter Schwips: Forschungsarbeit v. 30.3.1987; BStU, MfS, JHS 22063.

[350] Wolfgang Büschel, Martin Hempel, Gerd Knauer u. a.: Gegenstand und Ziel sowie Inhalte, Mittel und Methoden der Öffentlichkeitsarbeit des MfS, 2 Bde.; BStU, MfS, JHS 20085 und 20086.

[351] Ebenda, hier: Beiakte zur Forschungsarbeit: BStU, MfS, JHS 249, Bl. 104.

Abbildung 14
Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe 1986[352]



[352] Vorläufiger Struktur- und Stellenplan v. 6.11.1986; BStU, MfS, ZAIG 7354, Bl. 7–25; Planstellenbesetzungsnachweis o. D. (Ende 1986); BStU, MfS, ZAIG 8787, Bl. 185–226.

AG des Leiters
OSL Heinz Rümmler
3 MA

Referat Rückwärtige Dienste
Sicherstellung, Finanzen
Major Achim Eibenstein
9 MA

Bereich 4
Grundlagen der AuI
Oberst Dr. Lothar Schwock

Bereich 6
Öffentlichkeitsarbeit
Oberst Dr. Karl Fischer
Stv. Ltr. (Anleitung):
Oberst Miermeister (Bereich I)
Oberst Leonhardt (Bereich II)

Leiter ZPDB u. Stv. Ltr. Ber. 3
Oberst Hans-Wilhelm Geiß
Stv. Lt. N. N. (AG 3, 5)

Referat Materiell-technische
Sicherstellung ZPDB
Major Dieter Matthies
5 MA

AG 2/ZPDB
Datenbankverwaltung
Major Dierk Grahlmann
11 MA

AG 3/ZPDB
Systemverwaltung
Major Holger Artelt
29 MA

AG 4/ZPDB
Systembetreuung
N. N.
3 MA

AG 5/ZPDB
Datenerfassung
OSL Manfred Adebahr
61 MA

AG 1
Anleitung AuI-Organe
OSL Achim Richter
3 MA

AG 2
Anl. Informationsverarbeitung
Major Kurt Weber
5 MA

AG 3
Anleitung analytische Arbeit
OSL Heinz Hoffmann
3 MA

AG 4 (»ZAIG« SOUD)
Internationaler Datenaustausch
OSL Fritz Heinecke
22 MA (3 Referate)

Arbeitsbereich (Bereich I)
Dokumentation
Major Rita Krause
2 MA

AG 1
Referate/Ausarb. für Minister
Oberst Klaus Labs
4 MA

AG 2
Grundlagen der ÖA
Major Stefan Grumt
7 MA

AG 3 (Bereich I)
Zusammenwirken mit Medien
Major Martin Hempel
5 MA

AG 4 (Bereich I)
Traditionsarbeit, IZ
OSL Günther Schmook
7 MA

AG 5 (Bereich II)
Filmprojekte
Major Joachim Flecks
8 MA

AG 6 (ZAIG/6, Bereich II)
Fotoarbeiten, Bildarchiv
OSL Wolfgang Thomas
6 MA

AG 7 (ZAIG/6, Bereich I)
Anschauungsmittel ÖA
Hptm. Gisela Gierth
4 MA

Die Autoren stellten Imageprobleme der Staatssicherheit in der Bevölkerung fest, die bei Befragungen von Schülern (darunter auch Berufsunteroffiziers- und Offiziersbewerber), inoffiziellen Mitarbeitern, Unteroffizieren einer MfS-Wacheinheit, Berufsoffiziersbewerbern des MfS-Wachregiments und Offiziersschülern der JHS zutage traten. Als wichtigsten Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit identifizierte die Forschungsgruppe daher die Selbstdarstellung.[353] Zu einer Umsetzung dieser Überlegungen kam es jedoch nicht mehr.

In den letzten Jahren bis 1989 wurden – abgesehen von einigen Enthüllungs- und Traditionsbeiträgen – nur wenige Medien-Projekte realisiert. Aktuelle Vorhaben, etwa eines, das sich mit dem legalen und illegalen Verlassen der DDR beschäftigen sollte, wurden gestrichen. Andere so lange redigiert, bis sie ihre Brisanz verloren hatten. Als Handreichung für die MfS-Öffentlichkeitsarbeiter erschienen Broschüren mit klassischen Stasi-Themen wie »BRD-Menschenrechtsdemagogie« (1985), »Zersetzung der DDR-Jugend« (1986), »Tätigkeit des MfS gegen innere und äußere Feinde« (1987), »CIA und BND« (1988), »Angriffe gegen die Kirchenpolitik« (1987), »Sicherheit, Ordnung und Geheimnisschutz« (1986) und »Sicherung der Volkswirtschaft« (1989).[354] Einen großen Raum nahm weiterhin die konventionelle Patenschafts- und Traditionsarbeit ein.

3.2.5 Letztmalige Expansion und Ende 1989/1990

Zum 31. Dezember 1988 hatte die ZAIG 396 Mitarbeiter, was im Hinblick auf das vorläufig bestätigte Planstellensoll von 320 Stellen einen Überhang von 76 Mitarbeitern bedeutete. Seit der Verkündung des Quasi-Stellenstopps durch Mielke im Januar 1983, als die Diensteinheit noch über 225 Mitarbeiter verfügte, war die ZAIG um 171 Mitarbeiter und damit um 76 Prozent gewachsen. Dieser Umstand war für Irmler jedoch keineswegs Anlass zur Zurückhaltung. Im Gegenteil, zur »Realisierung der an Umfang und Kompliziertheit wesentlich zugenommenen Aufgaben« verlangte er zur Jahreswende 1988/1989 eine weitere drastische Erweiterung des Planstellensolls auf 465, die er auch genehmigt bekam.[355] Bis Ende September 1989 konnte die ZAIG so nochmals auf 423 Mitarbeiter anwachsen, ohne ihr Planstellenkontingent auszuschöpfen. Sie war seit Ende 1982 weit überdurchschnittlich um rund 90 Prozent gewachsen, wobei die Wachstumsrate der ZAIG auch dann noch als überdurchschnittlich (67 %) anzusehen ist, wenn das 1985 hinzugekommene Aufgabengebiet des Bereichs 6 Öffentlichkeits- und Traditionsarbeit mit seinen 55 Mitarbeitern nicht eingerechnet wird.[356] Die starke Expansion der ZAIG ist umso bemerkenswerter, als die Auswertungs- und Kontrollgruppen, das Pendant zur ZAIG in den Bezirksverwaltungen, im gleichen Zeitraum nur unwesentlich um rund 5 Prozent wuchsen.

Diese letzte Expansion ging einher mit Überlegungen für eine Neubestimmung der Aufgaben der ZAIG, die der politische Umbruch im Herbst 1989 jedoch obsolet machte.[357] Nachdem das MfS am 17. November 1989 in Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) umbenannt und dem neuen Vorsitzenden des Ministerrates Hans Modrow förmlich unterstellt worden war, wurde der Leiter der ZAIG/2 Karl Bausch zum Vorsitzenden einer Kommission »Neuberarbeitung und Überarbeitung dienstlicher Bestimmungen« ernannt,

---

[353] Ebenda, hier: BStU, MfS, JHS 20086, Bl. 69–94.

[354] Informationsmaterial 1986–1989; BStU, MfS, BdL 304 u. 305.

[355] Leiter der ZAIG, Werner Irmler, an Leiter der HA KuSch v. 31.12.1988: Vorschlag/Begründung des für die ZAIG notwendigen Planstellennormativs; BStU, MfS, ZAIG 8434, Bl. 44–48. Die Genehmigung ergibt sich aus dem Planstellenbesetzungsnachweis von 1989; BStU, MfS, ZAIG 8787, Bl. 1–84.

[356] Die ZAIG liegt auch dann noch im Vergleich mit anderen Diensteinheiten und Linien des MfS im allerobersten Bereich. Vgl. Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 104), S. 395 f.

[357] Leiter der ZAIG, Werner Irmler, v. 8.2.1989: Konzeption zur Präzisierung bzw. Neubestimmung der Aufgabenstellung der ZAIG; BStU, MfS, ZAIG 8099, Bl. 1–5.

deren Arbeit zur Außerkraftsetzung verschiedener Regelungen führte, die insbesondere der Bekämpfung der inneren Opposition gedient hatten.[358]

Übersicht 7
Mitarbeiterentwicklung in der ZAIG und den AKG der Bezirksverwaltungen 1981–1989[359]

Jahr	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	09/89
ZAIG	193	219	234	244	326	335	364	396	421
Rostock	46	49	52	52	53	54	57	57	57
Schwerin	36	37	38	34	38	37	39	39	39
Neubrandenburg	38	40	40	40	39	39	37	36	35
Potsdam	49	52	62	60	58	58	55	56	60
Frankfurt/O.	45	44	42	42	41	43	41	43	41
Cottbus	37	47	42	44	45	45	43	46	43
Magdeburg	65	63	70	73	74	70	69	69	74
Halle	54	55	56	58	54	55	63	57	58
Erfurt	40	41	43	47	45	46	47	51	55
Gera	40	38	41	37	45	45	42	41	43
Suhl	35	38	38	43	42	38	39	40	39
Dresden	43	55	56	61	62	62	59	60	61
Leipzig	60	63	60	61	63	60	59	57	55
Karl-Marx-Stadt	59	80	75	85	88	89	89	84	85
Berlin (BV)	57	65	65	67	72	67	63	62	61
»W« [360]	25	–	–	–	–	–	–	–	–
Summe AKG	729	767	780	804	819	808	802	798	806
Gesamtsumme	922	986	1 014	1 048	1 145	1 143	1 166	1 194	1 227

Die ZAIG als zentrales »Funktionalorgan« fiel dagegen den Neuorganisationsplänen der zweiten Novemberhälfte zum Opfer. Diese sahen vor, dass die Kontrollaufgaben der ZAIG in ein eigenes Kontrollorgan ausgelagert würden und der Bereich 6 als Pressestelle verselbstständigt würde. Auch der Bereich 3 (EDV) sollte ausgegliedert werden. Übrig blieben somit im Wesentlichen die Kernbereiche »Auswertung/Information«, »dienstliche Bestimmungen« und »Planung« (Bereich 1, Bereich 2 ohne Kontrolle, Bereich 4 ohne SOUD), der zusammen mit dem ehemaligen Zentralen Operativstab (ZOS) und Mitarbeitern des ehemaligen Büros der Leitung das neue »Organ für Auswertung und Informationstätigkeit, Lageführung und -einschätzung, Erarbeitung von Führungsdokumenten« bilden sollte.[361] Dieses sollte wie alle anderen Stabsorgane dem übergeordneten »Zentralen Ko-

[358] Vgl. Süß, Walter: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern. Berlin 1999, S. 533 u. 639 f.

[359] Kaderbestandsmeldungen; BStU, MfS, HA KuSch, Bdl. Abt. Plg. 8–15 (3).

[360] Die für die SDAG Wismut zuständige Verwaltung »W« wurde 1982 als selbstständige Diensteinheit aufgelöst und als Abteilung in die Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt integriert.

[361] Konzeption v. 29.11.1989 zur Bestimmung der grundsätzlichen Aufgaben und Struktur des Amtes für Nationale Sicherheit; BStU, MfS, SdM 2289, Bl. 655–667; Aufgaben und Struktur des Amtes für Nationale Sicherheit v. 3.12.1989; BStU, MfS, ZAIG 7528, Bl. 9–24; Papier o. D.: Organ für Auswertungs- und Informationstätigkeit, Lageführung und -einschätzung, Erarbeitung von Führungsdokumenten; BStU, MfS, ZAIG 7117, Bl. 33–39.

ordinierungsorgan« des AfNS zugeschlagen werden, zu dessen Leiter am 8. Dezember 1989 Gerhard Niebling berufen wurde, der ehemalige Chef der für die Bekämpfung von Flucht und Ausreise zuständigen Zentralen Koordinierungsgruppe. Zwei Tage zuvor war Werner Irmler zusammen mit zahlreichen anderen Stasi-Generälen beurlaubt worden.

Die Planungspapiere der ZAIG aus der Umbruchphase zeigen sehr deutlich, dass es sich bei diesen »Reformbemühungen« weitgehend um Kosmetik handelte. Immerhin war der Wille zu einem Personalabbau erkennbar: Das neue »Organ für Auswertung, Information und Lageführung« sollte etwa 110 Mitarbeiter umfassen. Zu integrieren waren jedoch allein 110 mit entsprechenden Aufgaben betraute Mitarbeiter der ZAIG sowie zusätzlich 64 Mitarbeiter der ZOS und 16 Angehörige des Büros der Leitung, was die Notwendigkeit eines Abbaus von rund 40 Prozent des Peronalbestandes bedeutete.[362] Selbstkritische Reformansätze, die über Umorganisations- und Personalabbaupläne hinausgingen, sind in den offiziellen Papieren der ZAIG nicht zu finden. Die wenigen kritischen Stellungnahmen – etwa eine, die »übertriebene und unrealistische Sicherheitsanforderungen« und »stereotype Denk- und Verhaltensweisen« in der Staatssicherheit kritisierte – kamen aus dem Kreis der einfachen Mitarbeiter.[363]

Als faktischer Leiter der ZAIG in Auflösung amtierte Oberst Lothar Schröter, der langjährige Chef der für die Erarbeitung von dienstlichen Bestimmungen zuständigen Arbeitsgruppe 2 der ZAIG/2, der erst im April 1989 Offizier für Sonderaufgaben beim Leiter der ZAIG/1 Rudi Taube geworden und von dort aus in diese Funktion »hineingerutscht« war. Schröter plädierte gegenüber dem Amtschef Wolfgang Schwanitz bereits am 11. Dezember 1989 für eine Vernichtung von elektronischen Daten. Er nannte ausdrücklich die EDV-Projekte ZPDB, SAVO, SOUD sowie Kader und betonte, dass in der ZPDB »eine Vielzahl von Informationen des ehemaligen MfS gespeichert« seien, »die unter den Bedingungen der neuen Sicherheitsdoktrin vernichtet werden müssten«. Eine vollständige Vernichtung der Datenbestände der ZPDB und von SAVO sei innerhalb von 48 Stunden möglich, ein selektive Löschung würde dagegen sehr viel mehr Zeit in Anspruch nehmen (»ca. 4 Wochen«).[364] Von einer Radikallösung sah man aber zu diesem Zeitpunkt ab und selektierte stattdessen diejenigen Daten aus der ZPDB, die für eine spätere Nutzung durch den »Verfassungsschutz« der DDR geeignet erschienen.[365]

Der Auslandsnachrichtendienst (ehemals HV A) behielt seine eigene Auswertungsabteilung, und auch beim Leiter der geplanten »Verwaltung Verfassungs- und Staatsschutz« des AfNS, in der der gesamte ehemalige Abwehrbereich zusammengefasst wurde, sollte eine eigene Auswertergruppe eingerichtet werden. Das gleiche galt für die Nachfolgeeinrichtungen der Bezirksverwaltungen, jetzt »Bezirksämter für Nationale Sicherheit« genannt. Hier sollten die Kernbereiche der AKG und die Registraturabteilungen XII zu einem Organ für Auswertung und Speicherführung zusammengeführt werden. Die restlichen Stabsaufgaben sollten in einem weiteren »Funktionalorgan« angesiedelt sein.[366]

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit stand das MfS in der Umbruchzeit vor großen Herausforderungen. Es ist daher naheliegend, dass die Reformbemühungen in der neu ge-

[362] Ebenda, Bl. 32 u. 39.

[363] Brief des Mitarbeiters des Bereichs 3 der ZAIG, Christian Müller, an den Leiter des AfNS, Wolfgang Schwanitz v. 22.11.1989; BStU, MfS, ZAIG 7117, Bl. 57–60.

[364] Schröter an Schwanitz v. 11.12.1989: Sicherung operativer Daten; BStU, MfS, ZAIG 18438, Bl. 24.

[365] Auflösungskonzeption RZ – ZAIG – Haus 8/Eingang A v. 30.1.1990; BStU, MfS, ZAIG 5720, Bl. 9–12, hier 9. Zum Kontext siehe Süß: Staatssicherheit am Ende (Anm. 358), S. 677–681.

[366] Papiere o. D.: »Auswertungstätigkeit in den Bezirksämtern für Nationale Sicherheit« und »Auswertungstätigkeit in der Verwaltung Verfassungs- und Staatsschutz«; BStU, MfS, ZAIG 7117, Bl. 24–28; außerdem: Organigramm im Papier »Aufgaben und Struktur des Amtes für Nationale Sicherheit« v. 3.12.1989: BStU, MfS, ZAIG 7528, Bl. 12.

bildeten Pressestelle intensiver waren als in den anderen Struktureinheiten, die aus der ZAIG hervorgegangen waren. Hier wurde am 20. Dezember 1989 ein Neustrukturierungsvorschlag erarbeitet, der sich an den Konzepten moderner Öffentlichkeitsarbeit orientierte. Ein Pressesprecher sollte den unmittelbaren Kontakt zu den Medien halten. Ihm sollten die Arbeitsgruppen »Medien« und »Redaktion« (Hintergrundarbeit) mit zusammen etwa 27 Mitarbeitern zuarbeiten; zudem waren Pressereferenten in den Bezirksämtern vorgesehen.[367]

Doch die Ereignisse rollten über alle Reformpläne hinweg. Ab dem 4. Dezember wurden die regionalen Dienststellen der Staatssicherheit von aufgebrachten Bürgern besetzt, am 14. Dezember beschloss der Ministerrat der DDR formell die Auflösung des AfNS und die Gründung der Nachfolgeinstitutionen »Nachrichtendienst« und »Verfassungsschutz«, was bereits auf eine starke Reduktion des Personalbestandes hinauslief. Doch auch diese »Verteidigungslinie« ließ sich nicht halten, und so musste der Ministerrat am 13. Januar 1990 unter dem Druck der friedlichen Revolutionäre und des Zentralen Runden Tisches die ersatzlose Auflösung des Geheimdienstapparats beschließen. Sein Ende wurde zwei Tage später durch die Besetzung der Zentrale in der Berliner Normannenstraße besiegelt.[368] Für die (ehemaligen) Mitarbeiter der ZAIG bedeutete das in der Folgezeit die etappenweise Entlassung, während der Leiter der »ZAIG in Auflösung« Lothar Schröter für die Abwicklung der Diensteinheit sorgte. Am 31. Januar 1990 waren von den ehemals 423 Mitarbeitern der ZAIG bereits rund 140 entlassen,[369] die meisten anderen folgten bis Ende März. Nur ein kleiner Auflösungsstab ehemaliger Angehöriger der ZAIG unter der Leitung von Schröter blieb bis Ende Juni 1990 bestehen.[370] Eine seiner wichtigsten Aufgaben war die Umsetzung des Beschlusses der Arbeitsgruppe Sicherheit des Runden Tisches vom 9. Februar 1990 zur Vernichtung der EDV-Datenträger mit personenbezogenen Daten »am Ort ihrer Aufbewahrung«.[371]

---

367 Präzisierter Vorschlag zur Aufgabenstellung, Struktur und Besetzung der Pressestelle des Verfassungsschutzes der DDR v. 20.12.1989; BStU, MfS, ZAIG 27307, Bl. 6–10.

368 Zum Verlauf der Ereignisse vgl. Süß: Staatssicherheit am Ende (Anm. 358), S. 669–729.

369 Handgeschriebener Vermerk Schröters o. D.: »Vorstellungen zur Auflösung«; BStU, MfS, 5720, Bl. 17–20.

370 Notiz Schröters v. 21.3.1990; BStU, MfS, ZAIG 5720, Bl. 41.

371 Beauftragter des Ministerpräsidenten der DDR für die Auflösung des ehemaligen AfNS, Fritz Peter, an amtierenden Leiter des AfNS in Auflösung, Heinz Engelhardt, v. 12.2.1990: Verfahrensweise mit magnetischen EDV-Datenträgern und Projektunterlagen zu personenbezogenen Daten; BStU, MfS, ZAIG 5720, Bl. 31.; handschriftlicher Vermerk Schröters v. 11.1.1990 zur Vernichtung der Datenträger der ZPDB; ebenda, Bl. 40; Vermerk der »ehemaligen ZAIG« v. 16.5.1990: Zur weiteren Auflösung der ehemaligen ZAIG; ebenda, Bl. 54.

Abbildung 15
Mitarbeiterentwicklung der ZAIG und ihrer Vorläufer 1954–1989[372]

Jahr	Abt. Information, ZIG, ZAIG	Kontrollinspektion, AG AuK	Abteilung Agitation, AG ÖV (1972–1982)	Jahr	Abt. Information, ZIG, ZAIG	Kontrollinspek tion, AG AuK	Abteilung Agitation, AG ÖV (1972–1982)
1954	8	4	–	1972	57	–	76 (50+26)
1955	12	7	9	1973	60	–	77 (54+23)
1956	16	6	17	1974	68	–	81 (56+25)
1957	14	19	30	1975	80	–	80 (55+25)
1958	7	15	27	1976	82	–	85 (57+28)
1959	11[373]	–	24	1977	90	–	83 (56+27)
1960	12[374]	12[375]	26	1978	107	–	86 (58+28)
1961	13	13	24	1979	125	–	88 (59+29)
1962	13	16	29	1980	155	–	89 (59+30)
1963	13	18	28	1981	193	–	86 (56+30)
1964	14	17	25	1982	219	–	86 (58+28)
1965	13	17	30	1983	234	–	87
1966	13	17	35	1984	244	–	76
1967	21	20	52	1985	326	–	–
1968	38	–	65	1986	338	–	–
1969	58	–	66	1987	364	–	–
1970	58	–	69	1988	396	–	–
1971	59	–	70	1989	423	–	–

372 Wenn nicht anders angegeben, Zahlen bei Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (Anm. 50), Faltblatt.
373 Die Zahl beruht auf einer Schätzung der Autoren.
374 Planstellen laut Stellenplanvorschlag Korbs v. 2.6.1959; BStU, MfS, ZAIG 8788, Bl. 90.
375 Laut Tätigkeitsbericht der Arbeitsgruppe Anleitung und Kontrolle für das Jahr 1960, gez. Major Otto, v. 17.1.1961; BStU, MfS, SdM 599, Bl. 61–78, hier 76.

Übersicht 8
Mitarbeiterentwicklung der ZAIG und ihrer Vorläufer 1954–1989

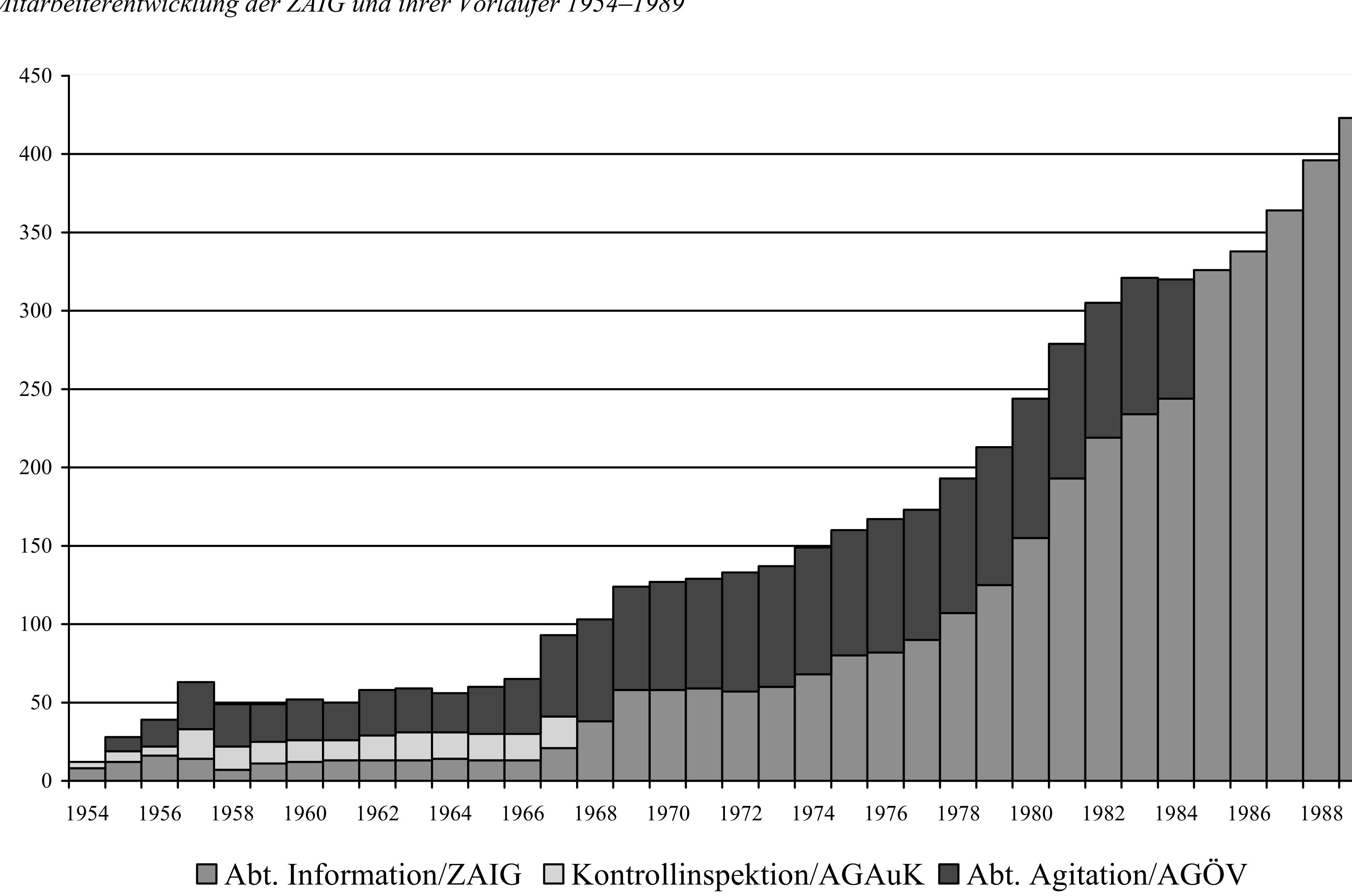


Abbildung 16
Entwicklung des Aufgabebereichs der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe und ihrer Vorläufer 1953–1989

fachlich nachgeordneter Bereich in den Bezirksverwaltungen/
Verwaltungen und in den Hauptabteilungen/selbstst. Abteilungen

Informationsgruppe
1953–1956

Abt. Information
1956–1959

Zentrale Informationsgruppe
1959–1965

Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
1965–1968

Kontrollinspektion
1953–1957

AG Anleitung und Kontrolle
1957–1968

AG Öffentliche Verbindungen
1972–1983

Abt. Allgemeines Bereich Agitation
1953/54

Abt. Agitation
1954–1985

Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
1968–1989

Auswertung Information	Kontrolle, Planung dienstliche Bestimmungen	EDV	Anleitung der AuI-Prozesse	SOUD (ab 1979)	Öffentlichkeits- und Traditionsarbeit (ab 1985)

Informationsgruppen
1953–1965

Auswertungs- und Informationsgruppen
1965–1978

Kontrollorgane der BV/HA

Referenten/AG Öffentlichkeitsarbeit
bis 1967

Mitarbeiter/Kommissionen Öffentlichkeitsarbeit
1967–1978

Auswertungs- und Kontrollgruppen
1978–1989

Auswertung, EDV	Kontrolle, Planung	Grundsatzdokumente Öffentlichkeitsarbeit

fachlich nachgeordneter Bereich: selbstst. DE im Ministerium

Rechtsstelle

Abt. XII
Registratur, Auskunft, Archiv

Abt. XIII
Rechenzentrum

4 Anhang

4.1 Verzeichnis der Abbildungen und Übersichten

Abbildungen

Übersichten

4.2 Abkürzungen

ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
AfNS	Amt für Nationale Sicherheit
AG	Arbeitsgruppe
AGL	Arbeitsgruppe des Leiters
AIG	Auswertungs- und Informationsgruppe
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe
AÖV	Arbeitsgruppe öffentliche Verbindungen
AuI	Auswertung und Information
AuK	Anleitung und Kontrolle
BA-MA	Bundesarchiv – Abteilung Militärarchiv (Freiburg)
BdL/Dok.	Büro der Leitung/Dokumentenverwaltung
BF	Bildung und Forschung (Abteilung bei der BStU)
BND	Bundesnachrichtendienst
BStU	Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BV/V	Bezirksverwaltung/Verwaltung
CDU	Christlich Demokratische Union
CIA	Central Intelligence Agency
DA	Dienstanweisung
DB	Durchführungsbestimmung
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEFA	Deutsche Film-AG
DHO	Diensthabender Offizier
DUG	Datenbank Ungesetzliche Grenzübertritte
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EOS	einheitliche operative Statistik
ESER	Einheitliches System Elektronischer Rechentechnik
F 16	zentrale Personenkartei des MfS
GI	Geheimer Informator
HA	Hauptabteilung
Hptm.	Hauptmann
HSG	Hauptsachgebiet
HV A	Hauptverwaltung A (Aufklärung)
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IZ	Informationszentrum
JHS	Juristische Hochschule (des MfS)
K 5	Dezernate 5 und Kommissariate 5 der Kriminalpolizei
KGB	Komitet Gossudarstwennoi Besopasnosti – Komitee für Staatssicherheit
KgU	Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit
KÖA	Kollektiv für Öffentlichkeitsarbeit

KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sozialistischen Sowjetrepubliken
KuSch/KS	Kader und Schulung
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
Ltn.	Leutnant
MA	Mitarbeiter
MdI	Ministerium des Innern
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MWD	Ministerstwo Wnutrennych Del – Ministerium für Innere Angelegenheiten
NS	Nationalsozialismus
NVA	Nationale Volksarmee
ÖA	Öffentlichkeitsarbeit
OibE	Offizier im besonderen Einsatz
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
Oltn	Oberleutnant
OPK	Operative Personenkontrolle
OPS	Outpost Station
OSL	Oberstleutnant
OV	Operativer Vorgang
PDB	Personendatenbank (des MdI)
PKS	Planungs- und Koordinierungsstab
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
SAPMO-BA	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SAVO	System der automatischen Vorauswahl
SDAG	Sowjetisch-deutsche Aktiengesellschaft
SdM	Sekretariat des Ministers
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SfS	Staatssekretariat für Staatssicherheit
SIRA	System der Informationsrecherche der HV A
SOUD	Sistema Objedinjonnowo Utschota Dannych (o protiwnike) – System der vereinigten Erfassung von Daten (über den Gegner)
SVS	Schutz von Staatsgeheimnissen
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
US	United States
USA	United States of America
VRD	Verwaltung Rückwärtige Dienste
VS	Verschlusssache(n)
VSH	Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskartei
z.b.V.	zur besonderen Verwendung

ZAGG	Zentrale Arbeitsgruppe Geheimnisschutz
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZEVAS	Zentrales Erfassungs-, Informationsverarbeitungs- und Auskunftssystem über Personen und Sachverhalte (Vorläufer der ZPDB)
ZIG	Zentrale Informationsgruppe
ZK	Zentralkomitee
ZOS	Zentraler Operativstab
ZPDB	Zentrale Personendatenbank (des MfS)
ZVO	Zentrale Vertriebsorganisation

Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Abteilung Bildung und Forschung

Lieferbare Titel aus den Publikationsreihen:

Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden (MfS-Handbuch)

Roland Wiedmann (Bearb.): Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, Teil V/1, 403 S., Berlin 1995, Schutzgebühr € 10,00

Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil IV/1, 107 S., 2. Aufl., Berlin 1996, Schutzgebühr € 5,00

Bernd Eisenfeld: Die Zentrale Koordinierungsgruppe. Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung, Teil III/17, 52 S., 2. Aufl., Berlin 1996, Schutzgebühr € 5,00

Tobias Wunschik: Die Hauptabteilung XXII: »Terrorabwehr«, Teil III/16, 56 S., 2. Aufl., Berlin 1995, Schutzgebühr € 2,50

Günter Förster: Die Juristische Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil III/6, 42 S., Berlin 1996, Schutzgebühr € 2,50

Maria Haendcke-Hoppe-Arndt: Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft, Teil III/10, 130 S., Berlin 1997, Schutzgebühr € 5,00

Hanna Labrenz-Weiß: Die Hauptabteilung II: Spionageabwehr, Teil III/7, 79 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2001, Schutzgebühr € 5,00

Silke Schumann: Die Parteiorganisation der SED im MfS, Teil III/20, 89 S., 3. Aufl., Berlin 2002, Schutzgebühr € 5,00

Jens Gieseke (Hg.): Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit. Kurzbiographien des MfS-Leitungspersonals 1950 bis 1989, Teil V/4, 84 S., Berlin 1998, Schutzgebühr € 5,00

Reinhard Buthmann: Die Objektdienststellen des MfS, Teil II/3, 25 S., Berlin 1999, Schutzgebühr € 2,50

Hubertus Knabe: Die Rechtsstelle des MfS, Teil III/4, 21 S., Berlin 1999, Schutzgebühr € 2,50

Reinhard Buthmann: Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung (AG BKK), Teil III/11, 67 S., 2. Aufl., Berlin 2004, Schutzgebühr € 5,00

Roger Engelmann und Frank Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente des MfS, Teil V/5, 508 S., Berlin 2004, Schutzgebühr € 10,00

Stephan Wolf: Hauptabteilung I: NVA und Grenztruppen, Teil III/13, 102 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2005, Schutzgebühr € 5,00

Hanna Labrenz-Weiß: Abteilung M, Teil III/19, 48 S., Berlin 2005, Schutzgebühr € 2,50

Angela Schmole: Abteilung 26: Telefonkontrolle, Abhörmaßnahmen und Videoüberwachung, Teil III/19, 63 S., 2. durchges. Aufl., Berlin 2009, Schutzgebühr € 5,00

Thomas Auerbach, Matthias Braun, Bernd Eisenfeld, Gesine von Prittwitz, Clemens Vollnhals: Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, »politischer Untergrund«, 179 S., Berlin 2008, Schutzgebühr € 5,00

Helmut Müller-Enbergs: Die inoffiziellen Mitarbeiter, 53 S., Berlin 2008, Schutzgebühr € 2,50

Tobias Wunschik: Hauptabteilung VII: Ministerium des Innern, Deutsche Volkspolizei, 99 S., Berlin 2009, Schutzgebühr € 5,00

Roger Engelmann und Frank Joestel: Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe, 100 S., Berlin 2009, Schutzgebühr € 5,00

Walter Süß: Geschichte der Staatssicherheit von den Anfängen bis zur Auflösung. Die Staatssicherheit im letzten Jahrzehnt der DDR, 115 S., Berlin 2009, Schützgebühr € 5,00

Dokumente (Reihe A)

Günter Förster: Die Dissertationen an der »Juristischen Hochschule« des MfS. Eine annotierte Bibliographie, 143 S., 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr € 5,00

Silke Schumann: Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Dokumentation der öffentlichen Debatte 1990/1991, 349 S., 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr € 5,00

Günter Förster: Bibliographie der Diplomarbeiten und Abschlussarbeiten an der Hochschule des MfS, 577 S., Berlin 1998, Schutzgebühr € 10,00

Frank Joestel (Hg.): Strafrechtliche Verfolgung politischer Gegner durch die Staatssicherheit im Jahre 1988. Der letzte Jahresbericht der MfS-Hauptabteilung Untersuchung, 128 S., 2. Aufl., Berlin 2004, Schutzgebühr € 5,00

Analysen und Berichte (Reihe B)

Thomas Auerbach unter Mitarbeit von Wolf-Dieter Sailer: Vorbereitung auf den Tag X. Die geplanten Isolierungslager des MfS, 154 S., 3., durchges. Aufl., Berlin 2000, Schutzgebühr € 5,00

Bodo Wegmann und Monika Tantzscher: SOUD. Das geheimdienstliche Datennetz des östlichen Bündnissystems, 104 S., Berlin 1996, Schutzgebühr € 5,00

Walter Süß: Zu Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS, 106 S., 3. Aufl., Berlin 2000, Schutzgebühr € 5,00

Monika Tantzscher: Die verlängerte Mauer. Die Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Verhinderung von »Republikflucht«, 161 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2001, Schutzgebühr € 5,00

Reinhard Buthmann: Hochtechnologien und Staatssicherheit. Die strukturelle Verankerung des MfS in Wissenschaft und Forschung der DDR, 311 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2000, Schutzgebühr € 5,00

Aus der Veranstaltungsreihe der Bundesbeauftragten:

Ausreisen oder dableiben? Regulierungsstrategien der Staatssicherheit (öffentliche Veranstaltung am 26. Oktober 1995), 129 S., 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr € 5,00

BF informiert

Roger Engelmann: Zu Struktur, Charakter und Bedeutung der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, 63 S., (3/1994), Schutzgebühr € 2,50

Walter Süß: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit. Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989, 75 S., (5/1994), Schutzgebühr € 2,50

Roger Engelmann und Silke Schumann: Kurs auf die entwickelte Diktatur. Walter Ulbricht, die Entmachtung Ernst Wollwebers und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes 1956/57, 81 S., (1/1995), Schutzgebühr € 5,00

Andreas Niemann und Walter Süß: »Gegen das Volk kann nichts mehr entschieden werden«. MfS und SED im Bezirk Neubrandenburg 1989. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 1), 71 S., (12/1996), 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr € 2,50

Stephan Fingerle und Jens Gieseke: Partisanen des Kalten Krieges. Die Untergrundtruppe der Nationalen Volksarmee 1957 bis 1962 und ihre Übernahme durch die Staatssicherheit, 70 S., (14/1996), Schutzgebühr € 2,50

Bibliographie zum Staatssicherheitsdienst der DDR, zusammengestellt von Hildegard von Zastrow, 124 S., (15/1996), 2., erw. Aufl., Schutzgebühr € 2,50

Clemens Vollnhals: Die kirchenpolitische Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit, 43 S., (16/1997), 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr € 2,50

Walter Süß: Das Verhältnis von SED und Staatssicherheit. Eine Skizze seiner Entwicklung, 36 S., (17/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr € 2,50

Tobias Wunschik: Die maoistische KPD/ML und die Zerschlagung ihrer »Sektion DDR« durch das MfS, 45 S., (18/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr € 2,50

Holger Horsch: »Hat nicht wenigstens die Stasi die Stimmung im Lande gekannt?« MfS und SED im Bezirk Karl-Marx-Stadt. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 3), 59 S., (19/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr € 2,50

Volker Höffer: »Der Gegner hat Kraft«. MfS und SED im Bezirk Rostock. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 4), 63 S., (20/1997), Schutzgebühr € 2,50

Eberhard Stein: »Sorgt dafür, daß sie die Mehrheit nicht hinter sich kriegen«. MfS und SED im Bezirk Erfurt. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 5), 57 S., (22/1999), Schutzgebühr € 2,50

Andrzej Paczkowski: Terror und Überwachung. Die Funktion des Sicherheitsdienstes im kommunistischen System in Polen von 1944–1956, 37 S., (23/1999), Schutzgebühr € 2,50

Joachim Lampe: Juristische Aufarbeitung von Westspionage, 35 S., (24/1999), 3., durchges. Aufl., Berlin 2002, Schutzgebühr € 2,50

Gudrun Weber: Stille Post. Neue Wege der Westarbeit in der Vertriebsorganisation des Ministeriums für Staatssicherheit in den sechziger Jahren, 65 S., (25/2005), Schutzgebühr € 2,50

Arno Polzin: Der Wandel Robert Havemanns vom Inoffiziellen Mitarbeiter zum Dissidenten im Spiegel der MfS-Akten, 59 S., (26/2005), 2., überarb. Aufl., Berlin 2006, Schutzgebühr € 2,50

Helmut Müller-Enbergs: »Rosenholz«. Eine Quellenkritik, 234 S., (28/2007), Berlin 2007, Schutzgebühr € 5,00.

Einzelpublikationen
(eigene und in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen)

Abkürzungsverzeichnis. Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit, 132 S., 9. Aufl., Berlin 2009

Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz – StUG), 44 S., Berlin 2004

Siebenter Tätigkeitsbericht der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, 150 S., Berlin 2005

Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR: Zehn Jahre Stasi-Unterlagen-Gesetz. Zehn Jahre Aufarbeitung, 75 S., Berlin 2001

Bernd Eisenfeld und Roger Engelmann: 13. August 1961: Mauerbau: Fluchtbewegung und Machtsicherung, 120 S., Berlin 2001, Schutzgebühr € 5,00

sowie dazu die Buchhandelsausgabe des Verlages Edition Temmen: € 13,00, ISBN 3-86108-790-1

Ilko-Sascha Kowalczuk: 17. Juni 1953. Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen, 312 S., Audio-CD, Bremen 2003, Schutzgebühr € 10,00,

sowie dazu die Buchhandelsausgabe des Verlages Edition Temmen: € 19,90, ISBN 3-86108-385-X

Petra Saar und Marion Wagner: Stasi-Stücke. Szenische Umsetzungen von Fällen aus MfS-Akten zum Lesen und Nachspielen für Schüler, 76 S., Erfurt 2004, Schutzgebühr € 2,00

Joachim Granzow: Die Löwengrube. Als Arzt in DDR-Haftanstalten Mitte der fünfziger Jahre. Ein Erlebnisbericht, 215 S., 2. Aufl., Berlin 2006, Schutzgebühr € 5,00.

* * *

Bundeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit der BStU

Jens Gieseke unter Mitarbeit von Doris Hubert: Die DDR-Staatssicherheit, Schild und Schwert der Partei, 120 S., Bonn 2001, Schutzbühr € 2,00

Jens Gieseke (with Doris Hubert): The GDR State Security. Shield and Sword of the Party, translated by Mary Carlene Forszt, 120 S., Berlin 2004, € 2,00, Versand von Einzelexemplaren ins Ausland kostenlos

Landesbeauftragter für Mecklenburg-Vorpommern in Zusammenarbeit mit der BStU

Johannes Beleites: Schwerin, Demmlerplatz. Die Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit, 239 S., Schwerin 2001, Schutzgebühr € 5,00

Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (THILLM Bad Berka) in Zusammenarbeit mit der BStU

Fluchtgeschichten, Materialien zur Aufarbeitung der Geschichte, Heft 51, 70 S., Bad Berka 2001, Schutzgebühr € 2,00

Mut zum Widerstand, Materialien zur Aufarbeitung der Geschichte, Heft 69, 42 S., Bad Berka 2002, Schutzgebühr € 2,00

Bestellungen sind zu richten an:
Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung
10106 Berlin
e-mail: publikation@bstu.bund.de
Tel.: 030 2324-8803
01888 665-8803
Fax: 030 2324-8809
01888 665-8809

Über den Buchhandel zu beziehen:
Analysen und Dokumente
Wissenschaftliche Reihe der Bundesbeauftragten
– im Ch. Links Verlag, Berlin –

(alle Titel sind auch als digitale Bücher verfügbar über www.linksverlag.de)

Band 1: Klaus-Dietmar Henke und Roger Engelmann (Hg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, 244 S., 2. Aufl., Berlin 1996, € 15,50, ISBN 3-86153-098-8

Band 2: Karl Wilhelm Fricke: Akten-Einsicht. Rekonstruktion einer politischen Verfolgung. Mit einem Vorwort von Joachim Gauck, 264 S., 4., akt. Aufl., Berlin 1996, € 17,50, ISBN 3-86153-099-6

Band 3: Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, 544 S., 3., durchges. Aufl., Berlin 2001, € 20,50, ISBN 3-86153-101-1

Band 4: Matthias Braun: Drama um eine Komödie. Das Ensemble von SED und Staatssicherheit, FDJ und Kulturministerium gegen Heiner Müllers »Die Umsiedlerin oder Das Leben auf dem Lande« im Oktober 1961, 170 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 1996, € 12,00, ISBN 3-86153-102-X

Band 5: Siegfried Suckut (Hg.): Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur »politisch-operativen Arbeit«, 472 S., 3., durchges. Aufl., Berlin 2001, € 20,50, ISBN 3-86153-111-9

Band 6: Joachim Walther: Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik, 888 S., Berlin 1996, € 34,80, ISBN 3-86153-121-6

Band 7: Clemens Vollnhals (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, 464 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 1997, € 24,50, ISBN 3-86153-122-4

Band 8: Siegfried Suckut und Walter Süß (Hg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, 351 S., Berlin 1997, € 19,50, ISBN 3-896153-131-3

Band 9: Silke Schumann: Parteierziehung in der Geheimpolizei. Zur Rolle der SED im MfS der fünfziger Jahre, 218 S., Berlin 1997, € 10,00, ISBN 3-86153-146-1

Band 10: Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland, 1118 S., 2. Aufl., Berlin 1998, € 34,80, ISBN 3-86153-145-3

Band 11: Karl Wilhelm Fricke und Roger Engelmann: »Konzentrierte Schläge«. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956, 359 S., Berlin 1998, € 19,50, ISBN 3-86153-147-X

Band 12: Reinhard Buthmann: Kadersicherung im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena. Die Staatssicherheit und das Scheitern des Mikroelektronikprogramms. Mit einem Vorwort von Walter Süß, 256 S., Berlin 1997, € 12,50, ISBN 3-86153-153-4

Band 13: Clemens Vollnhals: Der Fall Havemann. Ein Lehrstück politischer Justiz, 312 S., 2., akt. Aufl., Berlin 1998, € 15,50, ISBN 3-86153-215-8

Band 14: Sonja Süß: Politisch mißbraucht? Psychiatrie und Staatssicherheit in der DDR, 773 S., 2. Aufl., Berlin 1998, € 29,50, ISBN 3-86153-173-9

Band 15: Walter Süß: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern, 815 S., 2. Aufl., Berlin 1999, € 29,50, ISBN 3-86153-181-X

Band 16: Roger Engelmann und Clemens Vollnhals (Hg.): Justiz im Dienste der Parteiherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR, 574 S., Berlin 1999, € 24,50, ISBN 3-86153-184-4

Band 17: Thomas Auerbach: Einsatzkommandos an der unsichtbaren Front. Terror- und Sabotagevorbereitungen des MfS gegen die Bundesrepublik Deutschland. Mit einem Vorwort von Ehrhart Neubert, 192 S., 5. Aufl., Berlin 2004, € 10,00, ISBN 3-86153-183-6

Band 18: Hubertus Knabe: West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von »Aufklärung« und »Abwehr«, 597 S., 2. Aufl., Berlin 1999, € 24,50, ISBN 3-86153-182-8

Band 19: Wolfgang Buschfort: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP, 260 S., Berlin 2000, € 15,50, ISBN 3-86153-226-3

Band 20: Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90, 615 S., Berlin 2000, € 24,50, ISBN 3-86153-227-1

Helmut Müller-Enbergs unter Mitarbeit von Susanne Muhle: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 3: Statistiken, 1024 S., Berlin 2008, € 39,30, ISBN 978-3-86153-441-9

– im Verlag Edition Temmen, Bremen –

Band 21: Ehrhart Neubert und Bernd Eisenfeld (Hg.): Macht – Ohnmacht – Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR, 457 S., Bremen 2001, € 24,90, ISBN 3-86108-792-8

Band 22: Hans-Peter Löhn: Spitzbart, Bauch und Brille – sind nicht des Volkes Wille! Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Halle an der Saale, 212 S., Bremen 2003, € 10,90, ISBN 3-86108-373-6

Band 23: Georg Herbstritt und Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Das Gesicht dem Westen zu ... DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland, 458 S., Bremen 2003, € 22,90, ISBN 3-86108-388-4

Band 24: Karl Wilhelm Fricke und Roger Engelmann: »Der Tag X« und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat, 347 S., Bremen 2003, € 17,90, ISBN 3-86108-386-8

Band 25: Bernd Eisenfeld, Ilko-Sascha Kowalczuk und Ehrhart Neubert: Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte, 847 S., zahlr. Abb., Bremen 2004, € 29,90, ISBN 3-86108-387-6

Band 26: Matthias Braun: Die Literaturzeitschrift »Sinn und Form«. Ein ungeliebtes Aushängeschild der SED-Kulturpolitik, 229 S., Bremen 2004, € 11,90, ISBN 3-86108-398-1

– im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen –

Band 27: Roger Engelmann und Ilko-Sascha Kowalczuk (Hg.): Volkserhebung gegen den SED-Staat. Eine Bestandsaufnahme zum 17. Juni 1953, 478 S., Göttingen 2005, € 32,90, ISBN 3-525-35004-X

Band 28: Henry Leide: NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR, 448 S., 3. Aufl., Göttingen 2007, € 29,90, ISBN 3-525-35018-X

Band 29: Georg Herbstritt: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie, Göttingen 2007, ISBN 978-3-525-35021-8

Band 30: Jens Gieseke (Hg.): Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR, 383 S., Göttingen 2007, € 27,90, ISBN 978-3-525-35083-6

Band 31: Matthias Braun: Kulturinsel und Machtinstrument. Die Akademie der Künste, die Partei und die Staatssicherheit, Göttingen 2007, ISBN 978-3-525-35049-2

Band 32: Roger Engelmann, Thomas Großbölting, Hermann Wentker: Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen, 478 S., Göttingen 2008, ISBN 978-3-525-35052-2

Band 33: Łukasz Kamiński, Krzysztof Persak und Jens Gieseke (Hg.): Handbuch der kommunistischen Geheimdienste in Osteuropa 1944–1991, 583 S., Göttingen 2009, 39,90 €, ISBN 978-3-525-35100-0

Unterreihe: Biografische Quellen

– im Verlag Edition Temmen, Bremen –

Band 1: Peter Eisenfeld: »… rausschmeißen …«. Zwanzig Jahre politische Gegnerschaft in der DDR, 504 S., zahlr. Abb., Bremen 2002, € 24,90, ISBN 3-86108-342-6

Band 2: Wolfgang Schollwer: »Gesamtdeutschland ist uns Verpflichtung«. Aufzeichnungen aus dem FDP-Ostbüro 1951–57, 298 S., Bremen 2004, € 15,90, ISBN 3-86108-043-5

– im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen –

Band 3: Dietmar Riemann: Laufzettel. Tagebuch einer Ausreise, 512 S., Göttingen 2005, € 29,90, ISBN 3-525-35800-8

Veröffentlichungen in der Reihe »Archiv zur DDR-Staatssicherheit« im LIT Verlag, Münster

Band 1: Dagmar Unverhau: Das »NS-Archiv« des Ministeriums für Staatssicherheit. Stationen einer Entwicklung, 258 S., 2., durchges. Aufl., Münster 2004, € 19,90, ISBN 3-8258-3512-X

Band 2: Dagmar Unverhau (Hg.): Das Stasi-Unterlagen-Gesetz im Lichte von Datenschutz und Archivgesetzgebung, 312 S., 2., durchges. Aufl., Münster 2003, € 20,90, ISBN 3-8258-3924-9

Band 3: Dagmar Unverhau (Hg.) unter Mitarbeit von Roland Lucht: Lustration, Akteöffnung, demokratischer Umbruch in Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn, 408 S., 2. Aufl., Münster 2005, € 19,90, ISBN 3-8258-4515-X

Band 4: Abteilung Archivbestände der BStU (Hg.): Findbuch zum »Archivbestand 2: Allgemeine Sachablage« des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, bearb. von Joachim Franke u. a., 328 S., Münster 2001, € 12,90, ISBN 3-8258-5543-0

Band 5: Dagmar Unverhau (Hg.): Kartenverfälschung als Folge übergroßer Geheimhaltung? Eine Annäherung an das Thema Einflußnahme der Staatssicherheit auf das Kartenwesen der DDR, 304 S., 3., durchges. Aufl., Münster 2006, € 19,90, ISBN 3-8258-5964-9

Band 6: Dagmar Unverhau (Hg.): Hatte »Janus« eine Chance? Das Ende der DDR und die Sicherung einer Zukunft der Vergangenheit, 448 S., Münster 2003, € 19,90, ISBN 3-8258-7120-7

Band 7: Dagmar Unverhau (Hg.): State Security and Mapping in the GDR. Map Falsification as a Consequence of Excessive Secrecy? Lectures to the conference of the BStU from 8th-9th March 2001 in Berlin, 304 S., Berlin 2006, 29,90 €, ISBN 3-8258-9039-2

Band 8: Dagmar Unverhau (Hg.): Vorläufiges Findbuch zur Abteilung X: »Internationale Verbindungen« des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, bearb. von Marko Pollack und Doreen Bombitzki, 335 S., Münster 2005, 19,90 €, ISBN 3-8258-9018-x

Band 9: Dagmar Unverhau (Hg.): Geheimhaltung und Staatssicherheit. Zur Kartographie des Kalten Krieges, 600 S., Münster 2009, 29,90 €, ISBN 978-3-643-10070-2

Band 10: Abteilung Archivbestände der BStU (Hg.): Vorläufiges Findbuch Sekretariate der Stellvertreter des Ministers Neiber, Mittig und Schwanitz im Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Bearbeitet von Elisabeth Larssen und Jana Florczak, 400 S., Münster 2008, 19,90 €, ISBN 978-3-8258-1106-8

Einzelpublikation

Staatsgründung auf Raten? Auswirkungen des Volksaufstandes 1953 und des Mauerbaus 1961 auf Staat, Militär und Gesellschaft der DDR. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes und der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR herausgegeben von Torsten Diedrich und Ilko-Sascha Kowalczuk, 435 S., Berlin 2005, € 29,90, ISBN 3-86153-380-4